Zeitschrift: Beiträge zur Aargauergeschichte
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 13 (2005)

Artikel: Philipp Albert Stapfer : Minister der Helvetischen Republik und Gesandter der Schweiz in Paris 1798-1803
Autor: [s.n.]
Kapitel: 2: Gesandter der Schweiz in Paris 1800-1803
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-111028

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2
Gesandter der Schweiz in Paris 1800–1803

Anhang

2.1 Der Wechsel auf den Gesandtenposten

Die allgemeinen Voraussetzungen für Stapfers Diplomatentätigkeit in Frankreich. Die innenpolitische Lage der Helvetischen Republik im Sommer 1800. Der zweite Staatsstreich. Stapfers politischer Standpunkt. Die Ablösung des Gesandten Jenner.

I Der Wechsel vom Erziehungs- und Kultusministerium auf den Posten des Gesandten in Paris war nicht ein abrupter Vorgang, sondern stand im Zusammenhang mit den innenpolitischen Veränderungen der Helvetischen Republik und dem Rücktrittsbegehren des bisherigen diplomatischen Vertreters Abraham Gottlieb Jenner. Allerdings kam er ihm aus persönlichen Gründen nicht ungelegen. Der jetzt tonangebenden gemässigten politischen Gruppierung der so genannten Republikaner gesinnungsmässig nahe stehend, empfahl er sich durch seinen integeren Charakter, seinen bisherigen Leistungsausweis sowie seine besondere Kommunikationsbegabung. Er selber überwand erst nach eingehender Erkundung der Verhältnisse am Ort sein anfängliches Zögern, während seine Gattin vermutlich die Rückkehr in ihren Familienkreis ersehnte, überdies ihrem Gatten in der neuen Stellung aber auch durch einflussreiche Verwandte den Zugang zu massgebenden politischen Persönlichkeiten ebnen konnte. Vorausblickend darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, dass Philipp Albert Stapfer in der Geschichte der schweizerischen Diplomatie einen hervorragenden Platz einnimmt.

Er trat in der französischen Metropole in den Bannkreis des aufsteigenden Napoleon Bonaparte. Ein Altersunterschied von wenigen Jahren trennte den 34-jährigen helvetischen Minister vom 1769 geborenen Ersten Konsul, während dessen Aussenminister Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838) schon im reifen Mannesalter stand, aalglatt und mit allen Wassern gewaschen. Das von Bonaparte und seinen Anhängern im November 1799 gestürzte französische Direktorium hatte die im Jahr zuvor eroberte und seitdem besetzte Schweiz wie Holland und Oberitalien in das System der «Schwesterrepubliken» eingegliedert, als Schutzwall rund um «die grosse Nation». Der nach der Rückkehr vom Ägyptenfeldzug von einer unglaublichen Popularitätswelle emporgetragene Korse erfasste die Chance, die militärischen Rückschläge durch den spektakulären Sieg von Marengo im Juni 1800 auszugleichen und als Retter der Revolution zu erscheinen. Wieder diente die Schweiz vor dem Zug über den Grossen St. Bernhard als Aufmarsch- und Durchmarschgebiet. Immerhin schien nun der europä-

ische Frieden in Sicht. Im Innern stellte der neue Machthaber die politische und soziale Stabilität wieder her, was dem revolutionären Regime bisher nicht gelungen war. Der Preis war eine militärisch abgesicherte Diktatur, der französische Cäsarismus, verkörpert durch ein politisches und militärisches Genie, getrieben von einem unbändigen egoistischen Machtwillen, wie es Franz Schnabel definierte: «Ein aus korsischem Boden entsprossenes Urwesen, das wie eine Naturerscheinung in die Welt der europäischen Zivilisation, ihrer abstrakten Vorstellungen und abgeleiteten Lebensformen eingebrochen ist: «c'est par la pratique, ni par la spéculation qu'il s'est instruit».[1] Als helvetischer Gesandter erlebte und beobachtete Stapfer in der Folge den Prozess der innern Befriedung Frankreichs, der straffen Verwaltungszentralisation, der Regelung von Wirtschaft und Recht, des vom Staat monopolisierten Bildungswesens wie auch der Bereinigung des Kirchenkampfes durch den rastlos tätigen Ersten Konsul. Er hatte dabei einen von einer rücksichtslos agierenden Vormacht kontrollierten und beeinflussten Vasallenstaat zu vertreten. Natürlich nahmen die Anliegen und Verwicklungen des satellisierten kleinen Nachbarn inmitten der allgemeinen europäischen Hektik einen geringen Stellenwert ein, wo in der Folge willkürlich Landesteile und Bevölkerungen auseinander geschnitten und zusammengelegt wurden. Aber auch im Schicksal der Helvetischen Republik spiegelte sich das Zeitgeschehen, wirkte sich die politische Praxis Bonapartes und seines Aussenministers Talleyrand aus. Die angestrebte französische Hegemonie in Europa und der damit verbundene Länderschacher brachte Gefährdungen für den territorialen Bestand der Schweiz, ja für ihre Existenz überhaupt. Die Pariser Gesandtschaft bedeutete in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Horchposten. Sein Inhaber war nicht bloss Befehlsempfänger des Ersten Konsuls, sondern ebenso sehr Sachwalter eminenter nationaler Interessen. Wie aber in Paris einen klaren Kurs steuern angesichts der tiefen Parteispaltung zuhause und der daraus resultierenden diplomatischen Verwirrspiele bis zum Ende der Helvetik?

Stapfer betrat das diplomatische Parkett in Paris nicht als Neuling. Perfekt zweisprachig, verfügte er über das nötige Rüstzeug schon von der Teilnahme an der Mission Lüthardt im Frühjahr 1798 her und hatte damals auch mit dem Sonderemissär über Finanzfragen Jenner zusammengearbeitet, seinem jetzigen Vorgänger.[2] Auftragsgemäss hatte er seinerzeit für den ersten helvetischen Gesandten Zeltner zur offiziellen Präsentation beim französischen Direktorium eine Anrede entworfen, die bei aller diplomatischen Verbindlichkeit gegenüber der Siegermacht doch ein ungetrübtes Nationalbewusstsein zum Ausdruck brachte:

> «La nature a placé l'Helvétie au centre des nations les plus puissantes, comme une citadelle, gardée par une race d'hommes fiers et jaloux de leur indépendance [...]»

Jetzt, zwei Jahre danach, kam die Stunde, wo er solche Grundsätze vor einem Machthaber zu vertreten hatte, der mit ehrgeizigen Plänen bereits weit über das gestürzte Direktorialregime hinausgriff.

Napoléon Bonaparte als Premier Consul um 1800. Ölbild im Napoleonmuseum Arenenberg von Anne Louise Girodet de Roucy.

Seine beiden Vorgänger auf dem Pariser Posten, der eher unbeholfene Solothurner Zeltner und der den Ränken Talleyrands eher gewachsene Berner Jenner, hatten sich vorab mit den Folgen der drückenden französischen Besetzung und Ausplünderung befassen müssen und standen unter dem Druck der im August 1798 aufgezwungenen Offensiv- und Defensivallianz mit Frankreich. Zugleich strebten sie danach, dem übermächtigen Partner einen zwar versprochenen, aber immer wieder hinausgezögerten Handelsvertrag abzuringen.[3] Auf dem Tiefpunkt der Kriegsnot von 1799 sollte Jenner als eine Art Nothelfer den bedrängten Zeltner unterstützen. Als Sonderemissär der Helvetischen Republik ging er kurz nach dem Brumaire-Staatsstreich nach Paris, um die prekäre Lage der geschundenen Schweiz drastisch darzustellen. Aus seinen Instruktionen:

> «Il représentera de la manière plus forte l'état malheureux de l'Helvétie. Il demandera qu'il soit pourvu incessamment à la solde et à l'entretien de l'armée française; il déclarera que le dénuement de toute ressource et les circonstances du gouvernement helvétique sont tels qu'il se verra

hors d'état d'accorder désormais aucun concours aux réquisitions publiques et particulières dont les armées accablent le pays.»[4]

Von Bonapartes Konsularregime erhoffte man sich eben Verständnis für die bedrängte Lage. Doch der zu Anfang 1800 abtretende Gesandte Zeltner gab auf die volltönenden französischen Bekundungen von Freundschaft und Wohlwollen bloss noch den bitteren Kommentar:

«Toujours des promesses et rien que des promesses, que je vais m'abstenir de vous communiquer jusqu'à ce que les réalités auront pris enfin leur place.»[5]

Aus ähnlich bedrängter Position heraus hatten Jenner und danach Stapfer für die Interessen der zwangsverbündeten Vasallenstaates zu agieren. Mit Blick auf die Folgen der vom «Beschützer» rücksichtslos diskriminierten Wirtschaft meldeten der helvetische Finanz- und der Aussenminister am 24. Januar 1800 dem exekutiven Vollziehungsausschuss:

«De cet état de choses il s'ensuit que pour peu qu'il soit encore de durée, l'Helvétie sera ruinée. Nos manufactures et nos fabriques tombent chaque jour. Nos greniers se vident.»[6]

Doch all dies überschattete die 1798 verlorene aussenpolitische Bewegungsfreiheit. Wie ein roter Faden zieht sich durch die damaligen helvetischen Regierungsakten die Forderung, den drückenden französischen Allianzvertrag zu revidieren und die Neutralität zurückzugewinnen. Ein Kommissionssprecher des Gesetzgebenden Rates fasste den vorrangigen Stellenwert der schweizerischen Neutralität in die Worte:

«Das System, wenn wir einen Blick auf die Karte werfen, das uns einzig angemessen ist; das System, wenn wir einen Blick auf unsere kleinen Hülfsquellen, auf unsere innere Schwäche, auf unsere Eingeschränktheit, auf unsere physische Abhängigkeit von verschiedenen Staaten werfen, das uns einzig befriedigen kann, ist das System der Genügsamkeit, des friedlichen Verkehrs um uns her, der Neutralität. Eine Erfahrung von Jahrhunderten ist uns Bürge der Möglichkeit, der Zweckmässigkeit und der Richtigkeit dieses Systems, oder sollte das, was vor der Revolution für die Schweiz so gut passte, nicht mehr mit der helvetischen Republik verträglich sein?»[7]

Dementsprechend kamen die Regierung und ihre Diplomaten gewissermassen unter den Zugzwang von Forderungen wie:

«Que le Gouvernement s'empressât de faire toutes les démarches propres à procurer à l'Helvétie cette neutralité, sans laquelle elle doit nécessairement périr.»[8]

Allerdings bestand kaum Aussicht, dieses Postulat zu verwirklichen, solange der zweite Koalitionskrieg andauerte und alle Friedensgerüchte sich auflösten, als Bonaparte unvermittelt mit seiner Reservearmee durch das Wallis und über den Grossen St. Bernhard wieder nach Oberitalien vorstiess und die Österreicher im

Juni 1800 bei Marengo schlug. Vorgängige Sondierungen der Schweizer Diplomatie beim preussischen König und Frankreichs Gegnern Österreich und England blieben somit folgenlos. Dem entsprach, was der Gesandte Jenner nach einer Demarche bei Talleyrand dem Vollziehungsausschuss in Bern am 15. Februar 1800 berichtete, nämlich unverbindliche Aussagen, garniert mit ein paar Bosheiten über die 1798 zutage getretene militärische Schwäche und Uneinigkeit der Eidgenossenschaft:

> «Nous voudrions vous voir neutres; mais il faudrait nous montrer que cela se puisse, nous prouver que vous êtes en état de faire respecter votre neutralité contre une attaque fortuite de la part de l'Autriche et par-là mettre nos frontières à couvert.»[9]

Übrigens sei ein entscheidender Schlag in Vorbereitung. Danach werde der Erste Konsul gewiss bemüht sein, die Wunden der Schweiz zu heilen. Zugleich schloss der Minister an, der in der Helvetischen Republik aufgebrochene Verfassungsdisput und die Gefahr von Unruhen bereite der französischen Regierung Sorge. So möge er seiner Regierung Bericht geben:

> «Assurez-le que le gouvernement français vous laissera prendre telle forme de constitution que vous voudrez vous donner; que vous pourrez l'adapter à vos besoins, à vos mœurs, à vos localités; mais observez-lui encore que dans un moment où le gouvernement français a des affaires fâcheuses par-dessus les bras, il désire n'en pas avoir de nouvelles et que c'est là la véritable raison pour laquelle il désire que vous conserviez un ordre de chose provisoire, jusqu'à ce que l'horizon politique un peu éclairci vous permette de prendre une assiette stable.»

Natürlich war seinem wachsamen Blick auch der sich immer schärfer abzeichnende Dissens zwischen der gemässigt republikanisch geführten Exekutive und den radikal-revolutionär gesinnten Patrioten in den helvetischen gesetzgebenden Räten nicht entgangen, das Vorspiel zum zweiten Staatsstreich im August jenes Jahres.

Als amtierender Minister war Stapfer zuhause auch noch Augenzeuge, wie in den ersten Märztagen 1800 der neue französische Gesandte Karl Friedrich Reinhard[10] vom Vollziehungsausschuss in Anwesenheit des spanischen Gesandten, des cisalpinischen Geschäftsträgers, hoher französischer Militärs der Besatzungsarmee und der helvetischen Behörden feierlich empfangen wurde, und konnte aus den diplomatischen Floskeln in dessen Anrede heraushören, die Französische Republik zähle auf die Loyalität der Helvetischen Republik als Alliierte in dem noch zu bestehenden Kampf für die Sache der Freiheit und Aufklärung. Der genannte Diplomat war danach bis zum Herbst 1801 – also während Stapfers erster Gesandtenzeit – eine Schlüsselfigur für die innen- und aussenpolitischen Vorgänge in der Schweiz. Die Leitlinien für dessen Instruktion beruhten auf einem eingehenden Rapport des Aussenministers Talleyrand an Bonaparte. Darin stehen aufschlussreiche Bemerkungen über das frühere und gegenwärtige zwi-

schenstaatliche Verhältnis und die schweizerische Neutralität, ebenso über die bei der französischen Intervention von 1798 begangenen Fehler des französischen Direktoriums, die dem besetzten Land aufgebürdeten Lasten sowie die aus der Kriegsallianz 1799 resultierenden Leiden.[11] Talleyrand riet zur Rückkehr zu einer «diplomatie équitable et réparatrice», mahnte jedoch, von einem Eingehen auf die Forderung der Neutralität bis zu einem allgemeinen Friedensschluss dringend abzusehen, weil die Schweiz sie aus eigener Kraft nicht garantieren könne. Ein Handelsvertrag könne noch warten, und in die inneren Verhältnisse des Landes sollte man sich zumindest offen nicht einmischen, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Bonaparte soll Reinhard vor der Abreise persönlich gemahnt haben, mit allen Kräften zu verhindern, dass sich die Schweiz eine definitive Verfassung gebe. Die Mission in Bern bezeichnete er als «éxtrêmement délicate». Der nachfolgende militärische Vorstoss nach Oberitalien warf schon seine Schatten voraus: der Durchmarsch mit den erneuten schrecklichen Belastungen, die Requisitionen für Waadt und Wallis durch die von Bonaparte persönlich kommandierte Armee sowie das von General Moncey über den Gotthard geführte Korps von etwa 25 000 Mann. In die Gratulationsadresse vom 22. Juni in Paris zum Sieg von Marengo flocht Jenner einmal mehr den dringenden Wunsch ein, Talleyrand möge mithelfen, «pour faire rentrer [l'Helvétie] dans la classe des nations libres et indépendantes».[12]

Die hastige Durchreise Bonapartes im Mai von Genf über Lausanne ins Wallis und der Marsch über den Grossen St. Bernhard hatte allerdings den rücksichtslosen Umgang des Machthabers mit den von ihm Abhängigen nochmals so richtig deutlich gemacht.[13] So etwa, wenn er den lemanischen Regierungsstatthalter einer selbst verschuldeten Panne beim Transport in der Kutsche wegen abkanzelte und dabei gegen die helvetische Regierung überhaupt ausfällig wurde:

> «[...] qu'il n'y avait point de gouvernement là ou l'on ne savait pas pourvoir aux besoins du moment. Il répéta deux ou trois fois que si Laharpe gouvernait, le tout irait bien mieux, et que son armée ne manquerait rien.»

Der Betroffene schloss:

> «Il me dit des choses extrêmement dures. Je vis qu'il assimilait mes fonctions à celles des préfets de France.»

Solches verlangte viel Selbstverleugnung oder diplomatischen Takt gegenüber dem «illustre hôte», «ce héros, notre protecteur», was insbesondere wohl auch das Regierungsmitglied Glayre zu beachten hatte, dem damals im Hause des mit Bonaparte vertrauten Bankiers Rudolf Emanuel Haller eine längere Audienz gewährt wurde. Da wird zur Sprache gekommen sein, worüber zehn Tage später der Gesandte Jenner in Paris, vermutlich via Talleyrand, wieder mehr erfuhr und, samt einigem Klatsch, nach Bern zurück berichtete:

> «Le voyage de Bonaparte en Suisse est le sujet de toutes les conversations [...] Il m'est revenu d'une voie très certaine que Bonaparte a été fort content du citoyen Glayre, et que celui-ci l'a tout-à-fait persuadé que

le parti du Conseil exécutif était de beaucoup meilleur et plus raisonnable que celui du Corps législatif; aussi l'ajournement de celui-ci, s'il est dans le vœu de notre gouvernement, ne pourra-t-il manquer d'avoir l'assentiment de la France.»[14]

Sofern sich dies so verhielt, bedeutete es einen deutlichen Wink zuhanden der Fraktion der gemässigten Republikaner, Frankreich werde dem geplanten Staatsstreich zur Vertagung der gesetzgebenden Räte nichts in den Weg legen.[15] Indessen liess fast zum gleichen Zeitpunkt der französische Gesandte Reinhard insgeheim einen helvetischen Regierungsausschuss auch wissen, Frankreich könne während der laufenden Kriegshandlungen nahe der Schweiz keine politischen Unruhen dulden und mahne deshalb die Parteien zur Zurückhaltung.[16]

Ungeachtet aller dieser Spannungen und Ungewissheiten lässt sich aus den Regierungsakten und diplomatischen Korrespondenzen herauslesen, dass man in der Schweiz nach den französischen Waffenerfolgen im Sommer 1800 dennoch erneut Hoffnungen schöpfte, der Erste Konsul werde nun einen europäischen Friedensschluss anstreben, und dabei könnte die Helvetische Republik zu einer von allen Mächten anerkannten Unabhängigkeit und Neutralität zurückfinden. Zum Zeitpunkt, da Stapfer mit den Empfehlungen des Gesandten Reinhard zusammen mit seiner Gattin und dem ein Jahr alten Söhnlein nach Paris reiste, sah man der künftigen europäischen Entwicklung mit Spannung entgegen. Er hatte den Sonderauftrag, zusammen mit dem Gesandten Jenner den französischen Machthabern den Stand der politischen Verhältnisse in der Schweiz zu erläutern, wie oben bereits dargestellt.[17] Seine zukünftige diplomatische Tätigkeit bestimmte sich nach den hier in Umrissen gezeichneten Gegebenheiten.

II In der Folge machen seine amtliche und private Korrespondenz, ferner die nach näherer Erkundung der Lage in Paris einsetzenden ausführlichen Gesandtenberichte deutlich, wie er zunächst den Zweck des dringend notwendigen Erholungsurlaubs hintansetzte und gemäss dem Wunsch seiner Regierung deren politische Zielsetzungen vertreten half. Das war im Interesse seiner republikanischen Gesinnungsfreunde, ging es doch darum, die für deren Ziele günstige Stimmung bei Bonaparte und Talleyrand zu fördern. Das war unmittelbar vor dem geplanten Staatsstreich, durch den am 7./8. August 1800 unter Druck die Vertagung der gesetzgebenden Räte durchgesetzt wurde. So engagierte sich Stapfer nun als Diplomat offen für die Sache des reformerisch gesinnten helvetischen Unitarismus und nahm in der Folge gegnerische Anfeindungen gelassen in Kauf. Wohl war er anfangs in seiner Amtsführung als Kulturminister des jungen helvetischen Staates eifrig bestrebt, einen alle Kreise umfassenden esprit public zu schaffen, hatte sich aber immer der gebildeten Elite der Usteri, Escher, Kuhn und Rengger zugerechnet. Jetzt stand jedoch die Frage des konstitutionellen Rahmens für die Helvetische Republik im Vordergrund und entzweite zunehmend Unitarier und Föderalisten. Stapfers Standpunkt war damit unzweideutig gegeben. Er

suchte gleich in die Umgebung des Ersten Konsuls vorzudringen und Kontakte aufzubauen. Ein höchst verbindliches Schreiben des einflussreichen Politikers und Publizisten Pierre Louis Roederer (1752–1835) vom 10. August bestätigte ihm den Empfang der von ihm als eine Art Leitbroschüre mitgeführten und in Paris in Umlauf gebrachten Schrift des liberal gesinnten Unitariers Bernhard Friedrich Kuhn «Über das Einheitssystem und den Föderalismus als Grundlage einer künftigen helvetischen Staatsverfassung».[18] Offenbar gönnte er sich erst danach eine Ruhepause. In der zweiten Hälfte August hören wir von ihm, er sei «auf einem bei Blois gelegenen Landgut, wohin ich mich nach beendigten Geschäften in Paris begeben habe, um in Ruhe die Nachricht von dem zu erwarten, was Ihr nun eurerseits in der Schweiz für die gute Sache thun würdet, nachdem wir in Paris das unsere redlich gethan haben».[19]

Auch einem schon bald nach der Ankunft in Paris an den Vollziehungsausschuss in Bern verfassten Rapport sind Angaben über die ersten diplomatischen Schritte zu entnehmen:[20]

> «Quand les ordres de la Commission exécutive me parvinrent, j'étais au moment de partir pour le département de Loir-et-Cher pour y joindre ma famille et passer quelques jours à la campagne, d'où j'avais l'intention de retourner en Suisse sans délai. Abandonnant, comme de raison, ces projets, je suis resté à Paris pour remplir la commission dont vous m'avez chargé.»

Dem schickte er einige Hinweise auf die Aussensicht auf die Schweiz voran:

> «Empressé d'user de tous les petits moyens qui sont à ma portée, j'ai tâché de pénétrer les alentours du Premier Consul, auprès desquels j'ai accès, de la conviction qu'il faut nécessairement et pour les intérêts des deux Républiques également, que les Consuls s'occupent incessamment des affaires suisses et entourent le gouvernement helvétique par des démarches éclatantes, de plus de force et considération. Il est vraiment étonnant combien peu on pense à nous, combien les idées qu'on entretient sur notre compte sont fausses, et combien on s'imagine pouvoir être quitte de la Suisse à bon marché. Il est important de rectifier l'opinion des hommes influens sur la fixation de nos destinées et de leur faire envisager la situation de l'Helvétie sous ses véritables couleurs.»

Diese ungeschminkte, treffende Analyse des vom übermächtigen Nachbarn revolutionierten, dann materiell ausgebeuteten, als Kriegsschauplatz verwüsteten und nun missachteten Kleinstaats präludiert bereits die späteren klarsichtigen Gesandtschaftsberichte Stapfers. Zu diesem Zeitpunkt rechnete er allerdings noch keineswegs mit dem Wechsel auf diesen Posten, sondern gedachte nach seinem Erholungsurlaub an seinen Ministerposten zurückzukehren, denn er ersuchte im eben erwähnten Schreiben um Verlängerung seines Urlaubs bis Ende August zur Kompensation der in Paris aufgewendeten Zeit. Er war eigentlich unversehens in den Geschäftskreis der Pariser Gesandtschaft hineingeraten und muss sich dabei

in den Augen der nach dem August-Staatsstreich neu eingesetzten Exekutive in Bern, dem Vollziehungsrat, als der gegebene Stellvertreter des trotz seinem Entlassungsgesuch vorerst nur beurlaubten Gesandten Jenner erwiesen haben. So bahnte sich der einschneidende Wechsel in Stapfers politischer Laufbahn an. Der erste Schritt war, dass am 26. August der französische Aussenminister Talleyrand die Verabschiedung Jenners mit dem Agrément für Stapfer als «chargé d'affaires par interim» verband, was in anderem Zusammenhang bereits kurz zur Sprache kam.[21] Die innen- und aussenpolitische Lage der Schweiz im Sommer 1800 muss den Vollziehungsrat bewogen haben, den wichtigen Aussenposten wieder mit einem akkreditierten Gesandten zu besetzen, wenn Jenner sich nicht mehr nach Paris delegieren liess. Eine vertrauliche Bemerkung Stapfers in einem Brief an Usteri lässt während dieser Übergangszeit darauf schliessen, dass er einer Berufung nicht abgeneigt war, was auf Sondierungen der Regierung hindeutet.[22] Aus einem an sie gerichteten Schreiben vom 8. September spricht seine freimütige Bescheidenheit, der Dienstwille in der ihm vorerst ad interim übertragenen Funktion:[23]

> «Si le zèle le plus pur et l'attachement le plus sincère à ma patrie suffisaient pour me rendre digne de la confiance dont vous m'avez honoré, je serais sûr de la mériter et de rendre à notre malheureux pays les Services dont il a tant besoin. Mais, ne sentant que trop que je suis encore loin d'avoir les talens et les lumières, nécessaires à celui qui occupe le poste important de représentant de sa nation auprès d'un gouvernement étranger, je n'oserais me flatter de quelque succès dans cette carrière nouvelle pour moi, si je ne pouvais compter sur les secours que je trouverai dans les directions qui me seront données de votre part par votre ministre des Relations extérieures, et dans les conseils que je demanderai à des hommes plus habiles que moi et aussi bien intentionnés pour notre République.»

Es lässt sich unschwer erraten, dass ihn der Posten lockte, doch war es nicht seine Art, sich aufzudrängen. Es ist erstaunlich, wie objektiv er die Sachlage überdachte und deshalb mit seltener Uneigennützigkeit im Interesse der Sache einen, wie er meinte, besonders geeigneten Kandidaten selber in Vorschlag brachte. Er empfahl nämlich in einem Lagebericht Ende September dem Aussenminister Bégoz den Pariser Bankier bernischer Herkunft Rudolf Emanuel Haller (1747–1833) als Gesandten seiner besonderen Beziehungen zu den Spitzen der französischen Regierung wegen.[24] Der bekannte Finanzmann, ein jüngerer Sohn des grossen Albrecht Haller, hatte General Bonaparte als Administrator auf dem Italienfeldzug von 1796 gedient und besass nun ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Ersten Konsul:

> «J'avoue que je me trouverais, sous plusieurs rapports, heureux d'obtenir cette place, si le Conseil exécutif me jugeait capable et digne d'y servir mon pays. Mais je dois, avec la bonne foi qui sied à l'honnête hom-

me, déclarer franchement que d'après la connaissance du terrain que j'ai acquise, je suis convaincu qu'aucun Suisse ne pourra rendre, comme ministre helvétique à Paris, la centième partie des services que le citoyen Haller rendrait indubitablement à sa patrie comme ambassadeur. Il réunit à la qualité d'être Suisse allemand d'une ancienne famille, circonstance qui ne laisse pas que d'avoir son prix, tant auprès de la nation helvétique qu'auprès du gouvernement français, les formes et le langage d'un Français.»

Dann fügt er eine interessante Charakterisierung gewissermassen des idealen Diplomaten an und unterstreicht die Sonderbeziehung Hallers zu Bonaparte:

«Il a tout ce qu'il faut pour faire effet sur les hommes puissans qui disposeront de nos destinées, et qui sont aussi faciles à ennuyer que difficiles à émouvoir, esprit, talens, connaissances variées, grandes vues, originalité, conversation amusante, tours piquans, une grande habitude de manier les hommes, surtout les héros de la révolution, qui demandent à être flattés et pris d'une manière toute différente de celle qui est bonne auprès des grands seigneurs des cours, enfin un nom illustre, petit accessoire, qui, en dépit de tous les principes de la saine philosophie, compte toujours pour quelque chose, même dans la capitale de l'Europe révolutionnée. Mais ce qui est beaucoup plus que tout cela et absolument sans prix, Haller *a son franc parler* avec le Premier Consul. Il est constant que Bonaparte s'ouvre à lui plus qu'à aucun autre des habitués de son palais, que, quand Haller entre il quitte toutes les conversations pour la sienne, et que notre compatriote a un libre accès auprès de Bonaparte que Roederer et Volney qui passent pour avoir, apres Joseph Bonaparte, le plus ascendant sur le Premier Consul. Je répète que cet avantage est inappréciable [...]»

Stapfer schliesst diesen aufschlussreichen Rapport vom 28. September an seinen ehemaligen helvetischen Ministerkollegen mit den Worten:

«Quelle que soit la présomption ou le mal à propos de ce plaidoyer pour un homme qui m'est parfaitement étranger, et qui ignore ce que j'écris, vous avouerez du moins, mon cher Ministre, qu'il est parfaitement désintéressé et qu'il prend sa source dans un motif qui ne peut être blâmable.»

Traf aber das von ihm umschriebene Eignungsprofil für den zukünftigen Pariser Gesandten nicht gerade für ihn selber zu? Für ihn sprachen zudem sein integerer Charakter, seine bisherige staatsmännische Leistung und seine gleich schon aus den ersten nach Bern gerichteten Berichten ersichtliche klare Einschätzung der politischen Lage. Dass ihm überdies dank geschickt angeknüpfter persönlicher Beziehungen und dank der familiären Verbindungen seiner Gattin in Paris wichtige Zugänge offen standen, kam noch dazu. Trotz seiner Empfehlung Hallers fiel die Wahl schliesslich auf ihn selber. Allerdings fasste er den Entschluss für den einschneidenden Wechsel nicht, ohne auch die Meinung der Stapfer'schen Vätergeneration zuhause eingeholt zu haben, nämlich seines ihm eng verbundenen

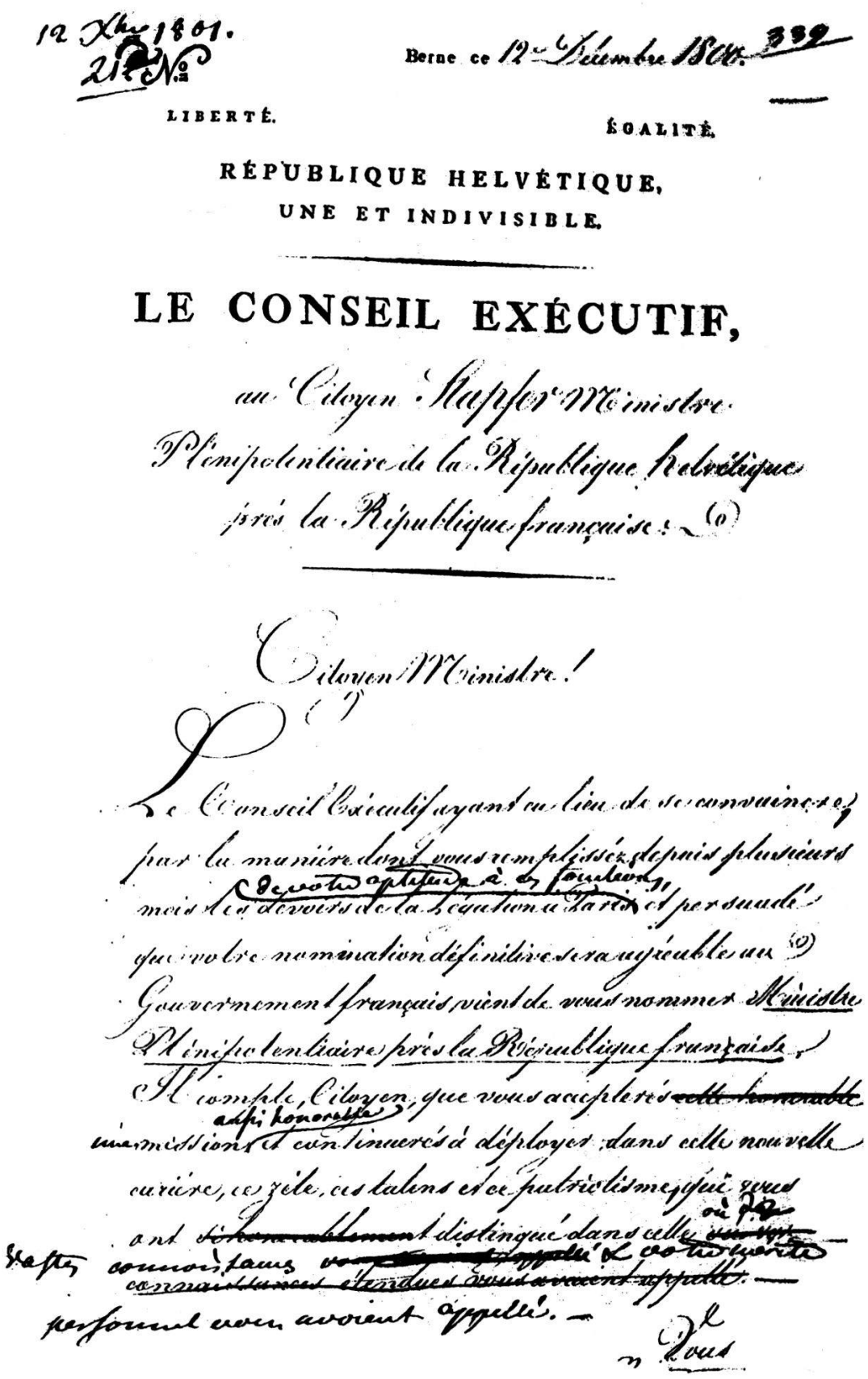
hochbetagten Onkels Professor Johannes und seines noch als Pfarrer am Münster amtierenden Vaters Daniel. Ein Anfang Oktober bei ihm einlangender Brief des Bruders Friedrich erhellt die Zusammenhänge, wie oben angedeutet.[25] Indem der jüngere Stapfer den in Aussicht stehenden Wechsel begrüsst, spricht er vom «heillosen Schellenwerk, an das du hier angekettet warst». Zweifellos rühre ja die angegriffene Gesundheit Philipp Alberts von den Belastungen des Ministeramts her, insbesondere jedoch von den klerikalen Anfeindungen. Während der Oheim seine Entscheidung nicht beeinflussen wolle, habe der Vater «nicht nur nichts dawider, sobald du glaubst, es werde dir zum Glück und Vergnügen gereichen, sondern er würde es für ihn selber als eine nicht kleine Erleichterung ansehen, dich nicht mehr in einer Stelle zu wissen, welche I[th] nun dir nicht allein doppelt beschwerlich und verdriesslich zu machen sucht [...] sondern dich darin wirklich für einen beträchtlichen Theil von Helvetien paralysirt hat». Der jüngere Stapfer übermittelt anschliessend dem Bruder noch einen leise mahnenden Ratschlag des Vaters: «Doch wäre es sein Wunsch, dass, wenn du solltest an Hr. *Jenners* Platz ernennt werden, du nicht vergessen und was er glaubt, mit allen Ehren geschehen könnte, dich demgemäss einrichten möchtest, dass du Abgesandter einer kleinen, armen, beraubten, geplünderten Republik seyest.» Und der Bruder schliesst den Brief mit einem scharfen Seitenhieb auf die Widersacher des Ministers: «Nun trittest du mit Ehren ab und bist sicher vor allen Kränkungen und die nach seiner [d. h. Iths] Pfeife tanzen und ihm geholfen haben, dich in allem zu kreuzen, mögen erfahren, was sie dabey gewonnen.» Jenner kehrte also nicht mehr nach Paris zurück und erhielt schliesslich auf Mitte Dezember 1800 die ehrenvolle Entlassung. Stapfer trug indessen die Verantwortung und rückte jetzt vom diplomatischen Geschäftsträger ad interim durch das Ernennungsdekret des helvetischen Vollziehungsrats zum «Ministre plénipotentiaire près la République française» auf.[26] Die Oberbehörde würdigt ihn auch als abtretenden Erziehungsminister im vorhergehenden Text:

> «Il [le Conseil exécutif] compte, Citoyen, que vous accepterés une mission aussi honorable et continuerés à déployer dans cette nouvelle carière, ce zêle, ces talens et ce patriotisme, qui vous ont distingué dans celle où vos vastes connoissances et votre mérite personnel vous avoient appelé.»

Stapfers Annahmeerklärung vom 25. Dezember 1800 ist, wie schon am 8. September, auf den Ton ernsten patriotischen Pflichtbewusstseins gestimmt, wenn er dem Vollziehungsrat versichert:[27]

> «Si le zèle le plus pur pour les intérêts de ma patrie, le désir de contribuer, par mes efforts, au soulagement de mes concitoyens, et un dévouement sans bornes pour mon gouvernement pouvaient me tenir lieu des talens qui me manquent, j'oserais espérer de justifier votre choix et de me rendre digne du poste honorable que vous m'avez confié.»

Der künftigen Aufgaben wohl bewusst, setzte er abschliessend hinzu:



12 Xbre 1801.
21e No

Berne ce 12e Décembre 1800. 339

LIBERTÉ. ÉGALITÉ.

RÉPUBLIQUE HELVÉTIQUE,
UNE ET INDIVISIBLE.

LE CONSEIL EXÉCUTIF,

au Citoyen Stapfer Ministre
Plénipotentiaire de la République helvétique
près la République française.

Citoyen Ministre!

Le Conseil Exécutif ayant eu lieu de se convaincre, par la manière dont vous remplissez depuis plusieurs mois les devoirs de la Légation à Paris de votre aptitude à ces fonctions, et persuadé que votre nomination définitive sera agréable au Gouvernement français, vient de vous nommer Ministre Plénipotentiaire près la République française.

Il compte, Citoyen, que vous accepterés ~~cette honorable~~ une mission aussi honorable et continuerés à déployer dans cette nouvelle carrière, ce zèle, ces talens et ce patriotisme, qui vous ont ~~si honorablement~~ distingué dans celle ~~[illegible]~~ où de vastes connoissances ~~[illegible]~~ & votre mérite ~~connaissances étendues vous avaient appellé~~ personnel vous avoient appellé. —

Vous

Entwurf des Ernennungsdekrets für Stapfer zum Gesandten in Paris vom 12. Dezember 1800.

«Pour me rassurer sur la témérité avec laquelle j'entre dans une nouvelle carrière, j'ai besoin de me dire que les effets de l'heureux changement opéré par le dix-huit brumaire an huit [d. h. des Übergangs vom französischen Direktorial- zum Konsularregime Bonapartes], dans les principes du gouvernement français, et la conclusion de la paix, dont l'époque ne peut plus être éloignée, diminueront considérablement les difficultés avec lesquelles mes prédécesseurs ont lutté, et auxquelles je ne saurais opposer que les vertus de ma nation, la bonne foi, loyauté et persévérance.»

Sein bereits im September nach Bern zurückgekehrter Vorgänger reichte Ende des Jahres dem Vollziehungsrat seinen Schlussrapport ein, mit dem Hinweis auf die Übergabe der Geschäfte und des Archivs sowie der Überlassung der von der helvetischen Gesandtschaft gemieteten Pariser Lokalitäten an den Nachfolger:

«Je lui ai laissé pour son propre agrément et pour les convenances l'appartement que j'occupais monté sur le pied nécessaire au séjour d'une ville telle que Paris.»[28]

Jenners Memoiren, den «Denkwürdigkeiten», ist zu entnehmen, dass die genannte, zentral gelegene und nun Stapfer zur Verfügung stehende Gesandtenwohnung sich an der Rue d'Elysée befand, ein sehr schönes Erdgeschoss im Stadt-Hotel einer Frau Lareignière, «um 5000 Pfund jährlich Mietzins, ganz meublirt».[29]

Im Allgemeinen zog dann der ehemalige Legationschef eine recht nüchterne Bilanz über die ungleichen zwischenstaatlichen Beziehungen mit Frankreich, namentlich über die endlosen Demarchen bei der Besetzungsmacht.[30] Dies knüpft an die vorgehend geschilderten allgemeinen Voraussetzungen für Stapfers kommende Gesandtenzeit an. Es lässt sich ablesen, wie schwierig es die früheren Gesandten der zwangsverbündeten Helvetischen Republik in Paris mit ihren Anliegen hatten: die Abwehr immer neuer Requisitionen der französischen Armee bei der Besetzung und bei Durchmärschen, die rücksichtslose Ausbeutung des geschundenen Landes. Und als Resultat aller Beschwerden: «toujours des promesses et jamais de résultats». Im politischen Teil stellte Jenner den Rückgewinn der Neutralität und Unabhängigkeit und damit die Revision der Zwangsallianz an die Spitze. Stapfer wird in der Folge ebenso hartnäckig darauf hinwirken. Der von Frankreich immer wieder versprochene, bereits paraphierte, jedoch unter allen möglichen Einwänden immer wieder hinausgeschobene Handelsvertrag sei ein Hauptanliegen zur Überwindung von Hunger und Not. «Si l'on examine quels sont les intérêts de la République helvétique, après la neutralité suivent immédiatement les intérêts commerciaux», mahnte Jenner. Dass allerdings über allem der Schatten der inneren Parteigegensätze lastete und die Sicherheit nach aussen eben doch wesentlich von der inneren Stabilität abhing, liess ihn warnend postulieren: «Une constitution qui ait pour base la liberté et l'anéantissement des privilèges héréditaires et qui soit en même temps corrigé par les leçons de l'expérience.» Einen Hoffnungsschimmer meinte der Berichterstatter am Ende

trotzdem zu erkennen: «le héros» Bonaparte, der Europa nächstens nicht nur den Frieden, sondern dem geplagten Helvetien ein Ende der langen Leidenszeit, Entschädigung, nationale Unabhängigkeit und Neutralität bringen werde:

> «[...] j'en ai sa parole et jamais cette parole n'a été donnée en vain; plein de confiance pour cet heureux avenir, je crois devoir vous exhorter, Citoyens Magistrats, à prendre encore patience quelque temps, pour les maux où il n'y a point de remède.»

Mit diesem verheissungsvollen Ausblick schloss Stapfers Vorgänger seinen Legationsbericht und empfahl dabei auch dem Nachfolger als Hauptanliegen, dem Land das Wohlwollen des Ersten Konsuls zu erhalten, weil dessen Einfluss gerade beim kommenden europäischen Friedensschluss für das Schicksal Helvetiens entscheidend sein werde.

2.2 Helvetische Diplomatie im Schatten des französischen Konsularregimes

Stapfers Gesandtschaftsberichte und Korrespondenzen im Vorfeld von Lunéville und Malmaison 1801. Seine Mahnrufe zum nationalen Schulterschluss. Stapfer und Sieyès. Bonapartes Audienzen. Die Mission Glayre-Rengger nach Paris. Der Frieden von Lunéville und die helvetische Verfassungsfrage: Malmaison 1801. Rettung des Kantons Aargau.

I Stapfer stand als helvetischer Diplomat über zweieinhalb Jahre nahe der Schaltstelle, wo über das Geschick der Schweiz von aussen entschieden wurde. Den Schlusspunkt setzte 1803 die Mediation Napoleon Bonapartes. Bis dahin kam das seit 1798 besetzte Land nie zur Ruhe. In Paris registrierte man die inneren Konvulsionen des Satellitenstaates aufmerksam, mahnte die Parteien allenfalls zur Ruhe, um bei den eigenen Grossaktionen ungestört zu sein, und förderte je nach den eigenen Interessen diese oder jene politische Richtung bis zur Agonie des 1798 dem Land aufgezwungenen Systems. Dass die provisorische Exekutive Stapfer nach seinem Erholungsurlaub nicht mehr in das Erziehungsministerium zurückrief, sondern sein Mandat in Paris bis zur Ablösung des Gesandten Jenner verlängerte, bewies die Wichtigkeit, die man dieser Funktion beimass. Der Geschichtsschreiber Tillier hielt zum Weggang Minister Stapfers fest, man sei sich zwar bewusst gewesen, dass dadurch dem bis dahin von ihm geleiteten Geschäftszweig ein bedeutender Nachteil erwachse. «Allein die Pariserverhältnisse überwogen jetzt Alles.»[1]

Aus biografischer Sicht wird hier auf den allgemein bekannten Gang der Ereignisse zwischen 1800 und 1803 nur einzugehen sein, wo Stapfer unmittelbar betroffen war und wo sein Denken und Handeln als Diplomat ins Spiel kam. Die Betrachtung stützt sich allerdings nicht nur auf die offiziellen Gesandtschaftsberichte, sondern auch auf die bisweilen recht ungeschminkten Äusserungen in Privatbriefen. Mangels Quellen fällt leider für diesen Zeitabschnitt auf sein Privatleben bloss da und dort ein flüchtiges Streiflicht.

Anlässlich der Beförderung vom interimistischen Geschäftsträger zum bevollmächtigten Gesandten im Dezember 1800 dürfte ihm das persönliche Geleitwort seines Vorgängers Jenner auch die Risiken seiner Gratwanderung auf diesem Posten bewusst gemacht haben:

101.

N°. 341.

Liberté. Egalité.

Paris, ce 10 Octobre 1800./.

Le Ministre Plénipotentiaire de la République Helvétique, près la République Française,

Au Citoyen Pégos, Ministre des Relations Extérieures de la République Helvétique, à Berne.

Citoyen Ministre!

Je vous ai mandé dans ma dernière, du 8 courant, que le Premier Consul m'avoit assigné une heure, pour m'entretenir sur les affaires Suisses. Je me rendis avant hier, 16 vendémiaire, (8 octobre) à l'heure indiquée au Pavillon de l'unité; & je fus introduit immédiatement par le Citoyen Duroc, dans le Cabinet de Bonaparte que je trouvai seul, & avec lequel j'eus une conversation de passé une heure, dont je vais vous retracer les principaux traits.

Je commençai par lui parler de la Lettre du Conseil Exécutif, & par le prier de vouloir me communiquer ses intentions sur l'objet de son contenu: Mais m'appercevant qu'il n'avoit pas encore eu le tems de la Lire, je tâchai d'amener la conversation sur toutes les demandes qui y sont formées, consécutivement. Si je n'ai pas réussi à provoquer des éclaircissemens détaillés sur chacun des points importans qui sont traités avec tant de concision & de clarté dans cette Lettre, il faut l'attribuer en partie au but que le Premier Consul se proposoit d'atteindre par cette Conversation. Il vouloit premièrement discuter avec moi la question intéressante de la forme de Gouvernement qui convendroit le plus, et à l'Helvétie, dans l'Etat actuel des choses, et aux deux grandes Puissances que sa tranquillité & ses rapports politiques intéressent plus particulièrement: Il vouloit ensuite, après m'avoir entendu sur cette matière, obtenir des renseignemens sur nos ressources, & sur la possibilité qu'un Gouvernement propre à maintenir la tranquillité de l'Helvétie, & à la conserver dans des rapports politiques rassurans pour ses voisins, put s'établir & s'affermir parmi nous. Ce fut donc, que par une espèce d'interealation, que je pus, dans le cours de notre Entretien, obtenir quelques explications sur les objets de la Lettre du Conseil Exécutif: Mais elles furent parfaitement satisfaisantes; et le Premier Consul manifesta un grand désir de réparer les maux que nous avons soufferts. Il me déclara d'abord, qu'il étoit très décidé

à

Gesandtschaftsbericht Stapfers über ein längeres Audienzgespräch mit Bonaparte am 8. Oktober 1800.

«Puissiez-vous, mon cher ministre, être plus heureux dans les résultats de votre mission que vos prédécesseurs, puissiez-vous obtenir tout ce que j'ai désiré, puissiez-vous mieux placer votre confiance que je ne l'ai fait, puissiez-vous surtout jouir d'une vie privée plus aimable que celle que j'ai éprouvée. Recevez mes vœux sincers et mes complimens empressés; faites les agréer à votre charmante épouse et permettez-moi de vous rappeler Berne à votre promesse à son sujet à votre souvenir.»[2]

Der Erfolg seiner Mission hing auf engem Spielraum weitgehend von den Intentionen der französischen Machtträger Bonaparte und Talleyrand ab. Sie lassen sich auch ablesen an den ihrem Gesandten Reinhard in Bern erteilten Instruktionen. Im Gegensatz zur erpresserischen Härte des ehemaligen französischen Direktoriums gab sich das Konsularregime äusserlich durchaus versöhnlich und sprach sogar von einer «mission réparatrice» in der Schweiz:

«Réparer les maux de la guerre et de l'occupation française; éviter d'imposer au peuple de nouvelles charges et de s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Helvétie.»[3]

Die im gleichen Atemzug betonten französischen Eigeninteressen dämpften jedoch allzu frühe Hoffnungen. Es sollte vorläufig alles in der Schwebe bleiben, was Stapfer masslos empörte. Paris wünschte:

«Faire ajourner les négociations en vue du rétablissement de la neutralité et d'un traité de commerce, ainsi que les débats sur l'adoption de la nouvelle constitution.»

Immerhin sollte der französische Emissär seine Ziele mit diplomatischem Takt verfolgen:

«On lui recommandait surtout de ne jamais employer, pour atteindre le but qui lui serait indiqué, que le langage de l'insinuation, l'influence des conversations et des conseils inofficiels, cette conduite étant seule de mise pour rétablir les bons rapports franco-suisses et relever le renom de la diplomatie française en Europe.»

Reinhard verfolgte diese Taktik beispielsweise mit der moralischen Unterstützung der gemässigten Republikaner beim Staatsstreich zur Vertagung der gesetzgebenden Räte am 7. August 1800. Solange das französische Protektorat über die Schweiz gesichert war und keine störenden Unruhen ausbrachen, legte sich im Übrigen der Erste Konsul für keine Partei fest. Er wünschte keine zügige Verfassungsrevision und wollte von der helvetischen Regierung lediglich auf die Friedenskonferenz von Lunéville hin deren Verfassungsgrundsätze erfahren. Darüber entwickelte er allerdings in der Folge seine eigenen Vorstellungen. In der Schweiz verband man grosse Hoffnungen mit dem Kongress, ging es doch dort auch um ihre internationale Stellung. Sie bewarb sich deshalb in Paris eifrig um die Bewilligung eines Vertreters an den Verhandlungen. Stapfer sah sich bald in diesen zwischenstaatlichen Poker mit dem übermächtigen Kontrahenten einbezogen. Seinen sachkundigen Gesandtschaftsberichten ging stets eine sorgfältige

Erkundung des Umfelds voraus. Wie schon früher angemerkt, konstatierte er zu seiner Verwunderung die in der französischen Hauptstadt vorherrschenden falschen Vorstellungen über die schweizerischen Verhältnisse.[4] Diesem Umstand suchte er bei Kontakten mit einflussreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens abzuhelfen und der wachsenden Geringschätzung seines Landes entgegenzuwirken. Die kritischen Berichte des französischen Gesandten Reinhard in Bern an Bonaparte und Talleyrand bilden die Folie zu Stapfers Bemühungen in Paris.[5] Nur widerwillig gab man hier zu, dass der krisenhafte Zustand der helvetischen Innenpolitik eigentlich aus den von aussen her erfolgten Anstössen, aus Revolution und Krieg resultierte. Stapfer wehrte vor allem den Vorwurf ab, das innerlich gespaltene Land wisse sich selber nicht mehr zu helfen und benötige deshalb weiterhin die Bevormundung durch die französische Schutzmacht.[6] Eine Erstarkung und die daraus folgende Verselbständigung war übrigens nach Ansicht des französischen Aussenministers gar nicht so erwünscht. Ein Memorandum an den Ersten Konsul im Januar 1801 führt aus:

> «L'état provisoire qui rend le gouvernement helvétique plus faible, le rend plus coulant pour la France. Un gouvernement solide et permanent serait beaucoup moins facile.»[7]

Der nach seiner wenig erfolgreichen Mission im Herbst 1801 aus Bern abberufene Reinhard stellte der von Parteispannungen aufgewühlten Schweiz eine wenig verheissungsvolle Prognose:

> «Qui a fait la révolution en Suisse? C'est la France. Qui peut la terminer? Ou vingt ans de désordres, de malheurs et de carnage: ou la France. Il semble donc que l'indépendance pour l'Helvétie ne peut commencer que de l'époque de la paix et de l'établissement de la constitution.»[8]

Eine Vorahnung der Mediation?

Stapfer durchschaute in Paris nach kurzem die Doppelzüngigkeit dieser Politik und rief die helvetischen Behörden und seine politischen Gesinnungsfreunde dringend zum nationalen Schulterschluss sowie zur Erneuerung der Wehrkraft auf. Als Ausgangspunkt für diese Haltung ist sein erster ausführlicher Gesandtschaftsbericht vom 17. September 1800 von Bedeutung.[9] Er schrieb an den helvetischen Vollziehungsrat:

> «Citoyens Magistrats,
>
> Je n'ai voulu hasarder, dans les premiers momens où je me suis vu chargé par vos ordres des affaires de la légation helvétique, de vous présenter l'aperçu de ce que me paraissaient être les rapports des deux Républiques et les vues du gouvernement français. Et encore aujourd'hui je n'ai pas assez fréquemment conversé avec les hommes qui sont censés en être les dépositaires, pour être à même de vous fournir des données bien sûres ou très importantes. Au fait, le gouvernement français lui-même flotte encore au gré des événemens, et son système de conduite par rapport à la Suisse en particulier n'est pas bien assis.»

Fest stand das Interesse Frankreichs, die benachbarte Schweiz innen- wie aussenpolitisch vom Einfluss Österreichs fern zu halten. Daraus resultierte:

> «Tout ce qui nous sera possible d'obtenir c'est une *neutralité favorable à la République française,* mais affranchie de l'obligation d'accorder un passage à ses troupes sur le territoire helvétique. C'est une contradiction en apparence, mais un plan nécessaire en réalité.»

Die Vorstellung von einer völligen Unabhängigkeit wäre angesichts der französischen Vormachtstellung in Europa eine Chimäre. Hingegen wäre eine Erneuerung der früheren Militärbeziehungen denkbar. Welcher Spielraum aber bleibt der Helvetischen Republik bei ihrer innenpolitischen Ordnung?

> «Un principe dont le gouvernement français ne se départira jamais, est d'exiger que les bases de notre constitution, quelles qu'en soient d'ailleurs les modifications, ne diffèrent pas de celles qui ont été adoptées par le peuple français.»

Demnach bestehe zwar ein Spielraum für die eigene nationale Gestaltung unter der Voraussetzung:

> «Deux moyens peuvent seuls, à mon avis, conduire à ce but, le respect que nous inspirerons par notre conduite et le réveil de l'esprit militaire de notre nation.
>
> Je ne dois pas vous cacher, Citoyens Magistrats, que nous sommes profondément méprisés, et c'est peut-être (il me répugne de le dire) ce mépris seul, joint à une tradition diplomatique encore respectée, qui nous a épargné le sort de la Pologne.»

Aufgeteilt werden wie Polen! Über die ganze napoleonische Ära geisterte diese Schreckvision durch die Gemüter. Mit Maurice Glayre (1743–1819), dem direkten Vorgesetzten Stapfers, sass im Vollziehungsrat der langjährige Sekretär des Königs Poniatowski, ein Augenzeuge derartiger Vorgänge. Zu Einigkeit und Stärke rief daher Stapfer auf. Die anschliessende Mahnrede an die innerlich gespaltene Nation atmet Geist und Gesinnung des ehemaligen Kultur- und Erziehungsministers:

> «Rapprochons-nous, réunissons-nous par tout ce que nous avons de plus sacré et de plus cher, à tout prix, au plutôt, avant tout; qu'aucun sacrifice ne soit trop cher, aucun effort trop pénible, s'il peut contribuer à amener ce but. Ne formons plus de peuplades diverses, soyons un peuple, une nation unie de volonté et de forces. Ah! que ne puis-je transporter ici un moment les plus violens, de ce qu'on nomme encore en Suisse des aristocrates, des révolutionnaires, des Jacobins. Ils s'apercevraient bientôt du mal affreux qu'ils se font à eux-mêmes par leur misérables querelles, par un dissentiment d'opinion qui aujourd'hui n'a plus sens. Je rends grâce au ciel de ce que les journaux suisses ne nous donnent plus, dans les séances du Corps législatif, le tableau de la discorde des autorités suprêmes et de la haine des partis qui agitaient notre malheureux patrie.»

Mit dem Zuruf aus Paris appellierte er dringend an den Gemeingeist – l'esprit public –, den er als Kultur- und Erziehungsminister hatte schaffen wollen. Nicht zufällig erinnerte er seine Vorgesetzten auch an sein Projekt einer Nationaluniversität als geistige Kaderschule für die Schweiz. Er hatte jetzt den französischen Staatsrat, Bonapartes hoch angesehenes Beratungsorgan, vor Augen, zwei Drittel davon «hommes de lettres», wie auch die Minister und Konsuln. Selbst der Erste Konsul möchte dazu zählen, bemerkt er.

> «Formez une université nationale, où les jeunes gens, en confondant leurs études et les amusemens de leur âge, confondent aussi leurs âmes et leurs principes. Sans un institut central nous n'aurons jamais d'uniformité dans nos vues et dans nos sentimens – chose absolument nécessaire, si nous devons former une seule et même nation; mais ne l'appelez pas *institut*. Rien ne donne tant de ridicule et n'attire plus le mépris que les imitations; nommez-le bonnement *université* ou *académie centrale*.»

Den Revolutionsprozess versteht er als Kulturwandel:

> «S'il reste quelque chose de la révolution sociale opérée par l'établissement des gouvernemens représentatifs (et certainement elle laissera de profondes traces dans l'histoire du genre humain) c'est sans doute d'avoir mis le gouvernement et les moyens de civilisation et d'instruction publique en un contact plus immédiat, ou un commerce beaucoup plus intime qu'auparavant.»

Diesen Prozess erlebte er jetzt im Grossen am Gang in der französischen Metropole. Was allerdings die Zeitumstände dem bedrängten Kleinstaat zunächst abforderten, das waren die Mittel zur Selbstbehauptung.

> «Sans l'établissement d'une force armée, proportionnée à la population et à la répartition de la Suisse, celle-ci n'aura jamais d'existence politique et n'inspirera surtout aucun respect.»

Sogar das Bild einer durch Festungswerke gesicherten Schweiz ist vorausgenommen:

> «J'ai même entendu des généraux français, fort habiles et très influens, soutenir que nous devrions penser à construire des forts pour garder nos côtés les plus faibles ou les plus exposés.»

Im Schlusspassus ruft Stapfer die obersten Verantwortlichen zu vermehrter und entschlossener Aktivität auf und erinnert zugleich an die frühere Reputation der Eidgenossenschaft:

> «Il nous reste encore quelques fragmens de notre ancienne réputation, tant morale que militaire, qui nous a valu des siècles d'estime et de tranquillité unique dans l'histoire. Sauvons-en les débris, en tâchant de ressusciter ou de ranimer les institutions auxquelles nous la devons.»

Ging dieser Appell zunächst einmal an die oberste Exekutive in Bern, so kehrte er regelmässig in den Meldungen wieder, die an den ehemaligen Ministerkolle-

gen gerichtet waren, an den helvetischen Aussenminister Louis Bégoz.[10] Ihn liess er auch wissen, er habe zum französischen Aussenminister Talleyrand inzwischen einen guten Zugang, was im Hinblick auf den kommenden Friedenskongress von besonderer Bedeutung sei. Der französische Staatsmann habe nämlich durchblicken lassen, er befürworte die Erneuerung der schweizerischen Neutralität, sofern das Land sich innenpolitisch stabilisiere. Der voraussehbare Länderschacher der Grossmächte trieb Stapfer zusätzlich an, zuhause auf Sammlung der Kräfte und Festigkeit zu dringen. Der Philosoph trat hinter den Patrioten zurück:

> «Mais une chose sur laquelle je ne puis revenir assez, et qui est, selon mes faibles lumières, notre unique ancre de salut, c'est la nécessité de nous rendre respectables par le réveil de l'esprit belliqueux de la nation, et l'organisation de quelques forces militaires. Au lieu du delenda est Carthago, je voudrais répéter tous les jours à mes concitoyens: Restauranda est res militaris majorum. Une nation sans moyens de défense est une nation qui n'est pas une, un être chimérique, un objet de mépris, le jouet de tous les événemens et l'éternelle proie des projets ambitieux ou des caprices de ses voisins.»[11]

Selbstbewusst aufzutreten und Mühe und Opfer nicht zu scheuen, dies rief der Gesandte Stapfer aus dem Bannkreis der Mächtigen seiner gedemütigten und geschundenen Nation zu, welcher der Gewalthaber eben vertragswidrig neue militärische Unterhaltslasten auferlegt hatte.

> «Un êtat purement passif, une quiétitude plaintive, ne peut que nous attirer plus de fardeaux et de prétentions injustes. Croyez, mon cher Ministre, que j'ai mes bonnes raisons pour débiter ces lieux communs.»

II Stapfers erste kurzen Lageberichte waren also die Frucht sorgfältiger Beobachtung und der Sondierung dank geschickt geknüpfter Beziehungen. Seine Mahnungen waren nicht aus der Luft gegriffen. Es dauerte noch eine gewisse Zeit bis zu eingehenderen direkten Gesprächen mit dem Ersten Konsul, nahm dieser doch nur flüchtig Kenntnis vom helvetischen Chargé d'affaires anlässlich einer öffentlichen Audienz.[12] Aber als Augen- und Ohrenzeuge bekam dieser zu hören, in welchem Ton der Korse mit den schwachen Satelliten umging, deren innere Ordnung zu wünschen übrig liess. Wahrscheinlich rückte Stapfer nicht ohne Nebenabsicht die Blossstellung einer Delegation der ligurischen Republik durch Bonaparte in seinen Bericht ein. Vor aller Welt herrschte dieser sie an:

> «Nous sommes rassasiés de ces rapsodies politiques; le peuple ne peut pas gouverner; il est fait pour faire des souliers, le gouvernement qui ne sait pas comprimer toutes les factions, et faire obéir promptement ou punir sans délai les rénitens, est indigne de ses fonctions et je n'en veux pas [...] et si toutes ces sottises ne finissent pas, je vous traiterai en province française et appesantirai ma main sur le peuple gênois. Je vous gouvernerai moi-même si vous ne pouvez pas vous gouverner.»

Es ging darum, dass die straffe Ordnung des französischen Konsularregimes auch in den durch Revolution und Krieg zerrütteten Vasallenrepubliken Ruhe schaffe. Stapfer konstatierte denn auch, wie sich die politische Taktik der Überwindung der Gegensätze in Frankreich einspielte. Dazu berichtete er:

> «Le système de Bonaparte de réunir tous les partis, de ne faire aucune distinction entre les hommes pour leurs opinions ou leur conduite politique passée, et de les placer indifféremment, est toujours poursuivi avec constance.»

Dies erfuhr er auch persönlich vom Diplomaten und Historiker Graf Louis-Philippe Ségur, der ihm schilderte, wie der Erste Konsul ihn mit den Worten für sein Werk lobte:

> «Vous avez écrit dans le sens dans lequel je tâche de gouverner.»

Damit habe er unterstreichen wollen, die Parteien hätten während der Revolution alle verhängnisvolle Kapitalfehler begangen, «et qu'une tolérance politique parfaite doit clore la révolution française». Stapfer zog die Schlussfolgerung daraus:

> «Il serait à souhaiter que quelqu'un écrivît chez nous l'histoire de la nôtre dans le même esprit. Ce serait un grand moyen d'union et de force, et digne d'occuper le gouvernement helvétique.»

So ging auch an Bégoz die stehende Mahnung:

> «Il faut de grands efforts! Mais quel est le bien qu'on obtienne sans sacrifices? Ils sont toujours en proportion du but qu'on veut atteindre.»[13]

Neben den Hauptquellen der offiziellen Gesandtenberichte mit ihren Lageanalysen und politischen Handlungsmaximen, etwa auch verschlüsselten Hinweisen, kommt jedoch auch der Stapfer'schen Privatkorrespondenz eine eminente Bedeutung zu. Sie vermittelt nämlich ungeschminkte, vertrauliche Mitteilungen, bisweilen sehr persönliche brisante Urteile, ja emotional aufgeladene Auslassungen. Ein wichtiger Ansprechpartner war ihm der fast gleichaltrige Zürcher Paul Usteri (1768–1831), einer der hervorragendsten Helvetiker.[14] Sie beide, der idealistischen deutschen Aufklärungsphilosophie verbunden, aus reformerischen städtischen Bildungskreisen erwachsen, standen nach 1798 als überzeugte Unitarier für die so teuer erkauften Errungenschaften der helvetischen Revolution ein, und zwar sowohl gegenüber radikal-revolutionären Forderungen jakobinischen Zuschnitts als auch gegenüber reaktionär-föderalistischen Tendenzen patrizischer Kreise. Der genannte Briefwechsel bereichert die Gesandtschaftsberichte um wichtige Nuancen. Von Mitte August 1800 an lässt Stapfer beispielsweise den Freund wissen, wie er, offiziell noch auf Erholungsurlaub, in Paris die Gelegenheit wahrnimmt, um für die politischen Vorstellungen der helvetischen Unitarier zu werben und dabei zunächst Bernhard Friedrich Kuhns Programmschrift über das Einheitssystem in Umlauf setzte.[15] Am 8. September berichtete er ihm von einem Besuch bei dem «tiefschürfendsten Theoretiker der Französischen Revolution» Sieyès (1748–1836), wie er ihn rühmte.[16] Er habe mit ihm einen Tag lang über Verfas-

Paul Usteri (1768–1831), einflussreicher helvetischer Politiker und Journalist für den «Schweizerischen Republikaner». Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

sungsprobleme diskutiert, nicht nur über die auf Bonaparte zugeschnittene und von Sieyès scharf kritisierte Konsularverfassung, sondern auch über die ihm vom Besucher unterbreiteten Fragen zu dem im Wurf stehenden helvetischen Projekt. Eine kurze Rückblende mag Stapfers Hochschätzung für diese geistige Leitfigur der Französischen Revolution erklären. Ein während der Rückreise aus London im Juni 1791 verbrachter Aufenthalt von wenigen Tagen im revolutionär aufgewühlten Paris wurde nämlich zu einem eigentlichen Schlüsselerlebnis für den jungen Stapfer. Er verfolgte die erregten Debatten der Nationalversammlung über die Flucht des Königs nach Varennes und war tief beeindruckt von den Voten des Abbé Sieyès.[17] Acht Jahre später, unmittelbar nach dem Fall Berns, kam er im März 1798 ein zweites Mal in die französische Hauptstadt, diesmal als Sekretär des dorthin abgeordneten bernischen Emissärs Lüthardt.[18] Bei dieser Gelegenheit suchte er den persönlichen Kontakt zu dem prominenten politischen Denker und erfuhr im Gespräch, wie dieser die der Schweiz von den Franzosen

Joseph Emmanuel Sieyès (1748–1836), politischer Schriftsteller von grossem Einfluss auf die Französische Revolution. Aquatinta von Levachez.

aufgezwungene Verfassung von Peter Ochs beissend kritisierte. Etwa ein Jahr später, im November 1799, frischte er als Erziehungsminister die Verbindung durch ein längeres Schreiben an Sieyès auf, unter dessen Beihilfe eben Bonapartes Brumaire-Staatsstreich vollzogen worden war. Wie manche Zeitgenossen erhoffte nämlich Stapfer für die vom französischen Direktorium malträtierte Helvetische Republik Erleichterungen durch das neu installierte Konsularregime.

Das hier einbezogene, ausführliche Schreiben Stapfers vom 21. November 1799[19] kann man geradezu als Vorwegnahme des ein Jahr später zwischen den beiden in Paris fortgesetzten Dialogs verstehen. Er sprach den einflussreichen französischen Verfassungstheoretiker geradezu schwärmerisch an als:

> «l'homme que j'ai toujours considéré comme le vrai fondateur de gouvernemens représentatifs, comme le créateur de l'art social et le génie législateur, aux plans duquel les Français et les peuples qui les ont singés, seroient forcés de revenir, après avoir parcouru le cercle des extravagances révolutionnaires et après s'être balancé, avec temerité et en tous sens, sur les frêles machines des *contrepoids politiques*. J'espère que l'instant d'établir enfin *le système du concours* est arrivé.»

Daraus lässt sich ablesen, dass der vom Gang der helvetischen Entwicklung enttäuschte Erziehungsminister nach dem 18. Brumaire erwartungsvoll nach Frankreich hinüberblickte und von einer unter der Ägide Sieyès' konstituierten Ordnung auch eine Ausstrahlung auf die Schweiz erhoffte, also den Triumph der «vrais principes de l'ordre social». So fuhr er in seinem Schreiben fort, alle aufgeklärten Freunde der Freiheit erwarteten von ihm ausdrücklich eine Garantie der Rechte des Menschen und seiner Freiheit. Des Weiteren übermittelte er ihm eine Reihe wichtiger Programmpunkte, so seine zentrale, vom Kantianismus geprägte Erziehungsidee: «le développement et le règne de la moralité». Dann die strikte Forderung nach Wahlbedingungen für Politiker und Beamte: «la triple garantie de la capacité, de la moralité et de l'attachement à la patrie». Besonders eindringlich aber monierte er, den öffentlichen Unterricht durch ein Grundgesetz zu fördern, ohne welchen insbesondere Verwaltung und Politik nicht in Gang zu bringen seien. «Je sais aujourd'hui par une expérience de deux ans, faites comme chef de l'instruction publique en Helvétie, que sans une pareille loi constitutionnelle il est impossible, malgré tous les efforts, de régénerer cette partie importante de l'administration publique qui doit administrer, multiplier, augmenter et diriger vers un bon but les forces intellectuelles et morales d'une nation.»

Stapfer suchte jedoch nicht nur das Gespräch mit Sieyès über die Funktionsbedingungen eines geordneten Repräsentativsystems, sondern appellierte am Schluss an den nun in Frankreich an der Macht Beteiligten, der durch Revolution und Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen Schweiz wieder aufzuhelfen. Den Wunsch verbesserter franko-helvetischer Beziehungen verknüpfte er mit der Anregung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, ja eines Völkerbunds.

> «Les nations sont, comme les individus avant la formation des sociétés civiles, dans l'état de barbarie. N'y aurait-il pas moyen d'acheminer un état de société entre les nations?»

Stapfer gab damit dem französischen Denker die von Kant abgehandelte politische Friedensidee weiter.

Es liegt kein Schriftzeugnis vor, ob und wie der vorsichtige Sieyès auf diesen Anruf des helvetischen Ministers reagierte. Aber bald nach Stapfers Ankunft in Paris hört man von Kontakten mit dem jetzt im französischen Senat Sitzenden. Stapfer suchte am 8. August schriftlich ein Treffen zu vereinbaren und liess ihn wissen, er sei von den «Républicains éclairés» in der Schweiz beauftragt, bei ihm Rat einzuholen über die Organisation der Gewalten im Staat, insbesondere die Gerichtsbarkeit:[20]

> «Nous croyons toujours encore en Suisse, que la raison doit être pour beaucoup dans les plans de constitution et de législation d'un pays, et vouloir la proscrire, sous le vain prétexte de ne pas s'égarer dans les abstractions de la métaphysique, c'est vouloir éternellement répéter les erreurs et s'attirer les convulsions périodiques des états connus jusqu'à ce jour qui, constitués sous l'empire des circonstances et la dictée d'une ex-

périence routinière, ont renfermé dès leur naissance un germe de dissolution assez prochaine dans leur sein.»

Die helvetischen Republikaner suchten also auf diesem Weg den Theoretiker des Repräsentativsystems als Ratgeber für den in der Schweiz in Gang befindlichen konstitutionellen Revisionsprozess zu gewinnen. Mitte August und Anfang September gab Stapfer Usteri Bericht über die geführten Gespräche.[21] Das eine Mal hatte Sieyès selber den Schweizer Geschäftsträger aufgesucht und einen ganzen Vormittag bei ihm verbracht. Jedoch entsprach der Ertrag dieses ersten Treffens kaum Stapfers Erwartungen. Etwas ernüchtert berichtet er:

«Er [Sieyès] schüttete seine Klagen über die jetzige französische Verfassung und interessante Philosopheme überhaupt aus. Ich wollte durchaus haben, dass er uns einige Ideen für unsere Schweiz mittheilen sollte. Er weigerte sich, scherzte und endete damit, dass er mir versprach, etwas mitzugeben, wenn ich ihn auf dem Lande besuchen wolle. Diess werde ich denn auch gewiss thun. Ich weiss übrigens zuverlässig, dass er mit dem ersten Consul sehr gut steht und von ihm beständig zu Rathe gezogen wird, ungeachtet er übrigens beim Publicum durch die Enthüllung seiner eigennützigen Denkart sehr gesunken ist.»

Etwa zwei Wochen darauf brachte Stapfer einen ganzen Tag bei Sieyès auf dem Land zu. Es sei dabei vom Morgen bis fünf Uhr abends über Verfassungen «die Kreuz und Quer» philosophiert worden. Sieyès habe erneut Klage geführt über die Unzulänglichkeiten der französischen Konsularverfassung. Begreiflicherweise, denn bekanntlich hatte Bonaparte den Entwurf seines Mitverschworenen völlig nach den eigenen Bedürfnissen und Interessen umgestaltet. Stapfer bemerkt, er sei nicht überall gleicher Meinung mit seinem Gesprächspartner gewesen, was diesen zeitweilig in gereizte Stimmung versetzt habe. Diesmal zeigte sich Sieyès allerdings geneigt, Ratschläge für die helvetische Verfassung zu geben:

«Indessen hat er mir versprochen, zwar nicht seine Ideen mir schriftlich mitzutheilen (denn dazu ist er zu furchtsam), allein den Verfassungsentwurf, den ich ihm vorlegen würde, mit seinen Bemerkungen begleitet mir wieder zuzustellen. Ich habe mich dann auch gegen ihn anheischig gemacht, ich würde ihm den Entwurf Ihrer Commission mittheilen. Seien Sie also so gütig [...] mir denselben zuzuschicken, sobald er fertig ist. *Sieyès* Bemerkungen werden immer höchst interessant sein, und er hat mir mit dem Anerbieten höchst geschmeichelt geschienen.»

Gewiss hatte Stapfer aber von dem berühmten Verfassungstheoretiker mehr als nur unverbindliche Randbemerkungen erwartet. Das schliesslich der französischen Regierung offiziell präsentierte helvetische Projekt verzögerte sich allerdings auch, wie später des Näheren zu erläutern ist, und von Ratschlägen Sieyès' hört man im Zusammenhang mit Malmaison im Frühjahr 1801 nichts mehr, ausser dass Stapfer Innenminister Rengger, den Überbringer des unitarischen Verfassungsvorschlags, mit dem Senator in Paris zusammenführte. [22] Inwiefern

Ideen von seiner Seite für eine neue helvetische Verfassung zum Zuge gekommen wären, ist ohnehin fraglich, wenn man in Rechnung stellt, wie selbstherrlich der Erste Konsul mit Sieyès' Entwurf der Konsularverfassung umgegangen war und wie verächtlich er sich über die «Ideologen und Metaphysiker» in Staatssachen ausliess.[23] Mit den Mitteilungen von Stapfers Kontakten zu Sieyès gelangt man über die Usteri-Korrespondenz unvermittelt wieder zur Thematik der offiziellen Gesandtschaftsberichte.

Brisanter als Hinweise auf Klagen des vom Ersten Konsul desavouierten Sieyès war die grundsätzliche, scharfe Kritik Stapfers an den despotischen Zügen des sich abzeichnenden neuen Regierungskurses. Was er Usteri aufgrund seiner Beobachtungen anvertraute, hätte ihm aber leicht gefährlich werden können. Was nämlich hinter der notgedrungen verbindlichen offiziellen Haltung des Diplomaten zurückzutreten hatte, suchte hier über die offenherzige Privatkorrespondenz umso deutlicher seinen Ausdruck. Stapfer liess die anfänglich gehegten Illusionen fallen, denn er ahnte bereits die Folgen der politischen Entwicklung Frankreichs für sein Land. Es ging nicht um Panikmache, sondern um die nüchterne Einschätzung der Lage. Er liess Usteri Ende September 1800 nicht auf dem Postweg, sondern durch einen Bündner Landsmann ein ausführliches Schreiben zukommen.[24] Er schickte die Bemerkung voraus, seine Absicht sei, dem Adressaten «auf eine sichere Art» einige Angaben zu machen, «die ich für mein Vaterland von der grössten Wichtigkeit halte, und die ich weder dem Vollziehungsrath in corpore noch einem seiner Mitglieder besonders vorlegen könnte, ohne jenen zu compromittiren und dieses in Verlegenheit zu setzen». Dem politischen Gesinnungsfreund gegenüber beleuchtete er nachfolgend die Kehrseite der von Bonaparte praktizierten und anfänglich auch von vielen so bewunderten Versöhnungspolitik. Auf die Schweiz bezogen:

> «Bis zur Evidenz ist es mir nun klar und erwiesen, dass die französische Regierung die Einführung einer die wahre Freiheit begünstigenden Verfassung nicht nur nicht befördern will, sondern auf alle mit ihrem Interesse und ihren nun einmal öffentlich angekündigten Grundsätzen vereinbare Art zu hindern entschlossen ist.»

Darauf umschreibt er mit einer treffenden Formel den sich abzeichnenden napoleonischen Herrschaftsstil auf historischem Hintergrund als neuen Cäsarismus:

> «Der Zweck *Bonapartes* ist gewiss kein anderer als der, Frankreich unter republikanischen Formen und Namen unumschränkt und à la *Louis* XIV zu regieren. Nicht nur wird jeder Antheil der Nation (ich sage mit Fleiss der Nation und nicht des Volkes) an der Ernennung ihrer Geschäftsträger verschrien, lächerlich, verabscheuungswürdig gemacht; nicht nur hat man in der letzten Regierungsnorm (denn eine Verfassung ist es gewiss nicht) auf jede Weise zu verhüten gewusst, dass sich keine wahre, unabhängige Nationalrepräsentation bilde oder nachher bilden könne; nicht nur werden royalistische Blätter und Ideen offenbar be-

günstigt oder tolerirt, während dass jede freimüthige oder echt republikanische Äusserung Verfassern, und Werken, Journalisten und Zeitungen unmittelbar wenigstens Ahndung und plötzliche Unterdrückung zuzieht [...] nicht nur werden alle unbefangenen Freiheitsfreunde entfernt, während Jakobiner und Royalisten propisme[?] angestellt werden und freien Zutritt haben, sondern es wird planmässig daran gearbeitet, die ganze Nation wieder monarchisch zu stimmen, versteht sich, nicht um einem Bourbon wieder den Weg zum Thron anzubahnen, sondern um den neuen Octavian, qui plebem discordiis civilibus fessam sibi, specie reipublicae conservata, subiecit,[25] das Herrschen leicht zu machen. Nicht nur hat dieser Jüngling bei seinen grossen Talenten keine Seele und keinen Funken Moralität, sondern verfolgt recht systematisch den Plan, den so viele Könige gleichsam instinctmässig befolgt haben.»

Da spürt man den Widerwillen des freiheitlich gesinnten und philosophisch gestimmten Helvetikers heraus gegen den offenen Verrat an den ursprünglichen Revolutionsideen. Unter dem Eindruck der skrupellosen Machtpolitik taucht für ihn die kultur- und gesellschaftspolitisch ambitiöse französische Metropole in ein fahles Licht:

«Alles, was die Ketten verschönern, was den grossen Haufen locken, die verdorbene Masse vergnügen kann, wird hervorgesucht, unternommen und begünstiget. Was hingegen wirklich die Nation emporheben und veredeln könnte, wird vernachlässigt, gedämpft oder lächerlich gemacht. Nur ein Beleg aus vielen. Sie sehen, was für ein ekelvolles Wesen wiederum mit schönen, hübschen Versen, akademischen Zierraten und Phrasen getrieben wird. Hingegen kann Ihnen, mein scharfsichtiger Freund, unmöglich entgangen sein, mit welcher Wuth und Beharrlichkeit in den von der Regierung begünstigten oder veranstalteten Journalen, zum Beispiel dem «Mercure de France», Philosophie und Aufklärung, Fortschritt der Menschheit und politische Untersuchungen verhasst oder lächerlich gemacht werden.»

Einem weiteren, ausführlicheren Zitat aus Tacitus über die schrittweise Machtsteigerung des zukünftigen römischen Herrschers schickt er – mit einem Seitenhieb auf «les nouveaux enrichis, les hommes de lettres avides de places, les exreprésentans accoutumés à vivre à Paris et désirant y rester avec leur familles pour s'y livrer aux plaisirs» – die gewichtige Voraussage voran:

«Den jetzigen Zustand Frankreichs und die Entstehung der kolossalen Macht *Bonapartes* hat der grosse Menschenmaler längst beschrieben.»

Damit schloss Stapfers scharfsinniger Exkurs zum Zustand Frankreichs, ein Meisterstück kritischer Analyse. Aber nun zog er die Folgerung für die Schweiz mit einem erneuten aufrüttelnden Appell, die Revision der Verfassung rasch und entschlossen und ohne Rücksicht auf allfällige französische Empfehlungen oder Drohungen durchzuführen:

«Man fürchtet sich hier vor der Einführung einer wahrhaft freien Verfassung in unserem Vaterlande. Man sähe viel lieber einen allgewaltigen ‹Stadtholder› oder Consul in der Schweiz als einen republikanischen, unabhängigen Senat. Alle möglichen Eingriffe der vollziehenden Gewalt in die Rechte der übrigen Gewalten, alle Beschränkungen des Volkseinflusses und alle Erweiterungsarten der Herrschergewalt der jetzigen oder noch zu setzenden Machthaber wird man nicht nur gerne sehen, sondern auf jede Art begünstigen.»

Das scheinbare Wohlwollen Bonapartes könnte trügen:

«Glauben Sie es mir, bester Freund! in dem Verlangen des ersten Consuls, wir möchten bis zum Frieden in einem provisorischen Zustande bleiben, ist viel Gift verborgen. Man will die Errichtung eines wahren Freistaates verhindern; man will uns in dem Zustand willkürlicher Disponibilität erhalten, um uns zur Zeit des Bedürfnisses desto geneigter zu finden, alle Formen anzunehmen, die man uns alsdann geben möchte.

Provisorische Regierung! Provisorische Republik! Mein Blut kocht in meinen Adern, dass wir Schweizer uns auf den Befehl des französischen Grosssultans nur als provisorische Republikaner betrachten sollen, während dass diese Republikaner von gestern allein das Besitzrecht der Freiheit als unverletzlich zu haben wähnen.»

Aus alledem spürt man heraus, wie sich in Stapfer verletztes Nationalgefühl mit der Sorge paart, die politisch-gesellschaftlichen Errungenschaften der jungen Helvetischen Republik könnten verloren gehen. Er verschweigt dem Adressaten denn auch nicht, dass er in Paris diesbezügliche freundschaftliche Winke nicht nur von Sieyès, sondern von Gewährsleuten in hohen politischen Funktionen wie Volney[26] oder Roederer[27] erhalten habe, «von praktischen Sklaven und theoretischen Freiheitsfreunden», wie er ironisch beifügt.

Schliesslich bündelte er alles zu der eindringlichen Mahnung:

«Nun der aus dieser Ansicht unmittelbar folgende Rath, den ich Ihnen und durch Sie meiner Regierung im Namen aller dieser aufgeklärten Männer ans Herz lege, ist dieser: Eilet, Euch eine Verfassung zu geben und diese Verfassung ins Werk zu setzen, Thut, als wenn Ihr Euch der Vorschrift des ersten Consuls gemäss als in einem provisorischen Zustand betrachtet; allein handelt, handelt, um Gottes Willen, und kündiget, nach vollendetem Bau, die Sache als geschehen der französischen Regierung an. So könnet Ihr allein Eure Unabhängigkeit retten, das Werk einer Zerstückelung oder schimpflichen Unterwerfung erschweren und die so nötige Achtung einflössen, die wir nun gänzlich eingebüsst haben. Ihr könnet sicher sein, dass die französische Regierung eine als geschehen angekündigte Sache zwar missbilligen kann, aber in ihrer jetzigen Lage nicht stören darf. Allein ich beschwöre Euch bei Allem, was Ihr

schon für die ächten Grundsätze gethan habt, und bei dem Heil unseres Landes, keine Minute verloren, handelt, handelt!»

Stapfer, zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal vom stellvertretenden Geschäftsträger zum bevollmächtigten Gesandten ernannt, stellte sich solcherart den Herausforderungen an sein Land.[28] Dem hätte aber entschlossenes und vor allem geschlossenes Handeln in der Heimat entsprechen müssen. Doch wer nahm schon seinen Anruf auf:

«Il faut de grands efforts! Mais quel est le bien qu'on obtienne sans sacrifices?»

III Während der Erste Konsul Bonaparte mit äusserster Tatkraft die innere Ordnung Frankreichs befestigte und durch die militärischen Siege, assistiert vom Aussenminister Talleyrand, die politische Hegemonie in Europa anbahnte, indem er zunächst Österreich zum Diktatfrieden von Lunéville nötigte, rang der von seiner Macht abhängige helvetische Kleinstaat zugleich um die Sicherung der Existenz nach innen wie nach aussen. Vor diesem Hintergrund ist Stapfers diplomatische Funktion zunächst vom Herbst 1800 bis zum Frühjahr 1801 zu sehen. Ob die von den helvetischen Republikanern entworfene Verfassung von den französischen Machthabern gebilligt und der Schweiz auf dem kommenden Friedenskongress eine Vertretung zur Wahrung ihrer Interessen zugestanden werden würde, das hing allein von deren politisch-strategischen Zielsetzungen ab. Die leitenden Helvetiker setzten alle Kräfte dafür ein. Mitte Oktober 1800 traf Maurice Glayre, ein vom Vollziehungsrat in ausserordentlicher Mission abgeordnetes Mitglied, in Paris ein. Er sollte die Helvetische Republik am Kongress von Lunéville vertreten und war beauftragt, mit Stapfer zusammen der französischen Regierung die Grundsätze der revidierten Verfassung darzulegen. Im Januar 1801 reiste schliesslich noch Albrecht Rengger, helvetischer Innenminister und Hauptredaktor, mit dem fertigen Projekt nach Paris. Willkommenen Sukkurs leistete zudem der mit Bonaparte vertraute Bankier Rudolf Emanuel Haller. Es ist hier vor allem Stapfers Anteil an den nun folgenden Verhandlungen zu beleuchten. Als Einleitung dazu kann man eine von ihm am 8. Oktober gewährte Audienz von über einer Stunde Dauer beim Ersten Konsul betrachten. Vorangehend hatte der Vollziehungsrat sich mit einem Schreiben direkt an diesen gewandt.[29] Die helvetische Exekutivbehörde pochte darin auf Bestimmungen im Allianzvertrag von 1798 über Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen der Partner, offensichtlich im Hinblick auf den Friedenskongress von Lunéville, und umschrieb ihre Zielsetzungen:

«Nos droits sont: l'intégrité de notre territoire, notre ancienne et bienfaisante neutralité, notre indépendance, la reconnaissance solennelle de la République helvétique une et indivisible, ainsi que de la constitution qu'elle se sera donnée.»

Das Schreiben erinnerte auch an das französische Versprechen guter Dienste bei Verhandlungen über den Anschluss des Fricktals an die Schweiz sowie für Arron-

dierungen an der Ostgrenze und Kompensationen für die erlittenen Kriegsschäden. Stapfer reichte seinerseits dem Aussenminister Talleyrand ein Memorandum ein, berührte das infolge der Politik des Direktoriums in der Schweiz geschwundene Ansehen Frankreichs und monierte:[30]

> «C'est donc, citoyen Ministre, avec la certitude d'obtenir une réponse favorable à nos demandes que je réclame pour mon gouvernement la faculté d'envoyer à Lunéville un plénipotentiaire qui, sous la protection du gouvernement français, puisse faire valoir au congrès les droits de la République helvétique.»

Über weitere Demarchen liest man in einem am 8. Oktober verfassten Bericht an den helvetischen Aussenminister Bégoz, er sei dabei, an alle Türen zu klopfen, um für die schweizerischen Anliegen Verständnis zu wecken. Talleyrand verhalte sich zwar ausweichend, habe jedoch ausdrücklich betont, er, Stapfer, sollte gegebenenfalls nach Lunéville gehen.[31] Ein ungenannter Gewährsmann mit Zugang zu Regierungskreisen vermittelte ihm im Hinblick auf eine versprochene Audienz bei Bonaparte detaillierte Informationen, die ihn zuversichtlich stimmten. Der Erste Konsul sei der Zulassung einer helvetischen Delegation in Lunéville nicht abgeneigt, eines «agent instructeur», welcher dort auch das helvetische Verfassungsprojekt präsentieren könnte. Hinsichtlich der Neutralität der Schweiz mache er den Vorbehalt des französischen Durchmarschrechts. Er habe erwogen, die Abtretung eines Teils des Wallis durch ein paar fruchtbare Distrikte in der Lombardei zu kompensieren. Stapfer merkte allerdings in seinem Rapport dazu an, hinter solch scheinbarer Grosszügigkeit verberge sich bloss das französische Interesse, die Passübergänge nach Italien in der Hand eines abhängigen Verbündeten zu wissen. «Timeo Danaos et dona ferentes.»[32] In der Frage der für Helvetien passenden Verfassungsform sei folgende Bemerkung gefallen:

> «Il [B.] a récemment manifesté l'opinion qu'il conviendrait à la Suisse de se constituer en quelques Etats considérables et liés par un lien tel que celui du Congrès et du Sénat américain.»

Bonapartes Überlegung mutet wie eine Vorahnung von Späterem an, auch wenn sich der entschiedene Unitarier Stapfer hier davon distanzierte. Er verfügte aber jedenfalls für die auf den 8. Oktober anberaumte Audienz über nützliche Hinweise dank den Mitteilungen aus dem näheren Umkreis des Mächtigen.

Diese Begegnung wurde gewissermassen zur Feuerprobe für den Diplomaten Stapfer. Der Erste Konsul hatte dafür zum Voraus eine Stunde festgelegt, «pour m'entretenir sur les affaires Suisses». Stapfer erstattete am 10. Oktober darüber einen seiner längeren Gesandtschaftsberichte nach Bern.[33]

> «Je me rendis avant hier, 16 vendémiaire (8 octobre) à l'heure indiquée au Pavillon de l'unité, et je fus introduit immédiatement par le citoyen Duroc, dans le cabinet de Bonaparte que je trouvai seul, et avec lequel j'eus une conversation de passé une heure, dont je vais vous retracer les principaux traits.»

Man muss sich bewusst sein, hier die Version Stapfers zu vernehmen. Seine genaue Auffassungsgabe, seine dialogische Präsenz sowie seine Wahrheitsliebe dürften Gewähr bieten für die Authentizität des Wiedergegebenen. Das Gespräch entwickelte sich allerdings nicht unter Bezugnahme auf das Schreiben des helvetischen Vollziehungsrates vom 25. September, weil Bonaparte davon noch keine Kenntnis hatte. Somit lenkte dieser den Ablauf der Besprechung mit einer Reihe von präzis gestellten Fragen. Er berührte sogleich diejenige der helvetischen Verfassung, «la forme de Gouvernement qui conviendrait le plus, et à l'Helvétie, dans l'état actuel des choses, et aux deux grandes Puissances que sa tranquillité et ses rapports politiques intéressent plus particulièrement». Stapfer referiert nicht, was er darauf antwortete, kam jedoch in anderem Zusammenhang darauf zurück. Es ist jedoch anzunehmen, dass er sich im Sinne seines Memorandums an Talleyrand äusserte.[34] Bonaparte habe ihm zugehört und habe sich hierauf nach den Ressourcen der Helvetischen Republik erkundigt und danach, ob sie eine Regierung zu etablieren vermöge, die imstande sei, Ruhe und Ordnung zu garantieren. Stapfer habe das Gespräch nur mit Zwischenbemerkungen auf einige Punkte hinlenken können, die der Brief des Vollziehungsrats enthielt. Doch seien Zusicherungen für eine Wiedergutmachung der Schäden gegeben worden, und die Rückkehr zur Neutralität finde keinen Widerspruch. Allerdings laute die Forderung wiederum, Frankreich benötige unbedingt einen Zugang nach Italien durch die Schweiz. Stapfer habe dieser Entwertung der Neutralität entgegengehalten, Österreich könnte mit Recht dieselbe Forderung stellen, und zugleich dem Ersten Konsul vor Augen geführt, wie schwer die Kriegsfolgen seit drei Jahren auf seinem Land lasteten. Es laufe mit seinem kargen Boden und dem rauen Klima Gefahr, ärmer zu werden als Savoyen. Er blieb jedoch nicht bei praktischen Fragen stehen, sondern führte, wie er wörtlich berichtet, seinem Zuhörer die ideelle Komponente einer neutralen Ruhezone zwischen den verfeindeten Grossmächten beredt vor Augen:

> «Je m'efforçai à lui montrer, d'accord avec les principes de la philantropie, l'intérêt de la France à ce qu'il existât du moins un point de repos immobile en Europe, un asyle ouvert à la paix du monde, une barrière aux dévastations de la Guerre, un seul pays à l'égard duquel on put dire au Démon de la discorde: Ne plus ultra; et que ce pays fût précisément cette citadelle formidable dont l'invasion alternante doit, par son importance militaire, perpétuer l'Etat d'hostilité, et bannir la sécurité des grandes Empires limitrophes.»

Darauf habe er Bonaparte beschworen, sofern er unbedingt auf dem Durchmarschrecht durch die Schweiz nach Italien beharre, eher den notwendigen Streifen Land, beispielsweise das linke Rhoneufer, vom Wallis abzutrennen, aber dafür anderswo Ersatz zu leisten. Darauf die Reaktion:

> «Il me répondit, qu'il trouvait mes observations extrêmement justes, et qu'il demanderoit cette partie du Valais, et me répéta, que le rétablisse-

ment de notre indépendance et de notre neutralité entroit décidément dans ses vues, et qu'il le présenteroit aux Cabinets de l'Europe comme une des bases du nouveau système de la politique Européenne, dont il étoit indispensable de convenir.»

Stapfer liess, so sein Bericht, nicht locker in Sachen Territorialfragen und forderte unter Berufung auf die Verträge die Rückgabe von Biel und des Bistums Basel. Worauf ihm der Konsul erwiderte:

«Vous aurez le Frickthal; quant à la reddition de Bienne, elle ne souffira pas de difficulté.»

Hinhaltend hingegen gab er sich bei der Frage der Zulassung einer Schweizer Delegation an den Kongress von Lunéville, was ihm nachfolgend die Verweigerung ermöglichte, da die Grossmächte offensichtlich unter sich zu bleiben wünschten.

Bonaparte lenkte das Gespräch immer wieder auf den inneren Zustand der Helvetischen Republik und die konstitutionelle Frage.

«Toutefois la conversation roula principalement sur nos ressources et sur le moyen de nous constituer d'une manière qui rendît le rétablissement de notre Neutralité possible et bienfaisant.»

An diesem Punkt der Berichterstattung wird deutlich, dass Stapfer als blosser Geschäftsträger und nicht als bevollmächtigter Gesandter mit einem gewissen Unbehagen gegenüber dem mächtigen französischen Staatsführer vor allzu verbindlichen Erklärungen zurückscheute. Deshalb seine Bemerkung, er habe einfach als patriotisch empfindender Schweizer Bürger aus eigener Verantwortung gesprochen:

«N'ayant aucune instruction sur ces points, je lui en dis franchement mon avis, non comme agent diplomatique, mais comme citoyen attaché au bonheur de son pays. – Ce n'est donc pas comme chargé d'affaires, mais pour remplir les devoirs de bon citoyen, qui ne me sont pas moins chers, que je vais vous communiquer le résumé d'un Entretien qui fournira peut-être à notre Gouvernement la matière de nouvelles instructions pour moi, et l'occasion de fixer et de réunir les opinions sur un point de la plus urgence importance.»

Er gab an, wie er im Folgenden gegenüber Bonaparte also gewissermassen seine persönlichen politischen Grundsätze entwickelte. Dies dürfte wohl das Kernstück seines sich über eine Stunde hinziehenden Dialogs gewesen sein. An dessen Reaktion liess sich ablesen, dass er bei aller Gegensätzlichkeit der Mentalität damit einen gewissen Eindruck nicht verfehlte. Stapfer führte aus:

«Je lui représentai, qu'il nous fallait un Gouvernement peu dispendieux, paternel, simple comme nos besoins et nos mœurs, aussi analogue à nos anciens usages, que les bases du système représentatif et les besoins nés de la révolution l'exigeaient, et surtout étranger à tous les germes de division de cantons à cantons ou de classes à classes qui existoient parmi nous, et que la Révolution avoit singulièrement multipliés et développés,

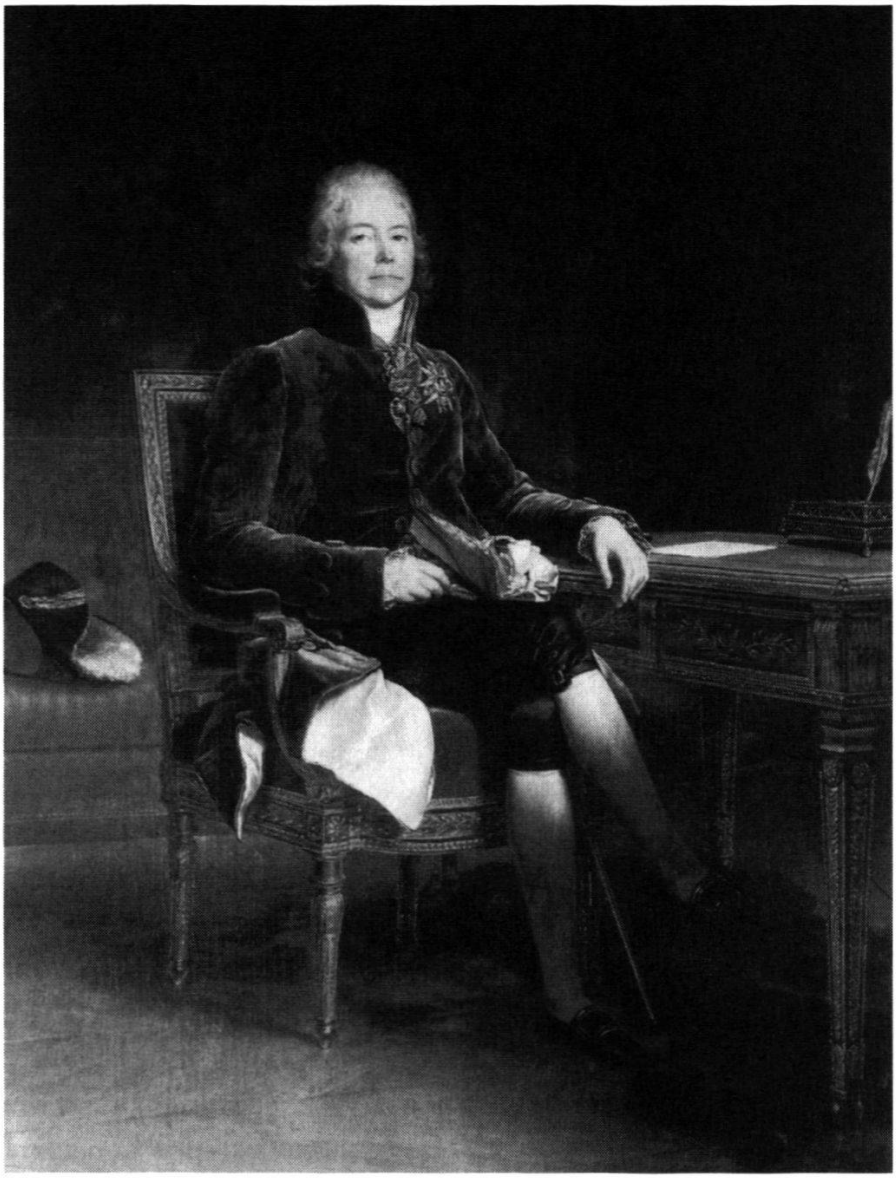
mais assez fort pour assurer notre tranquillité intérieure, en faisant plier les intérêts particuliers devant l'intérêt général, et capable de présenter dans son Organisation, ses principes et ses moyens, une garantie complète de notre Neutralité aux Puissances limitrophes.»

Darauf habe der Konsul entgegnet:

«Après m'avoir écouté avec beaucoup d'attention, et fait plusieurs observations de doute ou d'assentiment, qui étoient dignes de la sagacité et du bon sens qui distinguent cet homme étonnant, il m'assura qu'il trouvait mes vues parfaitement sages, et il alla là-dessus jusqu'à entrer dans des détails sur l'organisation du Gouvernement central, et sur les dénominations anciennes qu'on pourroit rappeler, ou sur les formes qu'on pourroit adopter avec le plus d'avantage ou le moins d'inconveniens.»

Natürlich war der überzeugte helvetische Unitarier Stapfer keineswegs gesinnt, durch diese ordnungspolitischen Vorstellungen beim Ersten Konsul Neigungen für die vorrevolutionären Institutionen zu wecken. Aber konnte er voraussehen, was der kühle realpolitische Taktiker nachfolgend aus fragmentarischen theoretischen Erörterungen zusammenfügen und dem Vasallenstaat aufzwingen würde? In seinem Bericht betonte er jedenfalls, um jeder Missdeutung vorzubeugen, er habe nichts präjudiziert:

«Je crois entièrement superflu de vous instruire, mon cher Ministre, parce que dans cette conversation, qui ne portait aucun caractère officiel[?], je partis du principe incontestable et *incontesté,* que c'étoit aux autorités suprêmes de l'Helvétie à présenter à la sanction du Congrès de Lunéville la constitution sur laquelle leurs délibérations, guidées par le vœu de la Nation et l'opinion des hommes éclairés, se seroient arrêtées définitivement. Cependant je crois nécessaire de prévenir mon Gouvernement, que le Premier Consul exige en général que cette constitution soit tranquillisante et pour nous-mêmes et pour nos voisins, et désire en particulier, qu'adoptant du systéme de l'unité ce qu'il faut absolument pour comprimer les factions, les passions, les germes de division, pour donner aux Empires voisins la garantie de la conduite parfaitement neutre et sage de toutes les parties de l'Helvétie, en cas de guerre, et pour former de nos peuplades une véritable Nation, entendant bien et défendant avec énergie ses intérêts; cette constitution laisse aux administrations locales toute la liberté compatible avec les grands intérêts de la Nation, la tranquillité intérieure, les rapports extérieurs, l'uniformité des principes de législation et la réunion des moyens nationaux pour l'établissement d'industrie, d'instruction et d'humanité, qui doivent refluer sur la prospérité de toute la République, et présente aux anciens cantons, dans cette latitude, dans cette espèce de fédération administrative, un dédommagement pour la perte d'une indépendance relative, qui, après les changemens opérés dans notre position et dans celle de



Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838), französischer Staatsmann und Aussenminister Napoleons. Ölbild von François Gérard aus dem Château de Valençay, 1808.

> l'Europe, après la destruction de la triple magie qui nous protégeoit, le déchirement du triple voile qui cachoit la faiblesse de notre ancien système, ne pourroit plus être rétablie, sans nous amener par l'anarchie des parties à l'asservissement du tout.»

Aus der Formulierung dieser Passage spricht auch seine persönliche Erfahrung mit der helvetischen Regierungspraxis. Um beim Ersten Konsul das Ansehen des unitarischen Reformflügels zu stärken, nutzte er beim Abschluss der Audienz die Gelegenheit, ihm zwei Broschüren dieser Richtung zu überreichen.[35]

Stapfer merkte im Rapport noch an, dass der eifersüchtig auf Teilhabe an den Ergebnissen solcher Audienzen erpichte Talleyrand sich sehr zufrieden zeig-

te über die nachfolgend bereitwillig erteilte Orientierung und sich sogar ein Memorandum über die Angelegenheiten der Schweiz erbat zuhanden der französischen Regierung auf dem Kongress zu Lunéville.[36] Stapfer betonte aber, er habe seiner Regierung nicht vorgreifen wollen, sehe allerdings als sehr dringlich, die helvetischen Verfassungsgrundsätze möglichst bald in Paris bekannt zu geben. Man hat den Eindruck, seine Geschäftsführung habe ihn in Kürze als geeignete Persönlichkeit für den Pariser Gesandtenposten ausgewiesen.[37]

IV Die diplomatische Vertretung der Helvetischen Republik erhielt, wie oben angedeutet, durch den etwa zwei Wochen nach der Audienz Stapfers bei Napoleon Bonaparte in Paris eintreffenden *Maurice Glayre* bedeutende Verstärkung. Mitglied der Exekutive in Bern, sollte er sein Land zugleich als bevollmächtigter Sondergesandter am kommenden Friedenskongress vertreten. Der aus Romainmôtier stammende, dank langjähriger Dienste im Ausland diplomatisch versierte Staatsmann war zudem mit geheimen Instruktionen versehen für Verhandlungen über eine Revision des franko-helvetischen Allianzvertrags, über die Anerkennung der Neutralität sowie über ein Handelsabkommen und diverse Grenzfragen.[38] Im Verlauf seiner Mission hatte er dann zusammen mit Stapfer dem Ersten Konsul das revidierte Verfassungsprojekt vorzulegen. Dem vorerst noch als Geschäftsträger eingestuften etwa 20 Jahre jüngeren Stapfer war er dank seiner Stellung als Regierungsmitglied und dank der Vollmachten übergeordnet und stand dementsprechend bei den nachfolgenden zwischenstaatlichen Verhandlungen im Vordergrund. In ihrer politischen Ausrichtung stimmten die beiden überein, allgemein in einem «républicanisme modéré et élitaire», in der hängigen Verfassungsfrage im «unitarisme teinté de conservatisme». Als sich zeigte, dass Bonaparte das Glayre ein halbes Jahr zuvor persönlich gegebene Versprechen zur Teilnahme am Friedenskongress nicht einzuhalten gedachte, konzentrierten sich dessen Bemühungen im Verein mit Stapfer auf die Verteidigung der unitarischen Regierungs- und Verfassungsgrundsätze der Schweiz. Sie hatten nicht nur radikal-revolutionäre Denunziationen zu entkräften, sondern zunehmend aristokratisch-föderalistische Intrigen, namentlich aus Berner Kreisen, abzuwehren. Der französische Gesandte Reinhard in Bern begann nämlich auf deren Kurs einzuschwenken. Diese Gegenwirkung bekamen Glayre und Stapfer bald zu spüren. Die noch immer in Beratung stehende Verfassung wurde in Paris sehnlich erwartet. Stapfer riet seinen republikanischen Gesinnungsfreunden, möglichst wenig Anleihen aus der französischen Konsularverfassung einzubauen und sich beispielsweise eher alter Benennungen zu bedienen. «Überhaupt, machen Sie die Machine so wenig complicirt als möglich», rief er Ende November 1800 Usteri zu.[39] Und:

> «Talleyrand und Bonaparte sind auf eine sonderbare Art von den Föderalisten und Freunden der alten Ordnung bearbeitet worden, und wir bedürfen der grössten Klugheit und Festigkeit, um die daher rührenden Pläne zu vereiteln.»

Maurice Glayre (1743–1819), in Diensten beim polnischen König Poniatowski, Waadtländer Patriot und helvetischer Politiker. Kupferstich von Heinrich Pfenninger.

Kritische Äusserungen Bonapartes veranlassten Stapfer bald zu dringenden Warnungen.[40] Vom 12. Dezember 1800 an fungierte er übrigens als bevollmächtigter Gesandter.[41] Seine amtlichen Rapporte und persönlichen Korrespondenzen spiegeln, wie gesagt, wichtige Aspekte der Helvetik. Zu Beginn des Jahres 1801 weckte Talleyrand in der Schweiz Zuversicht auf den bevorstehenden europäischen Friedensschluss. Er liess etwa gegenüber Stapfer gönnerhafte Bemerkungen fallen wie:

> «Allez, vous serez contents de nous; nous allons vous rendre l'indépendance la plus parfaite et réparer tous les maux que vous avez soufferts.»[42]

Der französischen Forderung, die Regierungs- und Verfassungsgrundsätze bekannt zu geben, leistete der helvetische Vollziehungsrat endlich Folge, indem er Anfang Januar 1801 den Innenminister Albrecht Rengger das fertig gestellte Verfassungsprojekt persönlich nach Paris bringen liess.[43] Dass die Republikaner den französischen Gesandten in Bern von jeder Kenntnis darüber ausgeschlossen hat-

ten, lud eine gefährliche Spannung auf, denn Reinhard verdoppelte von nun an seine Intrigen gegen die unitarischen Reformer. So trug er wesentlich zu den beginnenden Irrungen und Wirrungen in der helvetischen Politik bei. Stapfer realisierte die Gefahr, die aus der abgrundtiefen Spaltung zwischen den Unitariern und Föderalisten für das Land resultierte. Daher suchte er nach Mitteln und Wegen, um die Parteileidenschaften zu dämpfen. Er ging sogar so weit, den einflussreichen bernischen Kirchendekan Ith, der ihn als Kultusminister so masslos angefeindet hatte, um vermittelnde Fürsprache bei der Geistlichkeit zu bitten, was dieser persönlich verbindlich, jedoch in der Sache zurückhaltend beantwortete und sogar für den Gesandten Reinhard ein gewisses Verständnis bekundete.[44] Bonaparte sprach Stapfer mehrfach auf die inneren Spannungen in der Schweiz an. Darüber liest man in seinem Bericht an den Vollziehungsrat vom 23. Februar 1801 über ein zwei Tage zuvor stattgehabtes Audienzgespräch:[45]

> «Bonaparte s'approchant de moi, dit: ‹Il y a de fortes dissensions chez vous›.»

Der so unvermittelt Angesprochene parierte gewandt:

> «Nous avons des partis extrêmes comme partout ailleurs; mais la grande masse des citoyens et surtout les amis éclairés de la patrie n'ont qu'un vœu et une confiance parfaite dans vos intentions.»

Doch der Erste Konsul insistierte, und Stapfer merkte wohl, dass hinter solchen Bemerkungen die negative Berichterstattung des Gesandten Reinhard steckte. Darum ergriff er die Gelegenheit, diesen Widersacher der helvetischen Republikaner samt seinen Hintermännern ins richtige Licht zu stellen. Zudem ging er dem Allmächtigen gegenüber mit der gesamten französischen Politik in dem besetzten und ausgebeuteten Kleinstaat offen ins Gericht:

> «Premier Consul, les individus ne doivent être pour rien dans les intérêts sacrés des nations; mais des animosités personnelles sont souvent un grand obstacle à ce que le bien se fasse. Je dois vous parler franchement. Nous ne demandions pas qu'on vînt chez nous détruire avec violence toutes nos institutions. Mais puisque le mal est fait, et qu'il est aujourd'hui physiquement et moralement impossible de rétablir les anciennes formes, nous avons besoin d'un système conciliatoire et fort, qui soit uniquement basé sur les principes de l'immuable justice et qui ne serve les intérêts d'aucune classe exclusivement. Les ambitieux des deux extrèmes ne veulent qu'un mode de gouvernement où ils puissent dominer par l'ascendance de leurs familles ou les intrigues populacières. La masse de la nation ne veut ni le retour des privilèges des bourgeoisies régnantes, ni l'anarchie de la démagogie, ni celle d'une confédération faible, qui ne donnerait aucune garantie de tranquillité à nos voisins et qui nous attirerait le sort de la Pologne. Le ministre français [sc. Reinhard] ne doit pas consulter ces ambitieux; il doit écouter le vœu de la nation et du gouvernement auprès duquel il est accrédité.»

Bonaparte entgegnete dem Gesandten auf diese energische Klarstellung:

> «Cette conduite de Reinhard est entièrement contraire aux intentions du gouvernement français.»

Es war nicht das letzte Mal, dass Stapfer dem Mächtigen solcherart die Stirne bot. Seine Zivilcourage stach ab vom allgemeinen Buckeln vor Napoleon Bonaparte. In welche Richtung dessen Vorstellungen von einer helvetischen Verfassung wiesen, konnte Stapfer in seinem Rapport jedoch noch nicht sagen, sondern bloss referieren, der Staatsrat Roederer habe ihn wissen lassen «qu'il penchait pour une constitution de forme américaine». Die französischen Staatsführer monierten jedenfalls, den Verfassungstext terminologisch nicht an der Konsularverfassung zu orientieren. Das sei bloss «singerie». Man halte sich vielmehr an traditionelle schweizerische Benennungen, «des anciennes formes et des anciennes dénominations usitées en Suisse, ce qui pouvait convenir au vœu national et convaincre l'Europe qu'on ne veut pas faire de l'Helvétie une province française».[46]

Die Schweizer Delegation in Paris befürchtete jedenfalls noch im Februar 1801 keinen Kurswechsel der französischen Regierung in der helvetischen Verfassungsfrage, obwohl sich die Gespräche darüber in die Länge zogen. Stapfer gab sich überzeugt, Glayre und Rengger würden das unitarische Konzept gegen allfällige Intrigen durchsetzen. [47] Aber der im selben Monat in den Friedensvertrag von Lunéville zwischen Frankreich und Österreich aufgenommene Artikel über die Unabhängigkeit und das Recht der Selbstkonstituierung der französischen Vasallenrepubliken animierte alsbald in der Schweiz eine lebhafte Diskussion der Verfassungsfrage und mobilisierte Parteien und Einzelpersonen zu Appellen und Demarchen, auch in Konkurrenz zum offiziellen Projekt des Vollziehungsrats. Man war sich eben nur allzu bewusst, dass, Friedensvertrag hin oder her, die Entscheidung über diese Frage beim Ersten Konsul lag. Bonaparte und Talleyrand sahen sich in der komfortablen Lage, das eine Lager gegen das andere auszuspielen und schliesslich dasjenige zu begünstigen, das ihren Zielen am besten diente und wo die gewünschten Konzessionen sich am besten herausholen liessen. Dass sie auch ihren Gesandten in Bern zur Begutachtung des offiziell eingereichten Projekts beizogen, war kein gutes Omen. Der mit den Berner Föderalisten sympathisierende Diplomat mischte sich nämlich mit eigenen Vorschlägen ein und empfahl für die Helvetische Republik statt der «unité absolue» ein nicht näher definiertes System «de l'unité modifiée». Dagegen äusserte Stapfer in seinen Berichten vom Februar und März 1801 scharfe Kritik und verwahrte sich bei Bégoz gegen den Vorwurf, die Lage allzu positiv eingeschätzt zu haben. Er gab seinem Vorgesetzten eine bemerkenswerte Erklärung über seine Dienstauffassung, die ihn auch in kritischen Lagen von Schwarzmalerei und Panikmache abhalte:[48]

> «En me parlant du ton rassurant de mes lettres, en contraste avec la conduite du citoyen Reinhard, vous paraissez me reprocher ma sécurité, et vous me dites qu'elle ne peut appartenir aux fonctions diplomatiques

Louis Bégoz (1763–1827), Aussenminister der Helvetischen Republik 1798–1801 nach einem Bild von B. S. Bolomey.

> dont je suis revêtu. – Permettez-moi de vous dire qu'un agent diplomatique doit montrer plus de confiance et de certitude qu'il n'en a lui-même, quand il a lieu de s'apercevoir qu'en communiquant ses craintes sans réserves, il risquerait de paralyser le courage dont ses commettans ont besoin pour se tirer d'une crise difficile.»

Auch wenn er also einen Fehlschlag der Mission Glayre-Rengger in Rechnung stellte, wollte er seine Regierung nicht vorschnell entmutigen. Zunehmend mischt sich aber doch auch in seine Berichterstattung ein bitterer Ton, als er nämlich realisierte, dass die Franzosen die Genehmigung des offiziellen helvetischen Verfassungsvorschlags von der willfährigen Regierung erpresserisch mit territorialen Abtretungen einzuhandeln suchten. Als zudem beim Aussenminister Talleyrand eine Flut von Verfassungsvorschlägen aus der Schweiz einging, warnte ihn Stapfer eindringlich vor dem «ancien chaos fédératif» in Helvetien. Die Besorgnis über Bonapartes Verzögerungstaktik schlug sich nun auch in seinen Rapporten nach Bern nieder:[49]

«Ce qui nous tourmente le plus, c'est la cruelle incertitude dans laquelle nous sommes toujours sur les véritables intentions du gouvernement français. Veut-il nous fédéraliser pour nous affaiblir, et pour régner plus sûrement par la division? [...] Bonaparte, veut-il se créer en Suisse une classe de gouvernans qui lui doivent leurs places et dont il soit sûr à l'avenir dans tous les cas où l'appui du peuple helvétique ou le dévouement de troupes étrangères pourrait lui devenir utile ou nécessaire?»

Stapfers Beunruhigung galt der Sorge um die noch ungesicherten neuen politisch-rechtlichen Fundamente, für ihn die Voraussetzung für die Erneuerung der Schweiz. Sie galt der Gefahr von Seiten der wachsenden restaurativ-reaktionären Kräfte. Darum seine eindringliche Warnung und sein Aufruf zum Widerstand und zur nationalen Sammlung:

«[...] il suffit de répondre à tous les partisans du fédéralisme que nous ne voulons pas le sort de la Pologne.»

Keineswegs Resignation, sondern Widerstand, lautete seine Parole:

«La crise actuelle doit avoir réveillé de leur léthargie tous les amis de la liberté; il sera facile de réunir les villes municipales et les campagnes avec les hommes éclairés, vertueux et impartiaux des anciens privilèges. Formez des associations pour l'unité! Pourquoi n'imiterons-nous pas l'exemple des peuples qui ont maintenu leurs droits en les demandant avec force? [...] Le plus petit peuple ne se fond pas à volonté dans le monde dans lequel on veut le jeter, quand il a une volonté et qu'il la déclare.»

In einem gleichzeitig an Usteri gehenden Brief liest man sogar den Aufruf zur offenen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Selbstkonstituierung in Freiheit, was Manifeste der radikalliberalen Wortführer während der Regenerationszeit der 1830er-Jahre vorausnimmt:

«Organisiert Freibataillone für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Vaterlandes durch Vereinigung aller Schweizer; werft Verachtung und Schande auf die Verräter, die Helvetien durch Föderalismus schwächen und dem ausländischen Joche preisgeben wollen!»[50]

In den ersten Monaten des Jahres 1801 drangen Glayre, Rengger und Stapfer solcherweise bei allen nur denkbaren Amtsträgern in Paris auf die Anerkennung der unitarischen Reformgrundsätze.

«Quand on est forcé d'opter entre deux extrèmes, on doit préférer celui qui est accompagné de moins de conséquences funestes et de plus d'avantages réels»,

erklärte er am 19. März dem helvetischen Aussenminister in Bern[51] und wies mit Nachdruck auf die Lebensinteressen des Landes hin, wie er sie auffasste.

«Or, pour nous il est manifeste que le fédéralisme nous anéantirait et nous effacerait de la liste des nations, pendant que l'unité, en nous arrachant de l'anarchie, va nous donner la considération et la consistance dont nous aurons plus besoin que jamais.»

Und zwei Tage später folgte sein stehendes Memento:

> «Union, fermeté, justice et prudence sont les seules armes dont l'usage persévérant puisse surmonter tous les obstacles et vaincre les ennemis de notre République.»

Von Seiten der in Paris angereisten patrizisch-föderalistischen Parteigänger wurden denn auch die drei hier tätigen Unitarier in französischen Kreisen als Jakobiner verschrien, Glayre als verantwortlich für die waadtländische Erhebung im Januar 1798, so Stapfers Bericht und:

> «[...] que Rengger et moi nous sommes des brouillons révolutionnaires, des métaphysiciens dangereux, qui prêchent l'unité pour réaliser leurs creuses et funestes théories.»[52]

Die moralische Verunglimpfung dreier der integersten Helvetikerpersönlichkeiten wirft ein Schlaglicht auf die innere Spaltung des Landes.

V Es ist nicht uninteressant zu beobachten, wie verhältnismässig eingehend sich der Erste Konsul Bonaparte und sein Aussenminister Talleyrand mit der inneren Krise der Helvetischen Republik damals befassten und ihrerseits, natürlich rein von ihren Machtinteressen her, eine dem Land angemessene Verfassungsordnung suchten. Stapfers Berichterstattung nach Bern und seine Privatkorrespondenz dokumentieren diesen Prozess. Natürlich bedeuteten die Schweizer Angelegenheiten im Rahmen der Gesamtstrategie des Ersten Konsuls nach Marengo und Lunéville bloss eine Nebensache – eine lästige noch dazu –, obgleich aus ersichtlichen Gründen nicht ohne einiges Gewicht. Auf dem Kontinent trat zu diesem Zeitpunkt dem machtbewussten Korsen niemand entgegen. Er konnte seine Position im Innern wie nach aussen konsolidieren. In seine Planungen wurden auch die Vasallenstaaten, wie die Schweiz, einbezogen. So ist es denn kein Zufall, dass Bonaparte und Talleyrand die von den helvetischen Republikanern sehnlich erwartete Genehmigung ihres Verfassungsprojekts nun mit der Forderung nach Abtretung verkehrstechnisch und strategisch als wichtig erachteter Gebiete, wie etwa das Wallis, verknüpften und darüber hinaus weiterhin Unterhaltsforderungen für Durchmarsch und Kantonierung französischer Truppen stellten, was das durch den Umsturz und den Krieg erschütterte Land wirtschaftlich zu ruinieren drohte. Als nun die helvetischen Emissäre in Paris auf die Entscheidung in der Verfassungsfrage drängten, den französischen Gegenforderungen aber ihrerseits widerstrebten, wurde Ende März 1801 der Ton des Ersten Konsuls zusehends gereizter. Er schien gewillt, die wichtigsten hängigen Fragen ohne weiteren Aufschub zu lösen und vor allem die Zession des Wallis durchzusetzen.

> «Pourquoi trainez-vous cette négociation si fort en longueur? Je suis bien impatient d'en finir sur ce point»,

warf Bonaparte während einer seiner Audienzen dem Gesandten hin, wie dieser umgehend nach Bern berichtete.[53] Stapfer antwortete so, dass sich daraus ein längeres Gespräch entwickelte, «une conversation plus longue que de coutume»:

«Je puis vous assurer, Citoyen Consul, qu'autant que vous, nous désirons terminer promptement cette affaire avec toutes celles qui sont encore en suspens.»

Damit wehrte er die Abkoppelung der Walliser Frage von den übrigen hängigen zwischenstaatlichen Problemen ab und verwies auf Glayres Verhandlungsvollmachten. Bonaparte insistierte unter Hinweis auf die militärstrategische Lage Frankreichs:

«Il nous devient absolument nécessaire de communiquer avec la Cisalpine par le Valais et de disposer d'une route militaire dans cette partie.»

Dem hielt Stapfer entgegen, seine Regierung sehe sich in grosse Verlegenheit versetzt, weil die Sache, durch den französischen Gesandten Reinhard schon publik gemacht, die öffentliche Meinung im Land errege und die Walliser zu energischen patriotischen Eingaben veranlasst habe. Bonaparte reagierte verärgert, wollte ein rasches Ende, ein Ende auch mit solchen Volkskundgebungen. Stapfer gab nicht klein bei, sondern warf ein, die Regierung habe dem Volkswillen Genüge zu tun. Der Konsul wischte dies mit den Worten weg:

«On ne peut pas toujours avoir égard au vœu d'une fraction du peuple. Si on se laissait paralyser par la volonté de pareilles fractions, jamais il ne se ferait rien de bon ni de grand.»

Stapfer konterte jedoch mit der Bemerkung, seine Regierung sei der gesamten Nation gegenüber verpflichtet, einen bedeutenden Teil ihres Territoriums nicht einfach aufzugeben, und appellierte zugleich in verbindlicher Form an Bonapartes Ehrgefühl mit Rücksicht auf einen treuen Verbündeten, der auch Anspruch auf entsprechende Kompensationen hätte. Bonaparte schob ein: «Mais nous donnons le Frickthal contre.» Damit liess sich Stapfer nicht abspeisen und wies auf die Disproportion dieses Vorschlags hin:

«Il n'y a aucune proportion entre le sacrifice et son prix: une population de 15 000 contre 90 000, un sol épuisé contre un terrain vierge.»

So sei der Disput noch hin- und hergegangen, bis der Konsul, immerhin ohne ein Zeichen des Unwillens über den hartnäckigen Widerstand des Schweizers, das Thema – «souriant» – mit den Worten fallen liess:

«Ah, si vous parlez des espérances de l'avenir [Stapfer hatte die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Wallis ins Feld geführt], nous n'en finirons pas.»

Stapfer benutzte aber die Gelegenheit und stellte konkrete Rückgabeforderungen für die Schweiz, wie Biel oder das Erguel, deren Verbindung mit seinem Land historisch legitimiert sei. Als Bonaparte nochmals beharrte: «il nous faut absolument le Valais», wies ihn der Gesandte nochmals auf das ganze hängige Verhandlungspaket hin:

«Il y a parmi les compensations que nous vous demandons, des choses qui sont entierèment en votre pouvoir, et qu'il est même de votre intérêt de nous accorder, comme une réponse approbative à la communication

que le citoyen Glayre a eu l'honneur de vous faire du projet de constitution helvétique et le renouvellement du traité d'alliance sur les bases de la neutralité.»

Bonapartes Antwort deckte nun die Hinhaltetaktik in Sachen Verfassung auf:

«Il faut qu'avant tout le Valais nous soit cédé. Cela doit être, vous le sentez bien. Il ne sert à rien de tergiverser et de traîner en longueur une affaire tout-à-fait simple. Je vous assure qu'elle retarde toutes vos autres affaires.»

Damit endete das Audienzgespräch: «Là-dessus le Premier Consul me quitta.» Im Nachgang machte sich Stapfer aber doch Gedanken, eine vorangehend mit Talleyrand verhandelte Lösung einer Teilabtretung von Walliser Gebiet für eine Militärstrasse nicht vorgebracht zu haben:

«Je regrette beaucoup que le citoyen Glayre n'ait pas pu aller avec moi à cette audience. Il aurait certainement tiré un meilleur parti de cette conversation roulant sur un objet de son ressort et qu'il connait infiniment mieux que moi.»

Dieser Selbstzweifel war gewiss unbegründet, hatte er doch als Vertreter des in seinem damaligen Zustand zunehmend missachteten Kleinstaats bei öffentlicher Audienz inmitten der versammelten Diplomaten und hohen Funktionäre dem Mächtigen, wie geschildert, die Stirn geboten, ohne dessen kaum verhehlten Missmut zu scheuen. Er hatte wohl gespürt:

«Bonaparte paraît être tout de bon indisposé contre nous, à raison de la résistance que le citoyen Glayre lui a opposé durant cette négociation.»

Man müsse besorgen, dass aller Widerstand schliesslich nutzlos sei, wenn der Erste Konsul sich etwas in den Kopf gesetzt habe, «l'Europe entière ne lui ferait pas abandonner un projet favori».[54] So wäre auch denkbar, dass er aus seinem Ärger heraus die hartnäckigen helvetischen Diplomaten abberufen liesse. Dessen ungeachtet lautete Stapfers Parole: Festbleiben!

«Je persiste néanmoins à croire que le gouvernement helvétique doit plutôt s'exposer à tous les effets de la colère du Premier Consul que céder sans compensation équivalente une partie si importante de la République helvétique.»

Mit diesem Ratschlag leitete er das langwierige, zähe Ringen gegen die Abtrennung des Wallis ein. Dies war aber nur eines der Themen, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen belasteten und vom helvetischen Gesandten in Paris viel Geschick und diejenige Standfestigkeit erforderten, welche er seiner Regierung zu empfehlen nicht müde wurde. Aus seinen Berichten geht hervor, wie insistent er damals bei Talleyrand vorsprach und gegen die exorbitanten Forderungen für durchmarschierende oder im Land stehende französische Truppen Beschwerde erhob. Dabei ging es etwa so zu:

«Une conversation qui fut très animée de part et d'autre.»[55]

Er scheute sich nicht, damit zu drohen, ein zur Verzweiflung getriebenes Volk könnte zu Schreckensszenen Anlass geben wie 1798 in Nidwalden. Glayre seiner-

seits suchte in der Verfassungsfrage voranzukommen. Dabei brachte Stapfer aus Talleyrand heraus, der Erste Konsul werde jedenfalls auf dem Grundsatz der Einheit bestehen. Jedoch sorgten neuerdings föderalistische Parteigänger und ein eigens angereister Mitarbeiter des Gesandten Reinhard in Paris für Gegenwirkung und liessen nicht ab, die offiziellen helvetischen Gesandten zu denunzieren. Bonaparte hielt sich noch immer zurück, verschaffte sich aber Anfang April 1801 einen Überblick über die widerstreitenden Tendenzen und entschied schließlich ohne weitere Gespräche entsprechend seinem Handlungsstil.

Bis zuletzt wahrte während dieser Schlussphase eines eigentlichen Versteckspiels Stapfer in seinen Rapporten die Zuversicht, die französische Regierung werde die politischen Grundsätze der helvetischen Republikaner nicht desavouieren. Noch am 20. April meldete er, auf den nachfolgenden Tag seien er und Glayre zu einer Besprechung ins französische Aussenministerium eingeladen,[56]

> «et je pense qu'après-demain je pourrai vous donner des nouvelles qui vous tirent enfin de la pénible incertitude où nous nous trouvons si longtemps. Je crois d'avance pouvoir vous assurer qu'on nous conseillera un gouvernement beaucoup plus concentré qu'on ne l'aurait fait il y a quelque mois.»

Wenige Tage später musste er hingegen zur Kenntnis nehmen, dass er auf blosse Lippenbekenntnisse Talleyrands gebaut hatte, denn in zum Teil chiffrierten Meldungen vom 24. April hatte er nun voller Enttäuschung der Zentrale mitzuteilen, an dem oben genannten Treffen sei dem Verfassungsprojekt der Unitarier unvermittelt ein Gegenentwurf aus französischer Hand entgegengestellt worden:[57]

> «Il y a quatre jours qu'Hauterive vint me trouver par ordre du citoyen Talleyrand, pour entendre mes observations sur un projet de constitution qu'il disait avoir, de tous ceux qui ont été présentés, éminemment plu au premier Consul. C'est le fédéralisme tout pur avec un masque unitaire. Aussi mes collègues en furent tellement effrayés qu'ils consentirent à ce que je fisse une tentative du seul genre qui peut réussir pour écarter ce fléau de notre patrie. Je ne puis pas vous en dire davantage.»

Was Stapfer nach diesen Mitteilungen beim französischen Aussenministerium unternahm, deutet er Bégoz mit einer Bemerkung an, aus der man nicht klug wird. Sein Schritt blieb jedoch höchstwahrscheinlich wirkungslos; denn was er als «fléau», als Plage für das Vaterland, und mit dem Ausdruck «fédéralisme tout pur avec un masque unitaire» charakterisierte, das war gerade die von Bonaparte getroffene Lösung, das heisst die von ihm persönlich inspirierte oder sogar entworfene *Verfassung von Malmaison*. Aus der diplomatischen Korrespondenz geht hervor, dass der helvetischen Mission während der letzten Aprilwoche 1801 diese Akte vom französischen Aussenministerium zunächst zur Einsichtnahme übermittelt wurde, mit der Bemerkung, sie habe unter all den von schweizerischer Seite eingereichten Vorschlägen – Talleyrand liess einmal verlauten, es seien bei ihm über 80 eingegangen – am besten gefallen.[58] Stapfer unternahm, wie gesagt,

sogleich eine ergebnislose Demarche dagegen, und Glayre verschanzte sich in einem Schreiben vom 26. April gegenüber Talleyrand hinter dem ihm vom helvetischen Vollziehungsrat erteilten Auftrag und der fehlenden Ermächtigung, über ein andersartiges Projekt zu verhandeln. Seinen Kollegen in Bern teilte er dies am gleichen Tag mit, nicht ohne kritischen Kommentar zur Charakterisierung der Hauptzüge der neuen Akte hinsichtlich der Territorialgliederung, der geteilten Souveränität zwischen der Republik und den 17 aufgeführten Kantonen sowie den entsprechend vorgesehenen Staatsorganen. Er kündigte seinerseits noch Demarchen in dieser Frage an, verhehlte allerdings nicht, dass ihm Talleyrand bereits den vorgesehenen Verhandlungsgang eröffnet habe:

> «Quand on serait convenu du plan, on procéderait de suite à la cession du Valais et au traité d'alliance.»

Der vom Scheitern seiner Mission tief enttäuschte, gesundheitlich geschwächte Waadtländer Politiker kündigte infolgedessen dem Vollziehungsrat den Abbruch seines Aufenthalts in der französischen Hauptstadt an und hielt mit seinen Gefühlen nicht zurück:

> «Mon cœur est dévoré d'angoisses; ma santé s'altère de jour en jour. Et du moment qu'il me sera démontré que je ne puis rien pour ma malheureuse patrie, je profiterai d'autant plus volontiers de la permission que vous m'avez donnée de fixer ma retraite au moment où je ne croirais plus ma présence nécessaire, que le citoyen Stapfer a tous les moyens requis pour exécuter tous les ordres que vous pourrez lui donner.»

Bonaparte setzte nun persönlich den Schlusspunkt, indem er Glayre zusammen mit Stapfer am 28. April zu einer Audienz auf den folgenden Tag – «morgen, punkt zwölf Uhr» – ins Schloss Malmaison aufbot.[59] Der ihnen hilfreiche Bankier Rudolf Emanuel Haller sicherte Stapfer mit einem Billet vom 29. April die Teilnahme an dem Treffen zu. Die helvetische Dreierdelegation fand sich also zusammen mit Talleyrand auf dem westlich von Paris gelegenen Schloss ein. Die Berichterstattung über den Ablauf des Gesprächs übernahm Stapfer.[60] Er leitete seine Relation mit den folgenden Worten ein:[61]

> «Citoyens Magistrats! Il est douloureux pour moi d'être obligé de vous affliger en vous communiquant les détails d'une conférence que le citoyen Glayre et moi nous avons eue avant-hier à Malmaison avec le Premier Consul, accompagnés des citoyens Talleyrand et Haller, qui avaient été invités d'y assister.»

Nun der Konferenzbeginn:

> «Nous trouvâmes le Premier Consul ayant sur sa table deux projets de constitution, l'un présenté par le citoyen Glayre et l'autre rédigé par un inconnu et communiqué au citoyen Glayre et à moi quelques jours auparavant par le citoyen Hauterive, chef de la deuxième division au département des Relations extérieures. J'ai l'honneur de vous en transmettre une copie sous ce pli. Il donne à chaque canton la faculté de s'organiser

General Bonaparte, Erster Konsul, vor dem Schloss Malmaison. Lithografie nach einem Gemälde von François Gérard, 1804.

> comme il voudra, et en outre le droit de sanctionner ou de rejeter tous les projets de loi votés par les autorités centrales. Je retracerai aussi fidèlement que ma mémoire me servira les expressions mêmes que le Premier Consul a employées. Je suis d'autant plus sûr de ne pas me tromper en les relatant, qu'elles étaient pour la plupart aussi saillantes que fortes et qu'elles touchaient de très près les intérêts les plus chers de l'Helvétie.»

In seiner Einleitung gab also der Berichterstatter seinen Adressaten in Bern gleich zu Beginn zu verstehen, dass Bonaparte beabsichtigte, den helvetischen Einheitsstaat in eine Art Bundesstaat umzuformen, und dies auch zum Leidwesen des Unitariers Stapfer.[62] Nachfolgend stehen die dezidierten und sehr persönlichen Ausführungen des Ersten Konsuls vor den Delegierten:

> «Je vous ai priés, dit-il, de venir à Malmaison, pour vous faire connaître ma façon de penser par rapport à votre organisation définitive. Il est temps que les affaires de la Suisse finissent, et je vous déclare que j'ai

trop d'affaires sur les bras, pour m'en occuper davantage: ainsi je souhaite qu'elles se terminent, et très promptement.»

Er habe, so fuhr er fort, das helvetische Regierungsprojekt gelesen. Leider müsse er von Amtes wegen Derartiges beurteilen, auch wenn er nicht viel davon halte. In diesem Fall nun urteile er rein persönlich und gewissermassen selbstlos im Interesse der Fragesteller.

«Comme Consul de la République française, je n'ai point de conseil à vous donner. Vous êtes indépendants; vous pouvez vous constituer comme vous jugez à propos.»

Und nun unter der Maske des völlig Desinteressierten:

«Si votre gouvernement se croit assez fort pour mettre en activité ce projet de constitution, je n'ai rien à dire; il en est le maître; je retire incessamment mes troupes.»

Auf diesen Anflug von freiem Gewährenlassen folgte jedoch sogleich das, was der Korse wirklich meinte und wollte:

«Mais s'il a besoin de mon appui pour l'exécuter, alors je me dois à moi-même de déclarer que jamais je ne pourrai approuver et encore moins appuyer un si mauvais ouvrage. Il est essentiellement mauvais. Jamais je ne voudrais me déshonorer au point d'y attacher mon nom.»

Dem liess er eine Deklamation allgemeinen Charakters folgen:

«J'ai devant les yeux l'Europe de la posterité. Celle-là dirait que j'ai donné l'esclavage à la Suisse, en faisant une province française, et celle-ci me reprocherait avec raison d'avoir détruit la liberté dans la patrie de Guillaume Tell.»

Seine anschliessende detaillierte materielle Kritik des unitarischen Entwurfs zeigte immerhin, dass der Konsul die inhärenten Nachteile und Schwächen des helvetischen Zentralismus erkannt hatte und scharfsinnig mit den realen politisch-sozialen Gegebenheiten des Landes mass. Was ihn zu der Frage leitete:

«Quel rapport y a-t-il entre ce projet de constitution et la Suisse?»

Sein geradezu vernichtendes Gesamturteil lautete:

«C'est une misérable singerie de notre constitution.»

Wozu denn einen Aufbau von zentralen Institutionen wie in Frankreich für ein so kleines Land?

«Votre conseil de régence, avec les ministres, suffit parfaitement aux besoins de la Suisse.»

Hierauf ein einsichtsvoller staatspolitischer Grundsatz:

«Une constitution ne peut pas être plus mauvaise que quand elle ne porte aucune empreinte du pays auquel elle est destinée. Se douterait-on, quand on lit votre projet, qu'il est fait pour un pays de montagnes?»

Das anschliessende Loblied auf die Eigenart des politisch kleinteilig gegliederten Berglandes wird er zwei Jahre später als Mediator nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik wiederholen. In Malmaison lautete es sinngemäss:

«C'est principalement la partie montagneuse de la Suisse qui m'interesse. J'abhorre l'idée de les rendre esclaves d'une constitution qui serait trop forte pour la France. – Ce sont vos petits Cantons seuls que j'estime. Il n'y a qu'eux seuls qui m'empêchent, ainsi que les autres puissances de l'Europe, de vous prendre.»

Mit einem darauf in die gleiche Richtung weisenden historischen Exkurs über die Bedeutung der eidgenössischen Gründerorte als Träger der bäuerlichen Urdemokratie und über die in der Folge das Land beherrschenden, im Grunde freiheitsfeindlichen Städte, sodann mit der Fürsprache für ein uneingeschränktes demokratisches Wahlrecht stellte er sich klar gegen die elitär gesinnten helvetischen Republikaner als strikte Verfechter eines Repräsentativsystems, von Bildung und Besitz. Ihnen rückte er vor:

«Les rédacteurs de ce projet de constitution sont aussi inconséquents que tous nos métaphysiciens modernes. Ils veulent et ne veulent pas. D'un côté ils prétendent rétablir le peuple dans ses droits de souveraineté et lui assurer le choix de ses mandataires, et de l'autre, sentant les inconvénients des choix faits par le peuple, ils modifient ces choix de façon à ne lui en laisser que l'ombre.»

Als Fazit markierte Bonaparte schliesslich seine Position zwischen dem helvetischen Unitarismus und dem ständischen Föderalismus:

«Je ne puis, en conséquence, pas plus donner mon approbation à cette constitution que je ne souffrirais le retour de vos anciens aristocrates.»

Nochmals stellte er den Abzug der französischen Truppen aus der Schweiz in Aussicht, um, wie er bemerkte, das Land sich selbst beziehungsweise der aktuellen Regierung zu überlassen. Im gleichen Atemzug enthüllte er allerdings seine eigentliche Absicht mit der Präsentation des in Paris ausgeheckten Verfassungsprojekts:

«Mais afin que vous n'alliez pas, dans ce refus d'appuyer cette constitution, chercher je ne sais quels projets d'assujettissement ou de partage, voilà cet autre projet, qui me paraît ce qui vous convient. Je n'hésiterai point de lui attacher mon nom. De tous ceux que j'ai vus, c'est le meilleur.»

Das war deutlich gesprochen und nimmt sich aus wie ein Vorspiel der später verfügten Mediationsordnung. Stapfer äusserte nicht ohne Grund die Vermutung, der Erste Konsul sei der eigentliche Autor der Verfassung von Malmaison.

Im Bericht über den zweiten Teil der Konferenz verzeichnete er die Reaktion der überraschten Delegierten und deren vergebliche Versuche, ihr Projekt gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen. Das Ergebnis:

«Nous eûmes beaucoup de peine à obtenir quelques moments pour faire valoir nos droits. II déclara net qu'il n'approuverait qu'une constitution faite sur les bases du projet dont le citoyen Talleyrand nous avait donné lecture.»

Abschliessend beschreibt Stapfer, wie die Schweizer bei dieser Gelegenheit noch andere Anliegen ihres Landes zur Sprache bringen wollten, namentlich die Allianzfrage. Doch zeigte hier der ehrliche Makler wieder sein wahres Gesicht. Er wich aus oder wischte die gestellten Fragen einfach vom Tisch:

«Ses réponses ne furent pas trop rassurantes.»

Und gar die erneuerte Klage wegen ausstehender französischer Entschädigungszahlungen und über die drückenden militärischen Besatzungslasten reizten den Machthaber zu heftigen Ausfällen gegen das alte Bern und überhaupt die Schweiz, ausgenommen die kleinen Kantone:

«Il nous déclara que nous avions été conquis (quoi?), que nous dirions que la guerre qu'on nous fit était injuste; mais qu'il y avait une justice de la guerre (ce sont ses propres expressions).»

Schliesslich nach der Aufzählung aller bernischen Sünden:

«Les peuples payent les sottises des gouvernements. Au reste vous n'avez pas souffert autant que les Hollandais et les Italiens, et le séjour des troupes ne sera que passager chez vous.»

Vergeblich hatte der mit Bonaparte auf vertrautem Fuss stehende Bankier Haller die beiden andern zu sekundieren versucht,

«la vivacité du Premier Consul ne lui permettant pas plus qu'à nous de développer avec quelque suite ses idées et ses objections.»

Auf Glayres Frage, ob der vorgestellte Verfassungsentwurf wortwörtlich anzunehmen sei, antwortete Bonaparte, er habe nur von Verfassungsgrundsätzen gesprochen und nehme Bemerkungen darüber entgegen,

«mais qu'il prétendait terminer tout en cinq ou six jours, pour ne plus s'occuper des affaires de la Suisse. Nous fûmes obligés de lui promettre ces observations, et ainsi se termina une conférence dont nous nous promettions de plus heureux résultats pour notre patrie.»

VI Napoleon Bonaparte wünschte durch die Konferenz von Malmaison, wie er im Verlauf der Verhandlungen betonte, die ihm lästige Schweizer Sache endlich loszuwerden. Auf die reformerischen «Metaphysiker» unter den politischen Führungskräften, zu denen auch Stapfer zählte, gab er nicht viel. Für den eiskalten Rechner war die innerlich gespaltene, sperrige Vasallenrepublik in erster Linie ein militärstrategisches Problem: Zwei Jahre zuvor hatte ein österreichisch-russischer Vorstoss Zürich erreicht, und General Suworow war von Italien aus bis in die Zentralschweiz gelangt. Daher jetzt die strikte französische Forderung nach offenen Durchmarschrouten von Frankreich nach Italien, daher Bonapartes versessene Forderung nach der Abtretung des Wallis. Ein gesichertes Glacis bedingte ausserdem Ruhe im Land. Innenpolitische Wirren und Führungsstreitigkeiten waren zu unterbinden, allenfalls, wie zwei Jahre später, durch kategorische Mediation. Stapfer befürchtete schon kurz nach Malmaison, der Erste Konsul könnte die Schweiz kurzerhand unter kommissarische Verwaltung stellen. Seine Privatkorrespondenz

vermittelt einige besondere Aspekte der oben geschilderten Konferenz. So der Brief vom 15. Mai 1801 an Usteri, ein Stück weit auch zur Rechtfertigung der fehlgeschlagenen Mission. [63] Er liess dabei durchblicken, der fast 60-jährige, kränkliche Delegationschef Glayre sei ungeachtet seiner Erfahrung und Fähigkeit als Diplomat dem harschen Gegner an wichtigen Punkten nicht gewachsen gewesen:

> «Ganz unter uns: ich bin mit Glayres Benehmen in der Unterredung von Malmaison nicht ganz zufrieden gewesen. Er sagte nichts: Der sonst wirklich so beredte Mann stotterte oder schwieg. Allein Bonaparte unterbrach auch beständig und mit unartiger, drohender Hitze. Auf die Äusserung, Bonaparte wolle seine Truppen zurückziehen, antwortete Glayre nichts. Ich harrte und harrte; kein Wort. Was sollte ich thun? War's an mir, der hier in Paris eigentlich beauftragt bin, nichts zu thun, als Pässe zu unterschreiben und wegen Constitution und Grenzberichtigung nie keine Silbe Bevollmächtigung erhalten habe, es über mich zu nehmen, eine Antwort zu ertheilen, die vielleicht das Weh unseres Vaterlandes vollendet hätte? Glauben Sie wohl im Ernste, dass Bonaparte, wenn wir ihn beim Wort genommen hätten, sein in der Hitze und ohne Überlegung gethanes Anerbieten nicht sogleich zurückgenommen oder auf gut corsicanisch modificirt hätte? Er selbst ist Verfasser des ersten monstruosen Entwurfs und hat sich in den Kopf gesetzt, die Hauptidee desselben zu realisiren. Überhaupt müssen Sie wissen, mein verehrungswürdiger Freund, dass der Kerl toll ist, dass er oft sehr unbedachtsam spricht und solche Äusserungen wie jene aus seinem Munde so gut wie nichts sind. Hingegen besteht er mit rasender Hartnäckigkeit auf vorgefassten Ideen. Zu diesen gehört nun unstreitig der Föderalismus in der Schweiz. Wenn sein modificirter Plan, der übrigens den Föderalismus so gut als zernichtet, nicht angenommen wird, so ist er im Stande, sich den Aristocraten vollends in die Arme zu werfen und nicht bloss die Souveränität der Kantone, sondern selbst die Privilegien beider herzustellen.»

Als Glayre immerhin am Schluss der Konferenz die Frage stellte, ob der zwingend empfohlene Verfassungsentwurf im Text absolut feststehe, antwortete Bonaparte, wie oben gesagt, es handle sich nur um Grundsätze, und er sei bereit, innerhalb von fünf oder sechs Tagen Anregungen entgegenzunehmen. Dies setzte die Delegierten in fieberhafte Aktivität, denn es ging ihnen nun darum, durch ihre Bemerkungen und Einwände die föderalistischen Züge abzuschwächen und die unitarischen zu verstärken. Glayre fügte daher seinem Bericht nach Bern die Bemerkung bei:[64]

> «La manière dont le Premier Consul nous a parlé n'a pas admis la réplique. Nous tâcherons cependant de lui faire agréer quelques modifications essentielles, sans cependant vous engager à rien.»

Daraufhin hob ein zähes Feilschen an um detaillierte Textformulierungen, ein Hin und Her zwischen Glayre und Stapfer auf der einen Seite und Talleyrand auf

der andern, mit zuletzt vom Ersten Konsul nur noch unwillig beantworteten Rückfragen, bis die endgültige Fassung des Projekts von Malmaison feststand.[65] Vor der Abreise aus Paris dürfte auch Rengger noch beratend mitgewirkt haben. Die Endfassung mit unitarischer Akzentuierung geht aber wohl zur Hauptsache auf Stapfer zurück, da der kränkliche Glayre eben unmittelbar vor der Rückreise in die Schweiz stand. Den Werdegang dieses Prozesses erfährt man aus dem Gesandtschaftsbericht am Tag nach der Abreise Glayres.[66] Stapfer schrieb jetzt dieser Verfassungsakte immerhin eine gewisse Entwicklungsfähigkeit zu:

> «Le projet de constitution, tel qu'il m'avait été communiqué d'abord par Hauterive, était sans doute d'une exécution bien dangereuse et ne promettait pas d'assurer la tranquillité de la Suisse, ni de satisfaire à ses besoins; mais il nous venait d'une source trop puissante pour que nous puissions le rejeter haut à la main. Après que nos efforts pour l'écarter et obtenir l'approbation de celui du Gouvernement eurent échoué contre la volonté inébranlable du premier Consul, nous les bornâmes à y faire apporter des changements que nous crûmes aptes a concentrer davantage le pouvoir et à nous rapprocher du système de l'unité. Il est résulté de cette discussion un second projet essentiellement amélioré que le premier Consul nous présente comme étant le seul qui puisse nous convenir. Son vœu à cet égard est fortement prononcé; il a déclaré qu'il n'en favoriserait pas d'autre, et il tient d'autant plus a celui-ci qu'il en est lui-même l'auteur.»

Zweifellos, so fuhr er fort, sei dieses Projekt sehr verschieden von dem durch den helvetischen Vollziehungsrat dem Ersten Konsul unterbreiteten. Gleichzeitig räumte er aber ein:

> «Mais on ne peut pas dire qu'il s'éloigne entièrement des bases que nous avons désirées. L'unité que nous demandions se trouve, à la vérité modifiée par une grande latitude donnée aux administrations cantonales; mais cette latitude elle-même est renfermée dans des bornes précises. Les attributions de l'autorité centrale sont parfaitement distinctes de celles des autorités cantonales. La première fait la loi; les autres déterminent le mode de son exécution. Elle a en main assez de pouvoir pour faire mouvoir à son gré toutes les parties de l'Etat, et la physiognomie fédérative qu'a peut-être en ce moment la constitution disparaîtra entièrement, si les lois organiques sont conçues dans le but de rapprocher de l'unité.»

So läge also nun nach Stapfers Einschätzung in der praktischen Umsetzung der Akte auf Gesetzesstufe eine Chance der Annäherung an die unitarischen Prinzipien der helvetischen Republikaner. Er gab seinen Adressaten dabei nämlich zugleich bekannt, Talleyrand habe ihm zuverlässig versichert, der Erste Konsul habe nichts gegen allfällige Verfassungszusätze und Ausgestaltungen, insbesondere bezogen auf vernünftige Wahlbedingungen, «de manière à éloigner des

places tous ceux dont le manque de lumières les rendrait incapables à les remplir et par là nuisibles à la chose publique». Damit ging die gebildete helvetische Elite durchaus einig. Stapfer wollte jedoch solche Aussagen noch ausdrücklich von Bonaparte selber bestätigt haben, wozu er ein Gespräch während der nächsten Audienz benutzte. Er gab dem Konsul bekannt, er habe noch keine offizielle Nachricht, wie die Verfassung aufgenommen worden sei:

> «Mais que je présumais qu'on la trouverait chez nous susceptible d'améliorations; il répondit qu'il n'insistait point sur les détails; que c'était à nous à les arranger, en conservant les bases qui lui paraissaient être les seuls adaptés aux besoins de l'Helvétie.»[67]

Stapfer hatte übrigens unter anderem massgebenden Einfluss nehmen können auf die vorgesehene territoriale Gliederung der Schweiz in der Verfassung von Malmaison, indem es seiner eindringlichen Fürsprache bei Talleyrand gelang, den neu geschaffenen Aargau, seinen Heimatkanton, vor der Wiedereingliederung in den Kanton Bern zu bewahren. Von seinem Diplomatenposten aus konnte er hingegen von nun an die praktische Umsetzung der konstitutionellen Neuordnung nur noch aus der Distanz beobachten und allenfalls mit seinen Ratschlägen begleiten. Dies geschah aus der aufmerksamen Lagebeurteilung im Pariser Machtzentrum und in Gewichtung der öffentlichen Meinung daselbst. Privat hatte er gleich nach der Konferenz von Malmaison dem Freund Usteri den engen Spielraum signalisiert:[68]

> «Ein einziger Mann giebt den Ton an. Seine Ideen werden aufgefasst, erweitert, bewundert und übertrieben, aber nie oder selten berichtiget oder bestritten, besonders nicht in Dingen, die von dem gewöhnlichen Interesse der Leute hier fern ab liegen.»

Der Erste Konsul hatte somit der Vasallenrepublik in den Alpen ihre Rolle zugewiesen und für seine konstitutionellen Geburtshelferdienste bereits die Rechnung präsentiert: die Abtretung des Wallis. Der helvetische Gesandte machte sich keinerlei Illusionen mehr über den Charakter dieser Abhängigkeit und entwickelte eine Art Überlebensstrategie für die Schweiz, wobei er mindestens seinem Land das Schicksal Piemonts oder gar Polens zu ersparen trachtete. Das darauf folgende Oszillieren der helvetischen Verfassungsentwicklung hing nun von den inneren politischen Kräfteverhältnissen, von den disparaten Parteiströmungen sowie persönlichen Ambitionen ab. Der umstrittene französische Gesandte Reinhard in Bern beurteilte vielleicht die Lage des Landes nicht falsch, wenn er Anfang 1801 dem um die Heimat tief besorgten Berner Karl Viktor von Bonstetten nach Kopenhagen schrieb:

> «Pour amener les affaires de l'Helvétie au point où elles en sont aujourd'hui, il fallait la réunion de deux choses: la tournure décidée que les événemens ont donné à la politique générale, et le ralliement de tous les partis en Suisse dans le sentiment de la nécessité de s'en remettre pour quelques points fondamentaux à l'arbitrage de la France [...] Les idées

[...] que vous avez énoncées [...] me paraissent être du nombre de celles, parmi lesquelles il est indispensable de chercher les bases de l'organisation future de votre pais qui profitant de l'expérience du passé et du présent, respectant ses habitudes anciennes sans repousser des formes nouvelles, modifiéra l'unité du gouvernement par un système fédératif ou bien le système fédératif par l'unité.»[69]

Der mit der Verfassung von Malmaison eingeschlagene Weg nimmt sich aus wie ein Herantasten an eine bundesstaatliche Organisationsform. Doch war offensichtlich die Zeit noch nicht reif dazu. Stapfer unterliess es nicht, nach dem Scheitern der Mission Glayre den enttäuschten Unitariern auch ihre Unterlassungen vor Augen zu führen, als ihm nämlich Usteri vorrückte, er hätte den Konsul mit dem französischen Truppenabzug sogleich beim Wort nehmen sollen.[70]

In seiner Antwort erläuterte der Angesprochene, wie oben gezeigt, dem Freund die Konferenzsituation mit dem unerklärlichen Schweigen Glayres auf Bonapartes Scheinangebot. Dann aber ging er offen wie ein zürnender Prophet mit der unentschlossenen politischen Leitung in Bern ins Gericht, unter Berufung auf die seit Beginn seiner Mission im Herbst 1800 ausgesandten Warnungen:[71]

«Man hat durch Nichtorganisierung einer militärischen Macht, durch Nichtwiederherstellung des Zehnten und durch unnöthiges Anfragen wegen der Verfassung sich, Gott weiss! in die Hände des Despoten geworfen, und unsere Befreiung daraus kann nur das Werk sichtbarer Zeichen von Macht der Regierung und Achtung gegen dieselbe im Lande sein.

Ich habe vor zehn Monaten von Paris nach Bern geschrieben: Stellt Truppen auf die Beine und verschafft Euch Geld. Nun habt Ihr weder das eine noch das andere, hingegen eine durch Oligarchen und Ochlokraten bearbeitete, die französische Macht und ihre Winke sclavisch anbetende Population. Und damit wollt Ihr dem mächtigsten Mann seiner Zeit, der Mehrheit Eurer Mitbürger, die feige Egoisten sind und nur an ihr Kantonsinteresse denken und dem ganzen geheimen und offenen, von allen europäischen Mächten unterstützten Einflusse der privilegirten Stände die Stirne bieten? Ihr werdet glorreich, aber gewiss unterliegen und mit Euch eine Verfassung begraben, die durch gute organische Gesetze verbessert und von Euch eingeführt, vielleicht die letzte, einzige Freistätte republicanischer Grundsätze geworden wäre. Bedenkt es: Treu meiner Pflicht werde ich hier die mir gegebenen Aufträge möglichst gut besorgen und den Tiger bei guter Laune zu erhalten suchen; aber bei Gott! die moralische Verantwortlichkeit, die Ihr mit so viel Muth und in so edler Absicht, aber so verwegen auf Euch ladet, möchte ich nicht theilen.»

Philipp Albert Stapfer, im Jahr zuvor unter der Last des Ministeramtes auf einem Tiefpunkt, verfocht nun als Gesandter in Paris mit der früheren geistigen Spannkraft entschlossen die Interessen der oszillierenden Helvetischen Republik. Hier

stand er einem rücksichtslos seinen Machtinteressen folgenden Diktator gegenüber. Es ging, wie oben gesagt, darum, «den Tiger bei guter Laune zu erhalten», und zwar mit einer genau dosierten Diplomatie. Man mag sich fragen, woher in dieser Lage seine ruhige Gefasstheit, bisweilen seine Kühnheit bei den Begegnungen mit Napoleon Bonaparte rührten. Es gibt keine Anzeichen, dass er dessen Faszination je erlegen wäre wie so viele seiner Zeitgenossen. So revidierte er das aus den ersten unmittelbaren Eindrücken geschöpfte nüchtern-kritische Urteil über das Herrschaftssystem des Ersten Konsuls nie mehr, denn dessen Grundsätze und Handlungsweise widersprachen seinen ethischen Prinzipien und der liberalen politischen Ausrichtung im Innersten. Für ihn stand aus theologischer und philosophischer Sicht das Werk des Titanen ungeachtet aller äusseren Triumphe letztlich auf schwankendem Grund. In Stapfers Einschätzung des Korsen überwog eindeutig die ethische Perspektive. Seine furchtlose Haltung reizte zwar bisweilen den an Unterwürfigkeit Gewöhnten. Ein Wink hätte genügt zur Abberufung. Zur Toleranz gegenüber dem Unbequemen und ihm eigentlich Wesensfremden mag Stapfers oft gerühmte Kunst der Konversation beigetragen haben. Darauf deutet eine Bemerkung in seinem Brief an Usteri vom 15. Mai 1801:[72]

> «Ich stehe eigentlich ziemlich gut mit ihm. Er hat noch ganz neulich gesagt: ich behandle die Diplomatik auf eine offene und liberale Art, und wenn ich ohne Glayre nach der gewöhnlichen Audienz gieng, so war er immer gesprächiger und zutraulicher.»

Entsprechend kritischer tönten zuhause die Berichte des von seiner Mission in Paris tief enttäuschten Glayre, wenn er die öffentlichen Audienzen des Ersten Konsuls nach Form und Stimmung ohne diplomatische Rücksicht gesprächsweise schilderte. So notierte sich die der französischen Besetzungspolitik gegenüber ablehnend eingestellte deutsch-dänische Schriftstellerin Friederike Brun stichwortartig in ihr Tagebuch, was ihr der Waadtländer ein paar Monate später berichtete.[73] Der ehemals im Dienst des polnischen Königs Poniatowski stehende Diplomat zog dabei einen drastischen Vergleich zwischen dem Verhalten Friedrichs des Grossen und Bonapartes:

> «Audienzen bei Bonaparte – Parallelen mit *Friedrich dem Grossen* – bei dem Glaires über die Theilung von Polen Geschäfte hatte. Friedrich: *gerührtes* Gefühl der ausgestrahlten *Seelengrösse* bis zur Erschütterung – und tiefe Ehrfurcht erweckend! bei Bonaparte kalt abstossendes Gefühl *der Gewalt* drükkend ohne irgend einen Zusatz vom Erhabnen, ohne eine Ahnung von Güte. Imposanter militärischer Pomp mit welchem der erste Consul sich umgiebt. Bajonett hacken alle Truppen der Thuillerien – alle vorsäle hindurch – Kriegerische Musick mit den Tambours (20 an der Zahl) im ersten Sahl – Erscheinung des Helden die beiden consuls stehen weit hinter Ihm – die Tribunen vor – und die Conseillers alles Ihm gegenüber – Seitwärts Adjutanten und Generale, im Halbzirkel die Am-

bassadoren und Gesandten der Nationen – Er redet jeden an oft um ihm eine Sottise zu sagen.»

Die Reaktion des Ersten Konsuls, als Glayre für das Wallis sprach:

«[...] so kalt und hart, ohne einen mildernden Funken von Güte sind alle seine Antworten an die Schweizer Gesandten gewesen – oft hat Er Sie angeschnauzt. ‹dans la Guerre il n'y a qu'une loi: celle du plus fort! et tous les chemins sont bons qui mènent au But›.»

Dies sollte Stapfer als Gesandter des in sich uneinigen und schwachen Kleinstaates bald vermehrt zu spüren bekommen.

2.3 Die innen- und aussenpolitische Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison bis zum dritten Staatsstreich

Stapfers Empfehlung zur Annahme der Verfassung von Malmaison als entwicklungsfähige konstitutionelle Grundlage. Funktion und Rolle der französischen Gesandten in der Schweiz und die Abhängigkeit der Helvetischen Republik von der Hegemonialmacht. Stapfers diplomatischer Mehrfrontenkampf und steter Appell zu nationaler Einigkeit. Der dritte Staatsstreich im Oktober 1801.

I Ungeachtet seiner unitarischen Gesinnung hielt Stapfer dafür, das von Bonaparte inspirierte Projekt von Malmaison mit seinen bundesstaatlichen Ansätzen sei über gute organische Gesetze entwicklungsfähig, sofern auch die Behördenwahlen positiv ausfielen. Aus diesem Grund warnte er seine Gesinnungsfreunde, einschneidende Änderungen daran vorzunehmen oder den Vorschlag gar abzulehnen, denn er besorgte die darauf folgende Zornesreaktion des Ersten Konsuls. Er wusste wohl, dass der Widerstand unentwegter Unitarier wie Usteri und Rengger zu beschwichtigen war.[1]

Gerade ihnen galt die schon oben ausführlich herangezogene hellsichtige Mahnung, wobei er Paul Usteri die militärische und finanzielle Schwäche der Helvetischen Republik drastisch vor Augen rückte und in knappen Strichen die prekäre innen- und aussenpolitische Situation umriss.[2] Er verwarf auch «das unnöthige Anfragen wegen der Verfassung», womit man sich «in die Hände des Despoten geworfen». Und keineswegs ausser Acht zu lassen sei die unterschwellige Opposition gegen das Neue im Land. Im Fall einer Konfrontation «mit dem mächtigsten Mann seiner Zeit» sah er voraus:

> «Ihr werdet glorreich, aber gewiss unterliegen und mit Euch eine Verfassung begraben, die durch gute organische Gesetze verbessert und von Euch eingeführt, vielleicht die letzte, einzige Freistätte republicanischer Grundsätze geworden wäre. Bedenkt es: Treu meiner Pflicht werde ich hier die mir gegebenen Aufträge möglichst gut besorgen und den Tiger bei guter Laune zu erhalten suchen; aber bei Gott! die moralische Verantwortlichkeit, die Ihr mit so viel Muth und in so edler Absicht, aber so verwegen auf Euch ladet, möchte ich nicht theilen.»

Damit war der Helvetischen Republik das Horoskop gestellt, und zwar innen- wie aussenpolitisch. Der Innenpolitik galt sein von Anfang an aus Paris verkündetes Ceterum censeo. Gegen aussen verfolgte der Diplomat mit einer Mischung von Anpassung und Widerstand das Ziel, dazu beizutragen, dass seinem Land schwere territoriale Verluste erspart blieben oder dass es, wie man auch befürchtete, wie Cisalpinien unter Bonapartes Vormundschaft geriet, im schlimmsten Fall sogar den Annexionsgelüsten der Hegemonialmacht erlag. Aus den politischen Korrespondenzen der involvierten Akteure lassen sich nämlich Bedrohungen verschiedener Art herauslesen. Im Begleitschreiben Talleyrands etwa zur Verfassung von Malmaison an den französischen Gesandten Reinhard in Bern stand, die Nachbarstaaten Helvetiens hätten ein Interesse an einer gesicherten politischen Ordnung im Land. Daher die besondere Aufmerksamkeit Frankreichs in der Frage der Konstituierung.[3] Dazu das ominöse Postscriptum:

> «En remettant aux ministres helvétiques [sc. Glayre und Stapfer] le projet de constitution ci-joint, je leur ai fait connaître l'intention prononcée du Premier Consul, de terminer incessamment les discussions relatives à l'échange du Valais contre le Frickthal et les villes forestières de la gauche du Rhin, et à la renonciation du droit de la France à l'usage des routes militaires accordé par le traité d'alliance de l'an 6.»

Im Folgenden richtet sich unser Blick vor allem auf die Rolle Stapfers auf dem Pariser Schlüsselposten vom Frühjahr 1801 an. Er blieb ja, zu Zeiten nicht ganz ungefährdet, bis zum Zusammenbruch der Helvetischen Republik in dieser Stellung, während die Leitung der aussenpolitischen Geschäfte in Bern nach dem föderalistischen Putsch im Oktober vom politisch gleichgesinnten Waadtländer Louis Bégoz an den eingefleischten Berner Patrizier Gottlieb Thormann ging, der jedoch nach dem vierten Staatsstreich im Frühjahr 1802 dem gemässigten Republikaner und Stapfer näher stehenden Karl Müller-Friedberg weichen musste. Man braucht nur dem Faden der Stapfer'schen Gesandtschaftsberichte bis zum bitteren Ende zu folgen, um zu erkennen, dass der Diplomat in Paris nicht bloss Pässe zu unterschreiben hatte, wie er im Bericht über die Audienz von Malmaison sarkastisch anmerkte.[4] Er fungierte vielmehr als wichtiger Ansprechpartner der Machthaber. Somit ist sein politischer Einfluss nicht gering einzuschätzen. Ohne dass er sein eigenes Credo verleugnete, galt ihm als Leitlinie für sein Handeln die Sorge um die Integrität des Vaterlandes. Wachsam registrierte er vorerst, wie Bonaparte und Talleyrand auf die weitere innenpolitische Entwicklung der Schweiz reagierten. Die beiden nahmen an, dem in Paris durch Glayre und Stapfer in einigen Punkten den republikanisch-unitarischen Vorstellungen angenäherten Verfassungsprojekt von Malmaison werde in einem kurzen Verfahren zugestimmt. Zu ihrem Verdruss mussten sie jedoch feststellen, dass in der im September in Bern versammelten Zentraltagsatzung eine langwierige, von parteipolitischen Querelen begleitete Modifikationsdebatte einsetzte, zudem sekundiert von einem publizistischen Meinungskampf, ganz zu schweigen von

Raymond de Verninac-Saint-Maur (1762–1822), französischer Gesandter bei der Helvetischen Republik von September 1801 bis Oktober 1802. Statue von M. E. Boverie.

in Paris agitierenden Berner Patriziern, die vom französischen Gesandten Reinhard Schützenhilfe erhielten. Was den Ersten Konsul aber besonders reizte, war das strikte Festhalten der Tagsatzung an dem von Annexion bedrohten Wallis. Sein Ärger entlud sich an den öffentlichen Audienzen auf den helvetischen Gesandten. Zu Beginn der Beratungen der Zentraltagsatzung wurde übrigens der kompromittierte französische Gesandte Reinhard durch den ehemaligen Präfekten von Lyon *Raymond de Verninac* (1762–1822) abgelöst. Seine Instruktionen

liessen erkennen, in welche Richtung die französische Politik den zerstrittenen helvetischen Vasallenstaat zu steuern gedachte: «Le fédéralisme absolu ne convient plus au temps présent, et l'unité absolue ne conviendra jamais à la Suisse.»[5]

Während dieser Phase der helvetischen Verfassungswirren hatte sich also Stapfer den kritischen Rückfragen Bonapartes an den öffentlichen Audienzen zu stellen und dem Aussenminister Talleyrand in zahllosen Konferenzen die Stirn zu bieten. Dies prägt nun seine offiziellen Gesandtschaftsberichte, in die er auch immer von neuem seine besorgten Warnungen einflicht. Den Rapporten sind nachstehend auch die Privatkorrespondenzen mit vertraulichen Äusserungen an die Seite zu setzen. Im Zusammenhang mit dem früher erwähnten Audienzgespräch vom 22. Mai 1801 übermittelte er den Wunsch des Ersten Konsuls, die von ihm approbierte Verfassung möchte nun alle vernünftigen und gemässigten Köpfe in Helvetien vereinigen.[6] Die Franzosen vermeinten offenbar, die zerstrittenen helvetischen Parteien gewissermassen nach dem Vorbild des Konsularregimes verschmelzen zu können. Stapfer ging mit diesem Gedanken durchaus einig. Im Vorfeld der Wahlen zu den kantonalen Tagsatzungen und dann besonders der Zentraltagsatzung empfahl er der Exekutivbehörde dringend, darauf zu achten, dass nicht wie in die Legislative von 1798 «campagnards» und «enragés», sondern gemässigte Persönlichkeiten nominiert würden.[7] Der ehemalige Erziehungsminister vertrat nach den Erfahrungen der revolutionären Anfänge den Grundsatz, die Leitfunktion im Staat komme vorerst einer aufgeklärten Bildungsschicht zu, sowohl gegenüber basisdemokratischen Strömungen als auch reaktionären Tendenzen. Auf Bonapartes Frage nach dem Lauf der Dinge in der Schweiz sprach Stapfer am 14. Juli dieses Problem kurz an: «Je dis que nous espérions nous en tirer sans voir notre patrie devenir la proie de démagogues ou des contre-révolutionnaires, surtout, s'il continuait à nous appuyer de ses bons conseils.»[8] Worauf der Gesandte abzielte, war eine verbindliche Erklärung als Schritt auf die offizielle Legitimierung der amtierenden helvetischen Regierung, somit ein Schritt auf die von ihm ersehnte Konsolidierung hin. Dem entzog sich der Angesprochene und vermied in seiner unverbindlichen Antwort, sich auf eine politische Richtung festzulegen. Und so endete diese Art diplomatischen Vorgeplänkels:

> «Il se borna à dire qu'il souhaitait beaucoup le bonheur de l'Helvétie, mais que son respect pour son indépendance lui interdisait de se mêler de son organisation intérieure.»

Gegen aussen und mit Rücksicht auf die misstrauische Kontrolle über die Einhaltung des Friedenstraktats von Lunéville durch die europäischen Mächte gab sich also Bonaparte am Gang der Dinge in Helvetien wenig interessiert. Doch die nachfolgenden politischen Pendelschläge, der dritte und der vierte Staatsstreich, veranlassten ihn, bei aller Zurückhaltung genau zu registrieren, wie man mit seinem Verfassungsprojekt umging und wie sich die jeweils vorherrschende Partei-

richtung zur Abtretung des Wallis stellte. Ende Juli 1801, also noch vor dem Zusammentritt der Zentraltagsatzung, hatte Stapfer die ersten Anzeichen von Unzufriedenheit aus Paris zu melden:

> «[...] Mais ce qui intéresse bien plus encore le Premier Consul (que les affaires de la Suisse), est la négociation du Valais. Le citoyen Talleyrand ne m'a pas caché que le Premier Consul était infiniment blessé par les retards que l'exécution de son plan éprouvait, et qu'il était surtout mécontent de l'indiscrétion avec laquelle on avait permis aux journalistes d'en parler.»[9]

Diskret, im Stil absolutistischer Kabinettspolitik, wäre demnach das Abtretungsgeschäft abzuwickeln gewesen. Dass sich die öffentliche Meinung in der Schweiz dagegen aufbäumte, dass aus dem Wallis spontan Treuekundgebungen des Volks erfolgten und der zögernden Regierung den Rücken stärkten, erregte in Paris wachsenden Groll, umso mehr, als dies auch Stapfer für seine diplomatische Hinhaltetaktik ausnützte. Der Gesandte hielt dem wachsenden Druck stand, solange es ging. «C'est à tel point que je suis étonné de ne pas m'en ressentir encore personnellement.»[10] Kurzen Andeutungen in seinen Rapporten entnimmt man, wie er mit aller Vorsicht über die in Paris residierenden Diplomaten die Haltung Österreichs und Preussens bezüglich der Helvetischen Republik sondierte.

II Haltung und Entscheidungen des französischen Konsularregimes gegenüber der um ihre definitive Konstituierung ringenden Schweiz resultierten während der Schlussphase der Helvetischen Republik aus den Erkenntnissen, die Bonaparte und Talleyrand aus verschiedenen Quellen schöpften. An Stapfer hielt man sich für die offiziellen Informationen. Die französischen Gesandten in Bern, Reinhard, danach sein Nachfolger Verninac, ebenso die französischen Generale folgten strikten Instruktionen und rapportierten regelmässig. Sie wurden auch in die Planungen einbezogen und entwickelten aufgrund unmittelbarer Wahrnehmungen eigene politische Projekte. Hinzu kamen noch eigentliche Sonderemissäre, wie der als Naturforscher getarnte Adrien Lezay, der Mitte 1802 die Schweiz bereiste. Es mag sein, dass die häufig festgestellte verblüffende Einsicht Napoleon Bonapartes in die politisch-sozialen Verhältnisse der Schweiz und die historischen Zusammenhänge nicht nur seinem Scharfblick und politischen Instinkt zuzuschreiben war, sondern vielmehr der gezielten Informationsbeschaffung und dem nachfolgenden genauen Studium der Unterlagen. Die von ihm für Helvetien ausgedachten Mischformen, das dem Entscheid der zerstrittenen Parteien überlassene und deshalb gescheiterte Verfassungsprojekt von Malmaison und die nach dem offenen Bürgerkrieg diktatorisch oktroyierte Mediationsverfassung dürften aus länger hin und her erwogenen Lösungen hervorgegangen sein. Die den beiden Unitariern Glayre und Stapfer im Frühjahr 1801 zugestandenen zentralistischen Konzessionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm schliesslich das bürokratisch-zentralistische Verfassungsmodell für die tief veran-

kerten schweizerischen Traditionen untauglich erschien. Möglicherweise erklärt sich seine länger abwartende Haltung daraus, dass die beruhigte europäische Gesamtlage nach dem Friedensschluss von Lunéville und die Aussicht auf die Einigung mit England in Amiens es zuliess, den kleinen Brandherd an Frankreichs Grenze noch eine Zeit lang schwelen zu lassen, bis im Herbst 1802 der offen ausgebrochene Konflikt der helvetischen Streitparteien doch noch gewaltsam zu dämpfen war. Stapfer fürchtete diesen Ausgang. Daher seine inständigen Mahnungen zu Ausgleich und Mässigung, ob nun, wie nach dem zweiten Staatsstreich, seine unitarisch-republikanischen Gesinnungsfreunde den Kurs bestimmten oder nach dem föderalistischen Putsch vom Herbst 1801 deren Gegner. Die bisherigen Erfahrungen festigten in ihm immer mehr die Überzeugung, die nationale Unabhängigkeit werde einzig durch engen Zusammenschluss unter Führung der gemässigten Unitarier zu erringen sein, allenfalls im Verein mit liberal gesinnten Persönlichkeiten der alten Führungsschicht. Diesen politischen Leitgedanken umschrieb er denn auch dem Ersten Konsul mit dem Blick auf die eben laufenden Wahlen anlässlich einer Audienz wie folgt:[11]

> «Les hommes, ajoutai-je, propres à être portés aux fonctions publiques sont de trois espèces bien différentes: de vieux routiniers illibéraux, étant par préjugés ou par esprit de domination portés à rappeler de leurs vœux ou de leurs efforts l'ancien régime; des démagogues qui flattent les passions du peuple aux dépens des intérêts de leur patrie, pour se saisir du pouvoir à l'aide de sa faveur, et enfin les républicains modérés et libéraux qui veulent le règne des principes de la justice, et qui ne caressent ni des préjugés surannés ni la cupidité du peuple.»

Die Schlüsse, die der Erste Konsul aus Gesprächen solcher Art zog, erfuhr der Schweizer Gesandte einige Tage später an einer ausgiebigen Konferenz mit Talleyrand, als er einmal mehr die einseitige Parteinahme des französischen Gesandten Reinhard für die Berner Patrizier anprangerte:

> «Il [Talleyrand] m'a assuré que le Premier Consul voulait laisser aux Suisses la jouissance complète de leur indépendance, mais qu'il désirait que le gouvernement futur de l'Helvétie fût composé d'hommes libéraux, estimés et éclairés, qui abandonassent toute idée de retour aux préjugés de l'ancien régime, et qui fussent pour la France républicaine ce qu'était le Corps helvétique d'autrefois pour la Monarchie française. Il a ajouté que le gouvernement français surtout que celui de l'Helvétie déployât la plus grande énergie contre les malveillans et les perturbateurs de l'ordre public.»

Nach einer Phase der Niedergeschlagenheit gelangte Stapfer im Spätsommer wieder zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung der Lage, nicht zuletzt angesichts der Ablösung des mit den Ci-devants in Bern offen kokettierenden Gesandten Reinhard durch Raymond Verninac und der Berufung fähiger unitarischer Köpfe in die Oberbehörden.[12] Den aufgehellten Horizont spiegelt auch ein

Schreiben an den zeitweise von Paris abwesenden französischen Aussenminister:[13]

> «Il n'est pas moins digne de votre observation, Citoyen Ministre, que des trois partis marquants en Suisse (patriciens illibéraux, qui veulent le retour de l'ancien régime, démagogues qui tâchent, en flattant les passions du peuple, de s'emparer du pouvoir) patriciens libéraux, réunis à la fleur de la Nation, qui ne veulent ni de l'oligarchie, impossible à rétablir sans déchirements, ni du désordre révolutionnaire qui prolongerait l'agitation des esprits, mais une organisation sociale fondée sur l'expérience, la sagesse et des rapports d'amitié avec la France, de neutralité envers toutes les puissances ...»

Die letztgenannte Gruppe stehe bei den Wahlnominationen an erster Stelle:

> «Ce résultat [...] paraît être d'un bon augure pour l'Helvétie, ainsi que pour les relations avec la République française.»

III Stapfers günstige Lagebeurteilung bezog sich zunächst auf die Wahlen. Sie trübte sich allerdings, als er wahrnahm, dass die fortdauernden politischen Spannungen sich auch in die Auseinandersetzung über das Verfassungsprojekt in der Zentraltagsatzung verlagerten. Erneut erhob er die Stimme und warnte davor, dass Bonaparte unversehens eingreifen könnte. Dank der verwandtschaftlichen Verbindungen seiner Gattin hatte er nämlich Gewährsleute bis in die führenden Kreise hinein. So meldete er denn Ende August in einer chiffrierten Botschaft nach Bern:[14]

> «Je sais de très bonne part qu'on a été sur le point de suspendre l'exécution du projet de constitution et de donner à l'Helvétie un gouvernement provisoire, présidé par un commissaire français, *soutenu par les bayonnettes*. Ce projet est écarté pour le moment, mais il se reproduira immanquablement, si la Diète centrale ne déploie pas dans les premiers instants à la fois union, énergie et sagesse. Quels que soient les vices de la constitution nouvelle, je suis averti que si des changements essentiels étaient apportés à ses bases, et qu'une partie quelconque de la Nation en témoignât du mécontentement, ou saisirait avidement ce prétexte pour établir la domination militaire dont on a conçu le projet. Ainsi, qu'au nom de Dieu et de la patrie on ne se presse pas de faire des modifications majeures quelque bonnes qu'elles puissent être en elles-mêmes; qu'on évite de toute manière d'agiter de nouveau les esprits, et qu'on cache au public autant que possible ce qui se passe dans l'intéreur; chaque article de gazette qui annonce une dissidence ou une opposition est une calamité et provoque l'oppression.»

Bonapartes Audienzbemerkungen lauteten allerdings wieder recht zurückhaltend. Nur durfte der helvetische Gesandte das Reizthema «Wallis» nicht berühren. Dies wird aus der nachfolgenden Passage in seinem Bericht deutlich:

«Le citoyen Verninac a pour instruction de tâcher de porter aux places importantes des hommes qui cèdent le Valais sans difficulté. Il devra s'attacher à ceux qui dans la Diète centrale jouiront du plus grand crédit, et comme on croit avoir meilleur marché du parti démagogique que de celui des républicains modérés, il est à craindre qu'on ne fasse aujourd'hui un essai avec cet extrême, après que la tentative d'influencer la Suisse au moyen de l'autre a échoué.»

Stapfers Schlussfolgerung tönte wiederum als Kassandraruf:

«Les avis que je vous donne ici sont aussi importants que sûrs et ne peuvent être négligés sans le plus grand danger pour notre patrie. Point de divisions, une attitude ferme et imposante, point d'agitations nouvelles pour des modifications constitutionnelles; sans cela le sort du Piémont nous attend.»

Ergänzend bemerkte er in seinem Schreiben noch, der französische Aussenminister sei darüber orientiert, dass in der Schweiz nach den Wahlen etwa 20 hervorragende, aufgeklärte, liberal denkende Persönlichkeiten zur Verfügung stünden. Wenn der französische Gesandte mit ihnen zusammenarbeite, könnte sich die Lage im Land sehr bald beruhigen. Sollte er jedoch eine Schaukelpolitik unter Einbezug der zwei extremen Gruppen treiben, so wäre dies von Schaden. Talleyrand habe ihm versichert, Verninac sei in positivem Sinne instruiert worden, liess aber auch durchblicken, wenn dies nicht zur Beruhigung beitrage, müsse man die Schweizer als «irramenables», unverbesserlich, betrachten.

Die im September 1801 in Bern zusammentretende Zentraltagsatzung mutierte zur nicht geringen Überraschung der französischen Regierung sogleich zu einer Art Verfassungsrat, und anstatt die bereits ein Stück weit praktizierte Verfassung von Malmaison anzunehmen, verlor sie sich in kontroversen Debatten.[15] Der Schriftwechsel des französischen Gesandten Verninac in Bern mit dem Aussenminister Talleyrand spiegelt daher die wachsende Irritation in Paris über diesen Gang der helvetischen Dinge.[16] Am 7. Oktober liess dieser verlauten:

«Votre rôle, citoyen, doit donc se borner aujourd'hui à marquer votre improbation sur les opérations de la Diète, à répéter que le gouvernement de la République n'est pas préparé à donner tous les jours son approbation à une constitution nouvelle et à annoncer que l'acquisition du Valais est le prix des concessions que la France a faites à la Suisse.»[17]

Stapfer aber empfing direkte und unmissverständliche Signale dieses Unmuts an den Audienzen des Ersten Konsuls. Noch lautete allerdings dessen Direktive, etwa angesichts der in der Innerschweiz aufflackernden Unruhen: keine direkte Einmischung, weder zivil noch militärisch. Stapfer rapportierte den französischen Stimmungswandel, wie im Gesandtenbericht vom 26. September zu lesen ist:

«Le premier Consul me témoigna avant-hier à l'audience publique qu'il voyait avec beaucoup de peine nos divisions. Votre république, dit-il, est

déjà assez faible et peu considérable par elle-même au milieu des Etats de l'Europe, pour que vous puissiez supporter encore l'affaiblissement qui est une suite naturelle des troubles qui continuent à vous agiter.»[18]

Dieser demütigenden Feststellung Bonapartes in aller Öffentlichkeit vermochte der Schweizer Gesandte bloss beschönigend entgegenzuhalten:

«Je répondis que l'immense majorité des Helvétiens et de leurs représentants étaient d'accord et que les oppositions qui s'étaient manifestés méritaient plutôt le nom d'intrigues et de révoltes que de dissensions civiles.»

Aber wer zog hier die Grenze zwischen blossen Parteiintrigen und der im Volk zunehmend wachsenden tiefen Missstimmung sowohl über eine schwache und zerfahrene Regierung als auch über den Streit der Parteigruppierungen? Stapfer sah sich in die Defensive gedrängt und vermochte der Kritik Talleyrands an der zu wenig tatkräftigen helvetischen Exekutive lediglich entgegenzuhalten, der kommandierende französische General Montchoisy verweigere ihr eben auch den Einsatz der Ordnungstruppen. Je diffuser die Zentraltagsatzung debattierte, desto mehr wuchs der Ärger in Paris.

«Je ne dois vous dissimuler que le ministre des Relations extérieures me témoigne, à chaque fois que nous nous voyons un grand mécontentement des opérations de la Diète»,

meldete der wenig beneidenswerte Gesandte nach Bern.[19] Vielleicht hatte der Franzose mit seinem Vorwurf jedoch gar nicht so Unrecht, wenn er ihm vorrückte, es sei doch unmöglich, dass eine so zusammengesetzte Versammlung wie die helvetische Tagsatzung, Artikel um Artikel des Vorschlags debattierend, zu einer vernünftigen Endfassung gelangen könne, denn:

«l'unité et la parfaite cohérence de l'ensemble ne pouvant jamais être le résultat des délibérations d'une assemblé nombreuse et divergente dans les opinions de ses membres.»

So spürte Stapfer, dass die missmutigen Machthaber mit ihrer Geduld bald am Ende seien. Es war wenige Tage vor dem dritten Staatsstreich, vor dem Föderalistenputsch Ende Oktober 1801, dass er noch einmal einen Warnruf an die verbohrten Parteien sandte und die Regierung aufrief, sich auf das Wesentliche auszurichten:[20]

«Je dois vous entretenir encore de l'effet que produit ici la métamorphose de la Diète en assemblée constituante [...] Quelque soit au reste le résultat des travaux de la Diète, il faudra bien qu'elle établisse un gouvernement. Il me semble qu'il est urgent de sortir à tout prix du provisoire.»

Wir vernehmen einmal mehr sein Memento, seit Antritt der Pariser Diplomatenstelle immer eindringlicher: Unter Absehung von allen Nebensächlichkeiten möge doch eine definitiv installierte Regierung die Zügel in die Hand nehmen und in erster Linie die nationalen Interessen wahren. Es komme allem voran auf Charakter und Fähigkeit der Regierungs- und Verwaltungsfunktionäre an:

«Si les choix pour l'administration future sont bons, elle saura améliorer les défauts de la constitution. Une expérience de dix ans a prouvé que tout dépend des hommes, et très peu de quelques modifications de plus ou de moins dans les constitutions, pourvu que les grands principes de tout ordre social y soient consacrés.»

Und noch eindringlicher fuhr er fort:

«Le gouvernement constitutionnelle de l'Helvétie va entrer en lutte avec tous les genres de rénitence, d'égoisme, de préjugés et d'ambitions. Si ce gouvernement ne débute pas par le déployement d'une grande énergie et l'ascendant d'une autorité salutaire et prépondérante, je déssere de sa durée et de l'indépendance de mon pays. Les gouvernements étrangers, et nommément celui de la République française, sont aux aguets. Quelque sage et bien composé que soit le gouvernement qui va prendre les rênes de l'administration, si, faute de fonds, il ne déploie pas dans les premiers instants de grands moyens de répression, de réparation et de réorganisation à la fois, on ne manquera pas d'attribuer au peu de considération dont on prétendra que ses membres jouissent, au peu de confiance qu'ils inspirent, à la désapprobation qu'on prêtera au peuple helvétique relativement à la constitution et à la partie de ses principes qui tiennent au système de l'unité, en un mot, à des causes étrangères aux véritables sources de l'anarchie, l'impuissance du gouvernement et l'audace des malveillants.»

Malte er zu schwarz? So fragte er sich selber an diesem Punkt:

«Je suis fâché [...] d'être obligé de faire des suppositions aussi désastreuses; mais en politique il faut raisonner dans toutes les hypothèses, et dans ma position je suis pénétré plus particulièrement de la conviction qu'il faut que le gouvernement helvétique constitutionnel annonce son activité dans les premiers instants par un aussi grand développement de forces bienfaitrices et imposantes que possible. Le rétablissement de la tranquillité en Helvétie, la renaissance de la prospérité, les égards des puissances étrangères pour son gouvernement et peut-être même de l'existence de la Nation en dépendent.»

So weit Stapfers Vorstellung von einer handlungsfähigen, fortschrittlichen Regierung unter den waltenden politischen Umständen.

IV Der vorgehend ausgewertete offizielle Schriftwechsel der Pariser Gesandtschaft und weiterer einschlägiger Akten macht deutlich, welche Relevanz sowohl für die Innenpolitik als auch für die aussenpolitische Situation der Helvetischen Republik im Sommer und Herbst 1801 der Auseinandersetzung um das Malmaison-Projekt zukam. Zieht man auch den privaten Briefwechsel aus Stapfers Umfeld heran, so rückt mancher Umstand noch deutlicher ins Licht. So etwa der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern oder der Zwang für

Stapfer, in besonderen Situationen zu lavieren. Ohne eine entsprechende Taktik hätte er sich auf dem Pariser Parkett kaum zu halten vermocht. Leise Andeutungen lassen aber vermuten, dass dies seinem geraden Charakter nicht leicht fiel. In mancher Bedrängnis suchte er über die persönlichen Beziehungen der Familie seiner Gattin politische Kontakte zu französischen Spitzenfunktionären. Ein paar Hinweise mögen nachfolgend zeigen, wie er den zwar knappen Spielraum doch zweckdienlich auszunutzen verstand. Der helvetischen Exekutive beispielsweise stärkte er den Rücken für energische Massnahmen, was man einem Brief vom 7. September 1801 an Paul Usteri entnimmt. Es ging um den wenig kooperativen französischen Oberkommandierenden General Montchoisy:[21]

> «Gegen Montchoisy habe ich, einem späteren Brief von Bégoz zufolge, nicht weiter operiert. Aber ich getraue mir, ihn zu sprengen, wenn Ihr wollt. Mit Talleyrand stehe ich wieder aufs Beste.»

Dass des Weiteren seine Demarchen wesentlich zur Abberufung des sich zusehends patrizierfreundlich gebenden französischen Gesandten Reinhard und seines intriganten Sekretärs Fitte im Sommer jenes Jahres beitrugen, steht ausser Frage, obwohl diese Massnahme des Ersten Konsuls gegen den Willen seines Aussenministers geschah. Dazu bemerkte Stapfer am 15. August:

> «Während Sie in der Schweiz mit Muth und Klugheit die aristokratischen Zuckungen neutralisieren, habe ich hier, wie ich mir schmeichle, nicht weniger gute Arbeit gemacht.»[22]

Reinhards Annäherung an die Berner Oligarchen stufte er als politische Gefahr ein. So brachte er seine Vorbehalte gegen dessen Haltung auch direkt beim obersten Gebieter an den öffentlichen Audienzen an, sodass Talleyrand sich gezwungen sah, den Geschäftsträger in Bern fallen zu lassen, wozu Stapfer andernorts sarkastisch bemerkte:

> «Er ist innerlich gewiss rasend, aber lächelt mit Kupplersmiene mehr als je.»

Was Stapfer dem an und für sich geistvollen, aus Tübingen stammenden Reinhard in der Rolle des einflussreichen französischen Gesandten nicht verzieh, war dessen Verleugnung der liberalen Grundsätze der Revolution und die Behinderung der gemässigten republikanischen Parteirichtung in der Schweiz. Wie könne, so setzte er an ihm aus, ein Mann von deutscher Bildung, der Sinn für eine bessere Behandlung der Menschheit hätte haben sollen, nicht derjenigen republikanischen Partei bei uns redlich Hand bieten, welche das Grosse und Wahre in den französischen Revolutionsmaximen mit den Resultaten deutscher Moralität und höherer philosophischer Kultur vermählen wollte. Und voller Empörung wies er auf dessen zunehmend zweideutige Rolle hin, die jener in der angehobenen Debatte über die Verfassung von Malmaison spielte:

> «Und nicht bloss half er Euch nicht; nicht nur setzte er Euch durch sichtbare Prädilection für die Privilegienhelden alle möglichen Hindernisse in den Weg; nicht nur setzte er durch sein läppisches Betragen die Land-

leute in Alarm und zog uns diesen Bauerntross auf den Hals, der nun, invita Minerva, Constitutionen fabricirt und die besten Grundsätze durch seine Roheit und Abgeschmacktheit noch mehr in Misscredit setzen wird; sondern es ist nicht zu glauben, was er immerfort wider Euch alle für schändliches Zeug geschrieben hat und noch schreibt. Er schildert Euch als verbrannte Köpfe, über Hirngespinnste brütende Theoristen, unfähige Phantome, ehrgeizige Revolutionäre, die von der Nation verabscheut wären und keine Kunde von öffentlicher Verwaltung hätten, dazu von Eigendünkel strotzten und ausschliessend herrschen wollten.»[23]

So befreite der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern Stapfers Freunde von einer bedeutenden Sorge. Angesichts der Schlüsselrolle dieses Funktionärs kam natürlich der Nachfolge eine eminente Bedeutung zu. Davon war bereits in anderem Zusammenhang die Rede.[24] Sobald der Präfekt von Lyon *Raymond Verninac* vom Ersten Konsul nach Paris beordert war, begann Stapfer nachzuforschen:

«Ich bin auf der Jagd nach Datis über seinen Gehalt und Werth.»[25]

Er gab sogleich weiter, was zunächst herauskam. So resultierte:

«[...] dass er mit der Rewbell'schen Partei gut stand, hier für einen entschlossenen Republikaner gehalten wird, allein so ziemlich den Mantel nach dem Wind zu hängen scheint. Der Diable boiteux [Talleyrand hinkte] sagt von ihm: ‹C'est un Jacobin doré.›»

Nach weiteren Umfragen kam er zu einer vertiefteren, im Wesentlichen optimistischen Analyse, mahnte aber auch davor, den Mann, «der elegante Gesellschaft liebt, Tafel, Spiel, Repräsentation», auf die falsche Seite abdriften zu lassen. Er jage nach Lob und Glanz. «Diess wird ihn in die Arme der Berner werfen, wenn Ihr nicht das Gegengewicht haltet.» Schlussfolgerung: «Die Hauptsache ist, dass die Gutgesinnten sich seiner gleich bemächtigen.»[26] Dies empfahl er insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen über das Malmaison-Projekt in der Zentraltagsatzung, denn es war von Bedeutung, was der französische Diplomat darüber nach Paris berichtete.

Aus den Privatkorrespondenzen liest man auch die Vorstellungen und Intentionen von Stapfers politischen Gesinnungsfreunden ab während dieser Debatten über Malmaison. Die ersten Versuche der Schweiz nach dem grossen politischen Umbruch, bundesstaatliche Regelungen zu finden, waren allerdings zum Scheitern verurteilt, vor allem weil die unitarisch-republikanische Parteigruppierung im Abrücken vom Einheitsstaat bei drohender Föderalisierung einen Rückfall in vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnisse befürchtete. Als Verfechter des unitarischen Repräsentativsystems lehnten die Republikaner anderseits nicht minder ein Abgleiten in basisdemokratische Zustände ab, was sie als demagogische Anarchie verabscheuten. Der erfahrene helvetische Innenminister Rengger blickte nicht ohne Sorge auf das kommende «Konstitutionsunwesen» in der Zen-

traltagsatzung und schrieb schon im Frühsommer an Stapfer über deren Zusammensetzung, sie werde «ohne ein Wunderzeichen vom Himmel aus ein paar aristokratischen Parteiführern, einigen Jakobinern und einem Tross von Bauern bestehen».[27] Das bedeutete für ihn den befürchteten Föderalisierungsprozess:

> «Auch sind alle Unbefangenen darin eins, dass wir nur aus einem provisorischen anarchischen Zustand in einen andern treten, der mit einer neuen, aber wenn Gott will dann der letzten Revolution enden muss, und schon diese Überzeugung allein, wenn sie allgemein wird, muss das Ganze scheitern machen.»[28]

Stapfer hingegen suchte, wie man weiss, die aufbrechenden Gegensätze zu mildern, auch wenn seine Mahnungen bei den mitten im Parteistreit Stehenden wenig fruchteten, insbesondere nicht bei dem mit seinem republikanischen Kampfblatt fechtenden Usteri. So wetterte er in Beantwortung zweier Stapfer-Briefe gegen den Entwurf von Malmaison:

> «Das abscheuliche Constitutionsproject mit den 18 Bastarden und kleinen Ungeheuern [sc. den Kantonen mit eigenen Verfassungen], die es nun schon ausgeheckt hat, kann uns nicht retten, wenn es die Tagsatzung auch am ersten Tag anerkennen und dann auseinandergehen wollte. Es ist der organisierte Krieg aller Kantone gegen die Centralregierung, dieser gegen jene und der Kantone endlich untereinander. Wir müssen also alles aufbieten, den Entwurf zu modificiren und zu verbessern.»[29]

Stapfers realistische Einschätzung der innen- wie der aussenpolitischen Lage in der Verfassungsdebatte ist bekannt. Dem ehemaligen Ministerkollegen und Freund Rengger gab er zu bedenken, allzu einschneidende zentralistische Veränderungen an Bonapartes eigenhändigem Entwurf könnten den Machthaber auf die Seite der Ehemaligen manövrieren. Daher möge man primär auf die Wahl tüchtiger Persönlichkeiten setzen, die einer dreifachen Garantie «der Treue, der Fähigkeit und der Vaterlandsliebe genügten».[30] Sie beide, im alten Bern aufgewachsen, hatten ja von einer im ganzen integeren Verwaltungsführung eine lebendige Vorstellung, auch wenn sie die Enge der vom patrizischen Standesbewusstsein getragenen Herrschaft missbilligten und für den Umbruch eintraten. Zur Überwindung der geistig-politischen Spaltung des Landes rief der ehemalige Erziehungsminister des Weiteren seine national-pädagogische Lieblingsidee von 1798 in Erinnerung:

> «Ferner sehe ich kein anderes Mittel, wahre Einheit in der Schweiz zu gründen als eine jugendbildende Zentralanstalt, deren Besuch zum Wahlbeding für eine ganze Klasse von Ämtern erhoben werde, und wo Schweizerjünglinge aus allen Gegenden Einheit der Grundsätze einathmen. Der Gemeingeist kann unter den unglücklichen Umständen, welche die Schweizer mehr als je entzweien und auflösen, nur aus einem solchen Institute hervorsprossen. Eine école de service public ist in jedem Lande ein schreiendes Bedürfniss des Zeitalters.»

Sinn und Bedeutung des epochalen Wandels sah Stapfer nicht nur in der politischen Verfassung und ihrer formellen Gestaltung:

> «Sollen wir uns denn begnügen, in unserem Lande eine Kopie der mangelhaften repräsentativen Verfassung nach französischem Schnitt, der nicht einmal den Wert und Charakter der hundertjährigen brittischen hat, auf Kosten einer unglücklichen Revolution aufzustellen, anstatt ihr doch wenigstens einige uns vor Europa Ehre bringende Merkmale von Kultur und Humanität aufzudrücken?»

Dem aufbrausenden Zürcher Usteri, der ihm die mässigende diplomatische Taktik verübelte, hielt er vor Augen:

> «Das Prinzip der Einheit durch organische Gesetze und subsidiarische Einrichtungen zu entwickeln und befestigen, sich durch wesentliche Veränderung in den Basen des Constitutionsentwurfs nicht des französischen Beistandes gegen Aufrührer und Starrköpfe berauben, und diese Hülfe durch Behauptung der guten Seiten dieses Entwurfs gegen Oligarchie und Brutalität den gemässigten Republikanern zu sichern – scheint mir jetzt der einzige pflichtmässige und kluge Plan zu sein, den sich die Vertheidiger der Grundsätze entwerfen können. Jetzt ist, wenn jemals, der Fall absoluter Vollkommenheit der relativen aufzuopfern.»[31]

Was er dem gesamten Kollegium der helvetischen Exekutive im selben Schreiben einmal wieder allgemein als Handlungsmaxime im Verkehr mit dem präpotenten französischen Konsularregime empfahl, lautet:

> «Mir scheint, dass man gegen die französische Regierung helvetischerseits seit der Revolution in Thaten zu nachgiebig, in Worten zu kalt gewesen ist. Man sollte sie bekriegen, wie sie uns bekriegt. In Phrasen sanft, im Handeln fest und unabhängig, ist gewiss eine bessere Methode.»

Wie aber nun umgehen mit Bonapartes Verfassungsprojekt?

> «Wenn Ihr durch Umschmelzung der Verfassungsacte den Übelgesinnten im Innern Waffen gegen Euch und Grund zu Widerstand und Klagen am hiesigen Hofe gebet, und zugleich den Auctor classicus in Harnisch bringet, so scheint mir Eure Lage dadurch doppelt schwierig und in dem Grade misslicher zu werden, in dem Eure Repressionsmittel abnehmen. Ich mache hier, so viel als möglich, immerzu Einheitsproselyten; allein Caesar ist durch mich so wenig, als vordem der Imperator durch Paulus gewonnen.»[32]

Die Stapfer'sche Diplomatie erschöpfte sich allerdings nicht im Antichambrieren bei Bonaparte, Talleyrand und weiteren in die Schweizer Angelegenheiten involvierten Ministern. In seiner Korrespondenz deutet er Versuche an, die Isolation der Schweiz zu vermindern, nachdem ihr ja im Frieden von Lunéville formell die Unabhängigkeit und Konstitutionskompetenz zuerkannt worden war. Er bahnte zunächst vorsichtig Kontakte mit dem österreichischen und dem russischen Gesandten an, um sowohl Verständnis für die offenen Territorialfragen als auch für

den inneren Aufbau zu schaffen. Den Wiener Botschafter Ludwig Cobenzl wies er auf die Folgen einer Abtretung des Wallis an Frankreich hin sowie auf dessen Weigerung, die Dependenzen des Fürstbistums Basel zu restituieren. Die von der Schweiz erstrebte Rückkehr zur Neutralität könne allerdings, wie er vorsichtig festhielt, freundschaftliche Verhältnisse zu Frankreich nicht ausschliessen. Und was die innere Ordnung betreffe:

> «[...] dass das Einheitssystem, streng ausgeführt, das einzige Mittel wäre, unsere wahre Unabhängigkeit zu erkämpfen und zu behaupten, dass also der Föderalismus gerade die Organisation sei, welche uns am sichersten anstatt zu Freunden, zu abhängigen Alliirten und sociis Romanorum machen müsse. Cobenzl schien's zu fühlen und versprach, bei seiner Rückkehr in Wien seinen Hof zu benachrichtigen.»

Mit solchen Demarchen zielte Stapfer zugleich gegen die Beeinflussungsversuche herumreisender bernischer Patrizier, welche an den europäischen Höfen Stimmung gegen die unitarisch-republikanische Führung zu machen suchten. Beim österreichischen Gesandten ging er noch einen Schritt weiter. Er sondierte, ob eine helvetische Vertretung in Wien – bezeichnenderweise mit dem Plazet der französischen Regierung – genehm wäre. Er brachte dabei den Namen des liberal gesinnten Berner Patriziers Karl Viktor von Bonstetten ins Spiel, Freund des damals in österreichischen Staatsdiensten stehenden Geschichtsschreibers Johannes von Müller.[33] Bis nach England hinüber spann er einen Faden, dessen Friedensschluss mit Frankreich bevorstand, was einige diplomatische Bewegung auslöste. Stapfer besass von früheren Jahren her dort einen persönlichen Kontakt und nutzte ihn nun zur Beschaffung von Informationen.[34]

Auch wenn der helvetische Gesandte auf seinem Pariser Beobachtungsposten bloss feststellen konnte, dass für sein Land ausser den verbalen Sympathiebekundungen fremder Diplomaten kaum effektiver Sukkurs zu erwarten war, was den französischen Zwangsgriff hätte lockern können, so resignierte er doch nicht. Vorerst galt zwar unwidersprochen, dass letztlich alles vom Wunsch und Willen des Ersten Konsuls abhing. Bisweilen erklärte dieser, der Schweizer Angelegenheiten völlig überdrüssig zu sein, forschte jedoch an den Audienzen doch immer wieder nach dem Gang der Dinge. Stapfer nahm diese Signale auf und suchte die Stimmung zu deuten, stets zwischen Hangen und Bangen, ob sich in Bern nicht endlich eine tragfähige konstitutionelle Lösung abzeichne. Noch war nicht vorauszusehen, wie Bonaparte schliesslich auf substanzielle Veränderungen seines Projekts reagieren würde. Das Produkt des langen Feilschens in der Zentraltagsatzung kam jedoch gar nicht zur praktischen Umsetzung, denn unter stillschweigender Duldung Frankreichs setzten föderalistisch gesinnte Drahtzieher am 27./28. Oktober 1801 den dritten Staatsstreich in Szene und schalteten die Unitarier aus. Vergeblich hatten diese noch auf Sukkurs aus Paris gehofft. Der Erste Konsul war aber nicht nur wegen der an seinem Konzept vorgenommenen Akzentverschiebungen verärgert, sondern reagierte mit unverhohlenem Unwillen darauf,

dass im ersten Verfassungsgrundsatz die Integrität des helvetischen Territoriums festgelegt war, eingeschlossen das Wallis.[35] Bei allen diesen konstitutionellen Irrungen und Wirrungen waren Bonaparte und Talleyrand doch wohl in erster Linie darauf bedacht, dass *ihre* Rechnung aufging, gleichgültig, auf welche helvetische Faktion man dann letztlich setzte.[36]

2.4 Gefährdungen der Position Stapfers als Folge des dritten Staatsstreichs, der Mission Redings nach Paris und der Zuspitzung der Walliser Frage

Einschätzung der Lage nach dem dritten Staatsstreich. Stapfers Hoffnungen auf Ausgleich der Parteispannungen. Die Enttäuschung über den föderalistischen Regierungskurs. Staatssekretär Thormann als Vorgesetzter. Redings Reise nach Paris. Gefährdung von Stapfers Stellung. Die Kontroverse mit Thormann. Bedrohliche Spannung mit Bonaparte und Talleyrand in der Walliser Frage.

I Im Herbst 1801 war Stapfer gut ein Jahr auf seinem Pariser Posten und verfügte über genügend Einsicht in die damalige politische Konstellation, um seinen Vorgesetzten und Freunden mit fundierten Ratschlägen zu dienen. Angesichts des dauernden Parteienzwists in der Verfassungsfrage war seine Hauptsorge, es möchte plötzlich ein französischer Eingriff zur gewaltsamen Regelung der Verhältnisse erfolgen. Daher sein Unbehagen über das Hin und Her bei den Verhandlungen der Zentraltagsatzung, deren Ergebnisse zuletzt sogar seinen Freund, den Innenminister Rengger, ratlos liessen. «Sie werden über das ungereimte Zeug unserer Constitution erschrecken, und doch erscheint es nun als unser Werk.» Kein Wunder, dass es im Land gärte und die Unsicherheit Anlass zu allerhand Spekulationen gab. Daher kam der föderalistische Putsch vom 27./28. Oktober nicht unerwartet.[1] Als dabei die ausführende Gewalt zunächst dem zwar umstrittenen Helvetiker Dolder zugespielt wurde und ihm aus verschiedenen Motiven auch angesehene gemässigte Persönlichkeiten an die Seite traten, war die Tragweite des politischen Wechsels noch nicht zu ermessen. Demzufolge hatte sich auch Stapfer noch nicht um eine Gefährdung seiner Position zu sorgen. Dass die zerstrittene Zentraltagsatzung aufgelöst und eine neue Exekutive bestellt wurde und dass die Verfassung vom 29. Mai, das heisst das Projekt von Malmaison, in Kraft gesetzt wurde, erfüllte ihn mit Genugtuung. Noch deutete nichts darauf hin, dass im Zeichen des erstarkenden Föderalismus die Ausschaltung der Unitarier in Gang kam. Noch wenige Tage vor der föderalistisch inspirierten Aktion hatte er Usteri und seinen Gesinnungsfreunden zu entschlossenem Handeln geraten:

> «Ich bin noch immer der Meinung, dass der Pariser Plan hätte angenommen werden sollen, um Frankreichs Stütze gegen den Föderalismus zu ha-

ben. Warum ahmt Ihr nicht die Bataver nach! Die Constitutionsacte dem Volke vorgelegt, und in der Acte gleich die Hauptglieder der Regierung genannt – ohne diese Zwischenmassregel bleibt Ihr ewig in Anarchie.»[2]

Zu diesem Ratschlag bestimmte ihn die steigende Ungeduld der französischen Regierung über das Herumlaborieren am Verfassungsprojekt. Er blieb auch noch bei der positiven Haltung zu den jetzt erfolgten politischen Veränderungen, als die Senatswahlen eine föderalistische Mehrheit ergaben und Alois Reding als Erster Landammann an die Spitze der Exekutive trat. Erst als sich bei ihm die Nachrichten über unvermittelt eingeleitete reaktionäre Massnahmen häuften, schrak er auf. Gerade für ihn persönlich wurde zum bösen Omen, dass ein eingefleischter Berner Aristokrat im Zuge dieser «Säuberungen» seinen bisherigen, gleichgesinnten Vorgesetzten Bégoz ablöste: *Gottlieb Thormann* (1754–1831), ehemaliger bernischer Ratsschreiber. Er bezeichnete sich selber als «einen der beharrlichsten Aristokraten» und verfasste in der Folge dem weniger schreibgewandten Reding die Akten. Auch am publizistischen Kampf um die Verfassung hatte er sich mit einem Entwurf beteiligt und den alten bernischen Staat, inbegriffen die beiden als neue Kantone abgetrennten Landesteile Waadt und Aargau, gewissermassen «restauriert». Immerhin war Stapfer vorgewarnt durch einen kühlen Beobachter der Szene, seinen Schwager *Samuel Schnell* (1775–1849), Präsident der Kriminalabteilung des obersten helvetischen Gerichtshofes. Unmittelbar vor der Oktober-Aktion gab ihm dieser einen Wink: «Seyen Sie in Ihrer nächsten Zuschrift an die Regierung recht vorsichtig.»[3] Und vorangehend stand, im Hinblick auf die undurchsichtige Situation, noch die Bemerkung:

«Auf alle Fälle aber glauben Sie meinem Wort und verlassen Sie ja nie die Maxime nicht nur des Rechts, sondern der Ihrer eigenen Person schuldigen Klugheit, alterum non laedere. Ich will mir nicht anmassen, Ihnen Räthe zu geben und Klugheitsregeln vorzuschreiben, aber hier, hier! ich bin an Ort und Stelle, kenne den ganzen Janhagel und greife ihre Absichten mit Händen. Sie wissen nicht, wer noch oben auf kommen kann. So kann's nicht bleiben: denn zuverlässig und mit Recht wird die künftige Regierung noch mehr von dem Volk verachtet werden, als es die gegenwärtige. Seyen Sie sicher, dass mir diese Worte weder durch Partheygeist noch durch irgend ein anderes Interesse, als das Interesse für Ihre Ruhe und Zufriedenheit eingegeben worden sind.»

Den aus verwandtschaftlicher Sorge übermittelten Warnungen zur Vorsicht – Stapfers Schwester Louise dürfte namentlich daran teilgenommen haben – folgten gleich einen Tag nach dem Staatsstreich, ohne den dramatischen Ablauf zu schildern, Angaben über personelle Verschiebungen in Regierungsämtern, immerhin auch beruhigende Hinweise, obgleich auch für Stapfer eine Änderung nicht ausgeschlossen scheine:[4]

«Nun hat sich diejenige Revolution gemacht, auf welche Ihnen mein letzter Brief hinwinkte. Die offizielle Zuschrift der Regierung wird Ihnen

Ludwig Samuel Schnell (1775–1849), Schwager von Philipp Albert Stapfer, Richter am obersten Gerichtshof und Rechtsprofessor an der Berner Akademie. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

Gottlieb Thormann (1754–1831), Staatssekretär des Äussern der Helvetischen Republik vom dritten bis zum vierten Staatsstreich 1801/02. Miniatur von Joseph Bordes.

> das Wesentliche davon mitgeteilt haben [...] Alle Minister, Begos und Lanther ausgenommen, haben ihre Portefeuilles auf der Stelle niedergelegt. Man spricht davon, doch nur im Publikum, sodass ich nichts Sicheres darüber weiss, dass Jenner an Ihre Stelle kommen könnte. Sie mögen etwas Mehreres von diesem wissen; auf alle Fälle aber mögen Sie diese Nachricht als einen Wink ansehen, sich darüber genau zu erkundigen. Durch die nächste Post sollen Sie ein Mehreres über diese Vorfälle vernehmen; bis dahin bleiben Sie ruhig.»

Schnell unterrichtete in diesem leidenschaftslosen Stil den Schwager über das Wirken der neuen Männer und ihrer Gefolgschaft, etwa mit Worten wie: «ich setze mein Bulletin fort, um Sie mit dem Geist des Tages in Bekanntschaft zu erhalten».[5] Tags zuvor hatte er von der Absetzung von acht helvetischen Regierungsstatthaltern, «die rechtlichsten Männer», berichtet und dass jetzt herumgeboten werde, der Berner Patrizier Diesbach von Carouge solle an Stapfers Stelle kommen. Was für diesen jedoch vorerst von Belang war, kam danach zur Sprache: Man hatte unvermittelt den Staatssekretär des Äussern Bégoz durch

den hier bereits erwähnten Thormann ersetzt. So kam der für die republikanisch-unitarische Faktion nachteilige politische Umschwung in Gang. Kein Wunder, dass damit auch Stapfers Position in Frage stand. Er war von seinem Schwager vorgewarnt, und es war damit zu rechnen, dass unter dem wachsenden Einfluss konservativer Berner Patrizier der liberal-reformerisch Gesinnte von dem wichtigen Posten in Paris verdrängt werden sollte. Die durch die helvetische Revolution von der Macht Verdrängten konnten damit zugleich ihren Groll gegen den ehemaligen helvetischen Minister entladen, einen Groll, der noch wuchs, als Stapfer sich zusammen mit seinem Freund und Kollegen Rengger für den von Bern abgetrennten neuen Kanton Aargau einsetzte, wo sie beide beheimatet waren. Was zählte dagegen Stapfers unermüdliche erzieherische Hingabe, in den 1790er-Jahren die jungen Patrizier heranzubilden, was, dass er im Frühjahr das Risiko auf sich nahm, in Paris die Interessen des besetzten Bern vertreten zu helfen?[6]

II Aus den ersten Reaktionen Stapfers wurde deutlich, dass er die Tragweite des föderalistischen Staatsstreichs nicht voraussah, sondern zunächst bloss den Abbruch der verfehlten Verfassungsberatungen und die Einsetzung einer energischeren Exekutivbehörde würdigte. In diese Richtung gingen denn auch anfänglich seine Äusserungen gegenüber den französischen Amtsstellen. Die Patrizierfaktion blieb zunächst noch im Hintergrund, sodass er die unitarisch-republikanische Position eher durch die Umtriebe in den Urkantonen und die Obstruktion durch deren Repräsentanten gefährdet sah.[7]

Erst nachträglich erfuhr er von Rengger, dass nicht nur reaktionäre enragés in Bern, sondern auch gemässigte städtische Aristokraten mit den vorgenannten ländlich-demokratischen Dissidenten einig gingen, was natürlich die föderalistische Stosskraft gegen die Unitarier bedrohlich verstärkte. Diese politische Gewichtsverschiebung registrierten jedoch auch die Machthaber in Paris genau. Ob sie schon beim Staatsstreich die Hand im Spiel hatten, blieb umstritten. Dies dürfte nämlich im Widerspruch zu Talleyrands offiziellen Instruktionen an Verninac und den General Montchoisy von Mitte Oktober gestanden haben.[8] Dass der französische Gesandte in Bern zunehmend auf die Auflösung der Zentraltagsatzung drängte und der militärische Befehlshaber am 27./28. Oktober eine wohlwollend duldende Haltung einnahm, ermöglichte sicherlich den Erfolg der Aktion. Talleyrand stellte am 7. November in einer Lagebeurteilung gegenüber Verninac fest:

> «Le gouvernement de la République, sans se constituer juge des derniers événemens, sur lesquels il ne fera connaître son opinion définitive que quand ils auront été consacrés par la persévérance des nouvelles autorités dans les principes sages et modérés qu'elles paroissent avoir adoptés, aime à présumer que les changemens qui viennent d'être faits auront pour l'Helvétie les plus heureuses conséquences.»[9]

War es aber Zufall, dass die Franzosen gerade zu diesem kritischen Zeitpunkt zu einer eigennützigen Aktion schritten, indem sie die militärische Besetzung des Wallis einleiteten? So bewahrheitete sich einmal mehr Stapfers stehende Warnung, dass politische Zwietracht oder innere Schwächezeichen unweigerlich aussenpolitische Konsequenzen hätten. Am 30. Oktober wurde ihm nämlich, wie er sogleich nach Bern weitergab, von zuverlässiger Seite zugetragen, der französische General Turreau habe Befehl erhalten, das Wallis von Villeneuve bis Brig zu besetzen, das Gebiet der französischen Verwaltung zu unterstellen und sich dort auch den Unterhalt für 2000 Mann zu verschaffen.[10] Wohl kündigte er in seinem Rapport eine sofortige energische Demarche an. Jedoch:

> «Je vais faire à ce sujet les représentations les plus fortes; mais elles resteront, je le crains bien, sans succès. C'est l'article sur l'intégrité du territoire helvétique qui nous vaut cette mesure violente de la part du premier Consul. Il me reste peu d'espoir de l'en faire revenir.»

Bevor er sich noch näher mit den Vorgängen vom 27./28. Oktober in Bern befassen konnte, war also der helvetische Gesandte durch diesen Notfall absorbiert. Zudem betonten die föderalistischen Putschisten dem französischen Gesandten gegenüber ihren Versöhnungskurs und bezeugten der Schutzmacht eifrig ihre Reverenz. Wenn also auch Stapfer aus der wohltönenden Kundmachung der provisorischen Vollziehungsgewalt in Bern Mässigung, Versöhnlichkeit und echten Patriotismus herauslas, musste er diese Aktion als Weg zur Lösung der Krise betrachten.[11] Durch den Rückgriff auf das von ihm mitgestaltete Verfassungsprojekt von Malmaison hielt er die politische Grundlage der Helvetischen Republik für gesichert. So kam es, dass der überzeugte Unitarier in Paris gute Stimmung für den politischen Wechsel zuhause machte und damit wider Wissen und Willen eine Zeit lang die Sache der Föderalisten förderte. Noch ahnte er nicht, wie reaktionär sich nach kurzem deren Regierungspraxis anliess, bis ihn seine Gesinnungsfreunde darüber ins Bild setzten. Vorerst hob er also noch auf die ihm in Paris gestellten Fragen hauptsächlich die Aussicht auf eine Überwindung der Parteispaltung hervor sowie die offiziell bekundete Absicht, im neuen Senat die politisch verschieden ausgerichteten Vertreter zusammenzuführen und auf ein gemeinsames patriotisches Ziel zu verpflichten. Dies, meinte er, entspreche durchaus auch Bonapartes Erwartungen:[12]

> «C'est le dernier résultat surtout qui fait une bonne impression, puisque le Premier Consul l'a eu particulièrement en vue, et en France et dans tous les pays révolutionnés. Je souhaite donc sincèrement que tous les membres du Sénat acceptent l'honorable charge que le Conseil législatif leur a offerte, et qu'ils oublient leurs différens systèmes de constitution, pour ne s'attacher qu'à celle qui fut proclamée le 29 mai, et opérer par son moyen tout le bien que nous sommes en droit d'en attendre.»

Diese in Paris auch in die Öffentlichkeit getragene Meinung wurde Stapfer mehrfach missdeutet. Sachliche Prüfung wird jedoch seine auf den ersten Eindrücken

vom 27./28. Oktober basierende Stellungnahme durchaus rechtfertigen können und als konsequente Haltung des einzig um sein Land besorgten Patrioten ansehen. Was er unverdrossen nach allen Seiten vertrat, spricht etwa aus seinem Rapport vom 3. November an Bégoz:

> «[...] mettre un terme aux malheureuses scissions qui menaçaient les plus chers intérêts de la République et éteindre toutes les haines, en réunissant tous les partis et en ressuscitant toutes les espérance: mes réponses (à Talleyrand) courent toutes dans le sens de la note que j'ai cru devoir lui remettre hier.»[13]

Die beiden Anfang November kurz nacheinander von ihm an die Zentrale in Bern gerichteten Botschaften lassen erkennen, dass ihm, unter Absehung von eigenen politischen Ansichten, einzig die ja als Lippenbekenntnisse von den Siegern vorerst proklamierte Versöhnungspolitik sowie die Abwendung einer französischen Intervention ausschlaggebend schienen, und dies allenfalls selbst auf Kosten seiner eigenen Amtsstellung als Gesandter:

> «Heureusement que la sagesse de ceux qui ont dirigé le mouvement nous a fait sortir du labyrinthe sans avoir recours à la coopération immédiate de l'étranger, *et quelque soit le changement que la journée du 28 octobre amène dans ma position* [kursiv vom Verf.], je ne puis qu'en bien augurer pour mon pays, et je puis dire avec vérité que je la crois aussi salutaire dans ses effets, qu'elle a été nécessaire dans les circonstances où nous nous sommes trouvés [...] Il fallait une fusion des hommes et des systèmes et une constitution fortement garantie.»

Stapfer unterliess es nicht, am Schluss im Hinblick auf die gesamteuropäische Szene und auf den bevorstehenden Friedensschluss Frankreichs mit dem letzten Gegner England davor zu warnen, in einem befriedeten Europa, durch Bürgerkrieg gespalten, als Ruhestörer dazustehen:

> «Il faut espérer que cette révolution sera la dernière et qu'elle calmera enfin toutes les agitations. Il est temps d'en finir. Nous présentions, au milieu de la pacification générale de l'Europe, après le refroidissement de toutes les têtes et le retour de tous les hommes sages à des vues pratiques et médiatrices, un singulier spectacle à l'Europe civilisée. Livrés à des discussions interminables et sacrifiant une constitution réelle, doublement garantie, et par l'opinion publique et par notre puissant allié, à des abstractions théoriques dans un pays qui peut moins qu'aucun autre s'y prêter, nous risquions de perdre notre considération et la bienveillance des puissances européennes, et le moyen de nous replacer au rang que la nature et l'estime constante de l'Europe nous ont jusqu'ici assigné.»

Nicht nur Stapfers Gesandtschaftsberichten, sondern auch den einschlägigen französischen Akten entnimmt man, dass die von ihm zum Ausdruck gebrachte Einschätzung der Aktion vom 27./28. Oktober und die Hoffnung auf den politischen Ausgleich auch in der Korrespondenz zwischen Talleyrand und Verninac

ihren Niederschlag fand. Daraus zogen die neu eingesetzten helvetischen Behörden etwas voreilig den Schluss, die Regierung in Paris billige das Geschehene. Demzufolge sei ihre Machtstellung gesichert.[14]

III Als sich der föderalistische Regierungskurs allerdings deutlich abzeichnete und die Stimmen der verdrängten unitarischen Freunde zu ihm drangen, klärte sich auch für Stapfer im Lauf des Monats November 1801 das Bild der veränderten politischen Lage. Der Ministerkollege Rengger bestätigte die Andeutungen des Schwagers Schnell. Der allseits hoch geachtete helvetische Innenminister legte nämlich nach dem Staatsstreich zum Bedauern der neuen Regierung sein Amt sogleich nieder. Schon die vorangehenden wirren Verfassungsberatungen hatten ihn ja mit bösen Vorahnungen erfüllt.

«Obmutui steteruntque comae», schrieb er in Abwandlung eines Vergil-Verses angesichts der verfahrenen Lage nach Paris.[15]

> «Ich hatte einen Augenblick auf die Vereinigung der aristokratischen Partei mit den wahren Unitariern gehofft, weil sie bei uns Schutz gegen das Bauernregiment finden mussten; allein die Menschen sind wahrlich unheilbar.»

In der Folge hielt er Stapfer auf dem Laufenden über das neue Regierungspersonal und den zunehmenden Reaktionskurs:[16]

> «Ihr Schwager hat Sie ohne Zweifel bereits von Redings Ernennung zum ersten und Frischings zum zweiten Landammann benachrichtigt. Rathschreiber Thormann ist Staatssekretär und von Diessbach von Carouge sollte als ausserordentlicher Gesandter heute nach Paris abreisen.»

Dann gab auch er, zwar unter Einschränkung, einen Hinweis auf Stapfers gefährdete Position:

> «Sie wird man nicht abrufen, bis man gewiss ist, dass ein Anderer angenommen wird.»

Renggers überlegene und gefasste Berichterstattung steht in deutlichem Kontrast zu den gleichzeitigen flammenden Protesten Usteris, der gewaltsam vom Vorsitz im Vollziehungsrat verdrängt worden war und mit seiner republikanischen Zeitung unter scharfen Zensurdruck geriet. Seine Briefe nach Paris verraten darum einen tiefen Groll,[17] während Rengger der anfänglich positiven Reaktion Stapfers auf die noch undurchsichtige Aktion der Föderalisten durchaus zugute hielt, «man sehe wohl die Dinge ganz anders an, wenn man selbst dabei und drinnen, als wenn man draussen sei». Doch dann ging auch er mit dem frisch gewählten Senat ins Gericht:

> «Der Senat setzt sich über alle Formen weg, hebt Gesetze auf und macht andere nach Gefallen. Alles ohne Ausnahme, was im Druck erscheint, soll die Zensur der Regierungsstatthalter vorher passiren. Man würde gern eine vollständige Schreckensregierung einführen, wenn man die Mittel dazu hätte.»

Die Stimmung im Volk gab er als verhalten an:

> «In den Kantonen ist stilles Murren, aber keine Bewegungen [...] Das Volk hält die Regierung von Gott, das heisst von Frankreich eingesetzt, und das hält sie.»

Seiner eigenen Unitariergruppe aber schreibt er eine gewisse Resignation zu:

> «So gewiss wie wir den 28. Weinmonat vorausgesehen haben, hätten wir ihn ohne Mühe abwenden können. Aber dann wären wir in den Händen der entgegengesetzten Partei gewesen, und ich mag so wenig von der einen wie von der andern. Es ist Zeit, dass die Wenigen, die sich bis dahin in die Mitte zwischen beide gestellt hatten, nicht länger das Opfer seien, sondern die beiden Extreme sich einmal unmittelbar berühren lassen.»

Von der gemeinsamen Ministerzeit her wusste Stapfer, dass man sich auf Renggers unbestechliches Urteil verlassen konnte. Dieser, vorerst von den mühseligen Amtspflichten entbunden, sollte allerdings nicht ohne Zutun seines Freundes doch bald wieder in eine politische Spitzenfunktion berufen werden.[18] Rengger und Usteri setzten angesichts des zunehmenden föderalistischen Drucks ihre ganze Hoffnung auf den Pariser Gesandten. Sie wussten wohl, dass das Schicksal der Helvetischen Republik letztlich von Napoleon Bonaparte und Talleyrand abhing. Die Unitarier hätten, so Usteri, gleich nach dem Staatsstreich einen Delegierten nach Paris senden wollen. Seine Meinung dagegen sei:

> «[...] wenn gegenwärtig für die ganze Sache etwas getan werden kann, Sie allein, mein verehrtester Freund, es tun können und werden, sei es, dass Sie an Ihrer Stelle bleiben, oder – was viel wahrscheinlicher ist – von derselben entfernt werden. Wenn durch Aufklärung über Sachen oder Personen etwas bei der französischen Regierung zu leisten ist, so können Sie das allein tun, und Ihre Freunde rechnen auf Sie.»

Dass die politischen Gegner ihre Hoffnung auf Stapfer setzten, trieb vor allem die Berner Aristokraten an, ihn vom Gesandtenposten zu verdrängen. Deshalb bemühte sich Staatssekretär Thormann, sein neuer Vorgesetzter, zunächst den patrizischen Standesgenossen Bernhard Gottlieb Isaak von Diesbach-Carouge (1750–1807) nach Paris zu delegieren. Dabei stiess er jedoch unerwartet auf den Widerspruch des französischen Gesandten Verninac. Dieser beobachtete nämlich zuerst einmal, ohne auf die wohltönende Proklamation zu achten, die konkreten Massnahmen der von Frankreich noch keineswegs anerkannten neuen helvetischen Regierung und kam im Verlauf des November zu einer äusserst kritischen Einschätzung des reaktionären Kurses der Föderalisten. Denn dieser stand offensichtlich im Widerspruch zur französischen Mahnung zu Mässigung und Aussöhnung der Parteien. Talleyrand selber äusserte seinen Unwillen über den Plan mit Diesbach:

> «Quant à l'envoi d'un ministre à Paris, cette intention prouve l'inexpérience du gouvernement nouveau; car, pour qu'un ministre soit recon-

nu, il faut que son gouvernement le soit; et pour la Suisse spécialement, il conviendrait que le gouvernement français fût sondé sur le choix du ministre qui devrait lui être envoyé, avant que ce choix fût définitivement déterminé.»[19]

Dies bekräftigte die Feststellung Verninacs: «Stapfer restera en place». Rengger vertrat die Ansicht, man sollte den Franzosen ein objektives Urteil über die Lage in Helvetien vermitteln:

«Vielleicht könnte es was helfen, wenn die französische Regierung einen unbefangenen Mann selbst bezeichnete, der ihr über unsere gegenwärtige Lage Auskunft gäbe und ihre künftigen Schritte dadurch bestimmte; obgleich ich immer überzeugt bin, dass für die allgemeine Sache niemand besser das Wort führen kann wie Sie; aber auch Sie würden dazu besser in den Stand gesetzt, wenn Sie auf diese Weise den wahren Zustand der Dinge genau erführen.»[20]

Stapfer hatte zu diesem Zeitpunkt, auch aus der Ferne, «den wahren Zustand der Dinge» in Folge des 28. Oktober durchaus erfasst.

IV Die Gesandtschaftsberichte aus Paris geben in der Folge neue Hinweise auf die Beurteilung der Schweizer Angelegenheiten in französischen Regierungskreisen. Wie ein Blitz schlug aber namentlich eine harsche öffentliche Schelte durch den Ersten Konsul ein, der sie in einen Rechenschaftsbericht zum Stand der Französischen Republik vor einer Parlamentskammer einflocht. Stapfer führte diese Unmutsäusserung auf den Ärger Bonapartes zurück, dass sein Konstitutionsvorschlag in der Schweiz so kühle Aufnahme gefunden hatte. Er rapportierte nach Bern:[21]

«Vous sentirez surtout ce que veut dire l'épithète *froidement écoutés* dans la bouche de l'arbitre des destinées de l'Europe, qui, au milieu des occupations innombrables qui l'environnent, avait consacré un temps considérable et un soin particulier à l'examen des différens plans d'organisation sociale qui pourraient nous convenir, et qui a vu son temps et ses soins perdus par les opérations de la Diète.»

Keimte bei diesen Worten in Stapfer nochmals die Hoffnung auf, eine Rückbesinnung auf das Projekt von Malmaison könnte jetzt seinem Land die ersehnte politische Konsolidierung bringen? Zwischen den Zeilen riet er nämlich den neuen Regierungsmännern:

«Il y a lieu d'espérer que la sagesse de notre gouvernement actuel et son empressement à réaliser la constitution que Bonaparte croit adaptée à nos besoins, et qui par là même a une garantie qu'on chercherait en vain dans un autre projet quelconque, ramèneront peu à peu le héros à des sentimens de bienveillance plus prononcés envers les autorités de l'Helvétie. Bonaparte déteste les changemens et innovations perpétuelles, qui empêchent qu'aucune partie du service public ne prenne de la consis-

tance et n'affermisse sur ses bases. Il n'est pas homme à revenir sans cesse sur ses premières idées.»

Zu vermerken ist übrigens, wie der Diplomat Stapfer für Bonaparte Bezeichnungen wählt, die dem rastlos tätigen Ersten Konsul während seiner staatsmännisch produktivsten Jahre gelten, «l'arbitre des destinées de l'Europe», oder der friedensstiftende «héros». Dessen offen bezeugter Missmut über den Gang der helvetischen Politik mag den am 21. November vom parteimässig einseitig dominierten Senat zum Ersten Landammann gewählten *Aloys Reding* (1765–1818) veranlasst haben – sein Kollege als Zweiter Landammann wurde der Berner Patrizier *Johann Rudolf Frisching* (1761–1838) –, dem Ersten Konsul nicht nur umgehend in verbindlichstem Ton seine Wahl anzuzeigen, sondern wenige Tage später den Entschluss zu fassen, persönlich in Paris vorzusprechen.[22] Es galt, Vertrauen zu schaffen für die politische Neuausrichtung in Helvetien; denn der französische Gesandte Verninac, verärgert über die Hintansetzung des den Franzosen ergebenen Dolder, kritisierte (wie schon mehrmals erwähnt) als misstrauischer Beobachter die Wahlen an die Spitze der Regierung und brandmarkte in seinen Berichten die politischen Säuberungen. Dies dürfte den Anlass zu Bonapartes Scheltrede gegeben haben, und Talleyrand äusserte seinerseits:

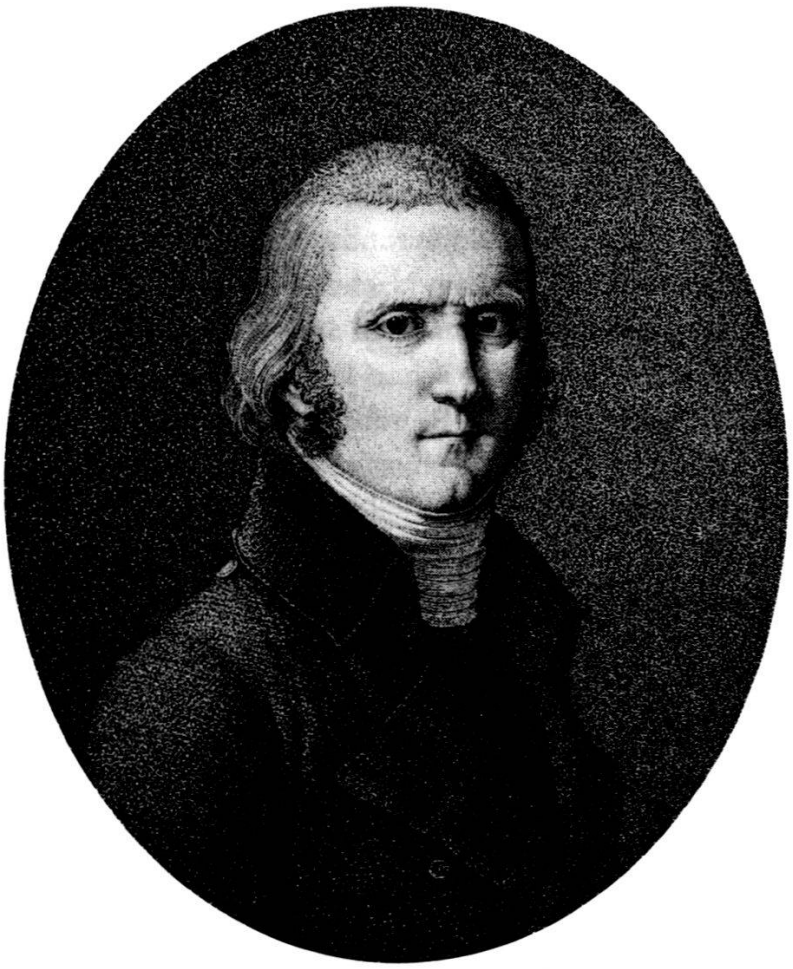
«[...] les divisions de la Suisse ont fait une impression désastreuse; on souhaite qu'elle mette fin à ses dissensions et trouve un gouvernement énergique.»[23]

Dieser grundsätzlichen Feststellung folgten detaillierte Vorhaltungen:

«Des choix trop exclusifs pour les deux premières places de ce gouvernement font justement craindre que l'esprit de parti, qui a influé sur ces élections, ne s'empare de la direction des mesures qui restent à prendre pour l'organisation de l'Helvétie.»

Vom Aspekt der drückenden und demütigenden Fremdherrschaft her kann man die Helvetik als einen Tiefpunkt der Schweizer Geschichte ansehen und die Machtspiele Napoleon Bonapartes und seines Ministers Talleyrand entsprechend verurteilen. Ihrem Bestreben, den nicht ohne Verschulden der inneren Faktionen zerrütteten Vasallenstaat damals zu befrieden und zu stabilisieren, wird man allerdings ein gewisses Verdienst kaum absprechen. Ihre nach dem dritten Staatsstreich erfolgten dringenden Vorschläge basierten gedanklich auf der vom französischen Konsularregime praktizierten Fusion der Parteien. Stapfer nahm seinerseits die Anregung zu dem so genannten Amalgam eifrig auf, weil er um das Schicksal seines gespaltenen Landes bangte. Sein erster Bericht an den neuen Vorgesetzten aus der ehemaligen Berner Regentenkaste ging in diese Richtung und prangerte ohne Scheu die schon von Talleyrand getadelte reaktionäre Politik der Föderalisten an:[24]

«Je dois vous prévenir, Citoyen Secrétaire d'Etat, que tous les membres du gouvernement français parlent sans cesse de la fusion si nécessaire des hommes de tous les partis, et qu'ils paraissent ne pas trouver dans les



Aloys Reding (1765–1838), Schwyzer Militär und Politiker. Lithografie von Balthasar Anton Dunker nach einem Gemälde von Felix Maria Diogg.

> nominations faites en Suisse pour chaque classe sociale cette garantie de ses intérêts contre les préventions ou les empiétemens des autres, qui est aujourd'hui par tous les publicistes reconnue indispensable pour constituer un gouvernement stable, libéral et populaire.
>
> Je m'efforce à détruire les préjugés conçus; mais je crains que le grand mouvement qu'il y a eu dans les places, par des démissions ou des destitutions qui tendent à n'offrir que des hommes de la même couleur, mouvement qui est essentiellement contraire aux principes que le Premier Consul a constamment suivis en France, et qu'il désirerait voir adoptés dans toutes les Républiques alliées, n'empêche le gouvernement français de donner à celui de l'Helvétie tout l'appui et tous les encouragemens qu'on aimerait à lui voir accorder.»

Er schloss seinen Bericht mit einer Anspielung auf die baldige Ankunft des am Tag vorher aus Bern nach Paris abgereisten Landammanns Reding:

> «Quant à moi, je dis partout que je suis fier de voir à la tête de ma nation l'homme qui le dernier a defendu son indépendance contre l'étranger, et

les membres du gouvernement français sont assez justes, ont des sentimens assez élevés pour me tenir gré de ce langage.»

Die deutliche Spitze gegen die Invasoren von 1798 nahmen also die Männer des Konsularregimes offensichtlich dem Gesandten nicht übel. Ihm aber war jetzt im Landesinteresse daran gelegen, zum Gelingen von Redings Mission beizutragen, weil angesichts von Talleyrands Abneigung gegen die neue helvetische Regierung ein Rückschlag zum Nachteil der Schweiz zu befürchten stand. Hatte doch der französische Minister noch am 5. Dezember in einem Schreiben an Verninac das Staatsstreichregime scharf kritisiert:

«Le ministre de la République française ne peut plus garder le silence sur de tels écarts, et vous êtes expressément autorisé à faire connaître sur tous ces objets la surprise, la désapprobation et le mécontentement de la République.»[25]

Folge davon war, dass Reding seinen Pass nach Paris von Verninac nicht als Erster Landammann ausgestellt bekam, sondern lediglich als Privatmann – immerhin als «personne de la plus haute considération» –, was so viel wie Nichtanerkennung seiner Regierung besagte. Nicht gerade klug war übrigens, dass er sich von dem als Ersatz für Stapfer vorgesehenen Berner Aristokraten Diesbach begleiten liess, den man vorgängig vergeblich als Sonderemissär nach Paris hatte delegieren wollen und dem Verninac den Pass verweigert hatte. Für Redings Unternehmen standen somit vorerst die Zeichen nicht eben verheissungsvoll. Immerhin schien Bonaparte als Militär nicht abgeneigt, den hartnäckigen Verteidiger von Rothenturm und Schindellegi persönlich kennen zu lernen. Dies kam denn auch an einer öffentlichen Audienz jener Tage mit Stapfer zur Sprache, und der unitarisch gesinnte Gesandte zollte um der nationalen Sache willen dem Föderalisten Reding auch hier Lob.[26]

«Après dîner il [Bonaparte] m'honora d'une longue conversation dans laquelle je me plus à lui donner la plus haute idée possible des vertus et de l'énergie de notre Premier Landamman, afin de l'engager à donner à sa démarche et aux demandes qu'il lui adresserait toute l'attention que la nation helvétique espère lui voir prêter.»

Staatssekretär Thormann hatte Stapfer bereits beauftragt, für einen Empfang Redings beim Ersten Konsul zu sorgen. Vorgängig kam es zu einem Treffen mit Talleyrand. Stapfer meldete am 11. Dezember zum Stand der Dinge:[27]

«Avant-hier le ministre Talleyrand a reçu notre premier Landamman et le citoyen Diesbach. Il s'est engagé à leur procurer au premier jour une entrevue avec le premier Consul; il a assuré le citoyen Reding qu'il inspirait un grand intérêt à Bonaparte, et que ce dernier serait charmé de prendre de lui les renseignements exacts et détaillés sur l'état actuel de la Suisse. Voilà donc nos affaires en bon train, et nous avons lieu d'en espérer un dénouement aussi prompt que satisfaisant. J'aurai soin de vous tenir au courant des progrès de la négociation importante dont

> le premier Landamman a eu le courage patriotique de se charger lui-même.»

So verlief der Auftakt zu Redings Pariser Mission unter Assistenz Stapfers. Ein paar Tage später rapportierte dieser nach der ersten Audienz des Landammanns über eine gemeinsame Beratung:

> «Nous nous sommes concertés sur les demandes à former, et j'ai la satisfaction de vous assurer que nos affaires sont en bon train. La démarche du premier Landamman flatte Bonaparte et amènera certainement d'heureux résultats.»[28]

V Stapfers knapp gehaltene, sachliche Rapporte zu diesem Zeitpunkt machen die persönliche Distanz zum neuen, ihm nicht wohlgesinnten Vorgesetzten deutlich. Die geschrumpften Gesandtschaftsberichte lassen natürlich seine heikle Gratwanderung während Redings Pariser Mission nicht ahnen. Nach aussen zollte der Gesandte auch im Landesinteresse dem amtierenden helvetischen Regierungshaupt formellen Respekt. Doch stand diese Pflichtleistung in diametralem Gegensatz zu seiner persönlichen politischen Gesinnung als Unitarier und zur Solidarität mit den Freunden. Hatte der Landammann in Paris Erfolg, so musste dies die Föderalisten stärken. Ihn zu diskreditieren, hätte aber auch dem Land Schaden bringen können. Ausserdem sickerte durch, Bonaparte sei begierig, den reputierten schweizerischen Militärführer näher kennen zu lernen. Als Patriot musste Stapfer folglich die von ihm selber im Vorfeld angesprochenen «heureux résultats» für die Schweiz erhoffen. Blieb ihm als dem diplomatischen Vertreter also überhaupt eine andere Wahl, als den Landammann der französischen Regierung zu empfehlen, die dem neuen Regierungskurs in Bern misstraute? Einzig hinter den Kulissen vermochte er den unitarisch-liberalen Flügel zu stärken, wenn er auch, nach den eigenen Worten, bei bestimmten Persönlichkeiten in Paris die föderalistisch-reaktionäre Politik «odiös» zu machen suchte. Als er nämlich Mitte November deren wahren Charakter erkannt hatte, schrieb er Usteri:[29]

> «Hätte ich der ersten Bewegung gefolgt, so hätte ich meine Entlassung begehrt. Allein nach Überlegung sah ich ein, dass damit gar nichts geholfen ward und dass dann niemand übrig bleiben würde, um den Faden wieder anzubinden.»

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist wohl Stapfers diplomatische Taktik nach der Ankunft Redings in Paris zu beurteilen. Was allerdings die oben erwähnte geschrumpfte Gesandtschaftskorrespondenz nicht erahnen lässt, entnimmt man einmal mehr dem vertraulichen privaten Briefwechsel, diesmal mit Albrecht Rengger. Zur Ausgangslage von Redings Mission vertraute er dem Freund am 6. Dezember seine Besorgnis darüber an, dass der ehemalige französische Gesandte Reinhard jetzt in Paris Reding, Erlach, Diesbach, Thormann und andere als Freunde Frankreichs ausgebe und sie allein für fähig halte, in der Schweiz Ruhe zu schaffen. Dem schenke sogar Talleyrand Glauben.[30] Und jetzt erfolge

«die Eskapade von Reding». Wörtlich: «Sie gefällt Bonaparte zuverlässig wegen des Romanesken. Auch ist er schon lange für ihn als Helden eingenommen.» Wie aber wäre es, wenn man in seiner Abwesenheit das Rad zurückzudrehen suchte? Stapfer entwickelt ein illusionäres Szenarium:

> «Das Einzige Gute, was aus diesem Theaterstreich [Redings] hervorgehen kann, wäre eine neue Revolution in Redings Abwesenheit. Allein dazu seid Ihr zu moralisch, zu wenig Revolutionsmänner, zu vereinzelt und zu wenig geneigt, Euch Dolders etc., kurz aller derjenigen zu bedienen, ohne welche eine solche Veränderung nicht zu Stande kommen kann. Wollt Ihr etwas versuchen, so hat Marcel Geld. Braucht's dazu. Ihr werdet Euch aber alle lieber, so wie ich Euch kenne, einzeln und nach und nach erwürgen lassen, als einen Versuch zu machen.»

Was ihn zu diesem Gedankenspiel bewog, mit dem er gewissermassen eine Aktion vorausnahm, die ein paar Monate später als vierter, diesmal eben unitarischer Staatsstreich in den Annalen steht, das war die Annahme, im Augenblick wäre die Stimmung in französischen Regierungskreisen für eine unitarische Gegenbewegung noch günstig. Nur, schränkte er ein:

> «Redings Ankunft kann wieder vieles verderben. Habt's an Euch, wenn Ihr seine Abwesenheit nicht benützt!»

Am 6. Dezember, als Stapfer dieses Schreiben im Hinblick auf Redings unmittelbar bevorstehende Ankunft verfasste, hatte er die im offiziellen Rapport vom 7. nur kurz gestreifte «longue conversation après dîner» mit dem Ersten Konsul. Vom Inhalt dieser Unterredung erfuhr jedoch Staatssekretär Thormann nichts Substanzielles, wohl aber wiederum Rengger. Am 17. Februar 1802, einen Monat nach Redings Abreise, vertraute Stapfer dem Freund aufschlussreiche Einzelheiten an, angefangen von jenem Audienztag.[31] Einleitend bemerkte er:

> «Ich benütze, mein lieber Freund, die sichere Gelegenheit des Bürgers Vidal, um einige historische Notizen nachzuholen, die für Sie nicht ohne Interesse sein können, weil sie auf das Betragen des französischen Hofs vielleicht einiges Licht werfen.»

Dem eigentlichen Bericht über sein langes Audienzgespräch schickte er noch voraus, wie er sich bemüht hatte, in Paris den Staatsstreich vom 28. Oktober «in seinem wahren Lichte» darzustellen. Schliesslich habe sich am 6. Dezember die Gelegenheit ergeben, sich auch gegenüber Bonaparte nach Tisch «ausführlich und sehr freimüthig» zu erklären.

> «Er hörte mir aufmerksam zu und fragte mich am Ende, was ich denn für das beste hielte? Ich antwortete, Zusammenberufung einer Tagsatzung und einstweilige Wiedereinsetzung des Vollziehungsraths. Darauf antwortete er kein Wort, schüttelte aber den Kopf, und fragte mich dann: was *Reding* für ein Mann wäre und warum er nach Paris käme? Ich lobte Redings Personalcharakter, schilderte ihn aber als einen Partheiführer und äusserte, das Beste wäre, wenn er, Bonaparte, ihm keine Audienz

gäbe. Er sagte: ‹Wir wollen sehen; ich werde mit Bürger Talleyrand davon sprechen›, und ging fort.»

Hier stösst man auf einen seltsamen Widerspruch: Stapfer lobt Reding als charaktervolle Persönlichkeit, ganz im Sinn der oben bereits erwähnten Aussagen. Im gleichen Atemzug kritisiert er ihn als Parteiführer. Laut Gesandtschaftsrapport an Thormann verspricht er sich von dessen Verhandlungen in Paris Vorteile für die Schweiz, rät aber dem Ersten Konsul, den föderalistischen Staatsstreich rückgängig zu machen und den Landammann gar nicht erst zu empfangen. Offensichtlich stand er in einem Spannungsverhältnis, aus dem er sich nicht leicht zu lösen vermochte. In seinem Eifer für die unitarische Sache verrannte er sich recht eigentlich und merkte den Fehler erst dann, als der hoch gestellte Gesprächspartner einsilbig wurde und ihn stehen liess. Man höre, wie er sich nachträglich selber zensierte:

«Die Unterredung hatte lange gedauert und ich hatte tüchtig expektoriert – leider nur zu viel. Denn anstatt mich zu begnügen, die ehemaligen Machthaber als Anhänger Österreichs und arge Contrerevolutionäre zu schildern, sprach ich auch ein langes und breites über die Nothwendigkeit, die helvetische Nation über die Dauer einer wahren Volksrepräsentation zu beruhigen, und klagte die Majorität des Senats der Feindschaft gegen das Stellvertretungssystem an. Als ich nachher unserm Gespräch wieder nachdachte, so hätte ich mich abprügeln mögen, so ganz vergessen zu haben, dass in Bonapartes Augen eine wirkliche Volksrepräsentation ein Greuel ist, und sein Zweck dahin geht, dieses System überall zu untergraben und auszurotten. Auch sah ich sogleich, dass er von dem Augenblick an weniger freundlich aussah und einsilbig wurde.»

Hier war dem Diplomaten Stapfer in vermeintlich gerechter Sache ein Fehler unterlaufen, als er vor dem Respekt gebietenden französischen Staatslenker «expektorierte» und damit dessen Missfallen erregte. Am folgenden Tag, dem 7. Dezember, eben da Reding in Paris ankam, suchte er Talleyrand auf. Gleich beim Eintritt rügte dieser sein Verhalten vom Vortag:

«Le premier Consul m'a raconté toute votre conversation. Vous allez beaucoup trop loin; ces gens ne s'annoncent point comme des factieux ainsi que vous les dépeignez. Quant à la convocation de la diète, cela est impossible. On ne peut pas non plus culbuter le Sénat, parce que le premier Consul ne veut point user d'autre moyen chez vous que de donner des conseils; mais il exigera qu'il entre quelques hommes libéraux dans le gouvernement. Nous en conviendrons ici. En attendant tâchez de vous arranger avec Monsieur Reding. Le premier Consul a une grande estime pour cet homme.»

Wollte ihn der Aussenminister über Bonapartes Absichten täuschen, der ja an der Audienz noch offen erklärt hatte, er sei auf dem Punkt gewesen, den Staats-

streich der Föderalisten zu desavouieren? Jetzt aber sehe es so aus, als ob Reding gut aufgenommen und der neue helvetische Senat anerkannt werde. Stapfer stand ratlos da.

> «Und wie in aller Welt hätte ich die obigen, mir wörtlich noch in den Ohren klingenden Ausdrücke anders verstehen sollen? In dieser Voraussetzung bestärkte mich bald darauf die ausgezeichnete Achtung, mit der man Reding hier aufnahm, sogleich zur Audienz liess, während die Gesandten der mächtigsten Höfe oft monatelang warten müssen, und ihm zu allem Hoffnung machte, was er von der französischen Regierung verlangte.»

Damit hatte er sich abzufinden und konnte höchstens versuchen, grösseren Schaden von den Unitariern abzuwenden.

> «Ich glaubte also von dem Augenblicke an, den Plan der Wiederherstellung des Status quo vom 28. Oktober als chimärisch aufgeben zu müssen und mich darauf zu beschränken, die Vermehrung des Senats auf die möglichst erspriessliche Art zu leiten.»

Die Zweideutigkeiten, in die sich Stapfer verstrickt fand, müssen ihn, stellt man seinen integeren Charakter in Rechnung, schwer belastet haben. Sonst hätte er in dieser Rückschau, um deren Mitteilung an Usteri er den Adressaten Rengger bat, nicht mit den Worten geschlossen: «Ich bin so krank und muthlos, dass mir jede Ersparung einer Zeile Wohlthat ist.»

Immerhin fiel ihm gleich nach Beginn von Redings Werbetour eine wichtige Rolle zu. Die französische Regierung stellte nämlich als Vorbedingung für weitere Verhandlungen, dass die Föderalisten zur Überwindung der Parteispaltung eine Anzahl Unitarier in die Oberbehörden aufzunehmen hätten. Stapfer bekam die Möglichkeit, beim Auswahlverfahren lenkend einzugreifen. Darüber liest man im Brief an Rengger noch:

> «Talleyrand schien geneigt, auf Redings Vorstellung nur fünf neue Mitglieder, und zwar bloss in den Senat aufzunehmen. Mein Bestreben ging also dahin, theils die Zahl zu vermehren, theils die Neueintretenden an bedeutendere Stellen zu bringen, theils endlich die Auswahl auf fähige und achtungswerthe Männer hinzulenken.»

So war es kein Zufall, dass der allerseits geachtete ehemalige Innenminister Rengger an der Spitze der Liste stand. Dennoch verrät Stapfer am Schluss eine gewisse Resignation:

> «Ich weiss nur zu wohl, mein lieber Freund, dass dies alles nur Flickerei ist. Allein dem abscheulichen Reactionssystem ist doch vor der Hand gesteuert, und wir gewinnen Zeit, was die Hauptsache ist.»

Stapfers Rückblick vom 17. Februar 1802 liefert zur Erkundungstour Redings in Paris als eine Art Schlüsseldokument aufschlussreiche Angaben, lässt aber auch ahnen, dass dabei seine Position nicht ungefährdet war. Die nach diesem Auftakt beginnenden Verhandlungen des Landammanns und seines Begleiters und Auf-

passers Diesbach dauerten fünf Wochen, vom 7. Dezember 1801 bis 9. Januar 1802. Allerdings waren die beiden massgebenden Gesprächspartner Bonaparte und Talleyrand zeitweise abwesend, da in Lyon die Cisalpinische Consulta tagte, die am Schluss den Ersten Konsul zum Präsidenten der République Italienne wählte, was in der Schweiz bei manchen «ernstliche Bedenklichkeiten» erregte.

VI Redings Mission ist eine wichtige Episode der Helvetik-Jahre. Was dabei Stapfer angeht, wird aus biografischer Sicht im Folgenden nur näher auf dasjenige eingegangen, was ihn als Gesandten unmittelbar anging, auf seinen Anteil am Gang der Verhandlungen und seinen Einfluss auf bestimmte Ergebnisse.[32] Zu Beginn muss ihn der ohne Bedenken vollzogene abrupte Stimmungswandel bei den französischen Machthabern gegenüber dem föderalistischen Regime nicht wenig in Verlegenheit versetzt haben. Bei Reding hingegen weckte der wohlwollende Empfang kühne Hoffnungen und bewog ihn dazu, sogleich einen ganzen Katalog von Forderungen aufzustellen, allem voran die Anerkennung der neuen helvetischen Regierung. Von französischer Seite kam dagegen als eine Art Vorbedingung die oben bereits kurz gestreifte Forderung, den helvetischen Parteienstreit durch eine Art Amalgam zu beruhigen.

Bei dieser Frage kam Stapfer zum Zug und legte Gewicht auf die Berufung «fähiger und achtungswerther Männer» seiner politischen Ausrichtung in die Behörden. Die Akten in französischen Archiven geben Einblick, wie er vorangehend Talleyrand über die einseitige politische Zusammensetzung des nach dem 28. Oktober ernannten Senats informierte. So monierte er in einer Eingabe Mitte Dezember vielsagend:[33]

> «Il ne se trouve donc dans le Sénat aucun des hommes distingués du parti libéral, aucun homme à caractère attaché au nouveau régime, aucun de ces hommes éclairés, qui étaient considérés comme les chefs des républicains modérés.»

Auf die französische Forderung hin verpflichtete sich Reding dazu, sechs profilierte Unitarier als neue Mitglieder in den Senat und die Exekutive aufzunehmen. Interessant ist, dass bei den Beratungen der Landammann mit Stapfer hinsichtlich dreier Kandidaten durchaus einig war, nämlich was Rengger, Rüttimann und Schmid betraf. Aus Stapfers Vorschlägen übernahm man Escher und Kuhn. Zu Talleyrand machte er die vielsagende Bemerkung:

> «J'ose garantir que Reding est dans le fond dans mes idées. Mais les mouvemens de son cœur ne sont pas entièrement libres.»

Vermutlich wollte er damit andeuten, der den Landammann assistierende starre Berner Patrizier Diesbach sei anders gesinnt.

Bei den nachfolgenden Besprechungen über Verfassungsfragen blieb diesem zu seinem Verdruss nicht verborgen, dass Stapfer die territoriale Gliederung der Schweiz betreffend, wie schon beim Malmaison-Projekt, die beiden von Alt-Bern abgetrennten und neu geformten Kantone Léman [Waadt] und Aargau – dieser

Stapfers und Renggers Heimatkanton – von Frankreich garantiert sehen wollte.[34] Die unitarisch-helvetischen Republikaner erblickten eben in den so genannten enragés, den reaktionären Berner Patriziern, die wahre Gefahr für die neue politisch-soziale Ordnung der Eidgenossenschaft. Dies umso mehr, als sie nach dem 28. Oktober mehr und mehr ihre wahren Absichten enthüllten. Vielleicht war ein übermächtiges Bern auch einem Reding nicht ganz geheuer. Als der über gewichtige persönliche Verbindungen verfügende Stapfer in Paris den Rückwärtsgewandten so wirksam entgegenarbeitete, suchten sie ihn sogar mit verlockenden Versprechungen – ein hohes Amt, vielleicht die Schultheissenwürde in Bern! – zu ködern. Vergeblich. Dies schärfte ihren Grimm und führte vermutlich auch zu der in der Folge auftretenden scharfen Spannung zu Staatssekretär Thormann, seinem Vorgesetzten.

Nach den mehrere Wochen geführten, bisweilen zähen Unterhandlungen fasste Reding Anfang Januar 1802 zuhanden von Bonaparte seine Begehren in einem so genannten Ultimatum, einem Überblickspapier, zusammen. Jedoch musste er sich trotz allen mündlichen Zusicherungen in den Audienzen des Ersten Konsuls schliesslich damit begnügen, statt bindender Verträge, entsprechend raffinierter Taktik, bloss Noten in Form von Entwürfen entgegenzunehmen, woraus unschwer abzulesen war, dass beispielsweise hinsichtlich der Rückgabe abgetrennter Grenzgebiete oder materieller Entschädigungen oder gar des Abzugs der französischen Besetzungstruppen alles offen gelassen wurde. Man spielte in Paris offensichtlich auf Zeit. Trotzdem wurden die beiden Schweizer Emissäre bei ihrer Rückkehr am 17. Januar 1802 in Bern unter Glockengeläute empfangen.[35]

Es ist hier hervorzuheben, dass es während dieser Konferenzen ausser um die Befriedung der helvetischen Innenpolitik und politische Organisationsfragen insbesondere auch um die brisante Walliser Frage gegangen war, um die von Bonaparte unbedingt begehrte Sicherung der strategischen Verbindung von Frankreich nach Oberitalien. In den französischen Akten ist die Rede von einem «long débat» über die Abtretung des linken Rhoneufers bis Brig und zur Simplonstrasse. Auf Redings Einwände lautete schliesslich im Rapport die vom Ersten Konsul genehmigte unbestimmte Formel:

> «Il a déclaré qu'il désiroit qu'aujourd'hui la question du Valais restât indécise; que la seule chose que le gouvernement de la République désirât irrévocablement étoit d'avoir une route.»[36]

Im Hochgefühl über Bonapartes Wohlwollen sahen die helvetischen Politiker über die begonnene Drangsalierung ihrer Walliser Landsleute und Patrioten hinweg. Und auch Stapfer in Paris ahnte noch nicht, welche Last ihm in der Folge mit dieser ungelösten Frage aufgebürdet war. Aber nicht nur dies; denn nicht weniger Mühseligkeiten erwuchsen ihm danach aus der skrupellosen französischen Hinhaltetaktik bei der Einlösung der dem gutgläubigen Reding in der Abschiedsaudienz vom 7. Januar 1802 von Bonaparte gemachten mündlichen Zusicherungen. All dies sah er nicht voraus, als auch er nach Redings Abreise die Ergebnis-

se der Mission in seinem Bericht vom 10. Januar so zuversichtlich kommentierte:[37]

> «Je me bornerai donc à vous dire que le premier Landamman a reçu à son audience de congé, de la bouche de Bonaparte, en présence du citoyen Hauterive, la confirmation des promesses qu'il lui avait faites lors de sa première entrevue, devant le ministre Talleyrand. En conséquence de ces déclarations réitérées il ne doit plus rester aucun doute qu'après que l'augmentation des membres du Sénat que le gouvernement français exige, aura eu lieu, nous obtenions et l'évacuation de l'Helvétie par les troupes françaises et le rétablissement de notre neutralité et la restitution des contrés helvétiques de l'ancien évêché de Bâle et tous les avantages particuliers dont les deux notes que le citoyen Reding a remises au ministre des Relations extérieures, en date du 20 Décembre, contiennent l'énumération. – Si le préjugé ou une méfiance déplacée faisait révoquer en doute la réalité des intentions du premier Consul, il faut dire aux incrédules que les citoyens Talleyrand et Hauterive ont été l'un et l'autre témoins de la conversation du Consul avec le premier Landamman, et que ce dernier, se référant aux promesses de Bonaparte dans les différentes conférences qui ont eu lieu au département des Relations extérieures, et aux-quelles j'ai pris part, ces citoyens sont convenus de l'exactitude des allégations du premier Landamman, que citoyen Hauterive surtout a été surpris d'entendre le premier Consul articuler ses promesses d'une manière beaucoup plus positive qu'il n'avait d'abord paru croire, avant d'en être lui-même le témoin.»

Hätte Stapfer das Ergebnis von Redings Mission als Augenzeuge der Schlussaudienz denn anders beurteilen können im offiziellen Rapport? Gewisse Bedenken angesichts des Fehlens bindender schriftlicher Vereinbarungen hielt er jedenfalls zurück. Wer hätte es auch wagen wollen, die mündlichen Zusicherungen des Allgewaltigen, vor mehreren Ohrenzeugen abgegeben, offen in Zweifel zu ziehen? Einen unvermuteten Stimmungswandel Bonapartes erfuhr Stapfer am eigenen Leib, als ihn dieser in der unmittelbar vor der Verabschiedung Redings stattgefundenen öffentlichen Audienz des diplomatischen Korps kalt überging und entgegen seiner Gewohnheit keines Wortes würdigte. Der Betroffene sah seine Stellung aufs Höchste gefährdet. Daher bat er Talleyrand gleichen Tages schriftlich um eine Erklärung. Er äusserte die Vermutung, der Konsul habe ihm wohl übel genommen, dass er sich Redings Stellungnahmen angeschlossen und damit einen politischen Seitenwechsel vollzogen habe.[38] Dies bedeute jedoch keineswegs Verrat an seiner Partei, am «parti de la Révolution», sondern er habe Reding in Vertretung der nationalen Interessen unterstützt und weil dieser aus eigenem Antrieb mit dem Amalgam den Unitariern eine bedeutende Konzession gemacht habe. Schliesslich hielt er Talleyrand entgegen: «Reding semble devenir l'homme de la nation helvétique.» Was hatte Stapfer vom Anfang seiner Gesandtenzeit an

anderes verfochten als die höchsten Lebensinteressen seines Landes? Im patriotischen Konsens also trafen sich Stapfer und Reding zur Aktionsgemeinschaft, der städtische Unitarier und der Innerschweizer Föderalist, und dies machte den Korsen offensichtlich misstrauisch. Die kurze Entente zweier massgebender Persönlichkeiten zerbrach bekanntlich im gleichen Jahr über den Parteikämpfen, welche das Ende der Helvetik einleiteten. Aber dass sie im Januar 1802 den inneren helvetischen Zwist überbrückten und Bonaparte gemeinsam mit Forderungen der geschundenen Schweiz konfrontierten, soll nicht vergessen sein. Das kurzfristige Bündnis trug wahrscheinlich dazu bei, dass Stapfer in späteren Jahren den Schwyzer Politiker nicht einfach als politischen Gegner abtat, sondern dessen Fähigkeiten und Schwächen sachlich gegeneinander abwog. Rückblickend auf die Pariser Episode schrieb er nämlich sieben Jahre später an Usteri, Reding habe, sich selber überlassen, nie illiberal gehandelt:[39]

> «Ich kann Sie versichern, dass ich ihn in traulichen Unterhaltungen, wenn wir allein waren, zum Erstaunen liberal fand. Mein Bestreben gieng im Winter 1801/02 darauf los, ihn von seiner Umgebung zu befreien. Allein sein gänzlicher Mangel an Einsichten und an Kopf spielte ihn dann immer wieder Diesbach in die Hände. Es ist jammerschade, dass wir ihn nicht für die republikanische Partei gewinnen konnten.»

So erhält Stapfers Bemerkung gegenüber Talleyrand ihren Sinn: «Reding semble pouvoir devenir l'homme de la nation helvétique.» Im Übrigen hatte die abweisende Kälte des Ersten Konsuls vielleicht noch zusätzliche Gründe. Stapfer beschreibt in dem schon mehrfach beigezogenen langen Bericht an Rengger die während Redings Aufenthalt gesponnenen Intrigen gegen ihn. Insbesondere habe der den Berner Patriziern nahe stehende ehemalige Gesandte Reinhard über verschiedene Kanäle gegen die Unitarier gearbeitet. In Abwesenheit Talleyrands habe unter dessen Einfluss der Sektionschef Hauterive ihn, Stapfer, bei Bonaparte zu ruinieren versucht, «indem er mich bald als einen theoretischen Träumer und bald als einen wankelmüthigen Menschen schilderte, der vor einigen Tagen gegen Reding und seine Parthei als Contre-Revolutionäre in persona geeifert hätte und vertraulich mit dem erstem umgehe und capitulire». Immerhin habe dann Talleyrand nach seiner Rückkehr aus Lyon es als Pflicht auf sich genommen, «die Vorurtheile zu zerstören, die man dem ersten Consul gegen mich herzubringen gesucht habe», schloss Stapfer. Redings Begleiter Diesbach scheint an diesem Treiben nicht wenig beteiligt gewesen zu sein. So erstaunt nicht, dass auch in Bern von Stapfers Abberufung gemunkelt wurde, worüber ihm sein Schwager Schnell berichtete:[40]

> «Ich vernahm von ziemlich sicherer Hand, dass sich Reding geäussert haben soll, [...] dass er Sie für einen Metaphysiker halte und dass er jemand anders an Ihrer Stelle sehen möchte.»

Schnell nahm denn auch an, diese Bemerkung stamme von Diesbach, «Redings Blasbalg». Der Zweck dahinter sei,

«[...] Sie zu bewegen, einen andern an Ihre Stelle treten zu lassen und Sie in eine Lage zu setzen, in welcher er Ihnen, weit eher als in Ihrer gegenwärtigen, beykommen kann.»

Von all den Spannungen, die Stapfer auf dieser Gratwanderung während Redings Mission persönlich belasteten,vernimmt man nur in seinen Privatkorrespondenzen etwas. Im Dschungel dieser Verwirrspiele stand seine Stellung wirklich mehrmals in Frage. Dem Anschein nach beschwichtigte insbesondere Talleyrand das Misstrauen Bonapartes. Von ihm ging wohl auch der Wink an den Gesandten Verninac in Bern aus, der dem gerade dort anwesenden Sekretär Stapfers Briatte zu verstehen gab, der helvetische Gesandte sei bei der Regierung in Paris sehr angesehen und werde ganz gewiss dort bleiben.[41] Stapfer nahm die Sache auch Rengger gegenüber nochmals auf und klärte damit gewisse Hintergründe der inzwischen bewältigten kritischen Phase:[42]

«Man wird Ihnen gesagt haben, dass Bonaparte meine Zurückberufung verlangt und gesagt habe, ich sei ein Metaphysiker u. s. w. Die Wahrheit ist, dass er geäussert hat, er wolle die Erneuerung des Traktats, die Abtretung von Wallis etc. lieber mit einem Andern behandeln. Während der Zeit, dass Hauterive das Portefeuille hatte [d. h. in Abwesenheit Talleyrands], suchte man von verschiedenen Seiten auf Bonapartes Geist gegen mich zu wirken. Allein jetzt stehe ich wieder sehr gut mit ihm, er sprach am letzten Audienztage sehr freundlich mit mir, und ich weiss ganz bestimmt, dass er nichts dagegen hat, dass ich hier bleibe.»

Wenn Stapfers Annahme stimmt, der Konsul hätte für die kommenden zwischenstaatlichen Verhandlungen einen andern Gesandten der Schweiz vorgezogen, so muss er ihn möglicherweise als schlagfertigen, unbequemen Gesprächspartner geradezu gescheut haben. Wäre es ihm aber ernst gewesen, so hätte ein Wink von seiner Seite für Stapfers Ablösung genügt. Es geschah jedoch nichts dergleichen, ja nicht einmal nach dem bald danach offen und heftig ausgetragenen Disput um die Abtretung des Wallis. So stellt sich die Frage, was Napoleon Bonaparte an diesem sensiblen «Metaphysiker» und doch so hartnäckigen helvetischen Patrioten imponierte.

Nach seiner Rückkehr nach Bern hatte Reding die in Paris vereinbarten Vorbedingungen zur innern politischen Befriedung erfüllt. Die Unitarier erhielten Anteil an der Regierung. Stapfers Freund Albrecht Rengger trat als zweiter Landammann ins Amt. Die Föderalisten mussten den Dämpfer hinnehmen. Dem unitarischen Hoffnungsträger Stapfer galt Renggers dankbare Anerkennung vom 7. Februar 1802:[43]

«Gegen Sie, mein lieber Freund, bedarf ich mich nicht zu rechtfertigen, dass ich seit acht Tagen Mitglied des helvetischen Senats und seit vorgestern zweiter Landammann bin; vielmehr hat Ihr Wunsch und Ihre Art zu sehen, nicht wenig dazu beigetragen, mich und meine Freunde zu bestimmen.»

Nach einigen Hinweisen zur erfolgten Parteienverschmelzung streifte er die erneut in Aussicht stehenden Verfassungsberatungen, nicht ohne zu bedauern, dass Stapfer so wenig über die diesbezüglichen Verhandlungen in Paris berichtet hatte. «Wie viel Licht hätten Sie uns mit wenigen Worten über das in Paris Verhandelte aufstecken können.» Der Angesprochene entgegnete ihm in seinem Antwortschreiben, unter Hinweis auf den verwickelten Verhandlungsprozess:[44]

> «Jetzt, da der Postenlauf in der Schweiz ein wenig sicherer ist, mein lieber Freund, kann ich Ihnen die Ansicht unserer Verhältnisse mit der französischen Regierung, wie ich sie von meinem Standort erblicke, freier mittheilen und werde dabei das Historische des Vergangenen nachholen, was ich weder Ihnen noch irgend einem andern unserer Freunde vorher erzählen konnte, weil die Unsicherheit der Posten abgerechnet, die Lage hier so sehr beinahe von Tag zu Tage wechselte, dass die Mittheilung der Phasen Sie in der Schweiz nur irre gemacht hätte, ohne Ihnen etwas zu nützen.»

Stapfer hielt, unter Hinweis auf den Austausch zweier Noten der französischen Regierung mit Reding, dafür, Paris werde nun den Gang der helvetischen Verfassungsgestaltung wenig behelligen. Immerhin begleitete der französische Gesandte in Bern die Entwicklung wachsam und wahrte weiterhin die realen Interessen der Hegemonialmacht, welche ihre Position hier wie anderswo in Europa zielbewusst ausbaute. Man braucht nur hinzuhören, in welchem Ton der Rapport des Aussenministers an den Ersten Konsul zur Reding-Mission verfasst war:[45]

> «Ce qui nous intéresse n'est pas de savoir avec une certitude mathématique la valeur réelle de tel ou tel individu, mais d'être assurés qu'il suivra la ligne qui lui a été tracé. Que le landamman de l'Helvétie soit aux prises avec ses préjugés ou avec ceux de ses entours, peu importe: il faut qu'il remplisse les engagemens qu'il a pris. S'il les remplit, il aura l'appui de la France; s'il ne les remplit pas, il échouera comme ses prédécesseurs, et tombera victime de son imprévoyance et de sa faiblesse.»

Ist es Stapfer zu verdenken, wenn er in der frostigen Atmosphäre der Machtpolitik bisweilen in eine trübe Gemütsstimmung verfiel? Trotzdem, und auch wenn ihn körperliche Beschwerden behinderten, trotz alledem harrte er in seinem Amt aus. Zum einen leitete ihn sein ernstes patriotisches Pflichtgefühl, dann sein aufklärerisch-fortschrittliches Freiheitsbewusstsein. Ein fest verankerter religiöser Glaube und die aus Kants Ideen geschöpfte Zuversicht liess ihn hoffen, ungeachtet aller Krisen und Katastrophen sei der Kulturfortschritt der Menschheit vorbestimmt.[46] Der Schweiz, glaubte er, sei mit der erhofften Beschwichtigung des Parteienzwists zunächst einmal der Rückschritt in vorrevolutionäre Zustände erspart. Dafür prognostizierte er eine Krise des «freiheitsmordenden» Systems in Frankreich und malte Rengger für diesen Zeitpunkt die Schaffung einer bessern politischen Ordnung in der Heimat aus durch «einen Kern von Freunden der Menschheit».

«[...] denn, Lieber! hier sieht es bedenklich aus. Es ist unmöglich, dass sich das jetzige freiheitsmordende System lange halte. Die Grundsätze und (was ungleich mehr ist) die Prätentionen haben zu weit um sich gegriffen. Es ist also wichtig, dass auf den Fall einer hiesigen Umänderung, bei uns ein Kern von Freunden der Menschheit sich an der Spitze befinde, um die Gründung einer bessern Ordnung möglich zu machen.»[47]

Das Urteil Stapfers stammte aus dem Geist der Opposition gegen die zunehmende Militärdespotie, unterschätzte allerdings die Macht des Faktischen. Seine Vorbehalte gegen Napoleon Bonaparte bildeten sich schon bald nach Antritt der Gesandtenstelle, auch wenn ihn gewisse staatsmännische Akte des Korsen durchaus beeindruckten. Freilich war er in seiner Diplomatenfunktion an die Beachtung äusserer Formen und Formulierungen gebunden. Sein Gesandtschaftsbericht vom 5. Februar 1802 illustriert dies einmal mehr. Am pompösen Audienz-Empfang vom Vortag hatte sich der Erste Konsul an den helvetischen Gesandten gewandt mit der Frage, wie die Dinge in der Schweiz nun stünden. Auf Stapfers Antwort, die neuen Mitglieder seien in den Senat eingetreten:

«[...] et que, les engagemens du Premier Landamman étant remplis rien n'empêcherit plus que les intentions justes et bienveillantes du Premier Consul, à l'égard des points convenus avec le citoyen Reding, n'eussent leur plein et entier effet.»[48]

Diese Anspielung auf die erwarteten französischen Gegenleistungen blieb jedoch unbeantwortet. Bonaparte formulierte lediglich einen unverbindlichen Wunsch für Helvetien und wandte sich dem nächsten Diplomaten zu. Am Schluss dieses Rapports meldete Stapfer, er habe auftragsgemäss soeben an Talleyrand eine energische Protestnote gerichtet gegen die unerhörten Zwangsmassnahmen des französischen Generals Turreau im Wallis. So wechselten die Szenarien und weckten in ihm zunehmend das Gefühl der Ohnmacht gegenüber Willkür und Wortbruch. Zu diesem Zeitpunkt vernimmt man in den noch vorhandenen Korrespondenzen nicht einmal, dass am 26. Januar 1802 sein zweiter Sohn geboren wurde, Frédéric-Albert-Alexandre.[49]

VII Die drohende Annexion des Wallis durch Napoleon Bonaparte im Frühjahr 1802 belastete die zwischenstaatlichen Beziehungen in zunehmendem Mass. Stapfers Widerstand gegen den Gewaltakt markierte eine denkwürdige Phase seiner Gesandtentätigkeit in Paris.[50] Er wich selbst vor dem Unwillen des Ersten Konsuls nicht zurück und riskierte damit im März 1802 die Abberufung, hielt er es doch für die unabdingbare patriotische Pflicht, das bedrängte Walliser Volk in seiner Abwehr zu unterstützen. Dieser Haltung und seiner Handlungsweise gilt das Nachfolgende. Bonaparte beharrte seit den siegreichen Feldzügen in Oberitalien hartnäckig auf einer sicheren strategischen Verbindung von Genf her über das Rhonetal nach Süden. Die Walliser Frage stand, auch aus Neutralitätsüber-

legungen, auf Redings Traktandenliste. Der französische Vorschlag zum Abtausch des Rhonetals gegen das ehemalige österreichische Fricktal erschien den Schweizern jedoch mit Recht als unverhältnismässig. Auf die zähen Verhandlungen des Landammanns in Paris wurde bereits hingewiesen und wie Bonaparte schliesslich Reding scheinbar beruhigend auf den Weg zwischenstaatlicher Vereinbarungen verwies.[51] Da trotzdem der französische General Turreau fast gleichzeitig durch harte Gewaltmassregeln den Schweizer Kanton zur Annexion reif zu machen suchte, erinnerte Reding Bonaparte und Talleyrand am 11. Februar 1802 in einer dringenden schriftlichen Beschwerde an die im Januar abgegebenen Versprechungen.[52] Er bekam keine Antwort, und Stapfer wurde auf alle seine Demarchen beschieden, der Erste Konsul werde bei Gelegenheit antworten. Damit hob ein fast endloses Hin und Her an zwischen Staatssekretär Thormann und dem französischen Gesandten Verninac in Bern sowie zwischen Talleyrand und Stapfer in Paris. Bonaparte blieb im Hintergrund. Doch seine Direktive, am 25. Februar an Verninac übermittelt, lautete in knapper Form:

> «La France, dans le moment présent, veut garder la souveraineté des pays qui traversera le chemin qui conduit au Simplon.»[53]

Äusserst ärgerlich wirkten allerdings auf den Korsen die Walliser Treuebekenntnisse zur Helvetischen Republik und deren öffentliches Echo in der Presse. Derlei Kundgebungen scheute der Autokrat. Der Widerstand reizte die Franzosen und rief kalter Anmassung. So, wenn etwa Talleyrand am 20. März dem Ersten Konsul ungeachtet aller schönen Versprechungen vortrug:

> «Rien de ce qu'on a fait espérer au citoyen Reding ne doit être accordé, jusqu'à ce qu'il ait appris à connaitre la vraye position de son pays à l'égard de la France, et celle de son gouvernement à l'égard de celui de la République.»

Aus dieser Position heraus hatte Stapfer die nachfolgenden Konfrontationen zu bestehen. Seine Gesandtschaftsberichte nach Bern, seine mündlichen Demarchen und schriftlichen Noten in Paris beweisen seinen unermüdlichen Einsatz. Dennoch vermögen offizielle Aktenstücke kaum zu veranschaulichen, wie schwer dem Gesandten mancher Bittgang fiel und wie spannungsgeladen bisweilen die Dispute mit dem aalglatten Talleyrand verliefen. In einer energischen Note gegen das Treiben des Generals Turreau im Wallis und für die Einlösung der Versprechungen an Reding liest man:

> «Il est pénible pour moi, citoyen ministre, de correspondre avec vous sur un sujet aussi peu satisfaisant, mais j'espère que l'époque n'est pas éloignée où le commerce officiel des ministres des deux nations ne sera plus que l'échange mutuel des sentiments de l'amitié et du contentement les plus sincères.»[54]

So schloss er, wieder in verbindlichem Ton, sein Schreiben. Eine Depesche vom 1. März nach Bern sprach von täglichen Vorstellungen des Gesandten, erhoben im französischen Aussenministerium. Und die stereotype Antwort?

«Le Premier Consul répondra lui-même au citoyen Reding; quant au Valais, cela s'arrangera.»[55]

Brachte Stapfer zusätzlich Besorgnisse der Schweiz über vermutliche weiter gehende geheime Pläne, ja über kursierende Aufteilungs- und Annexionsgerüchte, so tat Talleyrand sie ab:

«Bah, tout ça sont des bêtises [...] Vous êtes constamment alarmé, et vous vous affligez sans nécessité; allez, tranquillisez-vous, je vous en prie; tout ira bien. – Citoyen Ministre, répliquai-je, vous me dites cela depuis dix-huit mois.»

Stapfer hielt das demütigende diplomatische Katz-und-Maus-Spiel durch bis zu einem Vorfall, der noch zur Sprache kommen soll. In dieser Lage traf ihn nun aber gänzlich unerwartet der unglaubliche Vorwurf seines Vorgesetzten Thormann, er vernachlässige seine Gesandtenpflicht, indem er den Dingen einfach ihren Lauf lasse – «les bras croisés»! Sucht man den Grund für diese ehrenrührige Unterstellung, so drängt sich die Vermutung auf, die Missachtung Redings und seiner Regierung durch die Franzosen habe in Bern derartigen Ärger und Enttäuschung ausgelöst. Der Tadel fiel auf den Übermittler unerfreulicher Meldungen. Doch kam höchstwahrscheinlich hinzu, dass der Berner Patrizier Thormann und seine Hintermänner auf eine Gelegenheit aus waren, den ihnen missliebigen Unitarier aus seiner Stellung zu verdrängen. In verletztem Ehrgefühl antwortete der Beleidigte am 5. März 1802 dem Berner Aristokraten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen:[56]

«J'ai reçu votre no. 478 et ne puis vous dissimuler la profonde douleur dont sa lecture m'a pénétré. Elle est en proportion avec la gravité, et j'ose le dire, avec l'injustice des soupçons qui, dites-vous, m'accusent de négliger mes devoirs. Il est bien naturel que le premier Landamman s'afflige et s'indigne des retards qu'on apporte à l'exécution des promesses qui lui avaient été faites, et je vous assure que je partage avec tout bon Suisse d'autant plus les sentiments pénibles qu'il doit éprouver que mon honneur ainsi que les affections les plus chères de mon cœur sont particulièrement intéressés à l'accomplissement de ces promesses. Mais vouloir se prendre de moi de ce que nos vœux tardent à se remplir, est vraiment une chose inconcevable.»

So weit die würdige Zurückweisung der haltlosen Vorwürfe. Dem fügte er bei: Was andere in vier Jahren nicht zur Linderung des Loses der besetzten und ausgebeuteten Schweiz mit fortgesetzten Demarchen erreicht hätten, wäre durch ihn doch in 14 Tagen der französischen Regierung nicht abzuringen gewesen. Dann liess er durchblicken, dass nicht nur seine Amtspflichten ihn pausenlos beanspruchten, sondern dass ihn zudem eine persönliche Sorge belastete:

«Je ne cesse d'obséder, d'importuner, de harceler le ministre des Relations extérieures. Je n'ai, depuis un mois, quitté le chevet du lit de mon épouse malade que pour aller chaque jour, une ou deux fois chez lui, le

sommer, le conjurer, le supplier de remplir les engagements pris vis-à-vis le premier Landamman; que dois-je, que puis-je faire de plus? Ai-je trois cent mille hommes à mes ordres? Puis-je pénétrer jusques chez le premier Consul?»

Ein Ausruf schierer Verzweiflung des derart in Bedrängnis gebrachten Mannes. Bonaparte gebe, so hielt er nachfolgend dem Staatssekretär entgegen, den fremden Gesandten keine Sonderaudienzen mehr. So bleibe nur der Weg zum Aussenminister. Doch einmal mehr zur Illustration von Talleyrands Taktik:

«Le premier Consul répondra au premier jour lui-même; je ne puis vous dire ce qu'il répondra, mais croyez-moi, tout ira bien, tranquillisez-vous; vous vous agitez beaucoup trop; laissez faire le temps; allez, vous serez à la fin content de nous, et autres phrases dans ce genre dont un diplomate a toujours des magasins à commande, que reste-t-il à faire qu'à insister de nouveau et réitérer mes sollicitations le lendemain?»

Schliesslich zur brennenden Walliser Frage und zur Lage insgesamt:

«Quant au Valais, je n'en ai pas encore pu lui arracher un mot [...] Il n'est pas étonnant que, pendant que les ambassadeurs des premières puissances échouent ici dans la plupart de leurs demandes, le Ministre d'un petit Etat qui est entièrement dans les mains de la France ne puisse malgré tout son zèle et tous ses efforts, obtenir le redressement des griefs et l'accomplissement des promesses.»

Es hätte dem adelsstolzen Staatssekretär Thormann wohl angestanden, anstatt dem Gesandten unhaltbare Vorwürfe zu machen, dessen Mühsal und Einsatz zu würdigen, zumal diesen noch die Sorge um die gefährdete Gesundheit seiner Gattin bedrückte.[57] Trotz den nur seinen Freunden gegenüber verratenen Anwandlungen von Missmut und Niedergeschlagenheit hielt Stapfer auch dieses schwierige Frühjahr 1802 hindurch unbeirrt seine Position, im Rücken einen übelwollenden Vorgesetzten und als Ansprechpartner den doppelzüngigen französischen Aussenminister. Dem Staatssekretär in Bern rapportierte er, wie im Schreiben vom 7. März ausgeführt, nun eben auch an sich nutzlose Details, da sie doch seiner Rechtfertigung zu dienen hätten.[58] Und Talleyrand entlockte er – so die Meldung – das Eingeständnis, dass es den Franzosen mit der Hinhaltetaktik eigentlich darum ging, die Kontrolle über den Vasallenstaat so lange auszuüben, wie es ihnen passte. Bonapartes Zusicherungen an Reding deutete der Aussenminister nun so um, man wolle den ganzen helvetischen Konstituierungsprozess beobachten und abwarten, ob die Regierungspraxis den Erwartungen Frankreichs entspreche. Stapfers energischem Widerspruch begegnete er so:

«Nous ne pouvons pas abandonner la Suisse à elle-même, jusqu'à ce que nous vous voyions organisés convenablement, et non pas d'une manière contraire aux principes libéraux et aux intérêts des deux pays. Vous voulez *finasser* avec le gouvernement français.»

Dagegen verwahrte sich Stapfer nun seinerseits und wies auf die peinliche Situation des desavouierten Landammanns Reding hin, der also allem Anschein nach bei seinen Landsleuten nach der Rückkehr aus Paris leere Hoffnungen geweckt habe. Den Ausweichmanövern Talleyrands setzte er schliesslich entgegen:

> «Mais vous nous dites sans cesse que nous sommes indépendants que vous ne voulez que notre bonheur. Si vous en agissez avec nous d'après ces assurances, vous obtiendrez avec notre amitié la plus sincère approbation de l'Europe.»

Talleyrand habe geschwiegen, und Stapfer habe nochmals eingehakt:

> «Vos procédés dans le Valais sont gratuitement révoltants. Que gagnez-vous à aliéner les cœurs et à avilir le gouvernement helvétique?»
>
> Talleyrand: «Tout cela s'arrangera.»
>
> Stapfer: «Mais, au nom du ciel! dites-moi donc quelque chose de clair et de consolant!»

Mit diesem Bericht bediente Stapfer seinen Vorgesetzten zwei Tage nachdem er von ihm jene verletzende Rüge erhalten hatte. Und noch am gleichen Tag gab er ihm bekannt, wie sich der Erste Konsul am Vortag bei der öffentlichen Audienz verhalten hatte:[59]

> «Hier le premier Consul, à l'audience, me salua affectueusement: ‹Eh bien, citoyen Stapfer, dit-il, comment vont vos affaires?› Moi: ‹Elles s'arrangent, mais toute la nation attend avec impatience l'accomplissement des promesses que vous avez daigné faire au premier Landamman, en revanche des engagements qu'il a pris et maintenant executés›.

Daraufhin schweifte der Korse jedoch auf eine Detailfrage ab. Aber Stapfer erinnerte ihn unbeirrt an Redings unbeantworteten Brief und wollte auch noch das Wallis zur Sprache bringen. Bonapartes Reaktion:

> «Mais il rompit la conversation et s'adressa au prince de Nassau qui était à côté de moi.»

Was Stapfer danach gegenüber Talleyrand noch als gewichtiges Argument ins Feld führte, war, dass die helvetische Regierung nicht gegen den im Wallis deutlich bezeugten Volkswillen handeln könne.

> «Le gouvernement helvétique ne peut jamais consentir à l'aliénation d'une portion du territoire suisse, à moins que ses habitants n'y aient donné, par un vœu librement émis et légalement constaté, un plein et entier assentiment. Je suis chargé [...] de témoigner au gouvernement français de la part de mes commettans, le désir qu'il veuille se contenter d'une route militaire construite à ses frais, comme l'on était d'abord convenu en suite de la note du 20 décembre 1801.»[60]

In der Tat sah es im März 1802 eine Zeit lang so aus, als ob der zu Verhandlungen über das Wallis ermächtigte französische Gesandte in Bern sich mit der helvetischen Regierung auf eine Lösung einigen könnte. Doch verlief dieser Versuch ergebnislos. Es bereitete sich etwas vor.

VIII Gerade zu dieser Zeit war der Abschluss des französisch-englischen Friedensvertrags von Amiens in aller Munde. In euphorischer Stimmung pries man den Friedensstifter Bonaparte, beendeten doch die beiden Abkommen von Lunéville und Amiens das Jahrzehnt der Revolutionskriege. Unbestritten behauptete der Erste Konsul Frankreichs Hegemoniestellung. Danach hatten sich insbesondere die von ihm abhängigen Kleinstaaten wie die Helvetische Republik zu richten. In Diplomatenkreisen in Paris umlaufende Gerüchte wollten von Geheimklauseln in den Verträgen der Grossmächte wissen und weckten entsprechende Besorgnisse. So auch bei Stapfer, den die Sorge um sein Land umtrieb.

> «Je commence à craindre tout de bon que Bonaparte n'ait le but de conserver une espèce de suprématie en Suisse et en Hollande. Il disait, il y a peu de jours, à un homme de ma connaissance: Il faut en vérité, que la Batavie et l'Helvétie s'accoutument à être traités comme des pays latins l'étaient par les Romains.»

So meldete er chiffriert nach Bern. Die Besorgnis um die schweizerische Unabhängigkeit weckte ein weiteres Mal dringende Mahnrufe an die politische Führung, sie solle die innere Ordnung um jeden Preis konsolidieren:[61]

> «Il est en vérité temps de présenter à l'Europe un établissement politique stable et inébranlable. Je suis convaincu qu'en nous ralliant fortement autour d'une organisation quelconque, nous sortirons triomphants de la lutte, et que par une volonté nationale ferme nous anéantirons tous les projets qui pourraient avoir été formé ou se former encore contre notre indépendance.»

Das war auch auf die französische Annexionsabsicht im Wallis gemünzt. Jedenfalls streckte er vorsichtig Fühler aus zu den Gesandten anderer Mächte, erntete aber bloss unverbindliche Sympathiebezeugungen – und französisches Stirnrunzeln. In seinen Korrespondenzen finden sich bittere Randbemerkungen über weitere vergebliche Demarchen bei Talleyrand und anderen Ministern. Mit einem Wort: Als Vertreter eines machtlosen, besetzten Satellitenstaates fand er sich dauernd abgespeist mit unverbindlichen diplomatischen Floskeln, welche die tatsächlichen Absichten der Machthaber wie hinter einer Nebelwand verhüllten, bis der Erste Konsul seine knapp gehaltenen Anweisungen erliess, die wie Hammerschläge tönten. So am 20. März 1802 mit dem Befehl, die Walliser Frage sei jetzt zu lösen:

> «Il faut décider l'affaire du Valais. Vous verrez dans ma réponse, comment j'envisage la question. Faites donc des recherches et rédigez-moi un petit mémoire sur l'ancienne organisation de ce pays et sur celle que l'on pourrait lui donner; je l'enverrai dans le pays et tout sera terminé.»[62]

Ganz in diesem Sinne richtete eine Woche später Talleyrand ein Schreiben an Stapfer, zugleich als Antwort auf dessen Ersuchen, den Bedrücker des Wallis, General Turreau, abzuberufen. Er eröffnete ihm die französischen Absichten, begleitet von verhüllten Drohungen.[63] Einleitend gab er dem Adressaten das Miss-

vergnügen des Ersten Konsuls darüber bekannt, dass die helvetische Regierung Abgesandte des Wallis ostentativ empfangen habe – «quelques individus se disant députés du Valais» – und sie gegen die französische Regierung «deklamieren» liess. Dann holte er weiter aus:

> «Je suis chargé de vous déclarer qu'il reconnaît le Valais comme un peuple indépendant et qui, ayant toujours eu une constitution et une organisation séparée, doit être gouverné comme un Etat à part et sans aucune relation de concert ni de dépendance à l'égard de l'Helvétie.»

Es war also keine Rede mehr von zwischenstaatlichen Verhandlungen, sondern Bonaparte suchte unvermittelt unter Druck sein Ziel zu erreichen:

> «Telles sont, Citoyen, les vues du Gouvernement de la République sur ce pays. En les contrariant, en accueillant les tentatives faites par des hommes inconsidérés pour s'opposer au bonheur de leurs concitoyens, votre gouvernement, je dois vous le dire, ne ferait que priver l'Helvétie du bien que le premier Consul est dans l'intention de lui faire. Il est disposé à lui céder le Fricktal et d'autres parties du territoire [?] que les événements de la guerre ont mis au pouvoir de la France. Mais s'il se vérifie que le gouvernement helvétique ait ouvert des négociations pour obtenir de quelque puissance que ce soit des concessions qu'il ne doit attendre que de la France, il peut être assuré d'avance qu'en manquant l'objet de ses démarches il perdra encore tous les fruits qu'il doit espérer des dispositions libérales du premier Consul.»

Nach Empfang dieser brüsken Note entschloss sich Stapfer zu einem Schritt, der ihn sehr wohl seine Gesandtenstelle kosten konnte. Er leitete zwar das Dokument weiter nach Bern, wartete jedoch keine Instruktionen ab, sondern richtete an Talleyrand eine fulminante Verteidigungsschrift des schweizerischen Rechtsstandpunktes hinsichtlich der Zugehörigkeit des Wallis zur Helvetischen Republik, gepaart mit einem eindringlichen Appell an das Ehrgefühl Bonapartes; das Ganze ein rhetorisches Glanzstück aus der Feder des helvetischen Gesandten.[64]

Er bot alles auf, um die nun unmittelbar drohende Annexion des Wallis aufzuhalten:

> «Citoyen Ministre, je manquerais à tous mes devoirs, si j'attendais de nouvelles instructions de mon gouvernement pour répondre à la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser. Il me suffit de la connaissance la plus superficielle des rapports qui existent entre les deux Républiques et des engagements aussi solennels que sacrés qui les lient mutuellement pour mettre en évidence que jamais les droits de la nation helvétique sur le Valais ne peuvent être contestés, ni la conduite de son gouvernement à l'égard de cette contrée blâmer par les motifs que vous alléguez dans cette lettre.»

Er sprach damit die Verantwortung der Garantiemacht für die 1798 geschaffene eine und unteilbare Helvetische Republik an:

«Eh! n'est-ce donc pas votre gouvernement, citoyen Ministre, qui, par la puissance des bayonnettes, a fondu le Valais, pour forcer ses habitants à se laisser gouverner par des lois communes à toute l'Helvétie? N'est-ce pas vous, citoyen Ministre qui avez signé le traité d'alliance de votre nation avec la République helvétique une et indivisible? Le Valais ne faisait-il pas alors partie essentielle de cette République, et le traité de Lunéville ne consacre-t-il pas toute l'étendue de notre territoire telle qu'elle était à l'époque de sa conclusion?»

Die Helvetische Republik, so fährt er fort, denke einzig an die Ausübung eigener Rechte. Sie zolle dem Ersten Konsul den schuldigen Dank, Bewunderung und Respekt, alles, was sich mit der Ehre vertrage, und bitte ihn darum, nichts von ihr zu verlangen, was ihr Eintrag tue. Wäre er doch der Erste, der sie des Regierens unwürdig hielte, wenn sie ihrem Volk nicht diente. Zu wiederholten Malen habe er doch erklärt, ihm liege einzig an einer Militärstrasse im Wallis.

«Cette déclaration est connue; elle est devenue le centre auquel se rattachent toutes les espérances. Que dirait le peuple suisse, qui chérit les Valaisans comme ses frères; quelle serait l'indignation des braves Valaisans qui mettent leur bonheur ainsi que leur orgueil à rester Suisses, si le gouvernement helvétique donnait au sacrifice qu'on lui demande plus d'étendue que l'intérêt même de la France et la parole du Premier Consul ne l'exigent! Mais que dira l'Europe, de voir les Français, après qu'ils avaient premièrement porté la désolation [dévastation] et la mort dans le Valais, pour le rattacher par des nœuds plus forts à l'Helvétie, quelques instants après y porter le fléau de la discorde et le poids de l'autorité militaire la plus dure, pour l'arracher de nouveau à des liens qu'on venait de cimenter de sang pour les rendre plus forts?»

Indem er der französischen Regierung so den Spiegel der eigenen Politik vor Augen hielt, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, appellierte Stapfer zum Schluss nochmals feierlich an das Gewissen der Verantwortlichen:

«Vraiment, citoyen Ministre, tous les motifs possibles de justice, d'humanité, d'honneur et de véritable gloire se réunissent pour engager le premier Consul à rendre aux Valaisans leur patrie et aux Suisses leur Valais, sous des conditions qui remplissent le seul but que la France se propose. Ces conditions ne seront pas difficiles à stipuler dans le cours d'une négociation franche et amicale.»

Dieser Schlusspassus setzte als Kontrapunkt zur Gewaltpolitik einer Grossmacht den Rechtsweg zwischenstaatlicher Vereinbarung. Tatsächlich kam nach Verhandlungen der helvetischen Regierung mit dem französischen Gesandten Verninac einen Monat später eine Kompromisslösung in der Walliser Frage zustande.

Es erstaunt nicht, dass die spontane Aktion des helvetischen Gesandten bei den Adressaten in Paris anders aufgenommen wurde als in Bern. Hier fand sie

volle Zustimmung, auf der Gegenseite zornige Ablehnung. Die von den französischen Drohungen eingeschüchterten helvetischen Regierungskreise nahmen Stapfers kühne Antwort zwar mit Befriedigung auf, «da sie gleichsam die Stimmung der Nation ausspreche», wie Thormann ihm am 4. April bekannt gab und ihm seinerseits ein Schreiben des Senats zur Übermittlung an den Ersten Konsul zusandte. Aber das, vermutlich vom Staatssekretär, in umständlichem Kanzleistil verfasste, wortreiche Schreiben bleibt weit hinter der Brillanz und Schlagkraft von Stapfers Note zurück, der unterwürfige Formulierungen vermied und mit nichts beschönigender Offenheit in der Akzentsetzung die Franzosen direkt anging.[65] Deren empfindliche Reaktion, namentlich Bonapartes persönlich, bewies, wie stichhaltig Stapfer argumentiert hatte und dafür allenfalls die Abberufung in Kauf nahm. An der nächsten öffentlichen Audienz grüsste ihn der Konsul zwar, vermied jedoch jedes Gespräch. Talleyrand hingegen kam mehrfach auf die Eingabe zurück und bemerkte zunächst, sie habe Bonaparte «fortement déplu par son contenu».[66] In einer späteren Konferenzbesprechung hielt er ihm vor:[67]

> «Je dois vous dire que le premier Consul a été personnellement très offensé de votre dernière note sur le Valais [...] il l'a considérée comme ayant uniquement pour but de le braver et de faire votre traité de paix avec la majorité du Sénat helvétique. L'effet que votre note a produit en Suisse est très mauvais; elle a de nouveau encouragé à une résistence inutile. Qu'aviez-vous besoin de répondre de votre chef et avec tant d'aigreur? Vous deviez transmettre ma lettre et attendre les ordres de votre gouvernement.»

Die Unterstellung, er habe sich mit seinem Akt der Föderalistenpartei annnähern wollen, wies Stapfer zurück und gab dem französischen Minister deutlich zu verstehen, in der Walliser Frage gebe es bei den Schweizern keine politischen Meinungsunterschiede:

> «[...] que les honnêtes gens de tous les partis étaient du même avis sur ce point, et que j'étais nommément sûr que les six nouveaux membres du Petit Conseil, dont les sentiments avaient le plus d'analogie avec les miens, souscriraient volontiers à ma protestation au sujet du Valais.»

In seiner Berichterstattung nach Bern, wo seine Protestnote ja allgemeine Zustimmung gefunden hatte, liess er durchblicken, was ihn bewogen habe, ohne vorherige Rückfrage sogleich zu reagieren:[68]

> «Peut-être qu'il aurait été plus dans la règle d'attendre de nouvelles instructions de votre part, avant de répondre à la lettre du citoyen Talleyrand; mais j'avoue que j'aurais cru manquer à mes devoirs à-la-fois et à la délicatesse, de ne pas me charger aussi pour ma part du mécontentement qui résulte des efforts faits par le Gouvernement pour conserver à la République une des parties les plus intéressantes de sa population et de son territoire. Il est hors de doute que l'affaire du Valais, en indispo-

sant le premier Consul, nuit essentiellement à tous nos autres intérêts et contribue à retarder l'acomplissement des promesses qu'il a faites au premier Landammann. Mais l'honneur va avant tout, et le gouvernement helvétique n'a aucun droit d'acheter les bonnes grâces de celui de la République française aux dépens des pauvres Valaisans. J'ai déclaré au ministre des Relations extérieures que le rappel de Turreau était une mesure préalable nécessaire, si on voulait en user avec les égards dus à une nation indépendante et violée de la manière la plus révoltante.»

Stapfer hatte, aller diplomatischen Konvenienz zuwider, dem verletzten Nationalgefühl Ausdruck gegeben. L'honneur va avant tout! Doch ist nicht zu viel gesagt, dass ihn das ständige Ringen um die Einlösung der französischen Versprechungen, nun der verzehrende Abwehrkampf um das Wallis, überhaupt das Bewusstsein der Machtlosigkeit seines Landes auf die Dauer doch zermürbten und seine Tatkraft zu lähmen drohten. Ein Stossseufzer der Niedergeschlagenheit floss sogar in einen der amtlichen Gesandtenrapports ein und offenbarte die Not eines sensiblen Menschen im Gewirr der Täuschungen und Machtspiele:

«Mon cœur est tellement flétri, mon âme si profondément navrée par les dégoûts et le cruel jeu de promesses sans effet et de reproches sans fondement, dont nous sommes depuis si longtemps objets et victimes, que j'ai besoin d'être encouragé, pour ne pas perdre avec toute espérance le ressort d'esprit si nécessaire dans des négociations délicates. J'avoue cependant que la patience m'échappe quelquefois et j'outrepasse la ligne des convenances diplomatiques.»[69]

Seit seinem flammenden Protestschreiben von Ende März 1802 trug zu dieser gedrückten Stimmungslage Verschiedenes bei, so auch der brüske Gesprächsabbruch des Ersten Konsuls an den öffentlichen Audienzen, sobald der helvetische Gesandte die Klagepunkte seines Landes berührte, oder die unfassbar-geschmeidige Ausweichtaktik Talleyrands.[70]

Begreiflich, dass er, unbestritten ein Meister geschickter Gesprächsführung, in dieser Atmosphäre zuweilen die Geduld verlor und den diplomatischen Takt beiseite liess. Es erbitterte ihn, dass Bonaparte sich nach dem Abkommen von Amiens als Friedensstifter feiern liess und dennoch die besetzte Schweiz mit seinen unerbittlichen Forderungen im Griff behielt. In dieser Gemütsverfassung dürfte er noch ein zweites umfangreiches und sehr persönlich gehaltenes Schreiben am 13. April an Talleyrand, und damit natürlich indirekt an den Ersten Konsul, gerichtet haben.[71] Vielleicht könnte aus der Titulierung Bonapartes im Stil der damaligen offiziellen Beweihräucherung auch das Bestreben zur Bereinigung der gestörten Beziehung herausgelesen werden. Unterwürfig widerrufen wird allerdings nichts, eher eingehend klargestellt.

«Citoyen ministre, ce que vous m'avez fait l'honneur de me dire sur l'impression que ma seconde note relative au Valais a faite sur l'esprit du premier Consul, m'afflige profondément, non seulement parce qu'il est

douloureux de déplaire au premier homme du siècle, mais bien plus encore, parce que le motif auquel il paraît attribuer cette note, serait aussi flétrissant pour moi qu'il est en apposition avec mon caractère et mes principes.»

Stapfer weist auch in diesem Dokument nochmals die Unterstellung zurück, er habe sich bei der föderalistischen Senatsmehrheit anbiedern wollen, gebe es doch keinen heimattreuen Schweizer, kein geachtetes Regierungsmitglied, das sich anders verhalten hätte als er und nicht Punkt für Punkt seine Demarche unterschriebe.

«Ce n'est pas en se rangeant de tel ou tel avis sur l'objet d'une discussion diplomatique, ce n'est qu'en changeant tout à fait d'idée sur les bases de l'organisation sociale, que je pourrais gagner les bonnes grâces ou obtenir la confiance de ceux des Sénateurs Helvétiques dont les principes politiques diffèrent des miens.»

Für ihn seien die wegleitenden Grundsätze: les principes libéraux et les intérêts de la nation. Und, so fuhr er fort:

«Aussi tout en me soumettant à la nécessité des circonstances, en me prêtant sans raideur à des vues conciliatoires et en suivant avec scrupule mes instructions sur les objets d'un intérêt vraiment national, ai-je sans cesse dans tout ce qui était du ressort des opinions politiques, librement manifesté ce que je croyais le mieux convenir à mon pays [...] J'ai souvent fait à la paix et à la concorde le sacrifice de mes opinions; mais jamais à des considérations d'intérêt personnel celui de mes devoirs.»

Was Stapfer darauf folgen liess, war Lob und Preis auf das staatspolitische Wirken Bonapartes. Erstaunlich, wie weit sich der Kritiker des «jetzigen freiheitsmordenden Systems» – so am 17. Februar 1802 an Rengger – im helvetischen Staatsinteresse vorwagte!

«Je suis pénétré de respect et d'admiration pour le héros qui gouverne le peuple français. Il a rendu les deux plus grands services à la race humaine qu'un homme pût rendre aux hommes. Il a assuré, au milieu d'un grand peuple, le règne de l'égalité des droits, en mettant un frein aux désordres révolutionnaires, et en réunissant aux nobles jouissances de la liberté tous les avantages inappréciables d'un gouvernement fort et imposant. Il a préparé la régéneration des mœurs en rétablissant le culte des chrétiens, et laissé aux consciences et à la philosophie toute la latitude d'action que l'intérêt des lumières et l'expansion de vœux philantropiques pouvaient exiger. Il a, par ce double résultat, résolu les deux problèmes sociaux les plus difficiles qui étaient offerts à l'habileté et à la vertu des chefs de nations; il a fait triompher les deux systèmes sur lesquels mon cœur brûle de voir reposer dans ma patrie l'ordre moral et l'édifice de la société. Heureusement que l'ascendant des institutions françaises, sur un pays que la nature et l'antique habitudes ont destiné à

l'alliance la plus intime de la France, ne me laisse pas douter un instant du triomphe final de ces deux systèmes en Helvétie.»

Napoleon Bonaparte, Bändiger der Revolutionswirren und überlegener Ordner der Staatsverhältnisse, zudem Garant der auf das Nachbarland ausstrahlenden positiven Revolutionsgrundsätze, dies alles überwog für diesmal die Bedenken des kritischen Beobachters der Pariser Szene. Dass er auch Talleyrand als dem Adressaten des Schreibens seinen Tribut zollte, ist naheliegend.

«[...] vous qui avez porté les lumières et l'urbanité de l'ancien régime dans le nouveau [...] D'un œil sûr et dans les vues plus sages, vous avez, même dans les temps calamiteux du Gouvernement Directorial, su distinguer dans la foule et protéger en Helvétie les hommes libéraux et modérés tour à tour, et contre les énergumènes révolutionnaires, et contre les absurdes champions de la féodalité.»

Dem allen gegenüber brachte er doch nochmals die Walliser Frage vor und wies auf die schwere Verantwortung der damit befassten Regierung hin. Ein überschwänglicher Appell an die Grossmut des Ersten Konsuls begleitete den Wunsch, Frankreich möge doch die über die Schweiz gebrachten Leiden lindern.

«L'Helvétie a aux yeux de l'humanité un prix d'opinion que n'ont pu acquérir de grands empires; et son restaurateur s'assurerait une gloire nouvelle dans l'histoire.»

Stapfer beteuerte nochmals, die Wärme, mit der er die Sache des Wallis vertrete, habe nichts mit persönlichen Interessen zu tun, und er sei keineswegs auf die Gunst der föderalistischen Senatsmehrheit erpicht. Eher wäre er ja auf diejenige der französischen Regierung angewiesen, und zwar aus folgendem Grund:

«[...] ayant le dessein de m'établir en France, dès que je ne remplirai plus les fonctions de ministre de l'Helvétie près le gouvernement français.»

Eine überraschende Aussage, die auf das hinweist, was tatsächlich, aus verständlichen Gründen, ein Jahr später seinem Leben eine neue Richtung gab. Jetzt führte er einzig politische Gründe ins Feld, die derartige Überlegungen weckten:

«J'avoue que mon cœur ne pourrait aujourd'hui supporter le spectacle de ma patrie jadis si heureux, maintenant si déchue de son ancienne prospérité; et je ne pourrais me résoudre à habiter un pays où les calamités de la révolution ont singulièrement aigri tous les esprits, et où tous ceux qui ont témoigné de l'attachement aux principes de la révolution et à la cause française doivent malgré leur innocence, être par la masse du peuple de toutes les classes confondus avec les brouillons révolutionnaires et les auteurs de tous nos maux.»

Doch gleich den Einschub in eigener Sache entschuldigend, nochmals im Blick auf das Ganze:

«Je vous demande pardon, citoyen Ministre, de vous entretenir si longtemps de mon insignifiant individu: mais il m'importait de vous con-

vaincre que ce ne sont pas de misérables considérations personelles qui m'ont dicté ma note du 8 germinal et qu'elle m'a été arraché par le sentiment de mon devoir; car vraiment il importe à la Suisse que le gouvernement français voie dans cette note, non l'opinion d'un seul parti ou d'un seul homme, mais celle de tous les Suisses qui sont attachés à leur pays, quelle que puisse d'ailleurs être la nuance de leur idées politiques.»

Die so Angesprochenen reagierten auf diese zweite Stapfer'sche Note nicht ausdrücklich. Doch könnte seine eindringliche Argumentation das bald danach in der Walliser Sache neu ausgehandelte Abkommen mit beeinflusst haben. Zunächst verdrängte allerdings ein anderes Ereignis alles Übrige, als nämlich durch den vierten Staatsstreich das politische Gewicht wieder auf die Seite der unitarischen Gruppierung verschoben wurde. Die mangelnde Bereitschaft von Redings Regierung, über das Wallis ernsthaft zu verhandeln, trug dazu bei, dass die französische Regierung die Ausschaltung der Föderalisten am 17. April 1802 wohlwollend duldete. Der Erste Konsul entschied mit Instruktion an den Gesandten Verninac jetzt über das Wallis:

«Le premier Consul est décidé à assurer au Valais son indépendance et à isoler ce pays de la France, et il persiste dans ce dessein, parce que tout lui prouve qu'il est également avantageux au Valais, à la France et à la Helvétie. Du reste il est toujours dans l'intention du premier Consul que les prétentions du gouvernement helvétique, relativement au Valais, toutes vaines qu'elles sont, soient régulièrement discutées entre vous et un négociateur de son choix.»[72]

Somit war Bonaparte entschlossen, das Wallis als unabhängige Zwergrepublik zu konstituieren und auf die Annexion (vorerst) zu verzichten. Da Stapfer in die nachfolgenden zwischenstaatlichen Verhandlungen nicht weiter involviert war, genüge der Hinweis auf die erzielte Lösung, durch welche immerhin die Annexion um acht Jahre aufgeschoben wurde. Die neu gebildete helvetische Regierung delegierte den bisherigen Landammann Rengger für die Aufgabe. Er war sich zwar bewusst, dass das ganze Verfahren ein Diktat von aussen war, und missbilligte den Ausschluss der betroffenen Bevölkerung von jeder Mitbestimmung.[73] Im Mai 1802 waren die Hauptbestimmungen paraphiert. Doch dauerten die Verhandlungen über organisatorische Details bis in den Frühherbst.[74] Schon am 16. Mai erteilte Bonaparte seinem Aussenminister hierüber die seinen Interessen entsprechenden Direktiven:

«La constiution du Valais m'est assez indifférente, citoyen Ministre, pourvu qu'elle convienne aux Valaisans et que tout se fasse sans que rien soit imprimé. L'article 1er doit être ainsi conçu: «Le Valais forme une république indépendante, sous la protection des Républiques française, helvétique et italienne [...] Article 3e La grande route du Simplon est ouverte et entretenue aux frais des Républiques française et italienne. Les fortifications établies ou à établier pour la sûreté de cette route seront

faites par la France, qui a le droit d'établir, à ses frais, les magasins nécessaires pour assurer à ses armées le passage [...] La république du Valais ne reçoit et n'envoit des agents qu'aux trois républiques qui la protègent. [...] Le reste de la constitution m'est assez indifférent; donnez carte blanche au citoyen Verninac pour arranger comme il voudra et comme il conviendra aux Valaisans. Une fois convenue, un député français, un helvétique, un italien se rendraient à Lyon [Sion?] pour installer le gouvernement; mais tout se ferait sans éclat et sans que rien ne fût imprimé!»[75]

Dies entsprach den Zielsetzungen des Strategen zweier Feldzüge in Oberitalien, der sich beizeiten vorsehen wollte. Nominell Präsident der Republik Italien, trug er seinen Vizepräsidenten auf:

«Envoyez quelqu'un reconnaître comment vont les travaux du Simplon. C'est là surtout qu'il faut fixer nos regards. Ce chemin seul peut garantir Milan en cas de guerre; car nos troupes de la Bourgogne et de la Franche Comté y gagnent beaucoup de marches. Le Valais va former une république indépendante sous la protection de la France, de L'Italie et de la Suisse, et où le passage sera libre.»[76]

Als sich beim Verhandlungsgang unter der Ägide des befreundeten Rengger die glimpfliche Lösung für das Wallis abzeichnete, gab Stapfer seiner Erleichterung in einem Schreiben an den neuen, ihm gesinnungsverwandten Staatssekretär Müller-Friedberg mit folgenden Worten Ausdruck:

«Je partage absolument votre opinion sur le Valais. Après avoir fait notre devoir, il faut tâcher de fixer son sort de la manière la moins dure pour ses habitants, et certainement l'isolement est pour eux préférable au morcellement.»[77]

Es ist verständlich, dass Stapfer nach zweimaliger ernsthafter Gefährdung seiner Gesandtenstellung sich Gedanken über die Zukunft machte, dies auch im Blick auf seine Familie, die junge französische Gattin mit zwei Kleinkindern. Der sichere materielle Rückhalt bei den Schwiegereltern in Frankreich legte wohl den Gedanken nahe, im Gastland Wohnsitz zu nehmen, wie er überraschenderweise angedeutet hatte. Als die Kompromisslösung für das Wallis in Sicht war und die aufgeladene Spannung sich abbaute, suchte er in einer Unterredung mit Talleyrand eine Art Standortbestimmung, nicht zuletzt auch aus Pflichtgefühl gegenüber seinem Land. Sein Bericht nach Bern über das Treffen mit dem französischen Aussenminister datiert vom 6. Mai 1802 und ist ein für seinen Charakter bezeichnendes Dokument:[78]

«Je saisis cette occasion pour lui dire qu'il devait me dire franchement si un autre ministre serait plus agréable que moi au gouvernement français. A cela il répliqua: ‹Non, personne, je vous assure›. Cependant, lui dis-je, vous m'avez dit, vous-même, que ma précédente note sur le Valais avait déplu au Premier Consul: il m'a traité avec froideur à l'audience

du 15 germinal [5. April], et je sais que le citoyen Verninac a parlé de la convenance de me donner un successeur après l'établissement du gouvernement définitif. Je me ferais, ajoutai-je, d'éternels reproches, si j'avais nui, par ma présence ici, aux affaires de ma patrie; et je vous supplie, Citoyen Ministre, de me parler clair, pour que je puisse demander ma démission et prendre à temps des arrangemens qu'un changement aussi majeur dans ma position exigerait. Voici ce que le ministre me répondit: «Les dispositions du Premier Consul ont changé, comme vous avez dû vous en apercevoir à la dernière audience, où il vous a traité amicalement. Si le citoyen Verninac a pensé à préparer votre remplacement, c'était uniquement sur ce qu'on lui avait mandé de l'impression désagréable qu'avait produit votre note sur le Valais. Mais vous savez bien qu'elle ne subsiste plus, et vous avez dû juger, par le bon accueil du Premier Consul dans la journée d'hier que vous étiez bien vu.›

J'insistai encore pour qu'il me dit s'il y avait quelqu'un en Suisse qui convînt mieux au gouvernement français, et qui pût servir plus efficacement son pays. Il me répondit: ‹Non, personne›. J'ai cru de mon devoir d'avoir cette explication avec le ministre, et vous m'excuserez d'avoir parlé de mon individu, par la considération qu'il ne faut pas que les personnes soient un obstacle au succés des choses.»

In der Rückschau auf die innerhalb eines halben Jahres bewältigten Spannungen liess damit Stapfer durchblicken, dass für ihn auch hier die Sache vor persönlichen Interessen den Vorrang hatte. Es bleibt Vermutungen überlassen, weshalb Bonaparte und Talleyrand den nur allzu oft unbequemen und schlagfertigen helvetischen Gesprächspartner nicht abberufen liessen.

2.5 Die Wahrung der Interessen der Schweiz bis zum Abzug der Franzosen im Sommer 1802

Vorspiel zum vierten Staatsstreich. Stapfers Anteil an der Unitarieraktion vom 17. April 1802. Stapfer und der neue Staatssekretär Müller-Friedberg. Erneute Verfassungsberatung. Mässigung und nationaler Zusammenschluss als dringliches Postulat des Gesandten. Das Werben um Bonapartes Rückendeckung für die unitarische Staatsführung. Die Mission Lezay in die Schweiz. Der französische Truppenabzug.

I Das Verhältnis des Ersten Konsuls zur Helvetischen Republik ist nicht einfach zu umschreiben. Das Nachfolgende hält sich an die Sicht des Gesandten Stapfer. Seine offiziellen Berichte wie auch seine Privatkorrespondenz tragen vielleicht einiges bei zur Erhellung dieser Frage und darüber hinaus zur Deutung des Phänomens «Napoleon Bonaparte». Es muss offen bleiben, wie weit es Stapfer zu verdanken ist, dass der Korse aus der wilden Leidenschaftlichkeit seines Wesens heraus nicht unvermittelt, im mehrfach bezeugten Überdruss über den widerborstigen und von innerer Gärung zerrissenen Vasallenstaat, die französische Ostflanke kurzerhand durch gewalttätige Annexion sicherte. Dies war die Hauptsorge des helvetischen Gesandten, auch wenn an den öffentlichen Audienzen immer wieder in leutseligem Ton die Frage nach dem Gang der Dinge in der Schweiz kam. Nach dem Frieden von Lunéville brachte die von Bonaparte und Talleyrand stereotyp gebrauchte Formel zwar ein gewisses Wohlwollen zum Ausdruck, es gehe ihnen bloss um gute Ratschläge, und das Ziel sei das Glück und Wohlergehen Helvetiens, des allerdings noch immer militärisch besetzten Protektorats. Ging es nämlich dann um nationale Eigeninteressen, so wechselte auch die Tonart des Franzosen, und als mit dem Vertrag von Amiens der zweite Koalitionskrieg zu Ende war und der Satellit es wagte, seine Fühler auch zu anderen Mächten auszustrecken, gab es in Paris harsche Reaktionen. In dieser Lage war es für Stapfer auf dem wichtigsten Aussenposten seines Landes wesentlich, über ein persönliches Beziehungsnetz nützliche Informationen zu beschaffen, auch wenn in Diplomatenkreisen bisweilen bloss Alarmgerüchte zirkulierten. Der straff geführte französische Verwaltungsstaat, das Leben und Treiben am «Hof» und der ganze imposante Machtapparat standen in denkbar krassem Gegensatz zur Labilität der Helvetischen Republik, was den Gesandten immer wieder zu Warnrufen veranlasste. Es bedrückte ihn, dass sein gerade von den Revolutionskriegen so

hart betroffenes Land nun nach Lunéville und Amiens nicht aufatmen und an der allgemeinen Friedensstimmung in Europa teilhaben sollte. Es genügte das Stichwort «Wallis» für einen brüsken Abbruch des Gesprächs mit dem Ersten Konsul.[1] Was bedeuteten dagegen gewisse persönliche Gunstbeweise, wie die Einladung auf die pompöse Parade anlässlich der feierlichen Verkündigung des Konkordats in Notre-Dame am Ostersonntag, 28. April 1802? Dazu seine Anmerkung:

> «La cérémonie de demain sera parée de toute la magnificence dont le gouvernement restaurateur se plaît à orner aujourd'hui les temples profanés par l'irréligion révolutionnaire. J'ai reçu du Premier Consul l'invitation de l'accompagner à Nôtre-Dame dans une berline attelée de quatre chevaux.»[2]

Während also Europa im Frühjahr 1802 aufatmete und die Friedensschlüsse feierte, mühte sich die Helvetische Republik mit ihren ungelösten Problemen ab, mit dem unter föderalisierender Tendenz erneuten Verfassungsstreit, den Wahlen und dem reaktionären Druck der Reding-Partei, wie der Unitarier Rengger dem Freund in Paris berichtete.[3] Stapfer gab bei der französischen Regierung Gegendruck und spielte bis zum vierten, unitarisch gerichteten Staatsstreich vom 17. April 1802 und darüber hinaus eine gewichtige Rolle in Unterstützung und Beratung seiner Parteifreunde. Es ging ihm darum, einen politischen Rückschritt verhindern zu helfen. In der amtlichen Korrespondenz mit Staatssekretär Thormann, dem Berner Patrizier, liest man natürlich nur Unverfängliches. Im vertraulichen Briefwechsel mit Rengger hingegen steht Brisantes, etwa dass Stapfer sich bei Talleyrand darüber ausliess, wie «anarchische Reaktion, die uns unter dem sauberen Konstitutionsmachwerk [d. i. der föderalistisch gerichteten Version] in allen Ecken der Schweiz bedroht».[4] Dieser, der Reding-Partei ohnehin abgeneigt, hatte etwas von einer Massregel durchblicken lassen. Vielleicht dass der französische Gesandte anzuweisen wäre, auf die Annahme der Verfassung von Malmaison zu dringen und eine Epuration vorzuschlagen. Renggers Meinung, es entspräche eher der Nationalehre, durch eine neu gewählte Tagsatzung einen entsprechend zusammengesetzten Senat ernennen zu lassen, hielt Stapfer entgegen, angesichts der mangelnden Reife der Masse des Volkes könnten durch solche Wahlen die falschen Repräsentanten zum Zuge kommen. Dabei legte er, nicht zum ersten Mal, den Finger auf einen wunden Punkt der helvetischen Revolution:

> «Allein, mein Lieber! sind Sie gewiss, dass Sie eine vernünftige, nicht kontrerevolutionäre und nicht sanskulottische Nationalversammlung zusammenbringen könnten? Es ist doch nicht zu verkennen, dass die Volksmasse immer eher ein Instrument der Cidevants als der Liberalen sein wird; es ist leider nicht weniger wahr, dass bei dem gänzlichen Mangel an Bildung ausser der Klasse der Patrizier und Geistlichen nur ein sehr kleiner Haufen von zuverlässigen und aufgeklärten Freiheitsfreunden übrig bleibt.»

Der Hinweis auf den erst in Ansätzen vorhandenen staatsbürgerlichen Geist in der Schweiz basierte auf den Erfahrungen des helvetischen Erziegungsministers, der ja zwei Jahre um die Schaffung eines esprit public gerungen hatte. Hier knüpfte er gleich noch eine theoretische Überlegung zum System der politischen Repräsentation an, wobei er auf den Gegensatz zwischen reiner Theorie und ihrer Umsetzung in praktische Politik hinwies:

> «Es ist eine Lücke zwischen Montesquieu und Sieyès, zwischen der auf Beobachtung gebauten und der reinen Staatslehre, die nicht ausgefüllt ist; die Staatsorganisationslehre der Philosophen und der Erfahrungsmänner existirt, aber noch nicht die Staatsorganisations*kunst*. Auch hat man seit der Revolution beständig durch gewaltthätige Mittel die ausgedachte Regierungsform in Ausübung gebracht und dabei allemal bessere Resultate bekommen als bei dem gesetzmässigen, der Theorie gemässen Verfahren. Zum Beispiel von der durch den 18. Brumaire [Napoleons Staatsstreich 1799] erfolgten Staatsorganisation ist nur dasjenige gut, was ein Staatsstreich gemacht hat und Willkür ausführt; die Resultate des Notabilitätswesens hingegen sind äusserst elend.»

Hier schrieb ein vom Gang der politischen Dinge ernüchterter Beobachter, dem offensichtlich das staatspolitisch schöpferische Wirken des Ersten Konsuls zunehmend Respekt abnötigte. Unter Hinwendung zur aktuellen helvetischen Politik gestand er gegenüber dem Adressaten ein, er habe dem zwielichtigen und frankreichhörigen Politiker Dolder zu wenig entgegengearbeitet, der sich nun wieder in den Vordergrund dränge und dem er zutraue, dass er Bonaparte nach dem Vorbild der Cisalpiner noch das helvetische Präsidium antrage. Für sich selber wie für seine Gesinnungsfreunde meinte er resigniert:

> «Wir sind nun einmal nicht dazu gemacht, in Revolutionszeiten zu figurieren. Im Siege sind wir zu grossmüthig und zu voll von Vertrauen, und in der Unterdrückung erlauben wir uns nie andere als rechtliche Vertheidigungsmittel.»

So schrieb er Mitte März 1802 und erwog dann Ende des Monats doch wieder Mittel und Wege zur Ausschaltung der föderalistisch-reaktionären Senatsmehrheit, um die Spaltung zu überwinden und die Schweiz endlich zu konsolidieren:

> «So ist dann nun der Friede für die ganze Welt da, ausgenommen für uns nicht, und er wird für uns so lange nicht da sein, als eine kontrerevolutionäre Majorität die Spannung im Lande unterhält und den Krebsgang gegen die alten Einrichtungen zu geht. Wir müssen also denselben um jeden Preis los werden, und ich sehe dazu keinen andern Weg als die Annahme der Verfassung des 29. Mai [d. i. das Malmaison-Projekt] auf höhere Einladung hin. Allein diese (wie ich Ihnen mit Zuversicht sagen kann) geschieht nur, wenn man der französischen Regierung durch direkte Klagen und Adressen Veranlassung gibt. In diesem Fall erfolgt sie gewiss; ich bin autorisiert, es Ihnen zu eröffnen. Also denken Sie, Lie-

ber, gemeinschaftlich mit unsern Freunden auf ein Mittel, diese Sache einzuleiten. Sowie Sie mir eine Adresse in gedachtem Sinn an den ersten Konsul oder an den Minister gerichtet einschicken: so geschieht die Sache mit rückgehender Post.

Vielleicht hat sie schon vorher statt, aber man sagt, es könne nicht ohne Vorwand geschehen, und denselben müsse die Äusserung eines förmlichen Wunsches an die Hand geben. Der Überbringer Ihres letzten Briefes [d. i. der französische Gesandte Verninac in Bern] würde dann mit Aufträgen sogleich nach Bern abreisen.»

Dies war im Frühjahr 1802 Stapfers Plan zur Lösung der schwelenden helvetischen Staatskrise, eine Art Vorwegnahme der französischen Mediation im Jahr darauf. Sein Vorschlag war der Rückgriff auf Bonapartes Verfassungsprojekt von Malmaison. Nur ist zu fragen, wie zuverlässig die ihm vermutlich von Talleyrand gegebenen Zusicherungen waren; denn das letzte Wort stand nicht beim Aussenminister. Redings Politik war zwar in Paris schwer in Misskredit geraten und hatte auch in Verninac in Bern einen scharfen Gegner. Wäre aber anders die Frage ohne allzu schwere Beeinträchtigung der nationalen Selbständigkeit zu lösen gewesen? Gerade dies stellte für Stapfer die Hauptsorge dar, wenn er Rengger schrieb:

«Ich fürchte, Dolder und seine Bande möchten inzwischen den Wirrwarr benutzen, um dem grossen Manne das Präsidium anzutragen. Hingegen vereitelt die Annahme der Malmaisonverfassung ein solches Vorhaben wann und wo es existirt, und die Ausmerzung von fünf bis sieben reinigt die Atmosphäre.»

Er drängte zur Eile:

«Säumen Sie ja nicht, mein lieber Freund, mir mit umgehender Post nöthige Kunde zu geben. Denn ich habe mich hier stark avancirt, und der günstige Augenblick möchte so bald nicht wiederkommen. Sie können ja Ihre Protestation gegen das letzte Machwerk [d. i. das föderalistisch gerichtete Verfassungsprojekt vom 26. Februar] so stark motiviren, als ein edeldenkender und entschiedener Vaterlandsfreund es nur wünschen kann.»

Rengger verdankte Anfang April Stapfers Briefe und äusserte, er habe besonders aus dem ersten wieder Mut geschöpft für das Schicksal des Vaterlandes:

«[...] möchte dasselbe nur von uns selbst besser und weiser geleitet werden! Allein da geht man auf dem eingeschlagenen Weg immer kecker und festern Trittes fort.»[5]

So seine verbitterte Feststellung als zweiter Landammann neben Reding, dessen politischen Kurs er als Unitarier ablehnte. Jedoch ist gleich auch herauszuhören, wie schwer er sich als politischer Dogmatiker mit Stapfers Konstitutionsvorschlag tat:

«Für die blosse Einführung der Konstitution vom 29. Mai ohne Änderung in der Komposition geben wir keinen Heller; vielmehr wollen wir

die gegenwärtige Konstitution weit lieber durch einen andern Senat als eine andere, ungleich bessere, durch den gegenwärtigen Senat ausgeführt sehen.»

Erwägungen dieser Art gingen dem unmittelbar bevorstehenden vierten Staatsstreich voraus. Rengger gab dem Freund zu verstehen, die unitarische Opposition werde den reaktionären Regierungskurs nicht länger dulden. Die Föderalisten ihrerseits hätten die Reformfreunde auch gerne ausgeschaltet. Mitte April planten beide Parteien einen Putsch. Doch kamen die Unitarier während der Osterpause den Gegnern zuvor. Sie benutzten die Abwesenheit des Ersten Landammanns Reding und vertagten am 17. April durch Mehrheitsbeschluss im Kleinen Rat den Senat. Das föderalistische Verfassungsprojekt wurde sistiert, und eine Notabelnversammlung von 47 Persönlichkeiten aus allen Kantonen sollte über das Malmaison-Projekt beraten.[6] Der vierte Staatsstreich verlief also nicht ohne beratenden Einfluss Stapfers, zwar ohne Gewaltanwendung, doch gegen heftigen Protest der Andersgesinnten und besonders des aus Schwyz zurückkehrenden Landammanns Reding. Die Aktion vollzog sich aber unter wohlwollender Duldung des französischen Gesandten Verninac. Ein Vorgehen dieser Art hatte Stapfer übrigens schon unmittelbar nach dem dritten Staatsstreich erwogen, als Reding sich auf der Reise nach Paris befand. Damals äusserte er mit Blick auf dessen Unternehmen:

«Das einzige Gute, was aus diesem Theaterstreich hervorgehen kann, wäre eine neue Revolution in Redings Abwesenheit.»[7]

Im Gegensatz zum nachfolgenden offenen Bürgerkrieg ging also dieser helvetische Szenenwechsel ohne Gewaltsamkeiten vor sich, natürlich auch in Rücksicht auf die im Land stehende französische Besatzungsarmee. Die konziliante Note Verninacs an die neu konstituierte Exekutive liess – vielleicht etwas voreilig – ebenfalls die offizielle Billigung durch die Schutzmacht erhoffen. Die Unitarier setzten ihre Hoffnung auch auf das Wirken des Gesandten Stapfer. Die nun an ihn gehenden Anweisungen der neuen Behörde könnten nicht widersprüchlicher sein als die Instruktionen des noch für kurze Zeit amtierenden Staatssekretärs Thormann.[8] Jene gab ihrer Genugtuung folgendermassen Ausdruck:

«Nous vous faisons part d'un événement dont vous féliciterez votre patrie. L'espoir renaît pour elle, et votre zèle, votre fidélité, vos talents contribueront à le réaliser. Jamais elle n'avait été au bord d'un tel précipice; si la correspondance officielle vous a laissé ignorer sa situation alarmante, vous en avez certainement été instruit par bien d'autres voies, et le seul aspect de la constitution qu'on allait lui imposer, de la loi qui, en dénaturant ses organes, substitua à la volonté du peuple un assentiment de diètes artificiellement composées, ne vous a pas permis d'en douter.»

Der ergrimmte Berner Aristokrat Thormann hingegen, der soeben auch dem desavouierten, zurücktretenden Landammann Reding für ein Protestschreiben an den Ersten Konsul die Feder führte, gab dem Gesandten bekannt:

«Vous aurez reçu par le dernier courrier le décret révolutionnaire du 17. Il est très probable que le Sénat helvétique eût adopté la mesure d'une convocation de Notables de chaque Canton; mais il est impossible qu'il puisse donner son assentiment a un arrêté inconstitutionnel en lui-même et qui par l'abus de confiance, par le choix du moment et par les moyens d'exécution porte le caractère de l'irréligion et de l'immoralité la plus scandaleuse.»

Diesem leidenschaftlichen Verdikt Thormanns, von dessen bevorstehender Entlassung Stapfer noch keine Kenntnis hatte, antwortete er, insbesondere unter Bezugnahme auf die von den Föderalisten angewendete Wahltaktik bei der Bestellung der Kantonaltagsatzungen, ganz offen, aber in gemessenem Ton:[9]

«La franchise que j'ai toujours mise dans les affaires publiques, me défend de vous cacher [...] que cet arrêté [d. h. die Vertagung des Senats] m'a paru réparer l'injustice commise envers la nation par la mode à la fois bizarre et illusoire qu'on avait adopté pour faire nommer les dix membres des Comités cantonaux. Les opérations de ces Comités devant fixer les destinées de la génération présente et de nos neveux, leur composition devait présenter à la nation les représentans des vœux et des intérêts de toutes les classes et non d'une nuance particulière d'opinion, qui ne pouvait manquer d'y dominer d'après le mode d'élection qu'on avait prescrit.»

So standen sich nun die Teilhaber an dem von Bonaparte und Talleyrand zur inneren Befriedung der unruhigen Helvetischen Republik postulierten Amalgam der Parteien wieder in offener Feindschaft gegenüber.

Im Zusammenhang mit dem helvetischen Parteienstreit kann die Frage nach der Loyalität des Gesandten Stapfer zur jeweils eingesetzten Staatsleitung nicht ausgeklammert werden, dies etwa in Hinsicht auf die Unitarieraktion vom 17. April 1802. Bewegte sich der Kantianer hier mit seiner Parteinahme nicht an der Grenze streng aufgefasster Moral? Gewiss konnte er sich darauf abstützen, dass in den politischen Reflexionen seines Philosophen immer wieder die Frage nach der rechten Ordnung im Staat gestellt und im Sinne der Aufklärung beantwortet wurde. Und wenn er dessen geschichtsphilosophischen Grundgedanken von der Freiheit des Menschen als Endzweck der Schöpfung als Leitziel nahm, dann hatte sich die politische Praxis daraufhin auszurichten und konnte wohl entgegengesetzte Bestrebungen zu verhindern suchen.

II

Der politische Pendelschlag des vierten Staatsstreichs leitete die Endphase der Helvetischen Republik vor dem Abzug der Franzosen im Sommer 1802 ein. Noch einmal versuchten die unitarisch gerichteten Reformer ihre konstitutionellen Vorstellungen umzusetzen. Gleich am Tag nach dem Machtwechsel ging die Meldung Renggers mit dem Zuruf «Liebster Freund!» an Stapfer in Paris:[10]

«Es ist Verninacs Idee, die wir ausgeführt haben; ich hatte auf Zusammenberufung einer Tagsatzung angetragen, weil ich überzeugt war, dass

man sie in seiner Gewalt hätte. So aber bleibt es nur eine provisorische Massregel; immer müssen wir eine Behörde aufstellen, um die Konstitution [die vom 29. Mai mit wenigen Abänderungen] zu sanktioniren und einen konstitutionellen Senat wählen, und diess muss geschehen, dass die Form das Volk gewinnt und sich durch ihre Loyalität rechtfertigt, das Resultat aber sicher ist. Übrigens war alles reif zur Veränderung, auch ist sie ohne Aufheben und ohne irgend einen militärischen Appareil vor sich gegangen.»

Aus Stapfers Antwort liest man lebhafte Genugtuung über das Vorgefallene heraus. Ihm kam jetzt zu, die Vorgänge der französischen Regierung plausibel zu machen sowie die öffentliche Meinung in Paris dafür einzunehmen. In seiner Antwort an Rengger tönte es zunächst wie ein Stossseufzer der Erleichterung:[11]

«Dass mir, mein theuerster Freund, Euere Operation die lebhafteste Freude gemacht hat, darf ich Ihnen gewiss nicht erst sagen. Ich lebe wieder auf und schöpfe Hoffnung.»

Darauf allerdings seine vorsichtige Einschätzung der französischen Haltung:

«Über die hiesigen Absichten und Denkungsart kann ich Ihnen noch nichts Bestimmtes sagen. Allein zuverlässig macht Redings Entfernung Vergnügen. Es scheint, er habe bei dem Petersburger und andern Höfen Schritte gethan, die hier ausserordentlich missfielen. Ob man uns aber jetzt redlich unterstützen werde? oder ob man den Anschein von Unmöglichkeit, uns selbst zu organisieren, den die schnell auf einander folgenden Regierungsabwechslungen den Schweizern geben, nur zur Beförderung anderer Pläne zu benutzen gedenkt, kann ich Ihnen nicht sagen [...] Aber auf dem Wallis oder einem Theil desselben wird man zuverlässig bestehen.»

Der hier beim Schreiben Unterbrochene fügte dann nur noch den Nachsatz bei:

«Talleyrand war die ganze Unterredung hindurch sehr aufgeräumt, woraus ich schliesse, dass man im Grunde mit der Veränderung sehr zufrieden ist. Er sagte: «Verninac hat sich darein gar nicht gemischt und er hat Recht; denn Ihr ändert alle acht Tage.»

Der dominierende Kleine Rat seinerseits richtete am Tag des Machtwechsels, ohne den noch nicht entlassenen Staatssekretär Thormann beizuziehen, ein offizielles Schreiben an Stapfer unter Beilage einer für den Ersten Konsul bestimmten diplomatischen Note. Es war oben schon kurz davon die Rede. Hier ist das Dokument noch in Verbindung zu bringen mit Stapfers eine Woche später erstattetem Situationsbericht über die ersten Reaktionen in Paris.[12] Allem voran wies man den Gesandten an, Bonaparte über die Lage in Helvetien und die Beweggründe für die unitarische Aktion ins Bild zu setzen:

«Exposez-lui la grandeur des dangers et leur vérité: persuadez-le de la loyauté de nos intentions, de nos vues conciliantes, de nos buts modérés; obtenez-nous son approbation [...] Qu'il ne dédaigne pas d'ajouter à sa

gloire celle d'avoir été le pacificateur de l'Helvétie [...] Vous vous prononcerez surtout hautement sur l'intention que nous avons de n'établir en Helvétie qu'une constitution qui puisse plaire au Consul; et de renouer par une diplomatie franche et loyale les liens naturels par lesquels l'Helvétie tient à son grand allié.»

Die detaillierte Kritik des föderalistischen Verfassungsentwurfs lieferte dem Gesandten zusätzliche Argumente für seine Demarche. Stapfer seinerseits unterstrich nun zu Beginn in einem ausführlichen Bericht nach Bern, er habe pflichtgemäss lange abgewartet, ob die von der föderalistischen Senatsmehrheit geplante Verfassung, auf Ausgleich gerichtet, freiheitliche Institutionen zu begründen verspreche, «tant j'étais pénétré de la nécessité de présenter à l'Etranger le plus tôt possible une nation unie et constituée». Die zutage tretende reaktionäre Tendenz habe ihn jedoch veranlasst, den französischen Aussenminister auf den illiberalen Grundzug des Werks hinzuweisen und die nun erfolgte Aktion der Unitarier zu rechtfertigen:

«Il ne m'a pas non plus été difficile de lui montrer que la rage secrète qui animait la majorité du Sénat contre tout ce qui tenait aux principes libéraux et à nos rapports avec la République française aurait entravé et semé d'épines le cours des négociations qui doivent enfin régler les relations et les intérêts réciproques des deux Nations.»

Von der zurückhaltenden Reaktion Talleyrands auf den 17. April war oben die Rede. Bei dieser Gelegenheit wurde er nun ausführlicher, wie Stapfer referierte:

«Il me répondit qu'il ne pouvait fixer ses idées sur ce dernier changement, qu'en voyant ses effets subséquents sur la tranquillité et l'organisation de la Suisse; que les bouleversements se succédaient si rapidement dans notre pays que le gouvernement français devait dans les premiers moments qui suivaient une nouvelle révolution en Helvétie se borner à faire des vœux pour qu'elle nous amenât enfin dans le port désiré; qu'ils les faisait bien sincèrement, ces vœux, mais qu'il m'assurait que le premier Consul ne se mêlerait en rien dans nos discussions, et qu'il laisserait sa liberté entière et son plein essor à l'opinion publique et à la volonté nationale.»

Gerade um an höchster Stelle für die neue helvetische Regierung Vertrauen zu wecken, fuhr Stapfer fort, habe er nicht nur für die rasche Übermittlung ihres Schreibens an Bonaparte gesorgt, sondern eine eigene Note hinzugefügt. Wie notwendig diese Schritte seien, könne er nicht verschweigen:

«Mais je ne dois pas vous dissimuler [...] qu'il faudra tout le zèle patriotique et désintéressé qui vous anime, toutes les lumières qui vous distinguent et toute la considération qui vous environne, pour triompher des préventions fâcheuses que vos dissenssions civiles et les successions des différentes systèmes politiques ont données au gouvernement français contre les Suisses, préventions augmentées par les démarches impru-

dentes faites auprès de quelques cours étrangères, et tellement fortes aujourd'hui que le premier Consul témoigne de l'humeur toutes les fois qu'on lui parle de la Suisse, et qu'il trouve nos affaires plus épineuses et difficiles à arranger qu'aucune de celles qui l'ont occupé. J'espère que la crainte du retour de l'ancien régime que la majorité du Sénat tenait depuis quelques mois suspendue sur nos têtes, une fois détruite, il sera maintenant plus facile de rallier la nation autour d'institutions sages, fortes et libérales. Je dois le dire: si cette espérance ne commence pas bientôt à se réaliser par des symptômes d'esprit public renaissant, de confiance ranimée et d'union franche et cordiale entre les gens modérés de tous les partis, nous tomberons dans une déconsidération qui provoquera ou justifiera tous les projets qu'on pourrait former contre notre indépendance [...] Je ne puis terminer cette lettre [...] sans vous remercier de fonds de mon âme avec tous les amis de la liberté, d'avoir osé vous mettre à la brèche et de n'avoir désespéré du salut de la patrie.»

So zugleich der dramatische Appell des von tiefer Sorge erfüllten Patrioten an die obersten Verantwortlichen in Bern, Gemeinsinn zu entfalten und die Reihen zu schliessen, bevor es zu spät sei.

Auf dem Gesandten lastete erneut die Aufgabe abzuklären, wie Bonaparte und Talleyrand den Szenenwechsel beurteilten, und um Rückendeckung zu werben. So befasste sich etwa sein nächster Bericht mit Unterredungen beim Aussenminister und der Frage, ob der Erste Konsul eine starke, liberale Organisation der Helvetischen Republik fördern würde.[13] Paris hielt sich zurück und wollte die Pläne des Kleinen Rats abwarten, hiess es, und der Erste Konsul sähe mit Befriedigung, wenn Helvetien endlich eine Verfassung auf der Grundlage freiheitlicher Prinzipien und mit Zustimmung der Nation bekäme, «une constitution basée sur les principes libéraux et sur l'assentiment de la majorité de la nation». Stapfer meinte zuversichtlich, einige Hoffnungszeichen ausmachen zu können, die auf eine verdeckte Zustimmung hinwiesen. Hätte sonst Verninac in Bern sogleich positiv auf den 27. April reagiert? Talleyrand selber hatte zudem die föderalistische Tendenz im Umkreis Redings scharf kritisiert und Stapfer vor kurzem um eine Kopie der Verfassung vom 29. Mai (Malmaison) gebeten, da sie seinem Büro abhanden gekommen sei. Die französische Zurückhaltung erkläre sich aus diplomatischer Rücksicht auf die anderen Mächte, denen Paris erklärt habe, es wolle die Schweizer ihre Differenzen allein bereinigen lassen und keinen dem Vertrag von Lunéville widersprechenden Einfluss ausüben. Abschliessend meinte Stapfer, ausgleichende politische Massnahmen könnten den französischen Konsens zusätzlich fördern, wenn beispielsweise gemässigte ehemalige Regenten mit bekanntem Namen – er nannte den befreundeten Berner Patrizier Karl Viktor von Bonstetten – zur Mitarbeit beigezogen würden.[14] Mit Blick auf die bereits zur Verfassungsberatung einberufene Notabelnversammlung gab er den Rat, sie möge weder zu lange tagen noch sich in endlose Debatten einlassen. Er seiner-

seits, auf dem Pariser Posten bestätigt, werde dort die gute Sache sekundieren. Es kam ihm nun sehr zustatten, dass nach dem erzwungenen Abgang seines Antipoden Thormann mit dem gemässigt-unitarischen *Karl Müller-Friedberg* (1755–1836) ein vertrauensvoller Vorgesetzter und Korrespondent ins Spiel kam. Er zeigte Stapfer am 28. April seine Berufung «zur einstweiligen Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten» an.[15] Nach kurzer Zeit wechselten die beiden auch vertrauliche private Briefe. Schon der erste ausführliche Gedankenaustausch lässt das für Stapfer wieder verbesserte Arbeitsklima erkennen.[16] Der neue Staatssekretär meldete ihm den zügigen Verlauf der sogleich nach dem 17. April aufgenommenen Verfassungsberatungen, wie jener es empfohlen hatte, und ersuchte ihn um diplomatischen Sukkurs:

> «Le Gouvernement s'est convaincu que rien n'est plus essentiel que d'obtenir, avec une célérité qui surprenne les ennemis de la liberté helvétique, une constitution définitive et la manifestation la plus positive que possible de l'approbation du premier Consul, le voisin et l'allié le plus puissant de l'Helvétie, et qui s'est le plus intéressé à son sort et à son indépendance. C'est sur ces deux objets que je vous sollicite de concentrer vos soins zélés.»

Müller-Friedberg schloss seine knapp formulierte Zielsetzung zur Konstituierung, auch unter Absicherung durch den Volkswillen, mit den Worten:

> «Puisse-je vous féliciter promptement d'avoir contribué essentiellement au bonheur permanent de l'Helvétie et vous exprimer avec un intérêt d'autant plus vif les sentiments de mon estime et de mon attachement.»

Der für den neuen Ton empfängliche Stapfer antwortete in zuversichtlicher Stimmung:

> «C'est un bien grand plaisir que j'ai appris la nomination du citoyen Rüttimann à la place de directeur des relations diplomatiques et la vôtre à celle de Secrétaire d'Etat ad interim. De pareils choix ne peuvent qu'inspirer la confiance la plus entière.»

Gleich zwei Tage später erläuterte er seinem Gesprächspartner die Schwierigkeit, die französische Taktik zu durchschauen und zur Rückenstärkung der neuen Regierung eine eindeutige öffentliche Stellungnahme des Ersten Konsuls zu erlangen, dies umso mehr, als nicht nur Reding bei Bonaparte eine scharfe Beschwerde gegen die Unitarier erhoben hatte, sondern namentlich auch bernische Parteigänger des Föderalismus in Paris intrigierten. [17] Er referierte:

> «Il paraît que le système adopté par le gouvernement français est d'observer le développement des résultats du 17 Avril, et comme il ne peut manquer d'y voir par la suite l'empreinte du vœu national et l'approbation de tous les vrais amis de la liberté et des deux Républiques, nous ne devons pas craindre qu'on favorise d'aucune manière l'opposition factieuse d'une petite minorité qui s'est rendu odieuse à la masse de la Nation, en tenant pendant six mois le glaive de la contrerévolution suspendu sur sa tête.»

Genauere Indizien hätte vielleicht wieder einmal ein längeres Gespräch mit Bonaparte geliefert. Von der ersten öffentlichen Audienz nach dem Staatsstreich berichtete Stapfer unter Hervorhebung des Bedeutungsvollen jedoch nur dies:

> «Hier à l'audience le premier Consul, après m'avoir salué, me dit sur le ton de la plaisanterie: *Eh bien, vous voilà encore en révolution. Tâcher donc de vous en fatiguer.* J'eus à peine le temps de lui répondre: La dernière n'est qu'un retour aux principes et au vœu du peuple; il cherchait son niveau et il l'a trouvé. Avant le dîner où nous fûmes invités, ma femme et moi, il me salua de nouveau très gracieusement et allait me parler, quand on vint avertir que la table était servie.»

Ob der Gesandte bei längerer Unterhaltung mehr aus seinem Partner herausgebracht hätte, als was ihm auch Talleyrand stereotyp wiederholte? Zudem erhielt Stapfers Zuversicht unerwartet einen Dämpfer, als der Erste Konsul in einer fast zum selben Zeitpunkt veröffentlichten Botschaft an die gesetzgebende Kammer unter anderem zur Lage der Helvetischen Republik eine gravierende Feststellung einflocht, die wie eine versteckte Drohung tönte:[18]

> «La République helvétique, reconnue au dehors, est toujours agitée au dedans par des factions qui se disputent le pouvoir. Le Gouvernement, fidèle aux principes, n'a dû exercer sur une nation indépendante d'autre influence que celle des conseils; ses conseils jusqu'ici ont été impuissants. Il espère encore que la voix de la sagesse et de la modération sera écoutée, et que les puissances voisines de l'Helvétie ne seront forcées d'intervenir pour étouffer des troubles dont la continuation menacerait leur propre tranquillité.»

Stapfer wollte allerdings die daraufhin in Diplomatenkreisen kursierenden Gerüchte nicht wahrhaben, Bonaparte suche die Schweiz auf den Punkt zu bringen, dass man ihm die Präsidentschaft antrage. Das Urteil über den 17. April, so fand er, hänge auch davon ab, ob zur Rettung der nationalen Unabhängigkeit eine gute Verfassung zustande komme. [19] Talleyrand habe ihn darin bestärkt und betont, Frankreich wolle sich nicht ein zweites Mal mit einem Verfassungsvorschlag kompromittieren lassen. Im Lauf der folgenden Wochen beschäftigte also den helvetischen Gesandten nichts so eingehend wie der Gang der Konstituierung. Ja, er verband mit der Konsolidierung der Helvetischen Republik geradezu Erfolg oder Scheitern seiner Mission in Paris.

> «Il serait très mortifiant pour moi de ne pas réussir dans une affaire qui tenait fort à cœur à mon gouvernement, et qui pouvait mettre enfin un terme à notre état provisoire.»

So zu Talleyrand.

In Diplomatenkreisen zirkulierten nämlich mangels anderer brisanter Themen Gerüchte über die bevorstehende Einberufung einer Schweizer Consulta nach Strassburg durch Bonaparte. Man munkelte sogar von Annexions- und Aufteilungsplänen. Suchte Stapfer hinter die Kulissen zu blicken, so erhielt er auf sei-

Karl Müller-Friedberg (1755–1836), Staatssekretär des Äussern der Helvetischen Republik 1802. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

ne bohrenden Fragen im französischen Aussenministerium stets die Antwort: Helft euch selbst, doch ja ohne unsere Interessen zu tangieren! Die Appelle des tief besorgten Patrioten an die politischen Instanzen in Bern erklären sich aus dieser Dauerspannung heraus. Der Zuruf am Schluss eines am 10. Mai 1802 verfassten Lageberichts war nicht nur an den Staatssekretär gerichtet, sondern sollte die ganze politische Führungsgruppe aufrütteln.[20]

> «Quoi qu'il en soit, le moment décisif est arrivé. Il dépend de nous, si, en sacrifiant à de petits intérêts de castes ou de localité le salut de la patrie, nous voulons être effacés de la liste des nations et léguer à nos descendants, avec la honte et le désastre de nos misérables querelles, la malédiction d'un théâtre de guerre périodique et le triste honneur de contribuer à bâtir des flottes avec les débris de nos fortunes et à teindre de notre sang l'océan des deux Indes; si nous voulons, en un mot, offrir à

des opinions la patrie en holocauste, ou bien conserver avec l'honneur que l'Europe répugne à nous voir perdre, l'inappréciable bien d'une existence nationale et indépendante. C'est aujourd'hui si jamais que, suivant l'expression de notre historien en 1798 [sc. Johannes von Müller], nous devrions tenir conseil secret dans les marchés et proposer au peuple helvétique cette alternative: Continuez de vous quereller, pour être ensuite foulés aux pieds, ou réunissez-vous pour lever le front avec sécurité vers le Ciel de vos Alpes, et pour jouir en honneur l'héritage de vos ancêtres. Aujourd'hui Bonaparte vous tend la main; demain si le scandale de vos divisions continue, il sera forcé de l'appesantir sur vous pour les faire cesser.»

Das war Stapfers Kassandraruf Mitte Mai 1802, ein halbes Jahr vor Napoleon Bonapartes Proklamation von St. Cloud zur Dämpfung des inzwischen aufgeflammten Bürgerkriegs und vor der nachfolgenden Mediation, die dann unter militärischer Sanktionsdrohung stand.

III Immerhin hellte sich im Frühsommer der Himmel nochmals auf, als die Versammlung von fünfzig Notabeln mit der Verfassungsberatung zügig vorankam und unter massgeblichem Einfluss Renggers und des französischen Gesandten Verninac in Anlehnung an Malmaison ein Projekt entwarf, das danach auch der französischen Regierung unterbreitet wurde und zur Volksabstimmung kam. Natürlich warf der wegen der Zehnten und Grundzinsen im Kanton Léman aufflammende Aufstand einen dunklen Schatten, dämpfte aber vorerst Stapfers Hoffnung auf die Lösung der Hauptfrage nicht:

«Il est urgent que vous terminiez promptement et la promulgation du nouveau pacte social et le choix des membres du Sénat, dont les noms doivent entrer dans la constitution. C'est le seul moyen de sauver l'existence de notre patrie.»[21]

Was er seinerseits in Paris mit allen Kräften anstrebte, war die offizielle französische Genehmigung der geplanten Neuordnung, um allen der Schweiz drohenden feindseligen Plänen zuvorzukommen.[22]

Mit dem neuen, politisch gesinnungsverwandten Staatssekretär Müller-Friedberg konnte er eben den Dialog viel offener führen als vorher. Dieser hielt ihn auf dem Laufenden und legte ihm seinerseits die bei der Konstituierung zu lösenden Kernfragen dar:

«[...] mais c'est la meilleure [constitution] à laquelle il ait été possible de parvenir dans les circonstances actuelles, où il a fallu plutôt une convention qu'une loi constitutionelle. En attendant ce pacte, malgré ce qu'il laisse à désirer même aux hommes sages et modérés, a aussi ses avantages marquans sur tous les essais précédents de constitution. Le gouvernement a plus de force et d'organisation, et il s'y trouve des garanties pour une meilleure composition, soit du gouvernement, soit des autori-

tés cantonales pour à présent et pour la suite. Par la prochaine je pourrai sans doute vous parler de la façon dont on se prendra pour soumettre ce pacte à la sanction nationale.»[23]

In Bern nahm man zweifellos Stapfers Warnungen nicht auf die leichte Schulter, wenn er kurz darauf rapportierte, es drohe zwar keine unmittelbare Aufteilungsgefahr, jedoch dürfe nicht unterschätzt werden, wie schädlich der Eindruck sei, die Schweiz habe nicht den nationalen Willen, sich aus eigener Kraft zu stabilisieren:

«[...] mais il est sûr que de plus en plus l'opinion s'établit que nous n'avons pas de volonté nationale et qu'il est impossible d'établir chez nous un gouvernement par nos propres forces. Les partisans de l'ancien régime ne cessent de dire qu'ils aiment mieux être province française que d'être gouvernés par tels ou tels. L'autre extrême tient le même langage. C'est ainsi que peu à peu l'opinion se forme, et qu'un plan qui d'abord avait été repoussé par la France et considéré comme inexécutable, ne présente plus d'obstacles insurmontables et qu'on songe à réaliser. Ce moment malheureux n'est point encore arrivé, et il dépend de nous qu'il n'arrive jamais.»[24]

Die beruhigende Nachricht vom nahen Abschluss der Verfassungsberatungen tröstete ihn über die abschätzigen Bemerkungen über sein Land hinweg, die in der Umgebung des Ersten Konsuls fielen. Sein verletztes nationales Selbstgefühl spricht aus einem privaten Schreiben an Müller-Friedberg:[25]

«Quoi qu'il en soit, hâtons-nous de nous organiser d'une manière qui inspire la confiance au dedans et le respect au dehors, afin que tous les événements que cache encore la nuit de l'avenir nous trouvent réunis en une seule faction, la faction du bien public et de l'indépendance, nous trouvent formés en un corps de nation libre, fière et valeureuse. *L'existence nationale est un bien inappréciable que nul autre peut compenser*» [kursiv vom Verf.]

Der Staatssekretär hatte bei ihm keine leeren Hoffnungen geweckt, und auch der massgeblich an der Redaktion beteiligte Freund Rengger gab ihm Nachricht vom Abschluss der Verfassungsberatungen:

«Wir folgen Ihrem Rathe, rasch vorwärts zu gehen. Gestern sind die Notabeln auseinander gegangen und in zwei Tagen werden wir den mit dem Minister [Verninac] definitiv verabredeten Verfassungsentwurf [...] dem Volk zur Sanktion vorlegen.»[26]

Ein wenige Tage später an Müller-Friedberg gehendes Schreiben lässt Stapfers grosse Erleichterung erahnen. War nun nicht das Ziel der besten Helvetiker in greifbare Nähe gerückt, den 1798 begonnenen grundlegenden Umbau der alten Strukturen endlich zu konsolidieren und eine fortschrittliche nationale Entwicklung einzuleiten? Das ausführliche Dokument bündelt nochmals die Überlegungen des Gesandten zur Lage seines Landes:

«Les nouvelles que vous me donnez du parfait accord qui règne entre le Petit Conseil et l'assemblée des Notables me font le plus grand plaisir. Je n'en éprouve pas moins en apprenant que les travaux concernant la constitution tirent sur leur fin et que cet acte important va incessamment être soumis à la sanction du peuple helvétique. Ma position me met à même de sentir tout l'importance d'une accélération de ce grand œuvre national, et je consentirais volontier d'abréger ma vie d'autant d'années que je pourrais retrancher de jours à notre état provisoire, si ce sacrifice était de nature à produire cet heureux résultat. Alors au moin j'aurais l'espoir de voir le nom Suisse se replacer sur le rang des nations et de laisser une patrie à mes enfants. Hâtons-nous, je le répète, de prendre possession aujourd'hui d'un bien inappréciable, qui demain peut-être ne sera plus en notre pouvoir. – Ceux qui disent aujourd'hui avec tant d'aigreur: Nous préférons être réunis à la France ou sujets de l'Autriche, qu'être gouvernés par tels ou tels, aiment donc mieux être foulés aux pieds par l'Etranger, servir d'avant-poste dans toutes les guerres futures et préparer à leurs enfants le sort des Savoyards? – Je sais bien que la passion est sourde aux oracles de Dieu, à la voix de l'histoire et même aux leçons de sa propre expérience; je sais que les sectes qui se ressemblent le plus s'entrepersécutent avec le plus de rage et de fureur. Mais quand la bienveillance du héros de la France nous y convie; quand nos souffrances passées nous éclairent; quand nous maux présents nous y poussent; quand l'avenir nous menace; quand nous voyons les grandes puissances de l'Europe, avides de nouveaux moyens de s'indemniser, regarder de minute en minute à la montre, impatientes de saisir leur proie, regarder de minute en minute, pour s'assurer si le moment propice est venu, si nos agitations ont assez duré pour justifier les projets qu'on médite, si l'heure où on doit désespérer de notre raison et de la possibilité d'établir un gouvernement fort et national parmi nous, n'est pas encore sonnée, ne serait-il donc pas possible que nous oubliassions un moment que nous sommes citadins ou campagnards, aristocrates ou démocrates, pour nous rappeler uniquement que nous sommes Suisses? Ne saurions-nous nous conserver par le sacrifice de quelques nuances d'opinion ce que nos ancêtres ont acquis au prix de leur sang? On ne nous demande pas de résister à un puissant monarque, on n'exige pas que nous combattions de nombreuses armées ou que nous nous précipitions sur un rempart de lances, en renonçant à la vie et à tout qui nous était cher. On ne nous demande que quelque commisération pour nous-mêmes, quelque pitié pour nos enfants, quelque désir de repos et quelque besoin d'ordre et de bonheur. On demande que nous nous donnions de la consistance, en en donnant à un gouvernement national; que nous apprenions à l'Etranger à nous respecter, en environnant de respect

nos autorités. Quelle que soit la constitution qu'on offre aujourd'hui à la Nation, revêtue de l'approbation de l'élite de ses citoyens; quels que puissent être ses défauts, quels que soient les hommes qu'on va lui présenter comme devant composer le Conseil Suprème de l'Helvétie, dans les circonstances où nous nous trouvons, j'ose affirmer et j'en atteste le Ciel, que celui qui ne s'empresse pas de leur donner son suffrage et de les environner de sa confiance et de son respect, est un homme qui veut exposer au naufrage le vaisseau de l'Etat et qui coupe la corde qu'on lui jette du rivage.»

Ob diese staatsmännische Mahnrede die zerstrittenen Parteien noch hätte zur Besinnung bringen können, und ob namentlich der tiefe Unmut der vom politischen Treiben angewiderten Bevölkerung sich hätte beschwichtigen lassen, diese Frage kann wohl gestellt werden, bleibt jedoch angesichts des Ganges der kommenden Ereignisse müssig. Stapfer allerdings nahm die rasche Einigung der politischen Führungsgremien auf das Verfassungsprojekt vom 25. Mai als günstiges Vorzeichen auch für die nachfolgende Volksbefragung.

«L'accord qui règne entre le gouvernement et les notables est d'un très bon augure pour le résultat du recueillement des votes par registres dans toutes les communes de l'Helvétie.»[27]

Erfüllt von dieser Zuversicht, begab er sich denn auch trotz einer gesundheitlichen Störung an die öffentliche Audienz beim Ersten Konsul und berichtete am 5. Juni über die Szene:[28]

«Vous excuserez la brièveté de cette lettre, à raison d'une incommodité qui m'a alité avant-hier, et qui s'est accrue, parce que hier je me suis traîné à l'audience et au dîner chez le Premier Consul. – Il m'a abordé d'un air très gracieux, et après s'être informé de ma santé, il m'a demandé si nos affaires en Suisse s'arrangeaient. J'ai répondu que oui; que la constitution proposée à la sanction du peuple helvétique était un traité de paix entre tous les partis, et que tout annonçait son acceptation, parce que tout annonçait la confiance dans le gouvernement actuel et la fatigue de l'état provisoire. ‹Je suis charmé›, me dit-il; ‹je ne désire que votre tranquillité et votre bonheur.›»

War der helvetische Gesandte damit in seinen seit über einem Monat unternommenen Bemühungen um eine verbindliche offizielle französische Rückendeckung für die neue Ausrichtung der helvetischen Politik einen Schritt weitergekommen? Zumindest fehlte bei dieser Audienz der unverhohlene Spott über das endlose helvetische Revolutionieren. Stapfer war sich voll bewusst, dass einzig Bonaparte imstande und bestenfalls willens war, die Errungenschaften der helvetischen Revolution gegen reaktionäre Tendenzen zu sichern. Seine früher geäusserten moralischen Vorbehalte gegenüber dem Machthaber und seinem System stellte er hinter diese realpolitische Einsicht zurück. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass gerade die philosophischen Grundsätzen verpflichteten Helvetiker

und Republikaner sich gezwungen sahen, ihre Hoffnung auf einen Inhaber autoritärer Gewalt zu setzen, der zudem aus seiner Verachtung für die politischen «Metaphysiker» kein Hehl machte. Auch Stapfer brachte, wie sich nun zeigte, aus Patriotismus dieses Opfer und erntete beim Ersten Konsul ein gewisses, vielleicht doch achtungsvolles Wohlwollen. Er wie Müller-Friedberg erhofften, wie ihre Korrespondenz verrät, die Verfassungsvorlage werde, allen Störmanövern zum Trotz, in der auf Anfang Juni angesetzten Volksbefragung die letzte Hürde nehmen. Tatsächlich verlief aus der Sicht der Unitarier alles planmässig, allerdings unter Anwendung der nicht unanfechtbaren Prozedur, die Nichtstimmenden als Annehmende zu zählen. Trotz einem Überhang an effektiven Neinstimmen ergab dies eine deutliche Mehrheit für die Vorlage. Bedenken musste insbesondere die starke Opposition in den Urkantonen wecken. Und bei der Bestellung der Spitzenämter schwang als Landammann Dolder obenauf, ein zweifelhafter Charakter und Favorit des französischen Gesandten.[29]

IV Die Zielsetzung von Stapfers diplomatischer Mission vom Sommer 1800 an liess sich anhand der Gesandtschaftsberichte und Korrespondenzen verfolgen und zeigt das unermüdliche Bestreben, dem schutzlos ausgelieferten helvetischen Kleinstaat im Schatten der wachsenden europäischen Hegemonialmacht den ungeschmälerten Fortbestand zu sichern und dessen innere Konsolidierung zu fördern. Der begrenzten Aktionsmöglichkeit öffneten aber erst die europäischen Friedensverträge von Lunéville und Amiens mehr Spielraum durch das immerhin formell zuerkannte Selbstbestimmungsrecht. Dies förderte nicht nur das Bestreben, sich möglichst unabhängig zu konstituieren, sondern bot dem Gesandten auch die Möglichkeit, auf der internationalen diplomatischen Drehscheibe Paris für sein seit dem Umsturz und der militärischen Besetzung international praktisch isoliertes Land Aussenkontakte anzubahnen. Allerdings war dabei, wie sich sogleich zeigte, mit dem Misstrauen der französischen Schutzmacht zu rechnen. Reding hatte mit derartigen Tastversuchen anlässlich seines Pariser Aufenthalts bei Talleyrand Unwillen erregt, weil man jede Einmischung in die franko-helvetischen Beziehungen, etwa in der Walliser Frage, strikte ablehnte. Stapfer agierte diskreter und begegnete diesbezüglichen Vorhaltungen des französischen Aussenministers mit der Beteuerung, für die neue unitarische Exekutive stehe die Bündnistreue im Vordergrund:[30]

> «Nous allons compter sur la générosité du Consul et la mériter, parce que nous connaissons la véritable position et les intérêts de la patrie.»

Er hielt sich vorsichtig an diese Linie, wenn fremde Diplomaten, nun nach dem vierten Staatsstreich im Zweifel über die Stabilisierung der inneren Verhältnisse, bei ihm nähere Auskünfte suchten. Anderseits bemerkte er doch auch, dass die französische Regierung offensichtlich bemüht war, anderen Mächten keinen Anlass zu geben, das Konsularregime des Bruchs der eben geschlossenen Verträge zu bezichtigen. Gerade deshalb empfahl er seinen Gesinnungsfreunden, selb-

Johann Rudolf Dolder (1757–1807), helvetischer Politiker, 1802 Landammann der Helvetischen Republik. Kupferstich von Heinrich Pfenninger, 1799.

ständig und rasch zu handeln. In diesem Zusammenhang und einer nachfolgenden Verquickung wegen ist hier kurz auf eine Kontrastfigur Stapfers einzugehen, den durch die Regierung Reding Ende Januar 1802 in diplomatischer Mission nach Wien gesandten Berner Bernhard Gottlieb Isaak von Diesbach-Carouge (1750–1807). Der ehemalige Begleiter Redings reiste zusammen mit dem nach St. Petersburg bestimmten Standesgenossen Scipio Rupert Lentulus. Der unitarische Staatsstreich vom 17. April brachte jedoch die beiden Berner Aristokraten ganz aus dem Konzept. Diesbach suchte nun am Wiener Hof heftig Stimmung für das Ancien régime zu machen, bis er von der neuen Exekutive in Bern abberufen wurde. Stapfer mobilisierte bei Talleyrand diplomatischen Sukkurs gegen dessen auch gegen Frankreich gerichtete Agitation. Zugleich hatte er sich aber auch in Paris einer gegen die unitarische Staatsleitung gerichteten Kampagne von Seiten des ehemaligen Gesandten Reinhard und seines Sekretärs Fitte zu erwehren, beide ausgesprochene Sympathisanten des bernischen Patriziats. Er rapportierte:

«Les citoyens Reinhard et Fitte n'ont cessé de dépeindre ici les unitaires comme des factieux et des révolutionnaires théoristes, sacrifiant tout a leurs idées métaphysiques et ne jouissant d'aucune considération en Suisse.»[31]

Stapfer registrierte Stimmen und Stimmungen im Umkreis der Pariser Machtzentrale und hielt sich auch den Zugang zu ausländischen Diplomaten offen. So trat der russische Gesandte Arkadi Ivanovic Markov im Auftrag seines Hofes an ihn heran und ersuchte um Auskunft über den aktuellen Zustand der Schweiz.[32]

«Monsieur de Markow m'a fait la première visite avec le prince héréditaire de Weimar [...] J'en conclus que le gouvernement helvétique était reconnu par l'empereur de Russie, et j'en reçus hier la confirmation par Monsieur de Markow. Cet ambassadeur m'a fait l'ouverture formelle qu'il avait ordre de sa cour d'entrer en relation diplomatique avec moi, et qu'il désirait beaucoup s'entretenir avec moi sur l'état de la Suisse.»

Natürlich ergriff Stapfer die Gelegenheit, mit Vertretern massgebender Mächte ins Gespräch zu kommen, um damit das Ansehen seiner Regierung zu stärken, dies jedoch mit gebotenem Takt:

«Je lui ai répondu avec la politesse et la déférence dues à la puissance qu'il représente; mais j'ai cru devoir user de la plus grande réserve, surtout après les plaintes que le ministre Talleyrand m'a adressées [...] sur les démarches que le Premier Consul soupçonna avoir été faites auprès des puissances étrangères; et je me bornai, dans mes rapports avec lui, à des conversations générales et à des témoignages de respect du gouvernement helvétique pour S. M. l'empereur.»

Bei der nächsten Begegnung erfuhr er vom russisch-französischen Briefwechsel über die Schweiz und von Bonapartes Zusicherung, er werde sich nicht einmischen, was ihn einmal mehr beruhigte. In seinen Rapporten spricht er auch von der politischen Einstellung verschiedener für die Schweiz interessanter ausländischer Repräsentanten.[33] Der vorher erwähnte Russe Markow plädiere für das Ancien régime, was freilich in Paris keinen Schaden tue. Der preussische Gesandte Lucchesini halte sich etwas zurück, gebe allerdings zu verstehen, in Berlin habe der 17. April keinen guten Eindruck gemacht. Immerhin stehe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bevor. Der in Paris weilende Kardinal Caprara mische sich nicht ein, und der Österreicher Cobenzl (Vetter des Staatsministers) habe keinen Einfluss; denn er sei ein unbesonnener Schwätzer und habe mit geheimen Plänen Redings und Diesbachs hausiert. Übrigens bahne sich in Wien ein Wechsel in der Leitung der Geschäfte an, und in London kehre Pitt ins Ministerium zurück, sodass die europäische Politik vor einem Wendepunkt stehe.

«C'est un nouveau motif pour nous, de faire tous nos efforts pour nous organiser promptement et régler nos rapports avec la France, qui est notre amie et notre protectrice la plus naturelle.»

Stapfer trug der bestehenden Machtkonstellation also illusionslos Rechnung, auch wenn er in sich die Idealvorstellung von der freien, unabhängigen und neutralen Schweiz trug. Diese Haltung beobachtete er auch bei weiteren Gesprächen mit Markow, der ihm kritische Bemerkungen des Ersten Konsuls zutrug über die, wie Bonaparte sich ausdrückte, «anarchische Situation in der Schweiz». Der Russe warnte dringend vor dem Schicksal Cisalpiniens. Die Schweiz möge sich doch nach dem Vorbild ihrer Vorfahren wehren. Doch als er die helvetische Regierung kritisierte, konterte Stapfer, wie berichtet:[34]

> «Je lui donnai la réponse qui convenait; mais voyant que notre conversation prenait une tournure désagréable, je la finis, en l'assurant que mon gouvernement serait certainemant touché des marques de bienveillance que S. M. I. donnait à la nation helvétique; que nous désirions la mériter et en général rétablir les rapports d'amitié avec toutes les puissances de l'Europe; mais que la France républicaine étant aujourd'hui pour nous ce qu'avait été pendant plusieurs siècles la France monarchie [sic], et que nous ne ferions rien que de concert et avec l'agrément de notre plus ancien et plus proche allié.»

Als bei der nächsten Begegnung Markow das Schreckbild der Annexion der Schweiz durch Frankreich an die Wand malte und dabei auf Verräter unter den helvetischen Politikern anspielte, prangerte Stapfer seinerseits die Gleichgültigkeit der europäischen Mächte gegenüber dem Schicksal seines Landes an, wobei er indirekt auch das Ringen um das Wallis ansprach. Er gab der Bitterkeit des im Stich gelassenen Opfers mit deutlichen Worten Ausdruck, dem darüber hinaus auch noch der Weg zur Erneuerung erschwert werde:

> «Je lui fis observer que les cours étrangères s'étaient montrées disposées à desservir les Suisses qui, en embrassant le système de l'unité, voulaient donner à l'Helvétie les moyens de recouvrer son indépendence, et au contraire à servir les partisans de l'ancien régime, qui ne cessaient de dire qu'ils préféraient d'être français, si on ne rétablissait pas l'ancien ordre tel qu'il était et qui provoquait la France à s'emparer d'un pays qu'ils ne peuvent souffrir de voir gouverné par d'autres que par eux.»

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings Russland im Westen nicht so engagiert wie 1799 mit Suworows Feldzug. Hingegen war die Haltung des Kaiserhofs in Wien als kontinentaler Hauptrivale Frankreichs und Nachbar der Schweiz von Bedeutung. Dort machte, wie oben erwähnt, der Berner Patrizier Diesbach Stimmung für die Föderalisten als eine Art Antipode zu Stapfer in Paris.[35] Er fungierte im Auftrag der Reding'schen Regierung als ausserordentlicher Botschafter und trug aus Konvenienzgründen den Grafentitel. Trotz der leeren helvetischen Staatskasse und ungeachtet aller Sparappelle reiste er mit seinem nach St. Petersburg bestimmten Standesgenossen zum Ärger mancher Augenzeugen sechsspännig nach Wien und stellte dort auch entsprechende Ansprüche. Es ging nicht lange, bis er sich in gehässiger Rivalität zu Stapfer bei seinem Standesgenossen Staatssekretär

Thormann beschwerte, er werde in Wien weniger gut informiert als der Gesandte in Paris. Auf die Reisekosten und den Lebensunterhalt angesprochen, reagierte er unwirsch und wieder mit einem Seitenhieb gegen Stapfer:[36]

> «Vous verrez qu'il n'est pas possible qu'un Ministre vivote ici à moins de L. 2000 de Suisse par mois, et si j'avais cru convenable de prendre le qualité et le rang d'ambassadeur que mes lettres de créances me donnaient, la dépense eût été au moins du double. Si donc on trouve ces frais trop forts, quoique moins considérables que ceux de la légation helvétique à Paris, composée des citoyens Stapfer, Briatte, Bazol [?] etc. qui ne sont tenus à rien, et si l'on ne croit pas que les avantages qu'on pourrait tirer de ma mission assez grands pour mériter cette dépense, il faudra se hâter de me rappeler et faire abstraction de la mission en Russie.»

Der hochfahrende Ton seinem Vorgesetzten und indirekt dem Landammann Reding gegenüber:

> «Il vous faut un ministre, et non pas un agent subalterne, condamné à faire antichambre.»[37]

Vielleicht veranlasste der Disput über den nötigen Aufwand und das Sparen mit der Anspielung auf die Finanzen der Pariser Gesandtschaft auch Stapfer zu einer Stellungnahme. Bei dieser Gelegenheit fällt wieder einmal ein spärliches Streiflicht auf sein Privatleben. Er rapportierte über seinen Haushalt:[38]

> «J'ai l'avantage d'avoir une Parisienne pour femme, qui, se connaissant au prix des choses, m'épargne une partie des surcharges que tous les étrangers ont à supporter; j'ai de plus grandes facilités par la proximité de quelques terres qui appartiennent aux plus proches parens de ma femme, et qui fournissent le ménage sans frais de comestibles infiniment chers au marché, et néanmoins ma dépense annuelle s'est montée à L. 35 000; et je puis supposer que celle du citoyen Zeltner [ein Vorgänger] à été énorme et même ruineuse, d'après ce qui m'est connu du pied sur lequel il a fait les honneurs de la nation.»

Auch im weiteren Zusammenhang und von Amtes wegen hatte sich der Gesandte mit den Finanzfragen seines Landes zu befassen. Die dortige Misere, welche bekanntlich verschiedene Ursachen hatte, wäre wahrscheinlich nach der Stabilisierung der politischen Verhältnisse planmässig angegangen worden. Eine Quelle hatte die unitarisch gerichtete Exekutive vor dem dritten und nach dem vierten Staatsstreich im Auge, die ausländischen Fonds, namentlich die Anlagen Alt-Berns in England. Durch Stapfers Vermittlung wurde auch Talleyrand eingeschaltet. Die Mittel sollten der Zentralkasse zugeleitet werden und damit dem Ganzen dienen.

Wie unterschiedlich die beiden bei den massgebenden kontinentalen Mächten akkreditierten helvetischen Diplomaten Diesbach und Stapfer agierten, zeigte ihr Verhalten anlässlich der aufeinander folgenden Regierungswechsel 1801/02. Für Stapfer standen nach dem föderalistischen Coup im Herbst 1801 die nationalen Interessen allem andern voran, und dies selbst unter einer seiner persönli-

chen politischen Gesinnung widersprechenden Regierung. Dies, solange es nach aussen nur tragbar war. So klammerte er sich auch nicht an seinen Posten. Der adelsstolze Berner hingegen begann nach dem 17. April 1802 am Wiener Hof sogleich offen und sogar über die Presse gegen die neue Exekutive zu agitieren, weswegen er abberufen wurde. Sein nicht nur der Regierung, sondern auch seinem Land abträgliches Verhalten gipfelte in der Weigerung, sein Amt aufzugeben. So korrespondierte er denn mit dem ebenfalls entlassenen Staatssekretär Thormann weiter. Dabei äusserte er seine Geringschätzung über seinen ehemaligen Chef Alois Reding während der Pariser Mission und holte insbesondere zu einer gehässigen Invektive gegen Stapfer aus.[39] Solcherart entlud sich der Groll des Patriziers darüber, dass es ihm weder gelungen war, den Gesandten von seinem Posten zu verdrängen, noch ihn während der Reding-Mission unter Verheissung eines Spitzenamtes im restaurierten Bern für die Föderalisten zu ködern und in den Verhandlungen mit Bonaparte auf deren Ziele zu verpflichten. Jetzt holte er zu einer üblen Tirade aus:

> «Déjà alors nos sollicitudes constantes étaient dirigés contre les fourberies trop connus de Stapfer; mais nos efforts furent inutiles; on lui accorda la confiance que j'aurais été jaloux de posséder, et dont il était déjà alors indigne sous tous les rapports. Il y avait dans ce moment encore une ressource pour paralyser cet ennemi lâche et perfide et pour lui arracher une influence qu'on aurait ménagée pour les honnêtes gens; mais l'homme qui aurait dû faire ce sacrifice à la patrie a préféré périr lui-même, au lieu de perdre un parti qui l'eût honoré aux yeux de tous les politiques éclairés.»[40]

Hinter solchen Ausfällen verbirgt sich doch wohl auch das unfreiwillige Eingeständnis, wie überlegen Stapfer seine Diplomatenfunktion ausübte. Seinerseits qualifizierte dieser das insolente Verhalten des Berners in Wien ganz sachlich, als er Ende Juni an Müller-Friedberg schrieb:[41]

> «La lettre de Monsieur Diesbach est parfaitement conséquente avec la conduite qu'il a tenue depuis le 17 avril. Le ton qu'il prend fait présumer que quelques ministres étrangers, et peut-être quelques seigneurs du parti de Thugut [österreichischer Staatsminister], le soutiennent et l'approuvent. Mais qu'en résultera-t-il en définitive? Déjà Monsieur de Cobentzel [österreichischer Gesandter in Paris] m'a positivement déclaré que la cour de Vienne ne prenait aucune connaissance de nos arrangemens intérieurs, et q'elle désirait simplement être en harmonie avec la République helvétique. Le gouvernement ne reconnaissant plus Diesbach en sa qualité d'envoyé d'Helvétie, il est de toute impossibilité que sa Majesté Impériale et Royale le considère désormais comme tel.»

Tatsächlich riss der mit Wien angeknüpfte Faden infolge dieser Affäre nicht, denn ein dort ansässiger angesehener Auslandschweizer liess sich durch Staatssekretär Müller-Friedberg anstandslos akkreditieren. Vermutlich stärkte doch das wachsende Interesse fremder Höfe den gerade von Stapfer immer wieder angerufenen

Unabhängigkeitswillen der jungen Helvetischen Republik. Er rapportierte mit Genugtuung, dass auch Talleyrand denjenigen in Regierungskreisen, welche die Schweiz herabsetzten, entgegenhielt, es handle sich um ein vernünftiges Volk, das aufgrund seiner Ordnungsvorstellungen durchaus imstande sei, sich solide zu organisieren. So wie die Dinge also nun im Frühsommer 1802 standen, verfestigte sich bei Stapfer die Überzeugung, die französische Politik vertraue auf eine zunehmende Stabilisierung der politischen Zustände in der Schweiz:[42]

> «Son [sc. Talleyrands] langage à l'égard de nos arrangements constitutifs est toujours le même. Il manifeste le désir qu'ils soient bientôt terminés, que nous usions de toute latitude de notre indépendance, et que les nouvelles institutions ainsi que les autorités jouissent de la confiance et de l'estime de la Nation; sans cela, dit-il, elles seront aussi éphémères que les précédentes.»

Und doch: wenn nun der helvetische Gesandte, vielleicht auch aus einem gewissen Nationalstolz heraus, an den öffentlichen Audienzen auf die Nachfrage versicherte, die Entwicklung der Dinge sei auf gutem Weg, und wenn er als Antwort ein paar höfliche Floskeln zu Glück und Wohlfahrt Helvetiens mitbekam, spiegelte dies dann die wahre Haltung des Ersten Konsuls? Verbürgte dies angesichts der Schwachstellen im Neubau und im Fall einer ernsthaften Krise allenfalls den aktiven Rückhalt der mächtigen Schwesterrepublik? Es gab Anzeichen, dass in französischen Regierungskreisen, gleich wie nach dem föderalistischen Staatsstreich vom Oktober 1801, wieder ein Prozess der Meinungsbildung über die Lage in der Helvetischen Republik im Gang war. Darauf wird unten näher einzugehen sein. Man übte Zurückhaltung, und dementsprechend beantwortete Talleyrand Mitte Juni auf höhere Weisung das Gesuch Stapfers, bei der Dämpfung der Unruhen im Kanton Léman sollten französische Truppen mitwirken:[43]

> «Le gouvernement helvétique a si souvent témoigné le désir de voir diminuer le nombre des troupes placées sur son territoire, qu'un vœu contraire a besoin d'être fondé sur les motifs les plus graves, et d'être officiellement exprimé, surtout dans un moment où l'Helvétie, s'occupant de ses affaires intérieurs, doit jouir aux yeux de l'Europe de l'indépendance d'opérations qui lui est effectivement laissé. Pour mieux constater cette indépendance, le Premier Consul, bien loin de songer à faire rentrer des troupes en Helvétie, a été sur le point de rappeler celles qui y sont encore.»

In einer längeren Antwortnote erläuterte Stapfer dem französischen Minister die helvetische Situation.[44] Unverkennbar schimmerte zwar auch die Erleichterung durch über die Andeutung des Truppenabzugs aus der Schweiz. Die dezidierte Opposition der Innerschweiz gegen die neue Verfassung und die offene lemanische bäuerliche Insurrektion sah er allerdings als Störfaktoren. Der Einsatz französischer Truppen in der Waadt wäre nötig, weil die eigenen militärischen Kräfte im Land nicht ausreichten. Damit berührte er den Schwachpunkt, der sich

einige Monate später mangels französischer Rückendeckung verhängnisvoll auswirkte. Gerade diese Schwäche stellte jedoch die helvetische Regierung in den Augen Bonapartes auf peinliche Weise bloss. Und Stapfer hatte schon mehrfach feststellen müssen, dass man in Paris kein Verständnis zeigte für eine Regierung, «die anstatt zu befehlen und zu strafen, mit allen Unzufriedenen negozirt». Wohl hätte die Erfüllung der wiederholt erhobenen territorialen Rückforderung und eine sichere Grenzziehung im Westen wie auch eine Lockerung des französischen Drucks auf das Wallis deren öffentliches Ansehen zu stärken vermocht. Und wer verhinderte denn den Aufbau einer genügenden Wehrkraft im besetzten Land? Unter diesen Umständen beschlichen den unentwegten Sachwalter helvetischer Interessen in Augenblicken der Erschöpfung und Entmutigung doch bisweilen auch Zweifel am guten Fortgang der Entwicklung und am aufrichtigen Willen der Schutzmacht. Allerdings hielt er damit zurück, um keine Panikstimmung zu wecken, selbst wenn Diplomatenkollegen ominöse Gerüchte über französische Absichten an ihn herantrugen. Nur einmal liess er gegenüber dem Staatssekretär Müller-Friedberg durchblicken, wie eine seiner dringenden Demarchen bei Talleyrand geendet hatte und dieser schliesslich lachend ausrief:[45]

> «Calmez-vous donc; je n'ai jamais vu personne d'aussi inquiet que vous; tout s'arrangera et vous serez content!»

Dies grenzte an blanken Zynismus des Mächtigen gegenüber einem ihm schutzlos ausgelieferten Kleinstaat, von dem man eben durch einen Zwangsvertrag den Passkanton Wallis abgespalten hatte.

V War es Selbsttäuschung, wenn sich Stapfer an jedes Hoffnungszeichen hielt, sofern es positiv zukunftsweisend erschien? Seien es zuversichtliche Meldungen seiner Vorgesetzten, seien es ermutigende Äusserungen des Ersten Konsuls oder seiner Minister. So begrüsste er es, dass Bonaparte sich direkt durch eine versierte Persönlichkeit ein genaues Bild vom allgemeinen Zustand der Schweiz zu machen beabsichtigte. Er delegierte den kultivierten, liberal-konstitutionell gesinnten politischen Schriftsteller *Adrien Lezay* zu dieser Mission.[46] Stapfer stand in Verbindung mit ihm und erhoffte ein günstiges Urteil über den Entwicklungsstand der jungen Schwesterrepublik Frankreichs. Nach aussen hiess es, der Emissär habe den Auftrag, die Alpenkette von Graubünden bis Dalmatien naturhistorisch und geologisch zu erkunden. Doch sickerte bald durch, er habe von Bonaparte persönlich geheime Instruktionen, «sich über Volksstimmung, den Credit der Regierung und des Personals derselben zu erkundigen». Als er Stapfer um Empfehlung bei seinen Freunden bat, benachrichtigte dieser sogleich Usteri, Rengger und Müller-Friedberg von dem Vorhaben. Dem Staatssekretär Müller empfahl er, den bekannten, geistvollen Schriftsteller gut aufzunehmen, «et qu'il fût bien entouré».

> «C'est d'ailleurs un homme très éclairé et du plus grand mérite, digne à tous égards d'être connu et apprécié par vous.»[47]

Adrien Lezay-Marnésia (1770–1814), französischer Schriftsteller und Diplomat. Kupferstich von C. Guerin.

Rengger gegenüber wurde er noch etwas deutlicher des politischen Auftrags des Emissärs wegen:

> «Da er während seines frühern Aufenthalts in der Schweiz vorzüglich mit einer Klasse in Verbindung stand, welche gegen liberale Einrichtungen mehr als Vorurtheile hat, so wäre es sehr gut, wenn er aufgeklärten, sachkundigen und rechtgesinnten Männern in die Hände fallen und sein Ohr leihen würde. Mit dem ersten Konsul hat er vor seiner Abreise mehrere Unterredungen gehabt.»

Auch in der Schweiz war der geheime Zweck dieser Mission bereits bekannt, denn der französische Gesandte Verninac meldete Talleyrand aus Bern – das war Lezays erste Station für drei Wochen – allerdings mit kritischem Unterton:

> «On a répandu dans toute l'Helvétie, l'opinion que le citoyen Lezay est chargé de fixer les idées du Premier Consul, sur les affaires de ce pays. L'esprit de parti c'est avidément emparé de ce moyen d'ébranler la

confiance publique et de rendre encore problématique la stabilité de tout ce qui se fait et de tout ce qui se prépare.»[48]

Fürchtete der Diplomat wegen seiner positiven Haltung zum vierten Staatsstreich und dem danach unter seiner Mitwirkung beratenen Verfassungsprojekt desavouiert zu werden? Sah er seine eigene Berichterstattung zur Lage der Schweiz in Frage gestellt? Stapfer hingegen blickte vermutlich von seinen persönlichen Kontakten mit Lezay her dessen Bericht unbesorgt entgegen. Er erwartete sogar moralischen Sukkurs für die Sache der fortschrittlich-liberalen Unitarier von einem Mann, der in Paris als «républicain ou constitutionnel très prononcé» galt. Dieser lehnte nämlich trotz seiner Verbindung zur Familie Beauharnais die sich anbahnende Alleinherrschaft Napoleons innerlich ab, passte sich dann jedoch den Realitäten an und wurde in der Folge mit einem Präfektenposten honoriert. Der 1797 vom Direktorium geächtete politische Publizist war seinerzeit in die Schweiz geflohen und in der bernischen Waadt mit dem Landvogt von Morges *Alexander Georg Thormann* (1747–1827) in Verbindung gekommen. Jetzt erneuerte er sogleich nach der Ankunft in Bern diesen Kontakt. Davor hatte Stapfer gewarnt, und daher rührte auch das oben erwähnte Misstrauen Verninacs. Hörte sich also der Franzose am Sitz der helvetischen Regierung vornehmlich die Meinungen der Ci-devants an, auch wenn er zugleich seine fortschrittlichen Bildungsinteressen durch einen Besuch bei Pestalozzi in Burgdorf demonstrierte, den ihm der Staatssekretär Müller-Friedberg vermittelte?[49]

Von Kontakten zu den geistig massgebenden unitarischen Exponenten wie Rengger oder Usteri vernimmt man hingegen nichts. Einzig eines der helvetischen Exekutivmitglieder, Statthalter Johann Heinrich Füssli, kommentierte Lezays Zürcher Aufenthalt im August in einem Brief an Stapfer eher wegwerfend so:[50]

«Lezay war vor wenigen Tagen in Zürich. Einer meiner Freunde fand ihn in einer sehr verdächtigen Gesellschaft von Reding von Baden, Meister und Consorten. Ob aber er sie oder sie ihn gesucht, ist noch die Frage.»

Um es vorwegzunehmen, Stapfer und seine Gesinnungsfreunde konnten noch nicht ahnen, dass offensichtlich aus Lezays Patriziergesprächen nicht unbedeutende Anregungen für die Gestaltung der Anfang 1803 durch Bonaparte der Schweiz verordneten Mediationsverfassung ausgingen. Zwei aufschlussreiche Dokumentationen legen diesen Schluss zwingend nahe: die Aufzeichnungen des Berner Gesprächspartners und ehemaligen Regenten Alexander Georg Thormann und Lezays Rapporte an den Ersten Konsul aus Bern, Genf und Zürich.[51]

Der ehemalige Landvogt von Morges berichtete zusammenfassend über seine Begegnung mit dem Franzosen und seiner Gattin:

«Dès qu'il fut a Berne, il s'informa de moi et vint me voir.»

Als Vorwand für seine Reise gab Lezay zunächst einen Verwandtenbesuch an, verriet dann aber seine geheime Mission, was zu politischen Gesprächen führte:

«Tous les jours il venait chez moi à trois heures avec sa femme et y restait jusq'au soir, pour se promener avec moi ou dans ma chambre.»

Im Augenblick also, da die unitarische Führung der Helvetischen Republik nochmals den Versuch unternahm, den Staat selbständig zu konstituieren – Stapfers Dauerappell! – fanden hier zwischen dem französischen Emissär und einem Repräsentanten des Ancien régime ausgiebige, hochpolitische Gespräche mit entgegengesetzter Tendenz statt:

> «Après nombre et nombre de conversations sur la constitution à donner à la Suisse, dans lesquelles nous étions assez d'accord sur les bases principales, savoir 1° qu'un gouvernement central et fort pour la Suisse entière ne pouvait absolument pas convenir ni être adapté à la Suisse, vu son esprit national et la force de cet esprit.»

Als Begründung hierfür diente das Schreckbild einer die Schweiz allfällig bedrohenden Einzelherrschaft. Dahinter verbarg sich jedoch eindeutig das französische strategische Interesse, den Vasallenstaat, eine schwache föderalisierte Schweiz, an der offenen Ostgrenze nicht erstarken zu lassen. Stapfer in Paris hatte dies ja von Anfang an realisiert und darum ständig zum nationalen Zusammenschluss in Wehrhaftigkeit, zu Unabhängigkeit und Neutralität aufgerufen.

Das zweite Thema lag dem Berner Aristokraten noch näher: Es würde Ruhe im Land einkehren, wenn man die alten Regenten, die Garanten glücklicher und prosperierender Zeiten, wieder zurückriefe. Dagegen hatte allerdings Lezay den Einwand, der tiefe Hass der ehemaligen Berner Regenten, insbesondere gegen Bonaparte, spreche dagegen. Ihre Wiedereinsetzung wäre nur zum Nutzen seiner Feinde.

Am Vorabend seiner Abreise habe Lezay bei Thormann offen von den erhaltenen Instruktionen gesprochen und zu erfahren begehrt:

> «a) la solidité et consistance du gouvernement nouvellement établi, – sur laquelle il y avait de très forts doutes en France;
> b) l'influence de Verninac sur le gouvernement et sur l'esprit du peuple;
> c) l'esprit national et sa tendance;
> d) celui des anciens gouvernants, et s'il était possible, convenable ou nécessaire de les remettre plus ou moins en place, etc.»

Lezay habe von ihm auch ein schriftliches Mémoire zuhanden des Ersten Konsuls begehrt. Dies habe er ihm jedoch im Augenblick abgeschlagen und vorgeschützt, in den Gesprächen nur seine eigenen Ansichten vertreten zu haben, ohne Rücksprache mit Freunden und Kollegen. Unverkennbar scheint aber der Patrizier Morgenluft für seine und seiner Standesgenossen Sache gewittert zu haben. Er nahm nämlich sogleich Verbindung auf mit einigen von ihnen. Hier traf er auf verschiedenartige Reaktionen, nahm jedoch gleichwohl mit Lezay nochmals schriftlich Verbindung auf, ohne dies in dem überlieferten Dokument zu detaillieren. Für die bald darauf eskalierende Krise der Helvetischen Republik war die geschilderte Episode nicht ohne Bedeutung. Sie war, wenn man will, ein ominöses Signal an die aristokratische Berner Fronde mit ihren restaurativen Zielsetzungen.

Nicht ohne Interesse ist schliesslich an Thormanns Dokumentation, was Lezay in Bern gesprächsweise aus dem innersten Hofkreis in Paris über Napoleon Bonaparte zum Besten gab:

> «Il me parut connaître parfaitement Bonaparte, me parla de son ambition excessive. ‹Il veut avaler l'univers›, me dit-il, ‹et il l'avalera›.»

Er halte den Aufstieg des Korsen zur Alleinherrschaft mit universalen Zielen für unausweichlich. Danach solle man sich richten.

> «Toute la cour s'arrange; il ne manquera plus à la république française qu'un Roi ou Empereur, car le trône est placé [...] Croyez-moi, c'est un torrent auquel rien ne résistera, qui abattra tout ce qui voudra s'opposer à son passage, mais après lequel rien ne restera; *il faut par conséquent sacrifier le présent à l'avenir.*»

Dieser Aussage fügte Thormann seinerseits bei:

> «Monsieur de Lezay est un républicain ou constitutionnel très prononcé. Il déteste le régime actuel, mais cède aux circonstances.»[52]

Es sei erinnert, dass Stapfer die politische Konstellation im Zeichen Napoleon Bonapartes damals ähnlich zu beurteilen anfing.

Was der Gewaltige im Sommer 1802 als Schachzug mit der Truppenevakuation in die Wege leitete und ein halbes Jahr später nach den erfolgten Turbulenzen als Mediator zur Ruhestellung der innerlich zerrissenen Helvetischen Republik als Lösung verordnete, wurde allem Anschein nach mitbestimmt durch Adrien Lezays Rapporte aus der Schweiz. Der Emissär schilderte die Lage des jungen Staates nach knapp vier Jahren Bestand nämlich in düstern Farben, immerhin nicht ohne einsichtige Kritik am Vorgehen und Verhalten der Besatzungsmacht, nicht ohne Mitgefühl für das durch den Umsturz zerrüttete politisch-soziale Gefüge, das durch Besetzung, Krieg und ständige militärische Durchmärsche geplagte, verarmte Land und dessen in der Folge durch innere Unruhe desorientiertes und apathisches, nun gegen Frankreich feindlich gestimmtes Volk.

> «De tous ces changements d'hommes et de choses, voici ce qui est arrivé: toute confiance, soit dans les hommes, soit dans les choses, soit dans la France, s'est perdue.»

Was aber täte not zur Beruhigung der verunsicherten Bevölkerung?

> «Ce n'est donc plus assez d'une simple constitution: il faut une constitution garantie. – Cette garantie est nécessaire; mais comme condition de stabilité et non comme condition d'indépendance.»

Das wohlverstandene Interesse Frankreichs als Schutzmacht könnte gewahrt bleiben:

> «Indépendance dans l'administration intérieure, dépendance dans les relations extérieures, voilà ce qui paroit former le vœu le plus général: on craint notre domination, l'on désire notre influence.»

Wie das Streben der helvetischen Behörden nach Wiederherstellung der Neutralität mit der Anlehnung an Frankreich sich vereinbaren liesse:

«La suite de cette garantie seroit, ce semble, le rétablissement de la neutralité helvétique, neutralité qui, jointe à la séparation du Vallais paroit assurer à la France sur l'Empire deux avantages; puisque tout en ne s'opposant pas à nos communications militaires avec l'Italie par le Vallais, elle met en sûreté la ligne la plus faible de toutes nos frontières, celle de Huningue à Genève; tandisque la frontière autrichienne sur la Suisse, je veux dire de Feldkirch à l'Inn, étant à quelque sorte inexpugnable, ne paroit pas pouvoir rien acquérir par cette neutralité.»

Was die innere Lage des Landes betraf, so traf der Beobachter wohl die verbreitete Meinung mit der Empfehlung, durch eine definitive Verfassung die Verhältnisse zu konsolidieren mit einer Führung durch vertrauenswürdige Persönlichkeiten, die Frankreich nicht unterwürfig wären, sich ihm jedoch verbunden fühlten. Scharfe Kritik richtete er gegen französische Diplomaten und Militärs, die ihre Kompetenzen überschritten hatten, scharfe Kritik auch gegen das französische Direktorium, welches mit seinem revolutionären Radikalismus beispielsweise das bernische Patriziat politisch ausgeschlossen habe, ohne Rücksicht auf dessen Ansehen und Regierungserfahrung. Wohl habe Reding die Aristokraten zurückberufen, aber mit den bekannten Auswirkungen. Umsicht sei daher geboten:

«Lorsqu'on voudra terminer cette révolution sans contrerévolution il faudra se garder de les tous appeller comme de les tous exclure. Ils sont un point de ralliement pour bien des gens et, sous ce rapport, il convient de les rallier [...] En trop grand nombre [...] ils chercheroient à rallier à leur ancienne constitution au lieu de rallier à la nouvelle.»

Der Kritik an der Ausschaltung der praktischen Politiker folgte die Beurteilung der neuen Führung, zu der nach ihm Leute berufen wurden, welche sich zwar theoretisch mit den Geschäften befasst hatten:

«Et on vit affluer les gens de lettres dans les places. De là cet esprit systématique et littéraire qui n'a cessé de caractériser leur politique et de donner a leur gouvernement cet aspect d'université qui l'a de plus en plus fait mépriser des peuples. C'étoient du reste de forts honnêtes gens, mais qui étoient trop au-dessous d'une position dans laquelle auroient échoué même les plus habiles.»

Dieses Urteil übersah natürlich das durch den Umsturz aktivierte ideelle Potenzial, mit welchem die führenden Helvetiker – unter ihnen Stapfer im Erziehungs- und Kultursektor – das Werden der modernen Schweiz einleiteten. Hingegen traf Lezays Feststellung zu, die aufeinander folgenden Staatsstreiche hätten die Lage so verwirrt, dass auch die französische Regierung im Unklaren sei, wo Helvetien eigentlich hinauswolle. Sein vorläufiges Fazit aus Bern lautete:

«La Suisse sait très bien ce qu'elle veut. Elle veut la paix, parce que sans paix, c'est un pays perdu; et elle sent que, pour l'avoir, il ne lui faut ni une indépendence absolue qui ne lui permettrait pas de la rétablir au de-

dans; ni une dépendence absolue qui ne lui permettrait pas de la conserver au dehors, et qui l'entraînerait dans toutes nos guerres.»

Am Schluss dieses ersten Rapports monierte der Emissär, was auch immer Frankreich mit dem Land vorhabe, Annexion, ganz oder teilweise, oder es als gesonderten Staat belasse, jedenfalls müsse die Schweiz rücksichtsvoller behandelt werden als bisher.

«La Suisse est un pays dont le peuple est plein d'énergie que n'a point avili sa révolution, et qui poussé à bout seroit plus près du désespoir que de l'abattement.»

Voller Mitgefühl mit dem drangsalierten Land sah er sich gedrängt, die verworrene aktuelle Lage eher einer Kette von französischen Missgriffen zuzuschreiben als dem helvetischen Parteienzwist. So liess er offen, ob nach den kürzlichen Veränderungen die Konsolidierung sich geben werde. Misslinge dies, so bleibe nur noch *ein* Mittel. Seine Erkenntnisse, so betonte er, basierten auf bereits früher erworbener Kenntnis von Land und Leuten und resultierten nun auch aus Gesprächen mit Männern verschiedener Parteirichtung.

Mit dem zweiten Bericht vom 14. Juli aus Genf knüpfte er an die Frage an, ob die neue Verfassung zur Konsolidierung tauglich sei, fand allerdings bedenklich, wie gleichgültig man sie aufgenommen habe. Man habe sie kaum gelesen.

«C'est qu'on lisait son sort dans toutes celles qui l'avoient précédée.»

Der Beobachter wundert sich daher über die erkünstelte Zuversicht in den Regierungskreisen in Bern, während doch etwa der Aufstand in der Waadt noch nicht einmal eingedämmt sei. Eine diffuse Ungewissheit präge die öffentliche Stimmung, die Überzeugung schwinde, sich ohne fremde Hilfe sammeln zu können. Man würde sich jedoch bestimmt eher mit der cisalpinischen Lösung, also mit der Präsidentschaft Bonapartes, abfinden als mit der Annexion. Das desolate Bild steht also in merkwürdigem Gegensatz zur Zuversicht, die Stapfer in Paris an den öffentlichen Audienzen zeigte. Lezay hingegen veranschaulichte seine Diagnose zugleich mit den Spaltungen und Gegensätzen in der Alten Eidgenossenschaft und verknüpfte sie mit den Auseinandersetzungen über die neue Ordnung. Immerhin räumte er ein, seine Sicht der Dinge sei noch zu flüchtig und bedürfe der Vertiefung an Orten, wo er noch nicht den gewünschten Zugang gefunden habe. Jedoch wagte er die Feststellung:

«La Suisse d'aujourd'hui est plus divisée; elle est décomposée.»

Seinen Auftrag werde er nach Weisung des Ersten Konsuls weiterführen.

Der dritte Rapport folgte zwei Wochen später, am 27. Juli, verfasst unter dem Eindruck des eben in jenen Tagen angeordneten Abzugs der französischen Truppen aus der Schweiz und mit Blick auf die allfälligen Auswirkungen. Zusätzlich zum bisher Registrierten verzeichnete er zunächst drei akute Fermente der Unruhe: den offenen Disput um die kantonalen Verfassungen, die ungelöste Zehnten- und Steuerfrage und die Prozesse gegen die Waadtländer Aufrührer. Nach allem sagte er jetzt eine unmittelbar drohende Krise voraus:

«Vis-à-vis de ces circonstances se trouvent une constitution qui n'a pas quinze jours, et à sa tête des chefs aussi méprisés qu'elle. D'une part nulle force; de l'autre, nulle opinion, dans un moment où seroient nécessaires tous les genres d'autorité; et c'est dans ce moment que les troupes françaises se retirent. De nouveaux troubles éclateront, les troupes seront redemandées; surcroit d'impôts, dès lors surcroit de mécontentement, jusqu'à ce qu'enfin ce gouvernement nouveau-né périsse ou par l'épuisement ou par l'insurrection. Un gouvernement crée par la force étrangère ne se peut soutenir sans elle, lorsque d'ailleurs, il n'a pour lui ni l'opinion ni la force intérieure. Chose évidente.»

Was zur Vermeidung dieser Krise notwendig oder bereits früher vonnöten gewesen wäre, bringt Lezay in Zusammenhang mit dem bereits im ersten Bericht angeschnittenen Thema, nämlich mit dem verfehlten Ausschluss politisch erfahrener Aristokraten aus der helvetischen Staatsleitung. Nach ihm könnte eine solid etablierte Regierung wohl ohne fremde Schutzmacht bestehen, nach Behebung der früheren Missstände wie Untertanenverhältnisse, Familienprivilegien und anderes mehr, jedoch in Anlehnung an die früheren politischen Formen mit ehemaligen Amtsinhabern. Nach dem im Frühjahr gescheiterten Experiment mit einem Amalgam der Parteien unter Reding erscheint hier die These einer durch gewisse Reformen gemässigten politischen Restauration. Zur Garantie der inneren Ordnung in der Schweiz wären nach ihm nur zwei Wege denkbar: eine Verfassung, garantiert durch die europäischen Grossmächte oder das Protektorat des Ersten Konsuls.

Doch was beabsichtigte Bonaparte nun mit seinem Schachzug der Truppenevakuierung aus der Schweiz? Er hatte vorher weder der aristokratisch-föderalistisch gerichteten Regierung Reding noch nach dem vierten Staatsstreich der unitarischen Führung die stabilisierende Rückendeckung gewährt. Lezay meinte ominös:

«Tout dépend de savoir s'il entre dans les vues de la France d'entretenir la Suisse dans un état de trouble afin d'achever sa dissolution, ou de la raffermir en ralliant les peuples à l'autorité.»

Für diesen Beobachter stand am Ende zweifellos die notwendige Handreichung zur politischen Konsolidierung unter Einbezug der früheren politischen Eliten im Vordergrund. Es steht aber offen, wie weit der Erste Konsul die restaurative These seines adeligen Emissärs in die zukünftigen Massnahmen gegenüber der Schweiz einbezog. Für Lezay spitzte sich der Konflikt zwischen den im Volk verankerten Traditionen und den revolutionären Insitutionen auf die Frage zu:

«Une constitution née d'une révolution malheureuse ou une constitution adossée à trois cents ans de bonheur et de paix?»

Seine Lösungsideen, meinte er immerhin, seien auch im Interesse Frankreichs:

«De plus, le gouvernement de la France s'assimile par là davantage celui de la Suisse, et mettant fin aux fermentations révolutionnaires, il préser-

ve par là celles de ses frontières, qui en certaines circonstances pourroient d'ailleurs être agitées par les commotions de la Suisse.»

An den Schluss seines Berichts stellte er jedoch nochmals die ernsthafte Warnung davor, die Schweiz so zu misshandeln, wie das unter dem Direktorium geschehen sei:

«Un peuple belliqueux, un peuple armé, un peuple dont le pays est placé entre nous et nos ennemis, doit être grandement ménagé: sinon, le désespérer est trop peu, il faut l'anéantir. Il ne peut être indifférent à la France de laisser se former vers ses frontières un noyeau d'hommes mécontents, opprimés, attendant dans l'obscurité et le silence l'occasion que le désespoir ne manque jamais, tôt ou tard, de faire découvrir à la vengeance. – La Suisse a dû ses premiers troubles à l'entrée des troupes françaises; d'autres troubles sont préparés par leur retraite. Les Grisons, les petits cantons, le Vallais et le pays de Vaud sont dans la plus grande fermentation: tout est prêt pour la guerre civile. Si une guerre nouvelle venait, en ce moment, à s'allumer entre la France et l'Autriche, il faudrait commencer par désarmer le pays. Voilà l'état des choses.»

Ob Lezays eindringlich offene Rapporte an Bonaparte, die von Ende Juni an in Paris eintrafen, ob seine Warnungen vor dem Ausbruch schwerer Unruhen beim französischen Truppenabzug an dessen Termin oder Form etwas – oder eben überhaupt nichts – geändert hätten, ist schwer zu sagen. Der Emissär selber bedauerte ja, wegen eines Audienztermins habe er die Abreise um zwei Wochen verschieben müssen und sei deshalb in Verzug geraten.

Wie dem immer sei, was er beobachtete und analysierte, wirft ein grelles Schlaglicht auf die Endphase der Helvetischen Republik. Mag sich seine Argumentation streckenweise auch dem Standpunkt seines Hauptgesprächspartners in Bern, alt Landvogt Thormann, annähern, mit dem verklärenden Blick auf Frieden und Prosperität in der ehemaligen Patrizierrepublik, wo der politische Flüchtling Aufnahme gefunden hatte. Die schonungslose Kritik an der Instabilität des jungen helvetischen Staates und die negative Qualifikation seiner Repräsentanten geschah freilich aus der Sicht des straffen französischen Konsularregimes und übersah die vielversprechenden, fruchtbaren Ansätze der helvetischen Gesetzgebung auf der Grundlage der Rechtsgleichheit, um nur so viel anzudeuten.

VI Es gibt keine Hinweise darauf, ob Stapfer Kenntnis bekam von Lezays schonungsloser und der unitarischen Tendenz derart widersprechenden Analyse der politischen Lage der Schweiz im Sommer 1802, lediglich, dass, wie oben berichtet, ihm der Franzose Anfang Juli aus Bern begeistert über seinen Besuch bei Pestalozzi in Burgdorf berichtete.[53] Allerdings nahm zu diesem Zeitpunkt die eigentliche Haupt- und Staatsaktion seine volle Aufmerksamkeit in Anspruch, der unvermittelt angekündigte Abzug aller französischen Truppen aus der Schweiz

nach fast dreijähriger Besetzung. In seiner amtlichen Funktion – darin von der neuen Regierung soeben bestätigt – war er natürlich direkt in die damit zusammenhängenden Vereinbarungen einbezogen. Der Erste Konsul hatte schon mehrfach Andeutungen gemacht, er werde gelegentlich dem wiederholt geäusserten Wunsch der Schweiz entsprechen und seine Truppen abziehen. Doch wurde dies nicht für voll genommen. Und im Juni war Stapfer sogar angewiesen worden, zusätzliche französische Ordnungskräfte zur Dämpfung der Unruhen im Kanton Léman anzufordern. Bei dieser Gelegenheit suchte er das peinliche Schwächezeichen seiner Regierung so gut als möglich zu überspielen und betonte gegenüber Bonaparte und Talleyrand den normalen Verlauf bei Bestellung der neuen Behörden nach dem Verfassungsplebiszit. Am 8. Juli 1802 richtete nun der französische Aussenminister von seinem Sommersitz aus unvermittelt ein Schreiben mit der Ankündigung der Truppenevakuierung an ihn.[54] Er nahm Bezug auf den inzwischen erfolgten Widerruf des Gesuchs nach Verstärkung der Ordnungskräfte in der Waadt und sprach von Bonapartes Befriedigung über die Herstellung von Ruhe und Ordnung im Land. Er fügte bei:

> «Son intention est que la Suisse jouisse de toute son indépendence et que l'Europe ait, dans cette circonstance, un nouveau gage de la modération du gouvernement français. – Dans cette vue le premier Consul se propose de fixer au l^er^ Thermidor prochain [20. Juli] l'évacuation de la Suisse par les troupes françaises. Les circonstances qui avaient prolongé leur séjour dans ce pays n'existent plus, et les rapports de la république du Valais avec les gouvernements qui l'environnent étant une fois déterminés par son organisation définitive, le premier Consul ne pense pas que le gouvernement helvétique puisse encore avoir quelques motifs de désirer qu'il reste quelques troupes sur son territoire. – Veuillez, Citoyen, faire connaître à votre gouvernement les intentions du premier Consul. L'Helvétie trouvera sans doute dans cette preuve de l'intérêt qu'il prend à elle et des égards qu'il a pour son indépendance, de nouveau motifs d'attachement au gouvernement français, qui de son côté s'empressera toujours de protéger ses alliés.»

Es ist eine oft gestellte Frage, mit welcher Absicht, wann und unter welchen Umständen Bonaparte diesen scheinbar plötzlichen Entscheid fällte. Spielte auch der Abschluss der Walliser Frage und damit die freie Verfügung über die Simplonstrasse nach Italien hinein? Wollte er trotz Lezays Warnung die Tragfähigkeit der politischen Neuordnung erproben, oder beabsichtigte er gar, wie das manche vermuteten, sie zu unterminieren?

Darf man mit dieser letzten Annahme dem französischen Staatsführer eine derartige politische Perfidie unterstellen, insbesondere eine Verleugnung aller bisher dem helvetischen Gesandten an den öffentlichen Audienzen vor grossem Publikum gemachten Erklärungen des Wohlwollens gegenüber der Schweiz? Folglich in diesem Land vor den Augen des eben befriedeten Europas den Füh-

rungsstreit zweier Parteien bis zum Bürgerkrieg untätig eskalieren zu lassen, um erst dann zu intervenieren und den Mediator zu spielen? Bedurfte es doch dann einer erneuten militärischen Intervention, um die Ausgangslage für die Mediationsordnung zu schaffen, wo hingegen die Ansätze zu einer Mischform von Zentralismus und Föderalismus schon im Malmaison-Projekt und den davon abgeleiteten Entwürfen gegeben waren. Stapfer, offensichtlich beflügelt von Talleyrands Note, hielt aufkommende Bedenken zurück und gab sich an der Audienz vom 14. Juli in eingehenden Gesprächen mit dem Ersten Konsul jedenfalls durchaus zuversichtlich, worüber er tags darauf berichtete:[55]

> «A l'audience le Premier Consul me demanda *si nos affaires s'arrangeaient.* Je lui répondis qu'elles allaient à merveille, et que le gouvernement constitutionnel de la République helvétique était actuellemant nommé. ‹*Les membres sont-ils installés?*› ‹Oui, Premier Consul, ils m'ont chargé de vous assurer, à la première occasion, de leur respectueux attachement et de leur profonde gratitude.› ‹*C'est bon*›, répliqua-t-il; ‹*mais croyez-vous que les affaires puissent marcher à présent?*› ‹Nul doute›, fis-je; ‹l'acceptation de la constitution et du choix des sénateurs a été parfaitement libre, grâce à vos procédés délicats et protecteurs de la tranquillité à la fois et de l'indépendance nationale›. ‹*C'est aussi mon opinion; vous serez incessamment débarrassés de troupes; j'ai donné les ordres pour qu'elles évacuassent la Suisse incessamment*›.

Damit sekundierte Bonaparte in aller Öffentlichkeit die Note seines Aussenministers vom 8. Juli. Es ist verständlich, dass Stapfer zuallererst ein tiefes Gefühl der Erleichterung erfüllte, wenn er an sein von den Kriegs- und Besatzungslasten fast erdrücktes Vaterland dachte. Dies brachte er denn auch während des zweiten Teils der geschilderten Veranstaltung offen zum Ausdruck, als er dem Konsul zugleich das von der Regierung erneuerte Beglaubigungsschreiben ankündigte.

> «J'eus [...] occasion d'annoncer au Premier Consul l'arrivée de mes nouvelles lettres de créance, le Premier Consul ayant daigné m'aborder de nouveau, après dîner, de la manière la plus prévenante et la plus gracieuse. Je lui dis que je désirais les lui remettre, avec l'espoir qu'il voudrait bien y répondre de façon à donner à la reconnaissance du gouvernement définitif par celui de la République française toute la solennité et toute l'évidence que le Conseil d'exécution devait naturellement désirer.»

Es ist unschwer zu erkennen, wie Stapfer sich hier um eine demonstrative Anerkennung der neu installierten helvetischen Regierung bemühte. Wie der Korse darauf reagierte, ergibt die Fortsetzung des Rapports:

> «Il me répondit qu'il recevrait mes lettres de créance avec plaisir, et qu'il était bien aisé de voir le gouvernement définitif entrer en activité. ‹C'était-là›, dit-il, ‹mon unique but: je souhaitais rendre le repos et le bonheur à l'Helvétie›. Je l'assurai d'un ton pénétré, et avec un accent

dont il n'a pu méconnaître la source, *que nous étions profondément émus de ses procédés*; que je n'avais pas voulu le lui dire à l'audience, parce que je voulais éviter de paraître le flatter; mais que, dans l'effusion d'une conversation plus animée et moins en représentation, je ne pouvais m'empêcher de le féliciter de s'être, par sa loyauté envers l'Helvétie, placé au-dessus des Césars et acquis des droits éternels à sa reconnaissance.»

Dies und das Nachfolgende sowie die Versicherung unverbrüchlicher Bündnistreue tönt heute fast überschwänglich. Im weiterführenden Gespräch konnte er nur noch kurz offene zwischenstaatliche Probleme vorbringen und schloss immerhin aus kritischen Bemerkungen des Konsuls über Redings Regierung, der Staatsstreich der Unitarier sei in Paris nicht ungern gesehen worden:

«Là-dessus il me dit qu'il avait été fort mécontent du système de Reding et que le gouvernement helvétique ferait bien de ne pas suivre ses errements. ‹Tout bien considéré›, ajouta-t-il, ‹quelle opinion avez-vous à présent de Reding?›. Moi: Je le crois un honnête homme, mais – Bonaparte: Mais très borné, n'est-ce-pas? Moi: Oui, infiniment borné, mesurant tout sur la vallée de Schwytz, faisant de l'horizon Schwytz son horizon politique, et sacrifiant les intérêts de sa patrie aux enfants gâtés Schwytz dont il flattait les goûts licencieux et les caprices. Bonaparte: Ah! je conçois: Reding et son parti sont des gens qui veulent tout ou rien. Quand les rapports du Valais avec les Républiques alliées seront fixés, et que le Frickthal avec les villes forestières vous aura été remis, toutes vos affaires seront terminées. Moi: Il nous importerait infiniment d'avoir encore la lisière du Jura, qui formait la portion helvétique de l'Evêché de Bâle. Bonaparte: Il n'y a pas d'obstacle; mais Bienne en fait partie, et il vient beaucoup d'adresses de Bienne pour demander qu'elle reste française. Moi: Ah! Citoyen Consul, si on consultait la majorité des habitans, il est impossible que ce fût leur vœu: ils sont liés de mœurs, d'antiques habitudes, de langue, de religion etc. avec les Suisses. Je vous supplie de vous rappeler que vous m'avez assuré, il y a près de quatorze mois, que vous nous rendriez ces petits pays sans difficulté, si je prouvais qu'ils ne sont pas réunis à la France par une loi: or rien n'est moins fondé. – Bonaparte: Nous verrons.»

Auch bei dieser Gelegenheit, kurz bevor die Marschbefehle an die Besatzungstruppen in der Schweiz ergingen, liess sich also der Erste Konsul zu keiner verbindlichen Garantieerklärung für Verfassung und Regierung Helvetiens bewegen. Spiegelten seine bohrenden Fragen vielleicht schon die kritische Lagebeurteilung des ersten Lezay-Rapports? Es ist nicht zu bestreiten, dass sich ja auch bei Stapfer in die erste Aufwallung der Freude über das Ende der Besetzung die Besorgnis mischte, ob die Sicherung der innern Ordnung aus eigener Kraft möglich sei. Darum sein Versuch, sogleich auf eigene Faust, über einen einflussreichen Mit-

telsmann bei Bonaparte eine Modifizierung der Evakuation im Sinne eines schrittweisen Abbaus der französischen Truppen zu erwirken, mit der Begründung, das helvetische Militär sei zahlenmässig allfälligen Ordnungsaufgaben noch nicht gewachsen. Dass der Konsul nicht darauf einging, hing möglicherweise damit zusammen, dass er den Abzug aus der Schweiz im Zusammenhang mit analogen Verfügungen als politisch-diplomatische Demonstration aufziehen wollte, indem er am 25. Juli den Aussenminister beauftragte, durch ein Zirkularschreiben in London, Wien, Petersburg, Berlin und München die Räumung der Schweiz, Neapels und Anconas bekannt zu machen:[56]

> «Je désire que la nouvelle de l'évacuation de ces trois états soit annoncée avec pompe et retentisse dans toute l'Europe, comme une preuve du peu d'ambition et de la modération du gouvernement français.»

Damit fiel der Modifikationsvorschlag des helvetischen Gesandten ausser Betracht.

Es bleibt zu zeigen, wie Stapfer des Weiteren in den entscheidungsvollen Vorgang der Evakuation involviert war. Mit seiner Depesche vom 12. Juli übermittelte er der Regierung in Bern die Note Talleyrands vom 8. Juli:[57]

> «J'éprouve une très vive joie en vous transmettant, par courrier extraordinaire, une lettre du ministre des Relations extérieures de la République française, dont le contenu vous donne le moyen, sans doute cher à vos cœurs, de signaler les premières actes de votre magistrature constitutionnelle et bienfaisante par un soulagement dont l'offre est le gage le plus sûr des intentions généreuses du gouvernement français, et qui doit fermer pour jamais la bouche tant à ses détracteurs qu'aux alarmistes qui, soit par découragement ou pusillanimité, soit dans des intentions perfides, soit enfin par l'habitude de supposer aux autres les vues de leur politique étroite et triviale, ne cessaient de révoquer en doute la volonté bien déterminée du premier Consul de rendre les Helvétiens à l'indépendance et au bonheur.»

Was also Stapfer anging, er nahm Bonapartes Massnahme im guten Glauben als ehrliche staatsmännische Geste auf, denn er erhoffte daraus zugleich einen Gewinn in der öffentlichen Meinung des Landes zugunsten der neu bestellten Regierung. In Bern gingen bei den Beratungen des Vollziehungsrats zusammen mit den Staatssekretären sowie im zusätzlich konsultierten Senat die Meinungen jedoch darüber auseinander, wie man das französische Angebot beantworten wolle.[58] Ob man die so lange ersehnte Entlastung bedingungslos annehmen oder angesichts der unsicheren inneren Lage einen Aufschub beantragen solle? Schliesslich instruierte der Vollziehungsrat seinen Gesandten, er möge in Paris den Dank der Helvetischen Republik abstatten und zugleich deren Bündnistreue bezeugen, besonderes Gewicht jedoch auf das dringende Ersuchen legen, der Erste Konsul möchte mit einer offiziellen Erklärung – «une déclaration authentique» – bekräftigen, er sei interessiert an der Aufrechterhaltung von Frieden und

Ordnung in der Schweiz sowie an der genauen Beachtung der gegebenen Verfassung. Aus dem Wortlaut dieser Instruktion geht hervor, wie sehr man sich von einer eindeutigen Manifestation Bonapartes in diesem Augenblick abhängig fühlte. Sie schärfte ein:

> «Telle est, Citoyen Ministre, la réponse que vous avez à faire. Nous vous invitons à donner l'attention la plus sérieuse à la demande qui la termine et à mettre tout à l'œuvre pour en assurer le succès.»

Damit war auf Stapfers diplomatische Kunst eine Hoffnung gesetzt, die sich allerdings nur erfüllen konnte, wenn ihr der Ansprechpartner entgegenkam. Was er jetzt zur Erfüllung seines Auftrags aufbot, geht zunächst aus einer Note an Talleyrand und damit an den Konsul hervor.[59] Dem wohlformulierten Dank für das Helvetien durch den Ersten Konsul bezeugte Wohlwollen sowie für die Achtung ihrer Unabhängigkeit schloss er gleichzeitig die Sorge der helvetischen Regierung darüber an, dass ihre Stellung noch nicht so weit gefestigt sei, um diese Unabhängigkeit auszuüben. Dennoch habe sie das Angebot des Ersten Konsuls ohne Zögern angenommen, sei doch dessen Freundschaft für die helvetische Nation nach der Unabhängigkeit das höchste Gut. Die Regierung werde darauf hinwirken, dass die Nation sich seines Vertrauens unter seinem Machtschutz würdig erweise. Und hierauf gemäss der strikten Instruktion das Gesuch um die Garantie der bestehenden politischen Ordnung:

> «Enfin, citoyen ministre, saisissant avec empressement et reconnaissance l'assurance qui termine votre note, le Conseil Exécutif ose espérer que l'indépendance helvétique sera protégeé par le gouvernement français; et tous ses vœux seroient comblés si le premier Consul commençait l'exercice de cette protection tutélaire et restauratrice, en rendant une déclaration authentique de l'intérêt qu'il prend au maintien de la paix et de l'ordre en Suisse, ainsi qu'à l'observation fidèle de la constitution que la nation s'est donnée.»

Dem fügte Stapfer noch bei, der Konsul könnte damit den Gang der politischen Organisation Helvetiens ungemein fördern, ja recht eigentlich das Schicksal des Landes bestimmen.

> «Et plus l'acte que celui de l'Helvétie sollicite sera positif et signifiant, plus il lui sera aisé de se passer de l'appui de troupes alliées et moins il regrettera de les voir sortir avant que les constitutions cantonales soient en activité et avant que l'autorité du gouvernement central lui-même soit pleinement consolidée.»

Was Stapfer im Zwiespalt der Gefühle – Genugtuung über den Abzug der Franzosen, Sorge um die politische Stabilität – in spontaner Reaktion aus eigener Initiative für einen schrittweise dosierten Abbau der Truppen unternommen hatte, dem folgten danach noch ähnliche Demarchen von Seiten des Landammanns Dolder und des französischen Gesandten Verninac. Doch alledem setzte der folgende lakonische Befehl Bonapartes an den Kriegsminister Berthier ein Ende:[60]

«Toutes les troupes françaises qui sont en Helvétie, Citoyen Ministre, se mettront en marche le 11 Thermidor [30. Juli], pour évacuer ce pays [...] Enfin il est indispensable qu'au plus tard le 20 Thermidor [8. August] il n'y ait plus en Helvétie des troupes françaises [...] Sous quelque prétexte que ce soit, les troupes françaises ne doivent plus passer désormais sur le territoire de l'Helvétie, ni dans le pays de Vaud.»

Unter dem gleichen Datum erschien im Pariser «Moniteur» eine Notiz, wie Stapfer annahm, von Bonaparte persönlich verfasst:[61]

«Les troupes françaises viennent de recevoir l'ordre d'évacuer l'Helvétie. Ainsi se trouvent remplis les vœux de ce peuple, qui depuis longtemps soupirait après son entière indépendance. Le citoyen Stapfer vient de faire connaître au ministre des relations extérieures, combien cette conduite loyale et généreuse de la part de la République, remplissait de reconnaissance la nation helvétique et son gouvernement. Puisse cette nation, que l'histoire nous a toujours montrée comme un modèle d'énergie, de courage et de bonnes mœurs, désormais, fatiguée de révolutions, se rallier autour de son gouvernement et faire le sacrifice de toutes passions à son intérêt, à son indépendance et à sa gloire.»

Diese gewissermassen offiziöse Einsendung nahm der Schweizer Gesandte deswegen mit Erleichterung auf, weil, wie er sogleich nach Bern rapportierte, nicht näher gezeichnete Artikel des «Moniteur» vom Ersten Konsul persönlich stammten und deswegen auch im Ausland als amtliche Erklärungen betrachtet wurden. Bedeutete dies nicht die «authentische Deklaration» zur Lage der Schweiz, wie er sie in der Note vom 22. Juni so dringend erbeten hatte? Er führte aus:

«D'après ces données, qui forment une des bases du nouveau code des usages diplomatiques, il n'y a pas l'ombre de doute que l'article en question ne soit une invitation expresse et formelle adressée par le premier Consul aux Puissances de l'Europe et au peuple helvétique, pour engager les premières à reconnaître, et les Suisses à se rallier avec dévouement et confiance autour du gouvernement actuel de l'Helvétie. Aucune déclaration n'aurait pu être plus positive ou plus signifiante: aucune n'aurait manifesté d'une manière plus claire et plus forte les vœux et les intentions du premier Consul de la République.»

Was überwog nun beim obersten Entscheidungsträger, die düstere Prognose Lezays oder Stapfers unentwegt vertretene Fortschrittshoffnung? Hätte Napoleon Bonaparte nicht noch zu diesem Zeitpunkt dem drohenden Zerfallsprozess der Helvetischen Republik Einhalt gebieten können oder wollen?

Auch die diplomatische Szene in Paris war jetzt in Bewegung geraten. Nach der Audienzszene vom 14. Juli hatten wichtige Vertreter des diplomatischen Korps Stapfer aufgesucht; namentlich mit dem russischen und dem preussischen Gesandten hatte er längere Besprechungen. Beide bezogen sich auch auf den im «Moniteur» publizierten Artikel. Während der Marquis Lucchesini dem Schwei-

zer Gesandten Beifall bezeugte und die baldige Aufnahme von Beziehungen mit Preussen in Aussicht stellte, malte der Russe Markow wie gewohnt schwarz und unterstellte den Franzosen treulose Absichten.

«Il a fait une nouvelle tentative de m'effrayer et de m'exciter.»[62]

So meldete Stapfer und beschrieb seine Reaktion. In der lebhaften Diskussion habe der Russe einen erneuten französischen Einmarsch prophezeit, sobald sich bei einer Störung der inneren Ordnung ein Vorwand dafür biete:

«On prévoit cet événement et on veut se mettre en mesure d'en profiter, avant que l'ordre chez vous soit tout-à-fait établi et consolidé.»

Stapfer: «Et si nous sommes sages?» Markow: «Il ne faut pas faire des suppositions impossibles.»

Der nachfolgende Grundsatzdisput mit jenem entschiedenen Verfechter des Ancien régime vermochte indessen das Vertrauen des Schweizers auf den französischen Protektor der helvetischen Neuordnung und seine Absichten nicht zu erschüttern. Dem Vorwurf, die Revolution bedeute Barbarei, hielt er entgegen, Bonaparte habe ja deren Errungenschaften stabilisiert. Deshalb:

«Nous sommes bien heureux qu'un grand homme ait régularisé ces conquêtes et qu'il les ait tournées au profit de l'humanité. C'est en ses vastes vues et en sa générosité que nous espérons, et non en des sentimens vagues et sans effet.»

Markow: «Un conquérant ne connaît de lois que son ambition.» Aber dieser Warnung begegnete Stapfer mit dem aufklärerischen Glauben an den unaufhaltsamen Kulturfortschritt der Menschheit, allenfalls sogar durch Kriege hindurch. Damit reihte er sich den Zeitgenossen an, die dem kriegerischen Korsen eine welthistorische Mission zuschrieben:

«Les progrès de la civilisation ont ennobli les maximes des grands guerriers. Le besoin d'une gloire morale, fruit de l'esprit du siècle, est un plus sûr garant de leur générosité que les incohérentes et les faibles combinaisons de la diplomatie des cours qu'une mouche dérange et qu'un souffle détruit.»

Markow: «Vous vous mettez donc à la merci d'un homme?»

Stapfer: «Beaucoup plus volontiers qu'à la merci du hasard. Mais, Monsieur le Comte, les puissances de l'Europe, en nous traitant avec bienveillance et notre gouvernement avec égards, contribueront à nous donner un sentiment de fierté et une consistance politique qui rendront toute entreprise contre notre indépendance plus difficile. Au lieu donc de se plaindre sans cesse de l'esprit révolutionnaire et du dévouement des Suisses à la cause française, il serait beaucoup plus conséquent et plus véritablement conforme aux intérêts des cours de l'Europe de nous environner de respect et d'honneurs.»

Dementsprechend forderte Stapfer den Russen am Schluss auf, die nächstens durch ihn erfolgende Notifikation der Einsetzung der verfassungsmässigen helve-

tischen Regierung befriedigend zu beantworten, worauf er die Antwort erhielt, jener werde sich an die Instruktion seines Herrschers halten, der am Schicksal der Schweiz interessiert sei. Dem habe er, Stapfer, noch beigefügt:

> «Bon; mais il faut que cet intérêt se prononce, se déclare, se manifeste par des actions, et c'est le gouvernement qui pour l'étranger représente une Nation.»

Die Helvetische Republik versuchte also, wieder ins europäische Konzert hineinzukommen. Im Auftrag des Vollziehungsrats trat Stapfer mit den Vertretern verschiedener Staaten in Verbindung, um ihnen die Konstituierung sowie die Zusammensetzung der Regierung bekannt zu geben.[63] Doch galt das Hauptaugenmerk der Haltung der Schutzmacht angesichts der infolge der Truppenevakuation in Bewegung geratenden inneren Verhältnisse. Im privaten Briefwechsel mit Innenminister Rengger mahnte er, noch immer im Vertrauen auf eine Stabilisierung aus eigener Kraft, es müsse ohne Rücksicht auf andere Fragen «für nichts als Ruhe und Bestand» gesorgt werden. Seine fortgesetzten, zähen Bemühungen um eine direkte, unmissverständliche Garantieerklärung des Ersten Konsuls für die bestehende Ordnung endeten nämlich erst mit der resignierten Meldung vom 8. August:[64]

> «Je n'ai pas attendu jusqu'à ce jour d'insister avec force et de supplier le Ministre avec les plus vives instances, pour qu'il engageât le premier Consul à écrire directement au Conseil exécutif une lettre qui par son contenu contrebalançât l'effet que produirait sur les esprits des malveillants et des mutins la retraite des troupes françaises. Mais je dois vous avouer que je n'ai guères l'espoir d'obtenir quelque chose de plus fort que ce qui a été dit par le premier Consul lui-même dans le no 307 du journal officiel.»

Während die feierliche Proklamation des Vollziehungsrats mit der Ankündigung des französischen Truppenabzugs und dem Aufruf zu Eintracht und Versöhnung durch das Land ging, zogen bereits die dunklen Wolken der Insurrektion am Horizont auf. Und Rengger schrieb am 12. August dem Freund aus der unmittelbar erlebten Situation heraus:

> «Überhaupt stehen unsere Sachen sehr schlimm. Der Krieg mit den kleinen Kantonen steht vor der Thür, und welche Mittel, ihn zu führen!»[65]

Für den nun seit drei Jahren auf seinem Aussenposten für die freiheitlichen helvetischen Reformziele einstehenden Gesandten Stapfer bedeutete das, was nun bevorstand, auch ein persönliches inneres Drama.

2.6 Das Ende der Gesandtschaft Stapfers: Insurrektion, Consulta, Mediation. Der Rückzug aus der Politik ins Privatleben

Der Einsatz für die helvetische Zentralregierung. Die undurchsichtige Politik der französischen Regierung. Insurrektion und Bürgerkrieg. Bonapartes Proklamation von St. Cloud. Stapfers Rolle als Koordinator an der Consulta. Bonapartes Entscheid zur Föderalisierung der Schweiz. Die Beratung der Mediationsakte. Die Ernennung Stapfers zum Präsidenten der Liquidationskommission. Das Ende seiner Gesandtschaft. Stapfer und Landammann d'Affry in Freiburg. Rücktritt und Rückkehr nach Paris. Abwendung von der Politik. Schlussbetrachtungen.

I Die Zerfallsphase der Helvetischen Republik spiegelt sich in einer dichten Folge von Gesandtschaftsberichten, Noten und mündlichen Demarchen Stapfers, aber auch in seiner Privatkorrespondenz. In den ersten Augusttagen 1802 unterstreicht eine vielsagende Schlussbemerkung seine gespannte Stimmungslage:

> «J'attends avec anxiété la nouvelle du premier usage que les Suisses auront fait de l'éloignement des troupes étrangères de leurs foyers. La sagesse avec laquelle ils se comporteront, décidera à la fois et de leur sort et de leur réputation à l'avenir.»[1]

Alles hing ja nun davon ab, ob die neue Verfassungsordnung sich in Ruhe konsolidieren und damit der helvetische Staat sich stabilisieren lasse. Er seinerseits unternahm an seinem Posten diplomatische Schritte, um die internationale Anerkennung dieses Status zu erlangen. Doch der helvetische Wunschtraum ging nicht in Erfüllung, denn der von der Innerschweiz ausgehende Widerstand löste den Impuls zur landesweiten Insurrektion, zum so genannten Stecklikrieg aus. Es rächte sich, dass im Innern nicht genügend eigene Ordnungskräfte zur Verfügung standen. Stapfer hatte vom Anfang seiner Gesandtschaft an dazu gemahnt und zur Stärkung der nationalen Unabhängigkeit aufgerufen. Nicht dass er etwa unbesehen staatliche Gewaltmassregeln gegen die eigene Bevölkerung befürwortet hätte. Ihm ging es einzig um die Wahrung der Rechtsordnung; antwortetete er doch Talleyrand auf dessen Vorwurf, dass man mit den Innerschweizer Rebellen verhandle, in der Schweiz sei man nicht gewohnt, sogleich auf den Souverän ein-

zuschlagen. In Paris beobachtete man die Zuspitzung der Lage aufmerksam. Doch hielt man sich bewusst zurück und unterliess es, der helvetischen Regierung durch eine unzweideutige Stellungnahme den Rücken zu stärken. Talleyrand beschwichtigte zunächst bloss:

> «Le Ministre m'observa que nous étions trop pressés à nous alarmer, que le temps était un grand réparateur; que le gouvernement français ne pouvait encore juger de ce qu'il convenait de faire; que s'il avait, dans d'autres occasions, fait ce que nous désirions, nous ne serions pas aussi avancés que nous étions; qu'il fallait laisser mûrir les événements.»[2]

Als Stapfer insistierte, wie denn Bonaparte die Bewegung in den kleinen Kantonen beurteile:

> «Je lui demandai, si le premier Consul était favorable ou contraire au système d'indépendance absolue des Petits Cantons. Le Ministre me répondit que le premier Consul n'était ni pour ni contre, qu'il ne désirait que notre bonheur, et par conséquent celui entre tous les systèmes qui pourrait l'assurer avec le moins d'oppositions et de frottements.»

Auf Stapfers Warnung vor einer chaotischen Ausbreitung von Landsgemeindebewegungen und der Zerrüttung des nationalen Zusammenhangs ging Talleyrand gar nicht ein. In einer darauf folgenden Konferenz kam der Appell Aloys Redings direkt an den Ersten Konsul zur Sprache. Stapfer fühlte sich betroffen von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Schwyzer Wortführers und betonte, den einzigen Vorwurf, den er sich machen müsse, sei, den damaligen Landammann während seiner Pariser Mission 1801 in ein günstiges Licht gestellt und dessen Beteuerung freiheitlicher Grundsätze ernst genommen zu haben. Darauf die aufschlussreiche Bemerkung Talleyrands:

> «C'est aussi le seul reproche que nous vous ayons jamais fait; vous avez été, par suite de votre esprit de conciliation, trop facile envers Reding.»

Dem hielt Stapfer entgegen:

> «Comme il [sc. Reding] mène une population intéressante et opiniâtre, nous aurions désiré pouvoir le gagner pour le bon parti et éviter par ce rapprochement la scission de la partie primitive de la Confédération helvétique.»

Der französische Minister erteilte schliesslich lediglich den Rat:

> «Que votre gouvernement déploie de l'énergie et de la fermeté, et tout ira bien. Nous voyons bien que l'effervescance des Petits Cantons est excité et entretenue par les ennemis des deux Gouvernements.»

Als der helvetische Gesandte an der nächsten öffentlichen Audienz auch den Ersten Konsul auf die Turbulenzen in der Innerschweiz hinwies, reagierte dieser im selben entschiedenen Ton. Zur Forderung der kleinen Kantone nach Unabhängigkeit von der Helvetischen Republik rief er aus:

> «‹Indépendants! un village indépendant du reste de l'Etat, c'est impossible et très ridicule›. Moi: ‹Il faut espérer que les mesures de concilia-

tion adoptées par le Gouvernement et leurs propres intérêts les ramèneront bientôt au lien helvétique›. – Bonaparte: ‹Sans doute, ils ne pourront rester isolés›.»[3]

So bleibt schwer verständlich, weshalb die französische Regierung dem durch Stapfer mehrmals dringend übermittelten Gesuch, der helvetischen Regierung eine in Oberitalien in französischem Sold dienende helvetische Halbbrigade als Ordnungskraft zur Verfügung zu stellen, mit allen denkbaren Ausreden auswich. Angesichts der wachsenden Insurrektion ging damit kostbare Zeit verloren. War der sonst so unbedenklich agierende Bonaparte auf einmal darauf bedacht, den Vertrag von Lunéville mit der Unabhängigkeitsklausel für die Schweiz vor den Augen Europas ja nicht zu ritzen, dass der verzweifelte Stapfer Tag und Nacht die Archive sogar nach den alten Soldverträgen der französischen Könige durchstöbern musste? Ja, der helvetische Gesandte sollte unter anderem sogar schriftlich bestätigen, die helvetische Regierung habe den Abzug der französischen Truppen aus der Schweiz gefordert und sehe sich jetzt mangels genügender Ordnungskräfte ausserstande, den Aufstand der kleinen Kantone zu dämpfen. Sie habe damit selber die kritische Lage provoziert. Stapfer blieb darauf beschränkt, seine Forderungen mit ausführlichen Noten zu begründen, zu insistieren, die Tragweite der Situation zu erläutern und vor den drohenden Folgen, selbst für die Schutzmacht, zu warnen:[4]

«[...] le gouvernement helvétique est déterminé à employer tous les moyens dont il pourra disposer, pour prévenir une guerre civile et la formation d'un Etat dans l'Etat, qui servirait de pointe de ralliement à tous les ennemis de la République au dedans et au dehors.»

Was blieb ihm schliesslich, als das Ergebnis seiner Demarchen abzuwarten, in der Hoffnung, Bonaparte werde von seiner Reserve abrücken und sich zur Beruhigung der Lage deutlich für die amtierende helvetische Regierung erklären. Das Fanal des ersten blutigen Zusammenstosses helvetischer Regierungstruppen mit den Insurgenten der Innerschweiz Ende August enthüllte die Schwäche der Regierungstruppen, die der Innenminister Rengger dem Freund in Paris gegenüber beklagte.[5] Nur dass es den helvetischen Patrioten im Innersten widersprach, die Staatsordnung allenfalls durch fremde Bajonette abzusichern. Doch um welchen Preis war denn die drohende Gegenrevolution abzuwenden? Deren Akteure standen bereit und nutzten zunächst einfach die labile Lage im Land, hielten aber mit den eigentlichen Absichten noch zurück. Alles, was sich seit 1798 aufgestaut hatte in dem von Krieg und Besetzung geschundenen Land, an Enttäuschung über nicht eingelöste Verheissungen, über die politischen Manöver, all das entlud sich nun geballt gegen den ungefestigten, bürokratisch-zentralistisch organisierten Staat und seine Exponenten. Damit trat deutlich zutage, dass dem Volk durch den revolutionären Sprung über die verwurzelten Traditionen hinweg zu viel zugemutet worden war. Mit tiefem Gram verfolgte der ehemalige Erziehungsminister von fern den Verlauf der nun einsetzenden chaotischen Wirren, er

selber als Diplomat in der Rolle des Übermittlers der zwischen Bern und Paris hin- und hergehenden Botschaften, bisweilen mittels Eilkurieren.

«Je suis ici dans l'huile bouillante», schrieb er am 3. September nach Bern, weil man ihn wegen der nachgesuchten helvetischen Soldtruppen noch immer hinhielt. Und in Bestürzung:

> «La nouvelle déplorable que vous me donnez [...] de l'effusion de sang sur les frontières d'Unterwalden m'a bouleversé. Dieu veuille que ce soit la première et dernière.»[6]

Die Zuspitzung der Lage veranlasste ihn, am 6. September dem französischen Aussenminister den Standpunkt der helvetischen Republikaner rückhaltlos darzulegen. Aus seinem Bericht:[7]

> «Il [Talleyrand] m'a dit que nos affaires allaient bien mal, et il m'a de nouveau adressé le reproche que nous avions eu tort de demander l'évacuation de la Suisse. Je lui ai répété là-dessus ce que je lui avais déjà plusieurs fois observé, que nous n'avions point demandé la retraite des troupes dans le moment de l'établissement de notre nouvelle organisation, que nous aurions au contraire désiré qu'elle eût lieu trois mois plus tard, et qu'il savait bien lui-même, comment l'offre du premier Consul avait été faite, et si le gouvernement helvétique, dans la position délicate où il se trouvait, avait eu la faculté de refuser cet offre, dans la supposition de son inévitable publicité.»

Stapfer legte damit nochmals die Problematik des Zeitpunkts für den unvermittelten französischen Truppenabzug offen. Natürlich hatte auch Talleyrands Widerrede etwas für sich:

> «Il remarqua qu'une constitution, qui avait besoin de baionettes pour se soutenir ne valait rien; que nous avions paru enchantés de la nôtre et assuré de son succés.»

Demgegenüber hielt ihm Stapfer aber die durch die Revolution verursachte politisch-soziale Instabilität mit ihren Risiken vor Augen und argumentierte wie folgt:

> «Je répliquai qu'une nation ayant été arrachée à son ancienne organisation et ne pouvant, par mille raisons, y retourner, il était difficile d'imaginer comment il serait possible d'y établir un nouvel ordre stable et raisonnable sans l'ascendant d'une grande autorité, particulièrement si cette nation, formée de peuplades très diverses et agitée par des passions haineuses et des préjugés enracinés, n'avait de point de ralliement ni dans les anciennes institutions, sur lesquelles leurs partisans même ne pouvaient s'accorder pour le mode et la nature de leur résurrection, ni dans de grands hommes, fixant les regards de la multitude par des actions d'éclat et des services importants, ni dans un système qui plût généralement, aucune forme de gouvernement ne pouvant être considérée comme voulue par la grande majorité. J'ajoutai que le seul penchant bien prononcé de la multitude était vers l'établissement d'un régime démagogique bien licen-

cieux et bien épouvantable, vers l'isolement absolu et vers la métamorphose de toutes les vallées, villes, bourgs et villages de l'Helvétie en autant Etats démocratiques, tumultueux et indépendants; qu'une pareille dissolution de la Suisse serait le tombeau de la civilisation, la honte du siècle et aurait pour effet de voir la Suisse effacée de la liste des Etats et surtout de celle des républiques alliées et tenant au système de la France.»

Darauf Talleyrands eher hilflose Entgegnung:

«Ce n'est pas le gouvernement français actuel qui a fait la révolution de Suisse, et les Français ne peuvent pas se battre constamment pour tout le monde.»

Jedoch hakte hier Stapfer nochmals mit seiner stehenden Forderung ein:

«Un mot du premier Consul suffirait pour mettre fin à tous nos troubles et pour affermer le gouvernement qu'il a reconnu. Que le premier Consul déclare qu'en la conformité du traité d'alliance il est prêt à donner secours au gouvernement helvétique contre les ennemis intérieurs, et que le général de la division la plus rapprochée de l'Helvétie a l'ordre d'entrer à la première réquisition du Gouvernement, et que cette déclaration soit publique d'une manière authentique.»

Doch auch diesmal blieb das Ersuchen um diese Abschreckungsgeste ergebnislos, da der französische Minister eine ausdrückliche Note forderte, um vor den Augen Europas gerechtfertigt zu sein. Der hierzu nicht ermächtigte Gesandte schloss mit der rhetorischen Frage:

«Qu'est-ce qui pourrait faire hésiter le premier Consul sur la propriété de tous les moyens qui peuvent le plus promptement, sans coup férir et sans nous causer des frais, ramener le calme en Helvétie?»

Er kannte die stereotype Antwort des Ministers im Voraus:

«Le premier Consul n'aime pas à se mêler des affaires des autres.»

Immerhin liess Talleyrand am Schluss noch durchblicken, gegebenenfalls könnte sich der Erste Konsul zu entschiedenem Handeln veranlasst sehen. Tönte dies nicht ominös? Aber die Zeit war noch nicht reif.

Der helvetische Gesandte sah sich hin- und hergeworfen. Vielleicht etwas zu gutgläubig, wie er war, nahm er Talleyrands Mitteilung am 9. September auf, dass der Erste Konsul nun bereit sei, die angeforderten helvetischen Soldtruppen in Marsch zu setzen; denn geradezu euphorisch begleitete er die per Eilkurier abgehende Botschaft mit den Worten:[8]

«Cette note est trop importante pour les destinées de ma patrie; elle annonce avec trop d'évidence les intentions bienveillantes du premier Consul et sa résolution de soutenir contre ses ennemis le gouvernement helvétique et la cause de la liberté en Suisse.»

Der damit angekündigte Nothelferdienst Bonapartes zur Befriedung des Vaterlandes sah allerdings in der Folge etwas anders aus. Einen Vorgeschmack davon bekam der Gesandte, als ihn seine Regierung fast gleichzeitig anwies, er solle die

französische Regierung um Vermittlung im helvetischen Zwist angehen. Diese reagierte aber äusserst unwirsch auf das offensichtliche Schwächezeichen. Am 11. September rapportierte Stapfer die im französischen Aussenministerium erlebte peinliche Szene. Peinlich war ihm zudem, das Gehörte weiterzureichen:[9]

> «Cette idée a été fort mal accueillie par le gouvernement français et rejeté comme entièrement inadmissible. – Comme c'est mon devoir de vous rendre compte fidèle des communications importantes que me fait verbalement le Ministre, je ne puis me dispenser de vous rapporter ce qu'il a dit de plus saillant à ce sujet. ‹Fi! s'est-il écrié, une médiation entre un gouvernement légitime et des rebelles! quelle indignité! Ce serait un scandal affreux dans l'ordre social de l'Europe et un exemple *désorganisateur* pour les gouvernements. Un gouvernement qui capitule avec quelques villages qui doivent lui obéir! Non, jamais le gouvernement français ne se prêtera à une transaction aussi avilissante›.»

Was sollte der Angesprochene dieser Tirade entgegensetzen?

> «Rien, ai-je répliqué, rien de ce qui tend à épargner le sang humain n'est avilissant, citoyen Ministre; la nature de l'insurrection, le caractère des insurgés, des symptômes du même mal éclatant dans différents endroits, la pénurie de nos ressources ont déterminé mon gouvernement.»

Doch der französische Minister machte seinem Ärger über die Wirren in der Schweiz noch weiter Luft. Er rief aus:

> «Votre gouvernement? Il n'est plus gouvernement dès le moment où il cède à des révoltés. Vous n'avez pas de gouvernement. On l'insulte impunément, et il ne se fait point assez respecter. – Il continua sur ce ton, et puis il ajouta: J'espère que la lettre que je vous ai écrite produira un bon effet. Elle prouvera que le premier Consul est décidé à vous soutenir par tous les moyens qui sont conformes aux traités. J'espère que les révoltés en seront effrayés [...] c'est honteux qu'une poignée de mauvais sujets et de mauvaises têtes doive empêcher votre gouvernement de prendre consistance et de donner enfin l'ordre et de la liberté à l'Helvétie.»

Stapfer zog aus der stürmischen Szene den Schluss, der Unwille in Paris über die höchst unwillkommene Friedensstörung an Frankreichs Ostflanke könnte sich für seine Regierung doch noch positiv auswirken im Sinne einer Vermittlung durch einen Dritten. Er unternahm es, aus eigener Initiative, den angesehenen und der Schweiz wohlgesinnten Politiker Jean Joseph Mounier als Vermittler zwischen den Streitparteien vorzuschlagen und damit die nationale Würde zu wahren. Vergeblich, angesichts des sich wie ein Buschbrand ausbreitenden Aufstands und dem unter Landammann Dolder, abgesehen von wenigen entschlossenen Staatssekretären, ziellos agierenden Vollziehungsrat. Machtlos musste der helvetische Gesandte aus der Ferne den Auflösungsprozess der Helvetischen Republik mitverfolgen und sah sich dazu verurteilt, aus Paris die Reaktionen auf seine Hiobsbotschaften nach Hause zu übermitteln. So ist verständlich, dass in seine Rappor-

te auch die Klagen des tief bekümmerten Patrioten einflossen, wie um das Verhängnis aufzuhalten:

> «Il est affreux de penser que des intérêts particuliers, un amour-propre blessé et le désir de se populariser, en flattant le goût pour la licence qui anime les sansculottes montagnards, aient peut-être fait perdre aux Suisses le moment unique qui leur était offert par le Dieu de leurs pères de se ressaisir de leur rang parmi les nations et de rentrer dans la pleine jouissance d'une existence honorable. Est-ce donc parce qu'on se dispute sur l'habit que nous porterons, qu'il faut s'exposer à geler de froid et à traîner les chaînes de l'Etranger, au lieu de se couvrir de vêtements qu'on pourrait changer ou modifier ensuite d'après nos besoins? Vraiment, on est prêt à verser des larmes de sang. Les fondateurs de la liberté helvétique n'ont certainement pas eu en vue ni la barbarie et le scandale du régime des *landsgemeinden,* ni les abus et le rétrécissement des bourgeoisies exclusives! Ils ont voulu délivrer leur patrie du joug de l'Etranger, soustraire leurs concitoyens à l'arbitraire et aux vexations des tyranneaux subalternes de la maison d'Autriche et leur assurer la jouissance de lois indigènes et de magistrats intègres! Quelle honte que leurs descendants mettent au jeu et leur indépendance et l'avantage inappréciable de lois et de magistratures nationales, pour se livrer aux fureurs de la dispute et des dissensions sur des formes et des modifications étrangères à l'essence du bonheur et de la liberté? N'y a-t-il donc plus parmi nous ni patriotisme, ni grandes vues, ni désintéressement, ni connaissance de nos véritables intérêts?
>
> Mais à quoi servent les plaintes quand il n'y a que de peuplades qui oublient qu'elles forment une nation respectable en Europe par les souvenirs, et qu'on se rassemble plus volontiers aux cris de la haine et à la pâle et sombre lueur des préjugés qu'à la voix de la patrie et sous l'étandard du bien public?»

Der Mann, der zwei Jahre lang als Erziehungs- und Kulturminister seine geistigen und moralischen Kräfte fast aufgezehrt hatte im Ringen um die Schaffung eines gesamtschweizerischen Gemeinsinns, er war befugt, angesichts des Bürgerkriegs diese Anklage zu erheben. Dabei mag er sich auch an Mahnworte des Geschichtsschreibers Johannes Müller erinnert haben, mit dem er noch vor dem politischen Umsturz, zusammen mit Karl Viktor von Bonstetten, Gespräche geführt hatte.[10] Stapfer dürfte seine Rolle bei den endlosen, demütigenden Verhandlungen mit Bonaparte und Talleyrand und unter den Blicken der übrigen in Paris residierenden fremden Gesandten sehr schwer gefallen sein.

> «Oh, ma malheureuse patrie! Nos dissensions nous menacent de la perte non seulement de toute espèce de prospérité, mais encore de l'estime attachée jusqu'ici au nom Suisse, et nous ne pourrons pas même nous écrier avec François I: *Tout est perdu fors l'honneur.*»[11]

Aus alledem darf man schliessen, wie hart es ihn zuletzt ankam, das Ersuchen seiner Regierung um die Intervention Frankreichs aufgrund der Allianz von 1798 zu übermitteln. Er selber richtete am 20. September dazu ein ausführliches Begleitschreiben an Talleyrand.[12] Der Vollziehungsrat rief den Ersten Konsul nicht nur um Beistand an, sondern bezog sich ausdrücklich auf dessen frühere Ratschläge und die offensichtliche Billigung der zuletzt erlassenen Verfassung. Stapfer seinerseits zeichnete in seinen eigenen Ausführungen die Entwicklung der Lage auf, von der Auflösung der alten Strukturen 1798 bis zur umstrittenen Neugestaltung der Verfassungsordnung, unter besonderem Hinweis auf die Bedeutung des Malmaison-Projekts. Es ging ihm offensichtlich nicht nur um die aktuelle Notlage, sondern um deren tiefere Ursachen, wobei er vor dem chaotischen Charakter der Aufstandsbewegung warnte und vor unabsehbaren Folgen für die Schweiz und ihre Nachbarstaaten.[13] Am Schluss seines Briefs stand die Zuversicht auf eine Vermittlungsaktion des Ersten Konsuls:

> «La tranquillité renaîtroit immanquablement; et alors des citoyens distingués de toutes les classes et de tous les partis pourroient, sous les auspices et aides des conseils du premier Consul apporter à la constitution les changemens qui seroient jugés necessaires pour opérer l'union durable de tous les Suisses et pour rétablir leur ancienne prospérité.»

Freilich konnte er noch nicht ahnen, dass der Korse gar nicht gewillt war, der inzwischen von Bern nach Lausanne geflohenen helvetischen Regierung Überlebenshilfe zu leisten und die bisherige Verfassung zu retten, sondern den völligen Zusammenbruch der Ordnung abwarten würde, um danach mit einem kategorischen Waffenstillstandsgebot die Ausgangslage für die selbstherrlich verfügte Neuordnung zu schaffen. So hatte Stapfer zunächst lediglich die brüske Ablehnung seiner Demarche zu übermitteln:

> «L'envoi des troupes françaises dans un pays agité ne pouvant avoir lieu sans les faire participer aux dissensions qui le divisent, le sang français pourroit couler et le premier Consul ne peut l'exposer que pour l'intérêt propre et immédiat des Français.»[14]

Mit der zuletzt geschaffenen helvetischen Verfassung, hiess es in der Note, habe der Erste Konsul nichts zu schaffen, womit er auch das Verdikt über diesen letzten Versuch der Helvetiker fällte, sich unabhängig zu konstituieren:

> «Il paraît aujourd'hui que cette constitution ne convient pas à l'Helvétie, puisque de toutes parts on s'élève contre elle. Or, en la faisant établir par des bayonnettes étrangères, on ne ferait que constater avec éclat qu'elle est peu propre à faire le bonheur de vos concitoyens.»

Doch was verbarg sich hinter der unverhüllten Absage? Die Krise in der Schweiz trieb ihrem Höhepunkt zu. Die Bürgerkriegstruppen marschierten im Norden der Waadt gegeneinander auf, die Insurgenten weit überlegen, während die helvetische Regierung zusammen mit dem französischen Gesandten Verninac in

Das Schloss von St. Cloud.

Lausanne noch immer auf ein Machtwort zu ihren Gunsten aus Paris harrte. Sie liess ihren Gesandten am 28. September wissen:

> «Si jamais vos lettres étaient attendues avec impatience, c'est dans un moment où chaque heure de retard peut occasionner des malheurs inouïs dans ce pays; il n'y a plus rien qui puisse arrêter la guerre civile, que la volonté bien prononcée du gouvernement français, et qui nous laisse dans un cruel silence.»[15]

Gleichentags forderte Talleyrand in Paris von Stapfer Einsicht in alle aus der Schweiz eingehenden und vor kurzem eingelangten Situationsberichte, während der Erste Konsul bereits den General Ney aus Nancy in Eile nach Genf beorderte und Truppen bereitstellen liess.[16] Stapfer seinerseits zeigte am 29. September dem französischen Aussenminister an, wie die Dinge standen:

> «L'anarchie est parvenue à son comble en Suisse. Les insurgés et leurs complices dans la capitale ont, par des actes répétés de trahison et de violence forcé le Gouvernement helvétique à quitter Berne, le lieu ordinaire de sa résidence, et à se transporter à Lausanne, chef-lieu d'un Canton où la tranquillité n'a point été troublé, et dont les habitants fidèles assureront au Gouvernement la sécurité nécessaire à ses opérations. Son premier soin est de rendre l'Helvétie à la paix. Mais le Conseil d'exécution désespère de parvenir à ce but sans l'intervention positive et la coopération bienveillante du gouvernement français.»[17]

General Jean Rapp, Adjutant Napoleons.

Dies war sein letzter Appell um französischen Sukkurs für eine Regierung, die, wie er später einmal im Rückblick festhielt, leider unfähig war, entschlossen zu handeln, und deswegen auch unrühmlich dastand, als Bonaparte am 30. September 1802 von St. Cloud aus dem Chaos Halt gebot.[18]

II Um den Rahmen abzustecken, in welchem Stapfer die letzten Funktionen seiner Gesandtschaft ausübte, ist es unumgänglich, einige Zusammenhänge zur napoleonischen Mediation aus den Quellendokumenten heranzuziehen. Die Helvetische Republik endete im Zeichen einer kraftlosen Regierung, während im Hintergrund am ehemaligen Regierungssitz in Bern eine wiedererstandene, selbstbewusste patrizische Standeskommission ihre Proklamationen an die ehemaligen Untertanen richtete und sich in Schwyz unter Führung des Landammanns Aloys Reding eine eidgenössische Tagsatzung mit dem Anspruch formierte, die gesamten vaterländischen Angelegenheiten zu beraten. In der bedrängten helvetischen Zentralbehörde zu Lausanne entwickelten einzig die zwei Staatssekretäre Johann Jakob Schmid und Albrecht Rengger energische Gegenmassnahmen, bis nach dem verlorenen Treffen bei Faoug am 3. Oktober die helvetischen Regierungstruppen sich praktisch auflösten. Der Innenminister Rengger berich-

General Michel Ney (1769–1815), Kommandant der französischen Besatzungstruppen 1802/03 und politischer Bevollmächtigter in der Schweiz.

tete in seinem Tagebuch nicht nur nüchtern über das Chaos des militärischen Zusammenbruchs, sondern auch über das Erscheinen des Deus ex Machina in Gestalt des Generals Rapp am 4. Oktober mit Napoleon Bonapartes am 30. September in St. Cloud erlassener berühmter Proklamation, gerade als das zur Flucht bereite Regierungspersonal sich von Ouchy nach Evian einzuschiffen anschickte:[19]

> «In Lausanne packten Regierende und Regierte ein; am Seeufer stand eine beträchtliche Anzahl Schiffe von Evian und viele Emigranten hatten schon vom Lande abgestossen. Gegen acht Uhr kam der Senat zusammen. Kaum war die Sitzung eröffnet und von Doldern die trübselige Lage dargestellt, als Monod [Regierungsstatthalter des Kantons Léman] ins Nebenzimmer trat und die Ankunft eines französischen Generals anzeigte. Einen Augenblick später rannte Verninac [der französische Gesandte] herein mit dem halberstickten Ausrufe: ‹je vous apporte des consolations›. Er kündete nun bestimmt die Ankunft des Aide de Camp Rapp nebst seinen Aufträgen an [...] Nach einer halben Stunde erschien Rapp selbst in der Versammlung: und Verninac las das mitgebrachte

Trostschreiben ab, das mit einem von Jenner angestimmten: ‹es lebe der erste Consul!› beantwortet ward.»

Das «Trostschreiben», das heisst die Proklamation von St. Cloud an die 18 Kantone der Helvetischen Republik, kündigte Konsul Bonapartes Vermittlung an.[20] Mit *einem* Wort und unter Androhung von Gewalt dämmte er den Bürgerkrieg ein, gebot den von den Insurgenten eingesetzten Behörden Halt und ordnete die Rückkehr des helvetischen Senats nach Bern an. Im militärischen Befehlston setzte er Fristen für seine ultimativen Forderungen. Eine zweite Verfügung betraf die Einberufung einer Consulta nach Paris aus Vertretern des Senats, der Kantone, früheren Amtsträgern, mit einem Wort der verschiedenen politischen Richtungen. Seine Zielsetzung:

«pour faire connaître les moyens de ramener l'union et la tranquillité et de concilier tous les partis». Und: «Habitants de l'Helvétie, revivez à l'espérance!!!» [sic].

In feierlichem Ton schloss er:

«Il n'est aucun homme sensé qui ne voie que la médiation dont je me charge est pour l'Helvétie un bienfait de cette Providence qui, au milieu de tant de bouleversements et de chocs, a toujours veillé à l'existence et à l'indépendance de votre nation, et que cette médiation est le seul moyen qui vous reste pour sauver l'une et l'autre.»

Gleichzeitig hatte Talleyrand den General Rapp anzuweisen, er solle vor allem den Insurgentenchefs in Bern das Risiko vor Augen halten, falls sie nicht innert fünf Tagen den helvetischen Senat daselbst aufnähmen:

«Il insinuera que, dans le cas contraire, il a les pouvoirs nécessaires pour faire entrer de tous côtés des troupes françaises en Helvétie, et qu'alors malheur à ceux qui auraient obligé à une réoccupation!»[21]

Des Weiteren hiess es:

«Dans les petits Cantons et dans toute sa mission le citoyen Rapp fera connaître que je suis résolu à en finir et à organiser l'Helvétie d'une manière conforme aux vœux des habitants, mais sans donner gain à aucune faction.»

Dies zum Begleitkommentar zur Mission Rapps. Und für den Fall des Widerstands:

«Vous écrirez au général Ney qu'il faut qu'il se tienne en mesure avec ses troupes pour pouvoir, s'il est nécessaire, entrer en Suisse, mais qu'à cet effet il doit attendre les ordres du Gouvernement.»

Eine Episode, in die am Rand auch Stapfer einbezogen war, ist hier noch der Erwähnung wert, der Versuch nämlich des Ende September nach Paris entsandten Berner Emissärs Niklaus Friedrich von Mülinen (1760–1833), der zusammen mit einem Begleiter beim Ersten Konsul die Sache der Insurgenten vertreten sollte. Stapfer hätte den beiden eine Audienz bei Bonaparte verschaffen sollen, weigerte sich aber wegen der gegen die von ihm vertretene Regierung gerichteten Ab-

Niklaus Friedrich von Mülinen (1760–1833), patrizischer Berner Politiker. Ölbild von Johann D. Mottet, 1809.

sichten. Die diplomatische Aktion der Patrizier stiess angesichts der Lage der Dinge begreiflicherweise ins Leere. Es blieb auch nicht verborgen, dass die Berner bei verschiedenen Gesandten europäischer Mächte vorsprachen. Der Erste Konsul empfing sie nicht, sondern liess ihnen auf ihr Schreiben durch Talleyrand eine schroffe Absage zugehen, die deutlich machte, dass man in Paris die sich abzeichnenden restaurativen Zielsetzungen der Insurgenten genau zur Kenntnis nahm. Bonaparte trug seinem Aussenminister auf:[22]

> «Dites-lui [...] que rien ne m'a échappé des mouvements de la Suisse, que les proclamations de Soleure et Berne sont évidemment le plus violent outrage que l'on puisse faire à l'honneur français; que ce n'est ni la conduite ni le style d'hommes sensés, mais la conduite furibonde d'hommes qui poussent la passion et l'inconsidération au dernier degré. Que les deux cents familles de Berne s'intitulent souverains que, quoi qu'ils puissent dire, j'estime trop le peuple suisse pour croire qu'il consente encore à être le sujet de quelques familles. Que la France a d'ailleurs garanti à la Suisse l'égalité de droits; qu'une contre-révolution

peut être tenté, mais ne sera jamais consommée en Suisse; que ce qu'il dit de la volonté du peuple est une déraison; que d'ailleurs mes calculs ne sont pas subordonnés seulement à la volonté du peuple suisse, mais aux intérêts de quarante millions d'hommes que je gouverne.»

Bonaparte setzte damit im Hinblick auf den nachfolgenden Mediationsprozess eine wichtige Wegmarke gegenüber allfälligen Restaurationstendenzen. Anderseits verhehlte er in seinen Anweisungen an Talleyrand auch den bereits gegenüber Stapfer bekundeten Ärger über die Schwäche der noch amtierenden helvetischen Regierung keineswegs:

«[...] que je n'ai et ne puis avoir d'estime pour le Sénat actuel; si j'en eusse eu, sa lâcheté dans ces circonstances la lui a ôtée. Que je me persuade bien aujourd'hui de la nécessité d'une mesure définitive; que si, dans peu de jours, les dispositions de ma proclamation ne sont pas remplies, 30 000 hommes entreront en Suisse sous les ordres du général Ney, et s'ils m'obligent à ce coup de force, c'en est fait de la Suisse. Que j'ai besoin, par-dessus tout, d'une frontière qui couvre la Franche-Comté; un gouvernement stable et solide, ami de la France, c'est le premier vœu que je forme; si celui-ci ne peut avoir lieu, l'intérêt de la France me dictera la conduite à tenir; qu'il n'y a dans ma proclamation pas un mot qui ne soit un volume; qu'il n'y a rien d'oratoire; elle est toute ma pensée; car ma politique est franche et ouverte, parce qu'elle est le résultat de longues méditations et de la force.»

Er markierte ohne Umschweife sein politisches Ziel mit der Zwangsschlichtung in der Schweiz, indem er aber gleich seine Unparteilichkeit unterstrich:

«[...] que je n'ai d'affection pour aucun homme; que je me suis constamment plaint et de Dolder et de Reding; aucun n'a suivi mes conseils. – Si ma médiation est acceptée et s'il n'entre point de troupes françaises en Suisse, je la regarde comme entrant dans le port.»

Für den Fall des Widerstandes setzte er jedoch am Schluss die folgende zornige Drohung an die Adresse der Berner Emissäre hin:

«[...] toute modification, tout faux-fuyant est inutile; rien ne sera écouté; qu'il dise bien à ses compatriotes que depuis deux ans cela est un véritable jeu d'enfants; qu'il est temps que cela finisse, et que je ne vois pas de milieu entre *un gouvernement suisse solidement organisé et ami de la France, ou point de Suisse.*»

Das waren nicht mehr die unverbindlich-diplomatischen Floskeln, wie sie der Erste Konsul an den öffentlichen Audienzen gegenüber Stapfer zu machen pflegte. Keine Rede mehr von Wohlwollen für Helvetien und dessen Glück, vielmehr die vom Vorherrschaftsstreben eingegebenen Forderungen an den zwangsverbündeten Vasallen: innere Stabilität als Voraussetzung der strategischen Absicherung der französischen Ostflanke unter Garantie des 1798 vollzogenen politisch-sozialen Transformationsschubs. Die Modalitäten der Neuregelung behielt er

sich persönlich vor, immerhin unter Beizug eines möglichst alle Interessenrichtungen repräsentierenden Gremiums, der so genannten Consulta.

III Während der bei diesen Vorgängen in Misskredit geratene französische Gesandte Verninac Mitte Oktober abgelöst wurde, blieb dem helvetischen Gesandten Stapfer den ganzen Verlauf des Mediationsprozesses über eine eigentliche Schlüsselfunktion vorbehalten. Bonaparte übertrug den Gesandtenposten in der Schweiz dem General Michel Ney, der die wieder einrückenden Truppen kommandierte, um allfälligen Widerstand gegen die Weisungen vom 30. September zu brechen. Stapfers Gesandtenkorrespondenz drehte sich den ganzen Oktober über hauptsächlich um Fragen der einzuberufenden Consulta. Am 2. Oktober richtete er einen ausführlichen Rapport an den Vollziehungsrat und schilderte, wie er während der kritischen Phase der Ereignisse tagtäglich mit Talleyrand konferiert und diesen dabei beschworen habe, der Erste Konsul möge doch vor einer militärischen Gewaltanwendung alle friedlichen Mittel zur Beeinflussung der Insurgenten ausschöpfen.[23] Aus genauer Kenntnis der in Paris herrschenden Stimmung mahnte er, der Proklamation von St. Cloud vollumfänglich Folge zu leisten. Als er Talleyrand an das Malmaison-Projekt erinnerte, gab man ihm bloss zu verstehen, der Erste Konsul gedenke die Lage endgültig zu bereinigen. Vorerst galt Stapfers brennende Sorge also der «réconciliation» mittels der helvetischen Consulta. Weise Überlegung und wahrer Patriotismus wiesen keinen andern Weg, meinte er und gebrauchte das Bild von der rettenden Planke auf stürmischer See. Für ihn stand mit Annahme oder Verweigerung der Mediation der nationale Fortbestand auf dem Spiel:

> «Après les tourments d'une révolution qui a ébranlé jusqu'aux fondements de l'ordre social et mis à flot tous ses éléments, l'ascendant d'un grand homme, épargnant à une nation des années d'oscillations et de réactions par quelques heures de conférences bénévoles avec les plus estimables de ses citoyens, est un bienfait de la Providence. Le repousser, pour s'abandonner derechef aux chances d'essais douteux et de discussions orageuses, serait un crime et faire passer cette démerite pour la voix ou l'inspiration de l'honneur serait, aux yeux de la sagesse et du vrai patriotisme, ou un donquichotisme antisocial ou une insigne mauvaise foi.»

War einmal der offene Bürgerkrieg durch das Machtgebot von aussen eingedämmt, so ging es doch nun darum, günstige Voraussetzungen für die Konferenz der Consulta zu fördern. Dem galt von jetzt an der volle Einsatz des Gesandten.

> «Il me semble que le point de ralliement et le mode de réconciliation offert par la France est le seul qui puisse nous procurer la tranquilité et des institutions durables. Je gémis autant et plus peut-être qu'aucun Suisse de ce que nous ne soyons pas parvenus à nous arranger nous-mêmes, et que ce ne soit qu'aux dépens de la fierté nationale qu'on puisse sauver notre existence politique et nous arracher à nos propres fureurs.»[24]

Er ging also von der Überzeugung aus:

> «Sans réconciliation des partis point de paix, point d'organisation stable.»

So lautete auch sein Ratschlag an die reaktivierte, bald nach Bern zurückkehrende Regierung, mit Mässigung und in patriotischer Gesinnung zu handeln:

> «Il ne faut pas qu'aucun parti soit écrasé, et il convient qu'on ait pour les désirs et les affections d'une classe nombreuse, telle qu'elle soit, tous les ménagemens que pourront comporter l'intérêt de la patrie et la cause de la liberté.»

Vorerst, es war Anfang Oktober, wartete man in Paris gespannt auf die Wirkung von Bonapartes Aufruf, insbesondere auf die Insurgenten. An der öffentlichen Audienz vom 7. Oktober gab sich der Erste Konsul Stapfer gegenüber ziemlich kurz angebunden und liess durchblicken, er lasse sich jetzt durch Rapp direkt und rasch informieren.[25] Auf das wenige Tage zuvor stattgefundene Gefecht bei Faoug anspielend, meinte er trocken:

> «On se battait encore chez vous. Qu'espérez-vous de l'effet de ma proclamation?»
>
> Stapfer: «Je crois, Citoyen Consul, qu'elle fera celui d'un calmant général. Les dernières dépêches de mon gouvernement en démontrent encore davantage l'urgente nécessité.»

Talleyrand seinerseits – wie aus diesem Rapport zu entnehmen ist – drängte auf die unverzügliche Nominierung und baldige Entsendung der für die Consulta bestimmten Persönlichkeiten. Er wünschte «des hommes distingués et forts». Die Absicht ging auf eine repräsentative helvetische Vertretungskörperschaft. Stapfer fügte dem als eigene Empfehlung und aus seiner politischen Sicht bei:

> «Plus le nombre des hommes attachés aux principes libéraux qui viendront à Paris sera grand et imposant, et plus nous serons sûrs d'asseoir l'organisation de l'Helvétie sur des bases larges et satisfaisantes. Le gouvernement français *ne peut ni ne veut souffrir le rétablissement de l'ancien régime en Suisse, ni une réaction quelconque ou le triomphe des passions.*»

Die instruktiven Weisungen Talleyrands an General Ney hoben die vorrangige Bedeutung zunächst der Befriedung im zerstrittenen Land hervor. Er führte dem in politisch-militärischer Doppelfunktion agierenden Offizier die friedenssichernde französische Aktion in ihrer gesamteuropäischen Perspektive vor Augen:

> «Ainsi la tranquillité de l'Helvétie est un avantage commun à l'Europe entière; ainsi son organisation sage et calme sous la sauvegarde de la France, se trouve liée au grand intérêt de la paix générale, et par là il entre dans les devoirs du gouvernement de la République de s'en occuper, et dans un de ses plus grands intérêts de l'accomplir.»[26]

Ney wird eine wirksame Förderung der Wahl von Consulta-Delegierten aufgetragen, jedoch ausdrücklich vor einer Parteinahme gewarnt. Es soll genaue Berichterstattung erfolgen:

«Vous devez en même temps avoir soin de donner à vos conseils le caractère de dignité et de bienveillance qui convient à un ministre purement politique. Vous devez éviter tout appareil trop militaire et l'apparence sensible du commandement. Dans la circonstance présente aucun détail n'est indifferent, et le Premier Consul [...] désire être régulièrement au courant de tout ce qui se passera en Helvétie.»

Auch wenn Stapfers Sympathien der unitarischen Seite galten, war er sich doch bewusst, dass das Vernehmlassungsverfahren an der Consulta für eine tragfähige Neuordnung unter Bonapartes Ägide breit abzustützen war, wie es die französischen Staatsmänner eindringlich postulierten. Trotzdem unterliess er nicht, seinen politischen Gesinnungsfreunden eine gewichtige und kompetente Vertretung anzuraten. Von seinen Sondierungen bei Talleyrand berichtete er nach Bern:[27]

«Il m'a répondu que plus le nombre de députés serait grand et plus les choix seraient bons, plus le premier Consul serait content; que si une classe d'habitants ou un parti croyant avoir lieu de se plaindre d'une nomination faite pour son Canton, elle devait aussitôt contrebalancer l'élection qui lui déplaisait par des choix de son gré, et que tous ces députés pouvaient être sûrs d'être parfaitement accueillis par le gouvernement français. Il est très certain que le parti, l'opinion ou le Canton qui présentera un plus grand nombre de députés marquants aura plus de chances d'être traité favorablement.»

Solche Aussichten veranlassten die helvetischen Antipoden, möglichst qualifizierte Leute zu delegieren, die ihre Interessen beim Mediator vertreten sollten. Zwar nominierten die Föderalisten ihre Repräsentanten höchst widerwillig. Doch scheuten sie davor zurück, bei Bonaparte Verdacht zu wecken. So ernannte denn die bernische Standeskommission sogleich vier Vertreter ihrer politischen Richtung, um weniger genehmen Nominationen im Kanton zuvorzukommen.[28] Stapfer seinerseits behandelte diese Frage im privaten Briefwechsel mit den befreundeten helvetischen Republikanern Rengger und Usteri. Am 26. Oktober gab er Usteri zu bedenken:[29]

«Es ist äusserst fatal, für die gute Sache, wenn hier ein Heer von illiberalen Privilegienrittern erscheint und unter dem Haufen nur zwei oder drei verlorene Organe der Vernunft sich hören lassen. Neben dem dass die Majora auf der Seite der Oligarchen zu sein scheinen werden, nimmt es gewiss die französische Regierung übel und legt es als Mangel an Achtung und Zutrauen aus, wenn die Parthei, welche die drei Viertheile der Nation vorstellt und für welche Bonaparte sich endlich und wahrlich mit Mühe, sich zu verwenden entschlossen hat, beinahe niemand oder nur unbedeutende Menschen hierher schickt [...] Ich beschwöre Sie, entziehen Sie uns Ihre Einsichten und Talente nicht. Ich garantiere Ihnen eine gute und achtungsvolle Aufnahme. Es thut mir leid, dass ich Ihnen kein Zimmer anbieten kann. Das einzige Disponible habe ich Rengger zuge-

dacht; allein da ich in dem Quartier wohne wo alle Fremden gewöhnlich logiren, so können wir ohne Zeitverlust häufig zusammentreten.»

Der Angesprochene überwand sein anfängliches Zögern und machte sich am 10. November reisefertig. Er antwortete Stapfer:

«Mit schwerem Herzen, mein verehrter Freund, unterziehe ich mich dem Rufe, nach Paris zu reisen [...] Ihr Wunsch und Ihre Aufforderung [...] sind es ganz vorzüglich auch, die mich bestimmen halfen. Mir scheint alles daran zu liegen, dass die Deputierten so viel möglich alle stets einverstanden handeln, und dass Sie, mein theurer Freund, das Centrum des Congresses und alles dessen, was von den Deputierten gethan wird, seien.»[30]

Stapfer hatte in seiner Aufforderung dem Freund auch gestanden, wie tief ihn die Zerrüttung in der Schweiz bedrückte und wie schwer es fiel, beispielsweise englischen Freunden klarzumachen, welche Absichten eigentlich hinter der Insurrektion steckten.

«Sie können sich nicht vorstellen, was ich hier seit drei Monaten gelitten habe. Alle Freiheitsfreunde und gerade die berühmten Oppositionshäupter in England nehmen ausserordentlichen Antheil an der Sache der Rebellen in der Schweiz. Sie haben mich mit Besuchen bestürmt, und kaum ist es mir gelungen, ihnen und andern begreiflich zu machen, dass die Sache der Insurgenten nur anscheinend national sei. Glücklicherweise haben wir die französische Regierung über die wahre Beschaffenheit der Dinge belehren können.»

An den Freund Rengger, gewissermassen das Rückgrat der sonst nur allzu schwachen helvetischen Regierung, gingen verschiedene Briefe zur Erörterung der Lage und der bevorstehenden Mediation, wobei noch die gemeinsame Sorge um den Fortbestand ihres Heimatkantons Aargau hineinspielte.[31]

«Nun ist es Zeit, mein lieber Freund, die Mediation schnell zu benutzen und durch die Absendung *sicherer* und *fähiger* Männer 1. einen unheilvollen Krieg, 2. das beinahe eben so fürchterliche Übel zu verhüten, dass Intriganten und Privilegienritter ausschliesslich hier rathen und dominiren. Alle *bemittelten Freunde* der Grundsätze sollten sich's zur Pflicht machen, bei dieser Gelegenheit Paris zu begehen. – Wegen einer Präsidenzspekulation [sc. Bonapartes] seien Sie ruhig. Wenn nicht alles trügt, so ist es schlechterdings nicht darauf abgesehen, sondern 1. nur auf die Solonsehre, 2. die Wiederkehr der alten Ordnung. Müllinen hat mir gesagt: er wünsche, dass *seine Leute* sogleich und in grosser Anzahl kämen.»

So warb er um Rengger und suchte dessen Misstrauen zu entkräften:

«Jetzt ist es aber wohl das einzig übrig bleibende Rettungsmittel. Allein höchst wichtig ist es, dass aufgeklärte, fähige und rechtgesinnte Männer sich nicht weigern, hierher zu kommen. Ich beschwöre Sie, mein bester Freund, entziehen Sie bei dieser Gelegenheit Ihre Hilfe der guten Sache

nicht, entschliessen Sie sich, möglichst bald nach Paris zu reisen. Ihr Beispiel wirkt gewiss nachdrücklich auf die ganze republikanische Partei [...] Auf jeden Fall ist das Hersenden die Hauptsache, wenn die Schweiz nicht ganz verschlungen werden soll [...] Bonapartes Proklamation ist ihm von seinem Scharfsinn eingegeben worden. Denn Talleyrand und die Fruktidorisirten fahren fort, das Patriziat zu begünstigen.»

Solcherart ergänzt der persönliche Gedankenaustausch der beiden ehemaligen Ministerkollegen die amtliche Dokumentation im Vorfeld des Mediationsprozesses. Stapfer suchte dafür des Freundes Sachverstand und charaktervolle Haltung zu gewinnen. Er bot ihm in seinem Haus auch Unterkunft an:

«Wenn Sie die Nähe der Kinderstube nicht zu sehr inkommodirt, so bitte ich und meine Frau eben so sehr inständig, dass Sie bei uns Quartier nehmen, um so mehr, da wir durchaus über Alles gemeinschaftliche Abrede nehmen müssen. Ich dringe hier sehr darauf, dass Sie und Kuhn der definitiven Regierung höchst unentbehrlich seien, und ich habe jetzt hier ziemlich freies Feld, weil meine Prophezeiungen eingetroffen sind und meine Vorstellungen über Identität des oligarchischen mit dem Wiener Interesse nicht mehr als Hirngespinste oder blosses Parteistratagem können angesehen werden [...] Die englischen Oppositionsglieder beschwören mich bei jeder Gelegenheit, der Insurgentenpartei nicht das Schlimmste nachzureden. Denn sie wollen gar nicht begreifen, dass es diesen Leuten mit Freiheits- und Gleichheitsversprechen kein Ernst war.»

Die beiden Helvetiker trieb die Sorge um, die zukünftigen Regelungen könnten einen politisch-sozialen Rückschritt einleiten. Doch nahmen sie nicht an, der Vermittler werde hinter das Malmaison-Projekt zurückgehen. Wie damals Stapfer, wollten sie jetzt auch gemeinsam für ihre engere Heimat, den Neukanton Aargau einstehen:

«Die Behauptung der achtzehn Kantone bleibt für uns ein Hauptpunkt, und desswegen versäumen Sie ja nicht zu kommen. Wir müssen das Aargau durchaus repräsentiren. Sonst sagt man, was ist das für ein einziger Kanton, der nicht einmal Deputirte zu schicken vermag? und legt's als Volksstimmung zu Gunsten der Vereinigung [sc. mit Bern] aus.»

Zu Stapfers Bestürzung traf jedoch Mitte Oktober Rengger ein schwerer persönlicher Unglücksschlag und verhinderte seine Teilnahme an der Consulta.[32] Darum blieb der Gedankenaustausch auf ihre Korrespondenz beschränkt. Rengger regte an, Stapfer möge darauf hinwirken, dass bei den Verhandlungen nur «die ausgezeichnetsten Köpfe zum Sprechen kämen und im Hintergrund bleibe, was dahin gehört». Anfang Dezember meinte er nüchtern:

«Dächten Sie nicht, dass es am besten wäre, den Tross unserer Deputirten bald wieder nach Hause zu schicken und zur Arbeit nur den Kern, den Sie bald ausgelesen haben werden, zu behalten? Das Volk verzehrt das Mark unseres Landes in Paris und Gott weiss, mit welchem Nutzen.»

Auf die Zusammensetzung der Consulta legte, wie schon erwähnt, die französische Regierung ausserordentliches Gewicht. Stapfer hatte die Aufgabe, für Talleyrand die Personalien der Delegierten zu beschaffen. Er berichtete, auch wenn alle Parteirichtungen zu berücksichtigen seien, wünsche man in Paris doch keine Insurgentenführer, sondern möglichst gemässigte, für eine tragfähige Verfassungslösung konsensfähige Persönlichkeiten:[33]

> «La réunion d'autant d'hommes marquants que possible; que l'exagération de leurs idées n'était aucun obstacle à leur venue; qu'au contraire le premier Consul verrait avec plaisir ici quelques coryphées et adhérents de l'oligarchie, bien marquants et bien prononcés.»

Stapfer bot auch Hand, den zögernden Niklaus Friedrich von Mülinen zur Teilnahme zu veranlassen, obwohl er dessen Werbeaktion für die Insurrektion durchkreuzt hatte. Jetzt ging es ja um die Befriedung der Schweiz und die Mitarbeit an der Consulta. Und zum wiederholten Mal umriss er die Zielsetzung aus seiner Sicht und Erwartung:

> «Bonaparte n'a d'autres vues que d'assurer l'indépendance et le bonheur de la nation helvétique. Il ne s'agit d'aucun sacrifice préjudiciable à l'honneur et à l'existance de ce peuple respectable, et je vous jure que si j'avais le moindre soupçon à cet égard, je serais le premier à le révéler et à me retirer pour n'être ni spectateur ni complice de l'anéantissement de ma patrie.»

Offensichtlich scheute er sich nicht vor der Begegnung mit Repräsentanten der «haute aristocratie», sondern bedauerte vielmehr, dass Verweigerer aus dieser Klasse damit im Voraus Vorbehalte zu den Ergebnissen machten. Sein Kommentar zu ihrer beschränkten Sicht lautete:

> «Si nos grands aristocrates venaient ici, leurs préjugés et leurs petites idées se fondraient en présence des grands objets et des hommes supérieurs avec lesquels ils se trouveraient en contact, et qui leur feraient sentir que des pygmées ne peuvent faire reculer la marche de l'Europe [...] Nos anciens grands seigneurs verraient ici quel rôle jouent devant Bonaparte les rois et les empereurs; ils entendraient les ambassadeurs de ces derniers mêmes les inviter plus fortement que nous à céder à l'ascendant des destinées et à la puissante main du siècle.»

Waren solche Vorschusslorbeeren für die «puissante main du siècle» nicht etwas voreilig oder gar zu vertrauensselig? Bedenkt man, wie rasch Stapfer seinerzeit in Paris den militaristischen und illiberalen Geist des werdenden Bonapartismus erkannt und kritisch beurteilt hatte, so verwundert das nun geäusserte Vertrauen auf die wohlwollenden Absichten des auf die europäische Vorherrschaft hinsteuernden Korsen. Gewiss, die mächtige Hand verfügte über die Mittel, den helvetischen Bruderstreit zu stillen. Aber ob der Machtmensch gewillt war, danach eine freie Entfaltung der geweckten nationalen Kräfte in der Tochterrepublik zu dulden und sie nicht bloss den eigenen Zwecken dienstbar zu machen? Vielleicht er-

wiesen sich die Hoffnungen der beiden Helvetiker auf die künftige Mediationsverfassung als blosse Gedankenspiele, in der Annahme, der Erste Konsul werde vielleicht nochmals beim Malmaison-Projekt anknüpfen. Eine offene bundesstaatliche Lösung «mit dareingelegten Einheitsgrundsätzen» trüge dann die Möglichkeit in sich, «durch das vollziehende Personal allmählich in ihrem Sinne verbessert zu werden».[34]

In der spannenden Vorphase der Mediations-Konferenz waren der französischen Seite bloss Andeutungen zur Marschrichtung zu entlocken. Stapfer meldete Anfang Dezember nach Bern, was er von Talleyrand in Erfahrung bringen könne, seien:

> «[...] des assertions vagues [...], qu'il nous faut une organisation générale et un gouvernement central fort, avec des organisations cantonales adaptées aux localités.»[35]

Am 10. Dezember erliess der Erste Konsul endlich die mit Spannung erwartete Grundsatzdeklaration, auf die unten näher einzugehen ist.

IV Von Ende November 1802 an trafen nach und nach um die 60 Deputierte der helvetischen Consulta in Paris ein. Für Stapfer begann eine anstrengende und anspruchsvolle Tätigkeit, die bis zum Abschluss der Verhandlungen Ende Januar 1803 dauerte. Sein Büro diente als Meldestelle zur Prüfung der Vollmachten, und als Gesandter hatte er ständig Kontakte zu französischen Amtsstellen und Persönlichkeiten zu vermitteln. Er selber war ex officio Ansprechpartner namentlich für Bonaparte und Talleyrand und fungierte als eine Art Konferenzsekretär. Natürlich hatte er mit den 45 republikanisch-unitarisch Gesinnten nähere Kontakte als mit den distanzierten 18 Föderalisten. Doch fielen weder in den offiziellen Rapporten an die helvetische Regierung noch in der persönlichen Korrespondenz abschätzige Urteile über politisch Andersdenkende. Er hielt sich an sachliche Berichterstattung, wie etwa am 17. November, als er rapportierte, er sei überraschend zu einem Empfang nach St. Cloud eingeladen worden, wo Bonaparte nach der Rückkehr von einer Reise Audienz hielt:[36]

> «Il me témoigna voir avec bien du plaisir l'arrivée des députés [...] Les citoyens Sarasin et Glutz se prononcent pour le fédéralisme et l'ancien régime. Je voudrais qu'on nous en envoyât encore plusieurs du même parti, afin qu'on put ici prendre une idée de leur véritable force et la bonté de leurs raisons.»

Der ehemalige helvetische Direktor Laharpe verzichtete diskret auf die Teilnahme an der Consulta, obwohl man ihn delegieren wollte. Hingegen erschien Peter Ochs, was Stapfer zur Bemerkung veranlasste:

> «Je voudrais bien que le citoyen Ochs eût imité la réserve du citoyen Laharpe. Sa présence à la Consulta ne peut que jeter de la défaveur sur l'ensemble.»

Zu seinen eigenen Aktivitäten meldete er im selben Bericht:

«L'arrivée des députés, qu'il faut que je reçoive, et conduise chez les autorités, me prend entièrement mon temps.»

Wie er ihnen Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen anbahnte, liest man am 1. Dezember:

«Watteville et Gruber sont arrivés hier; je les présente demain. Votre collègue, le citoyen Sprecher [Senator], l'a été hier avec les citoyens Zuber et Planta. Le Ministre [Talleyrand] a fait au citoyen Sprecher un accueil distingué. J'ai mené hier chez le 2^{d} et 3e Consuls les citoyens Monod, Usteri, Meyer de Lucerne, Koch et Kuhn, après y avoir précédemment conduit Monsieur d'Affry. Ils ont été très bien reçus. Le Consul Lebrun est entré avec nous dans une conversation amicale et intéressante; mais on s'en tient aux généralités.»

Begreiflicherweise hätten die Schweizer anlässlich solcher Einleitungskontakte gern gleich Näheres über die französischen Absichten erfahren. Vermutlich wussten aber ihre Gesprächspartner selber noch wenig darüber oder hielten dicht, weil sie wohl wussten, wer sich das entscheidende Wort vorbehielt. Stapfer unterliess bei alledem nicht, die markanteren Persönlichkeiten unter den Deputierten auch in Pariser Gesellschaftskreise einzuführen. Seine eigene Gastgeberrolle kam ebenfalls zur Sprache;

«Je mène successivement les députés marquants chez les Consuls, qui ensuite les invitent à dîner. Je tâche aussi de leur faire chez moi des connaissances intéressantes et de les mettre en rapport avec des hommes qui peuvent influer sur l'opinion publique. Il est absolument nécessaire de répandre des idées justes sur la nature et les causes de la dernière insurrection; car je ne dois pas vous cacher qu'elle a été envisagée sous les plus faux points de vue, tantôt comme un mouvement spontané et national pour rétablir un régime qui est resté le vœu du peuple suisse, tantôt comme un effort pour se délivrer d'un gouvernement peint avec les couleurs les plus fausses et les plus odieuses. Comme les connaissances ici ne se peuvent faire qu'à dîner et que ce n'est que dans les conversations familières qui se forment à table et après le repas, que le Français gai, léger et trop vif pour se donner la peine d'approfondir les événements dont les traits marquants lui suffisent, peut recevoir, sans qu'il y ait de l'affectation ou de l'importunité, des notions et des impressions justes de choses qu'il ne prendrait sans cela pas la peine d'examiner, j'ai cru devoir faire un sacrifice extraordinaire pour aider aux différents membres de la députation, et surtout aux allemands, qui ont moins de facilité de se faufiler dans la société, à former des liaisons utiles. Le surcroît de dépenses qui est la suite de ce projet, m'a encore imposé par le vœu formel des députés du Sénat, et j'espère que le Gouvernement voudra bien prendre en considération et ma position actuelle et les frais considérables qu'elle nécessite.»[37]

Ob sich unter diesen Persönlichkeiten von besonderem Gewicht der fast 60-jährige Heinrich Pestalozzi befand, von Zürich und Burgdorf nach Paris delegiert, ist nicht bekannt. Dass er allenfalls mit den Pariser Gesellschaftsanlässen zurechtkam, ist schwer vorstellbar. Sicherlich hätte ihm Stapfer, der seit seiner Ministerzeit den grossen Erzieher hochschätzte und in Frankreich eifrig für ihn warb, Türen zu öffnen versucht, um ihm inmitten des turbulenten Betriebs hilfreich zu sein.[38] Rengger berichtete jedenfalls am 14. Februar 1803 dem Freund über die vorzeitige Abreise Pestalozzis und fügte bei:

> «Pestalozzi ist seit zehn Tagen zurück und voll Dankbarkeit für Ihre freundschaftliche Aufnahme.»[39]

Inzwischen drängte Stapfer bei Talleyrand auf einen baldigen Beginn der Konferenz, nicht zuletzt der grossen finanziellen Aufwendungen für die Deputierten wegen. Der Kanton Thurgau hatte ihm, auch aus Sparsamkeitsgründen, seine Vertretung übertragen. Der Erste Konsul wartete jedoch das Eintreffen von Nachzüglern ab, bis er am 4. Dezember die Ernennung von vier Kommissaren, zusammen mit Talleyrand, für die Verhandlungen bekannt gab.[40] Rengger nahm diese Nomination bei aller Skepsis über den voraussichtlichen Ausgang der Verhandlungen mit gedämpfter Zuversicht auf:

> «Wenn die gestern hier verbreitete Nachricht von Röderers, Fouché's, Demeuniers und Barthelemy's Ernennung zu Kommittirten richtig ist, so gibt das doch keine ganz schlimme Vorbedeutung.»[41]

Stapfers vordringliches Ziel im beginnenden Mediationsprozess war, wie schon mehrfach angedeutet, die «conciliation», allerdings in Verbindung mit einem zumutbaren, für einen Unitarier zumutbaren politischen Vergleich. Er unternahm es denn auch, einerseits die Deputierten von verschiedener Parteirichtung einander näher zu bringen, anderseits die Position der von seiner Regierung delegierten drei offiziellen Vertreter dadurch zu profilieren, dass sie sich an einer offiziellen Audienz des Ersten Konsuls vorstellten. Bonaparte winkte jedoch ab und begnügte sich damit, über Stapfer die Parteien zu Einigkeit und Annäherung zu mahnen:

> «Après avoir demandé quel était le nombre des députés actuellement arrivés, il observa que si chacun faisait un pas de son côté, une réunion sincère pourrait s'opérer.»[42]

Wie sich auf der anderen Seite namentlich die Berner und Zürcher Aristokraten zu Stapfers Konkordanzversuchen verhielten, liest man aus einem Brief von Niklaus Friedrich von Mülinen an den ehemaligen Staatssekretär Thormann:[43]

> «En général l'opinion publique ici est beaucoup plus en notre faveur qu'en faveur de nos adversaires, malgré leur activité et leurs intrigues. Monod [Waadtländer] a écrit une circulaire à tous les députés pour proposer un lieu de rendez-vous où on peut se voir et se parler; on ne lui a répondu. Stapfer est d'une prévenance extrême; il à trois fois la semaine assemblée de députés chez lui; nous de Zurich et de Berne n'y ont pas été.»

Dies bedarf keines Kommentars. Hatte aber nicht schon Jahre vor der helvetischen Revolution das liberale England den hellen Geist des jugendlichen Stapfer politisch geweckt und zur Überzeugung gebracht, die starre bernische Herrschaftskaste stehe einer fortschrittlichen Entwicklung uneinsichtig entgegen? Übrigens auch eine Erfahrung des innerlich dissidenten, aufgeschlossenen Patriziers Karl Viktor von Bonstetten. Die fortdauernde überhebliche, einsichtslose Einstellung dieser Klasse bedauerte er jetzt mit der resignierten Feststellung, sie sei derart verbohrt in ihren Vorurteilen gegenüber den Helvetikern:

«[...] sous prétexte qu'elle se déshonore en siégeant à côté d'hommes qu'elle n'a cessé de haïr et de méconnaître.»

War es dem ehemaligen Minister zu verdenken, wenn er in der Folge aus eigenen Grundsatztreue Gegendruck machte?

Hoffnungen und Erwartungen beider Seiten, der Unitarier wie der Föderalisten, standen noch in der Schwebe, als der Erste Konsul aus seinen Beobachtungen und Überlegungen und nach internen Beratungen die Schlussfolgerungen zog. In einem zunächst intern für seinen Mitarbeiterstab bestimmten, eigenhändig überarbeiteten Entscheid vom 4. Dezember erliess er militärisch knapp die Aufträge an die von ihm eingesetzte Viererkommission zur Bildung von Ausschüssen mit den helvetischen Deputierten samt Vorgaben für die Arbeitsabläufe.[44]

Als Richtlinien legte er fest:

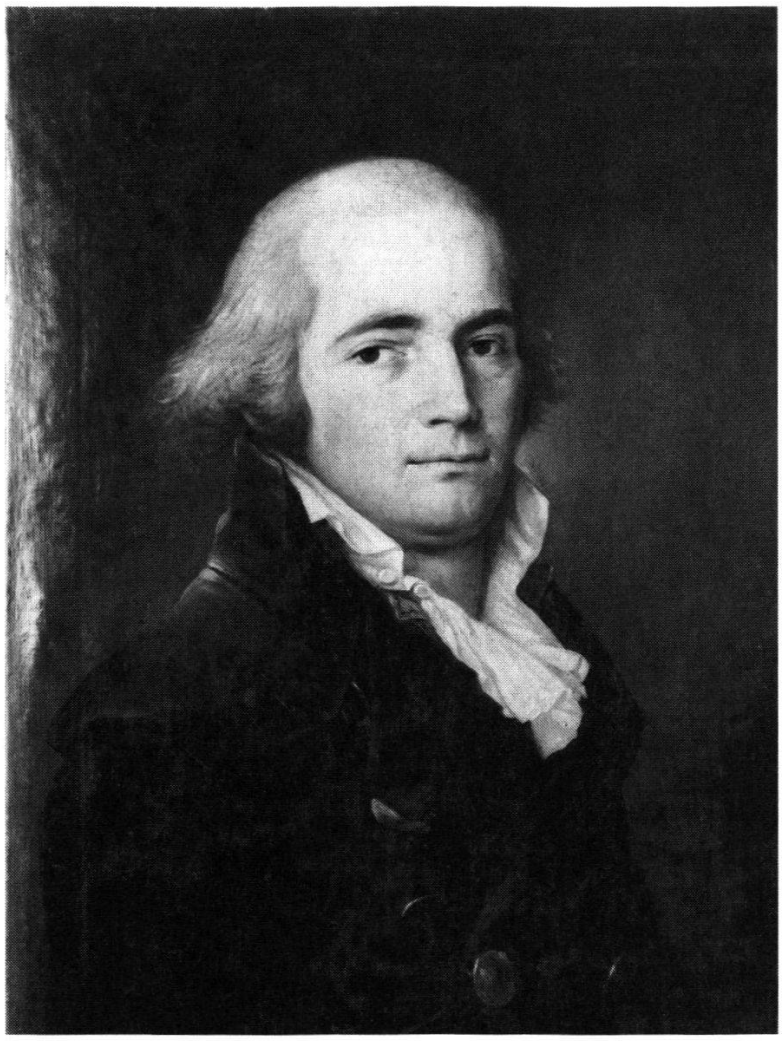
«Pendant tout le cours du travail précédent les membres de la députation générale auront occasion de connaître les moyens les plus propres à opérer une grande conciliation et de voir quelle est la meilleure organisation définitive qui puisse tout concilier. Il y a deux points principaux à observer dans le parti à prendre: Il faut qu'il convienne à la Suisse, il faut qu'il convienne à la France. Pour qu'il convienne à la Suisse, il faut que tout ce qui sera fait soit fait dans un grand esprit de modération pour le présent et de prévoyance pour l'avenir. Pour qu'il convienne à la France, il faut avoir sans cesse en vue les quatre données suivantes qu'on doit regarder comme des questions destinées: 1° La Suisse doit être divisée en dix-huit Cantons. 2° Toute organisation doit émaner de la Révolution, sans qu'aucun droit puisse être fondé sur l'ancien état politique, qui a été détruit. 3° Les droits seigneuriaux et toute espèce de privilèges doivent être abolis. 4° La souveraineté nationale consiste dans la volonté légitimement exprimée de l'universalité des citoyens, sans distinction de familles. – Ces quatre données doivent être regardées comme des principes établis, parce que ce n'est qu'en égard à ces principes que la France a fait connaître à Lunéville l'indépendance de la nation helvétique.»

Diese Leitsätze bestätigten an sich die Prinzipien der republikanisch-unitarischen Gruppe, entsprachen sie doch den politisch-sozialen Errungenschaften der helvetischen Revolution, bloss fehlte darin eine Aussage über die Staatsform und deren Institutionen, namentlich über die Hauptfrage der Zentralgewalt, was immer-

Vinzenz Rüttimann (1769–1844), helvetischer Politiker aus Luzern. Kupferstich von Heinrich Lips nach einem Bild von Elisabetha Pfenninger.

hin Talleyrand in seinem Rapport angesprochen hatte. Dass dann damit die grosse Konzession an die Föderalisten erfolgte, blieb noch verborgen.

In den ersten Dezembertagen ging es noch um die Vorbereitungen zur nachfolgenden bis in den Februar dauernden Mediationsprozedur. Stapfer hatte der französischen Regierungskommission die Personalliste der Schweizer Delegierten einzureichen und nach deren Eröffnungssitzung vom 10. Dezember einen parteimässig ausgewogenen Fünferausschuss zu ernennen, bestimmt zur direkten Fühlungnahme mit dem Ersten Konsul. Dieser brisante Auftrag setzte ihn nach eigener Aussage in nicht geringe Verlegenheit, da er diese Nomination lieber der Gesamtdeputation überlassen hätte.[45] Er löste die Frage durch Ernennung der zwei offiziellen Vertreter der noch amtierenden Regierung, Rüttimann und Müller-Friedberg, zog auch den staatsrechtlich versierten Berner Helvetiker Kuhn bei und wählte von der Gegenpartei den gemässigten Freiburger Aristokraten d'Affry, nachmals von Bonaparte zum ersten Landammann der Mediationszeit ernannt, sowie den für den Stand Zürich repräsentativen Politiker Reinhard.



Bernhard Friedrich Kuhn (1762–1825), Rechtsgelehrter und helvetischer Politiker. Ölbild-Kopie nach einem Original von Franz Niklaus König.

«Ces députés seront reçus demain Dimanche, le 12 Décembre à 11 heures 1/2, à St. Cloud.»

Am 10. und 12. Dezember 1802 gab Napoleon Bonaparte also seine Vorstellungen von der politischen Gestaltung der Schweiz öffentlich bekannt und setzte damit allen Vermutungen durch sein Machtwort ein Ende. An der Vollsitzung der Consulta vom 10. Dezember um zwei Uhr nachmittags im Archivsaal des Ministeriums des Auswärtigen liess er nämlich durch den Senator Barthélemy eine Botschaft verlesen.[46] Er begründete darin seine Vermittlungsaktion und deklarierte die bereits im oben erwähnten internen Erlass vom 4. Dezember festgelegten Richtlinien für die kommenden Beratungen. Er umschrieb nun auch den konstitutionellen Rahmen, womit er dann die Unitarier nicht wenig überraschte. Sein Entscheid lautete für eine föderative Lösung, sowohl im Interesse der Schweiz wie Frankreichs. Doch dürfe die durch die Revolution eingeführte Rechtsgleichheit nicht angetastet werden:

Hans von Reinhard (1755–1835), föderalistischer Zürcher Politiker. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

> «La nature a fait votre Etat fédératif. Vouloir le vaincre, ne peut pas être d'un homme sage.»

Gleichzeitig betonte er, dass die im Verlauf der Geschichte entwickelten Herrschaftsverhältnisse einen Wandel erfahren hätten, anders gesagt: eine Revolution.

> «De nouvelles circonstances, et l'esprit différent d'un nouveau siècle, plus d'accord avec la justice et la raison, ont rétabli l'égalité des droits entre toutes les portions de votre territoire.»

Mit den neuen rechtlichen Normen verband er die Konstituierung der Schweiz im Ganzen:

> «1° L'égalité de droits entre vos dix-huit Cantons.
>
> 2° Une renonciation sincère et volontaire aux privilèges, de la part des familles patriciennes.
>
> 3° Une organisation fédérative, où chaque Canton se trouve organisé suivant sa langue, sa religion, ses mœurs, son intérêt et son opinion.

La chose plus importante, c'est de fixer l'organisation de chacun de vos dix-huit Cantons, en la soumettant à ces principes généraux. L'organisation des dix-huit Cantons une fois arrêtée, il restera à déterminer les relations qu'ils devront avoir entre eux, et dès lors votre organisation centrale, beaucoup moins importante, en réalité que votre organisation cantonale.»

Das war die Absage des Vermittlers sowohl an den zentralistischen helvetischen Einheitsstaat als auch an das politisch-soziale Gefüge des Ancien régime. Dies unterstrich er noch mit einer scharfen Wendung gegen die Insurgenten und deren Anführer. Für die Unitarier allerdings gereichte es kaum zum Trost, wenn er hier beifügte:

«Il faut qu'aucun parti ne triomphe chez vous; il faut surtout que ce ne soit pas celui qui a été battu.»

Die übergeordnete Zielsetzung streifte er mit der Bemerkung, die Entwicklung in der Schweiz dürfe in keiner Weise den Interessen Frankreichs zuwider sein. Mit seiner Grundsatzerklärung setzte Bonaparte den Rahmen fest, in welchem sich die nachfolgenden Konferenzberatungen bewegen sollten. Er forderte die helvetischen Deputierten auf, mit den französischen Senatoren zusammenzuarbeiten und ihre Anliegen und Anregungen einzureichen.

«Je méditerai tous les projets, toutes les observations que, collectivement ou individuellement, ou par députation de Canton, vous voudrez me faire passer.»

So lautete die Botschaft des Ersten Konsuls an die Gesamtdeputation. Zwei Tage später, am 12. Dezember, empfing er mit dem üblichen Pomp einer öffentlichen Audienz den von Stapfer nominierten Fünferausschuss in der Residenz St. Cloud. Ihm setzte er anschliessend bei einem privaten Empfang im persönlichen Gespräch nochmals seine Absichten mit der Consulta auseinander, wie um dem Prozess einen zusätzlichen Impuls zu geben.[47] In der Anrede unterstrich er die Absage an den zentralisierten Staat mit Repräsentativsystem und gab eine Schutzerklärung für die Demokratie der kleinen Kantone ab. Nicht dass er allerdings die ganze Schweiz zu demokratisieren gedenke:

«Il faut diversité de gouvernements à des pays si divers.»

Man könne dabei wohl an die frühere politische Ordnung denken, doch gereinigt vom Makel der Rechtsungleichheit.

«De telles inégalités (sc. de canton à canton, de pays souverain à pays sujet, et de patricien à citoyen) sont des taches que la nation française ne peut souffrir dans une république voisine.»

Doch nun im Blick auf das Ganze:

«Quand vos constitutions cantonales seront formées, il sera facile d'instituer une diète pour régler les rapports de canton à canton.»

«Je ne conçois pas comment vous pourriez former un gouvernement central.»

Hôtel de Gallifet in Paris, um 1800 Sitz des französischen Aussenministeriums und Versammlungsort der helvetischen Consulta 1802/03.

Dabei wies er auf die Finanznot eines so armen Landes hin, dessen Volk man die Steuerbelastung ersparen sollte. Was er seinen Zuhöreren aber insbesondere zu bedenken gab: die faktisch militärische Bedeutungslosigkeit des Kleinstaates inmitten von Grossmächten. Nur kein stehendes Heer. Zur Landesverteidigung genügten Milizen.

> «Si vous vouliez absolument de la grandeur, vous n'auriez qu'un moyen d'en acquérir: ce serait de vous réunir à la France.»

In diesem Sinne räsonnierte der Vermittler vor der Delegation. Schärfere Töne gebrauchte er dann bei anderen Gelegenheiten. Jetzt hiess es: Begnügt euch in Neutralität mit eurer von Gebirgen geschützten Binnenlage!

> «Maintenez votre tranquillité, vos lois, vos mœurs, votre industrie, et votre partage sera encore assez beau.»

Er liess dann auch durchblicken, weshalb er die endlosen Bemühungen der helvetischen Zentralregierung – man denke an Stapfers Demarchen – um Beistand zur Konsolidierung der Lage missachtet hatte.

François Barthélemy (1747–1830), französischer Gesandter in der Schweiz 1792–1797, von Bonaparte als Kommissär bei der helvetischen Consulta eingesetzt.

> «Mais je n'ai pas voulu tendre de piège, quoique convaincu qu'il était impossible à ce gouvernement à réussir. Je l'ai attendu, et vous voyez ce qu'il est arrivé.»

Wünschte der Korse aber überhaupt eine sich zur geschlossenen Nation entwickelnde Helvetische Republik, wie sie der Gesandte Stapfer vom Beginn seiner Gesandtschaft an unentwegt postulierte, oder bloss einen labilen, verfügbaren Vasallen? Dies verbarg sich eben doch hinter all dem vordergründig bezeugten Wohlwollen. Am Schluss stand in St. Cloud denn auch die Drohgebärde des vermittelnden Machthabers gegen jede fremde Einmischung, namentlich von Seiten Englands:

> «L'histoire prouve que la Suisse a toujours été gouvernée par les influences de la France.»

So möge man bei den nachfolgenden Beratungen wohl bedenken:

> «Il faut faire quelque chose qui convienne aux mœurs et aux intérêts du pays et s'accorde avec les intérêts de la France.»

Sein Leitwort:

> «Je me borne à vous indiquer les bases d'un système général que je comprends; et je n'en comprends pas un autre. Enfin il faut faire quelque chose qui dure. Si ce qui va se faire, venait à tomber, l'Europe croirait, ou que je l'ai voulu ainsi, ou que je n'ai pas su faire mieux. Je ne veux pas plus laisser le droit de douter de ma bonne foi que de mon savoir. Pour que ceci dure, il n'y a qu'un point: c'est *que la masse du peuple soi contente, et point d'impôts.*»

V Durch diese Verlautbarungen des Vermittlers war somit der Spielraum abgesteckt, in dem sich nachfolgend die Beratungen der Consulta zu bewegen hatten und welche Grenzen den Lösungen gesetzt waren. Auch der mit zahlreichen Koordinationsaufgaben befasste Stapfer muss von der dezidierten Absage an den Einheitsstaat betroffen gewesen sein, denn noch kurz vorher gab er seiner Regierung den beruhigenden Bericht, massgebende französische Politiker hätten sich ihm gegenüber für die Schaffung einer starken helvetischen Regierung ausgesprochen und lehnten eine Wiederbelebung des Ancien régime entschieden ab. Im Folgenden soll insbesondere dasjenige zur Sprache kommen, was ihn und seine Gesandtentätigkeit während der Consulta-Episode betraf. Im Drang der Tagesgeschäfte verknappten sich zwar seine offiziellen Rapporte.

Erst in rückblickenden Betrachtungen und im Gedankenaustausch mit seinen unitarisch-republikanischen Gesinnungsfreunden sprach er sich dann rückhaltlos über die damaligen Vorgänge aus. Vor allem ist nicht zu übersehen, dass Bonaparte sich in seinen Augen als Vermittler durch die Sistierung des Bürgerkriegs ein hohes Verdienst um die Schweiz erworben hatte. Zudem stellte dieser sich dezidiert gegen die vorrevolutionären Institutionen. Dem gegenüber trat für Stapfer alles Übrige zurück. Ganz in diesem Sinne hielt er sich wohl in der Berichterstattung über die von Bonaparte vorgezeichneten Richtlinien lediglich an «les traits plus saillants».[48]

> «Fédéralisme complet et protestation contre la résurrection des privilèges, ainsi que contre l'influence prépondérante des familles patriciennes, exprimés sous toutes les formes possibles et appuyés par toutes les raisons que pouvaient suggérer un génie vaste et les lumières politiques les plus profondes, voilà le contenu du discours du premier Consul. Quant aux constitutions cantonales, il a recommandé en propres termes d'en puiser les bases, non dans les chartes anciennes, mais dans la révolution et dans la volonté du peuple.»

Insgeheim mochte er allerdings hoffen, durch geschickte Verhandlungsführung werde wie seinerzeit in Malmaison doch noch eine Art bundesstaatliche Zwischenlösung zu erlangen sein, habe der Erste Konsul doch die Unitarier zu einer offenen Meinungsäusserung aufgefordert:

> «[...] pour découvrir aux unitaires les côtés faibles de leur système et

pour obtenir par nos cahiers tous les renseignements et tous les développements qui peuvent jeter du jour sur la grande question d'un gouvernement central; je suis persuadé, dis-je, que c'est plutôt dans ce but digne, de sa bienveillance, que dans celui d'écarter dès à-présent toute idée d'une autorité centrale permanente, que le premier Consul a écrit et parlé pour une fédération complète d'une manière aussi prononcée. J'ai même reçu sous mains des avis qui ne me laissent pas douter que le premier Consul voudra un gouvernement central.»

Dass den Gesandten einzelne französische Kommissare in dieser Meinung bestärkten, mag dessen erstaunliches Vertrauen darauf erklären, Bonaparte werde seine strikte Stellungnahme nach einer vertieften Diskussion über die passende Staatsform für Helvetien noch modifizieren. Im Drang der sich häufenden Geschäfte war es ihm allerdings kaum möglich, sich einzig auf diese Frage festzulegen, war er doch zugleich mit der Ausarbeitung der Verfassungen für die neuen Kantone Aargau und Thurgau beschäftigt, deren Vertretung an der Consulta er übernommen hatte. Zudem waren die Fristen für Eingaben knapp bemessen. Er nahm sich dennoch die Mühe, in zwei Memoranden auf zwei für ihn persönlich besonders wichtige Themen einzugehen. Das eine bezweckte, die von den Berner Patriziern geforderte Rückgliederung seines Heimatkantons Aargau abzuwehren.[49] Stapfers brillanter Rhetorik und konziser Beweisführung konnte die Gegenseite wohl kaum die Stirn bieten:

«Grâces immortelles soient donc rendues à Bonaparte, qui consacre l'émancipation des Argoviens de la tutèle Bernoise et qui leur donne une patrie et qui leur assure l'inappréciable bienfait d'une administration économique et indigène [...] Aujourd'hui la séparation de l'Argovie et du pays de Vaud avec le Canton Berne met plus d'égalité de populations et de ressources entre les divers membres du corps helvétique, et peut à l'exception des Patriciens Bernois être assuré de l'approbation de tous les Suisses.»

Was ihn in dieser Sache im Innersten antrieb und was er hier natürlich nicht eigens hervorhob, das war sein Bestreben, in den neuen Kanton angesichts drohender reaktionärer Tendenzen der Berner Patrizier möglichst viele fortschrittliche Errungenschaften hinüberzuretten. Es ging ihm hier, wie er später einmal schrieb, um einen zukünftigen Saatkeim, «un nouveau foyer de vie morale et intellectuelle dans notre patrie commune». Im Jahr zuvor hatte er bekanntlich während der Verhandlungen von Malmaison unter Beihilfe Talleyrands die Festschreibung der Ablösung der Heimatregion seiner Familie von Bern durchgesetzt. Diese Bestimmung hielt auch jetzt dem Gegendruck stand. Zusammen mit dem Thurgau erhielt der Aargau eine von Stapfer geprägte, vom Ersten Konsul allerdings noch überarbeitete Verfassung.[50] Der Gesandtschaftsbericht nach Bern vom 21. Dezember verweist auf diese Sachfrage und bringt auch das zweite Memorandum Stapfers zur Sprache:

«[...] jusqu'à samedi j'ai deux constitutions cantonales à faire. Je présume que dans une dizaine de jours je pourrai vous annoncer de quelle manière nos opinions auront été accueillies et le jugement que l'on portera sur nos mémoires.»[51]

Diese zweite Denkschrift betraf die Frage der Bundesorganisation und der Zentralgewalt. Ein Zwischenbericht an Staatssekretär Mohr vom 27. Dezember macht seine Argumentation deutlich. Er warnte die französische Kommission eindringlich vor einem uneingeschränkten Föderalismus; denn ohne eine wirksame Zentralgewalt drohe einerseits die Rückkehr der Städtearistokratie, anderseits ein turbulentes Bauernregiment.[52] Nach Bern rapportierte er:

«Les amis de la tranquillité de la Suisse et des principes libéraux n'ont pas caché à la Commission les craintes que leur inspirait l'idée d'une fédération absolue et illimitée. Encouragé par quelques mots de Français éclairés et influents, j'ai rédigé un mémoire tendant à démontrer la nécessité absolue d'organiser en Suisse un gouvernement central vigoureux et bien composé, si on voulait éviter deux écueils également à craindre: le retour aux privilèges par l'impiètement des villes ci-devant souveraines et la paysanocratie la plus turbulente et la plus destructrice de tout genre de civilisation et de prospérité. Ce mémoire a été signé par un grand nombre de députés de plusieurs nuances et sera aujourd'hui, en séance publique, remis à la Commission.»

Im Disput um ein entscheidendes Kriterium zur Konstituierung der Mediationsordnung stellten sich hier die Helvetiker unter der Wortführung Stapfers und anderer Gleichgesinnter gegen Bonapartes Zielsetzung. Das gemässigt-liberale Repräsentativsystem sollte die patrizische Gegenrevolution sowie die Auswüchse einer Demokratisierung verhindern. Liess sich der Vermittler nicht auf diese Linie bringen, so blieb einzig die Möglichkeit, fortschrittliche politische Grundsätze so gut es ging in den kantonalen Verfassungen zu verankern. In Stapfers Lagebericht stand weiter:

«En attendant que les idées sur cet objet se fixent et se rectifient, on travaille avec ardeur aux organisations cantonales. La direction donnée par les Commissaires aux différents députés, concernant ce travail, fait présumer que dans les anciens Cantons on se rapproche des anciennes formes, après en avoir éloigné tout ce qui était contraire aux principes de la liberté et de l'égalité. – L'ouvrage pour les nouveaux Cantons est plus difficile et sera fait avec plus de soin et en entrant dans un plus grand détail. En conséquence, les députations de l'Argovie, du Pays de Vaud, de Sentis, de Thurgovie etc. confèreront souvent avec les Commissaires, et cette circonstance sera un nouveau motif qui m'excusera à vos yeux sur le laconisme involontaire de ma correspondance.»

Solcherart sah sich der Gesandte Stapfer in den wochenlangen mehrschichtigen Verhandlungsprozess zur Neukonstituierung der Schweiz einbezogen. Erstaun-

lich ist dabei, dass er bis fast am Schluss die Hoffnung hegte, durch die Mediationsordnung werde die Spur der Helvetischen Republik nicht völlig ausgelöscht werden und zumindest bliebe es bei einer bundesstaatlichen Lösung à la Malmaison mit einer darin verankerten zentralen Bundesgewalt. Alle Fäden liefen nun beim Ersten Konsul zusammen, und aufgrund der ihm erstatteten Kommissionsberichte und nach Prüfung der Eingaben entschied er sich endgültig für den Föderalismus, unter Berücksichtigung der eigenen Interessen und Absichten. Mit knappen Worten meldete Stapfer am 10. Januar nach Bern, welche Marschrichtung die Dinge nun nahmen:[53]

> «Hier il a été fait rapport au premier Consul sur nos affaires. On lui a conseillé de mettre les *nouveaux principes* dans *les anciens cadres*. Voilà en peu de mots les conclusions du rapport. Nous nous attendons au premier jour à une convocation extraordinaire, à laquelle le premier Consul assistera.»

Nicht von Stapfer persönlich, sondern von Seiten des Berner Unitariers Kuhn vernehmen wir den Unmut der enttäuschten Helvetiker. Bevor dieser, ohne die Endzeremonien abzuwarten, aus Paris abreiste, schrieb er dem gemeinsamen Freund Rengger:[54]

> «Endlich, lieber Freund, sind die Wechselbälge geboren; ich weiss nicht, ob ihrer 18 oder 22 sind. Sie haben sich während ihrer langsamen Geburt mehr als einmal Hörner und Ohren abgestossen; sie sind ihnen aber neu gewachsen. Das Bärennest ist besonders bedacht worden [...] Wir sind hier so gut und so ganz föderalisiert, dass keiner etwas vom andern weiss. Allein man tröstet uns, wir werden noch im Laufe dieser Woche die officielle Eröffnung erhalten und die Köpfe der Hyder kennen lernen, die aus dem Rumpfe der einen und untheilbaren Republik hervorgewachsen sind.»

Stapfer seinerseits orientierte seine Regierung über die konstitutionellen Grundzüge der neuen Kantone und beurteilte das Hauptergebnis der Mediation wie folgt:[55]

> «Le but du premier Consul est incontestablement d'annuler la Suisse politiquement, mais de procurer aux Suisses le plus grand bonheur domestique possible. Pour obtenir l'un et l'autre, il a cru devoir nous fédéraliser et anéantir l'influence des familles patriciennes par des constitutions entièrement populaires. – Nous devons avoir après-demain une séance de toute la députation qui probablement sera la dernière.»

Es ist nicht uninteressant, dass der Erste Konsul, wie zur Absicherung der gefassten Entscheide, nochmals einen umfassenden Meinungsaustausch mit beiden Parteien wünschte, und zwar mit einer ausgewählten Delegation, in der beide Gruppierungen vertreten waren. Das Plenum ordnete also in geheimer Wahl je fünf Mitglieder ab. Stapfer erhielt das Mandat der Unitarier und sollte auch als deren Sprecher fungieren. Zuerst tagten die beiden Ausschüsse einzeln mit den

französischen Kommissaren und wurden am 29. Januar zusammen von Bonaparte in den Tuilerien empfangen.[56] Der sieben Stunden dauernde Anlass, in eisiger Kälte, ganz nach der Regie des Ersten Konsuls ablaufend, fand seinen Niederschlag in verschiedenen Augenzeugenberichten. Stapfer bechränkte sich auf bestimmte Gesichtspunkte in seinen Rapporten nach Bern. Die von anderen Gewährsleuten geschilderten, teilweise demütigenden Begleitumstände liess er allerdings weg und beschränkte sich auf Sachfragen.[57] Auch in später aufgezeichneten Erinnerungen enthielt er sich beispielsweise einer detaillierten Schilderung des Zeremoniells in den Tuilerien an jenem kalten Januartag, was sich etwa bei anderen folgendermassen findet: Oben, an einem besonderen Tisch Bonaparte, an einer langen Tafel rechts die Föderalisten, links die Unitarier, unten die vier französischen Senatoren der Kommission. Hierauf das unvermittelte Heranrücken des Konsuls zu den Deputierten, «dass sie einander beinahe alle berührten». Es folgte die Verlesung der ganzen Vermittlungsakte durch Roederer, unter korrigierenden Zwischenbemerkungen Bonapartes. Danach die Voten Stapfers und Reinhards. «Der Erste Konsul», heisst es, «beantwortete die gemachten Einwendungen mit einer Bestimmtheit und Lokalkenntnis, die alle Anwesenden in Erstaunen setzte, und blieb in der Regel bei seinem Entwurf. Insbesondere fanden die Einwürfe der Unitarier wenig Gnade». Stapfer berichtete gleich am Tag danach in knappen Zügen Folgendes nach Bern:[58]

> «J'ai à vous rendre compte de la discussion très intéressante qui a eu lieu hier, aux Tuileries, en présence du premier Consul. Après avoir passé les jours précédents à discuter 1° un projet de pacte fédéral, 2° un projet de l'établissement des anciennes démocraties suisses, 3° un projet de constitution pour les ci-devant Cantons aristocratiques, 4° un projet d'organisation pour les nouveaux Cantons, j'ai l'honneur de vous communiquer les traits saillants du premier; mais je vous prie de ne point les divulguer. Les Commissaires se sont plaints des articles qui avaient paru dans les journaux sur les travaux de la députation. – Quelques changements ont été adoptés, que j'aurai l'honneur de vous faire connaître par le courrier prochain.»

Was er von den sich im Schlussprozess der Consulta herauskristallisierenden Lösungen als für seine Regierung relevant erachtete, fasste er nachfolgend in den Berichten vom 3. und 9. Februar zusammen, unter Einschub wörtlicher Zitate des Ersten Konsuls:[59]

> «Nous nous attendons à être reçus tous ensemble par le premier Consul sous peu de jours, pour entendre lecture des actes de constitutions définitifs. –
>
> J'ai pensé qu'il vous serait agréable de connaître les traits saillants de ce que le premier Consul nous a dit dans la conférence du 29 Janvier. J'ai donc tâché de me rappeler ce qu'il a dit de plus caractéristique, et je l'ai mis par écrit. Je le fais parler lui-même, pour plus de clarté et de briève-

té. Ce sont, autant qu'il m'a été possible de m'en souvenir, ses propres expressions.»

So rekapitulierte er zunächst, was Bonaparte zum zwischenstaatlichen Verhältnis mit der Schweiz ausgeführt hatte. Dabei sei dessen Misstrauen gegen die Schweizer Aristokraten deutlich geworden. Er habe die fünf Föderalisten mit scharfen Worten gewarnt:

«Vous devez rester convaincus qu'il n'y a point de salut pour vous hors la France, et vous avez bien méconnu vos véritables intérêts en vous adressant aux puissances étrangères. Pas une seule de ces puissances ne s'est occupée de vous, ni a songé même à vous être utile. –

Il ne reste donc que l'Angleterre. Eh bien! je vous déclare que je sacrifierai plutôt 100 000 hommes que de souffrir que l'Angleterre se mêlât de vos affaires. Je ne veux pas un autre Guernsey à l'Est du territoire français.»

Und dann drohte er massiv: Sollte von britischer Seite auch nur ein offizielles Wort fallen:

«[...] c'en est fait – je vous réunissais à la France.»

Und sollte der englische Hof unterstellen, Bonaparte wolle Erster Landammann werden, so würde er sogleich diese Position einnehmen! Übrigens sei *er* es, der in den von den Insurgenten stets angerufenen Friedensvertrag von Lunéville die Klausel von der Unabhängigkeit der Schweiz eingebracht habe. Die Aristokraten hätten überhaupt keinen Anlass, sich über die von der Revolution bewirkten Änderungen und die helvetische Regierung zu beklagen, wenn man bedenke, was sich in Frankreich während der Revolution abgespielt habe:

«Vous n'avez nullement à vous plaindre. Le gouvernement unitaire, même du temps de Laharpe, vous a traité avec une grande douceur. Vous avez traversé la révolution en conservant vos vies et vos biens. Les gouvernements helvétiques n'ont pas connu leurs intérêts ou plutôt ils les ont sacrifiés à des considérations d'humanité et de délicatesse. Si j'avais été d'un comité de gouvernans en Suisse, j'aurais pour maintenir la révolution et pour me faire un parti, aboli gratuitement les cens et la dîme, et je vous aurais tous chassés au moindre signe de révolte que vous auriez donné, et je n'aurais surtout pas souffert que vous osassiez m'insulter impunément.»

Dies waren deutliche Worte zur kürzlichen Insurrektion. Allerdings nahm er im gleichen Atemzug auch die schwache, nach Lausanne geflohene helvetische Regierung aufs Korn. Stapfer zitierte:

«En parlant du gouvernement helvétique il témoigna son étonnement du peu de résistance qu'il avait fait aux ennemis du nouvel ordre de choses, et ayant provoqué de la part de quelques-uns des membres de la Commission aristocratique quelques observations injurieuses et inconvenantes, je pris la parole, pour dire que le seul reproche qu'on pût faire à

ce gouvernement, était une trop grande indulgence, et qu'après s'être jeté dans les bras de la nation en acceptant la proposition de la retraite des troupes françaises, c'était à la fois ingrat et perfide de s'être insurgé contre lui.»

Offenbar war dieser Disput nicht der einzige, den Stapfer zu bestehen hatte. Bei der Verteidigung des neuen Kantons Aargau gegen die Rückgliederungsforderungen der Alt-Berner hatte er deren Vertreter von Mülinen und von Wattenwyl als Gegner, die seinen Einfluss an der Consulta bekämpften.[60]

Was natürlich trefflich ins Föderalisierungskonzept Bonapartes passte, war das Widerstreben der Landsgemeindekantone gegen eine starke zentrale Bundesgewalt. So wundert das Loblied des Diktators auf die kleinräumige direkte Demokratie nicht, auch wenn ihm eine erstaunliche politische Einsicht in an sich fremdartige Verhältnisse zuzubilligen ist. Die viel zitierten Ausführungen finden sich auch in Stapfers Rapport:

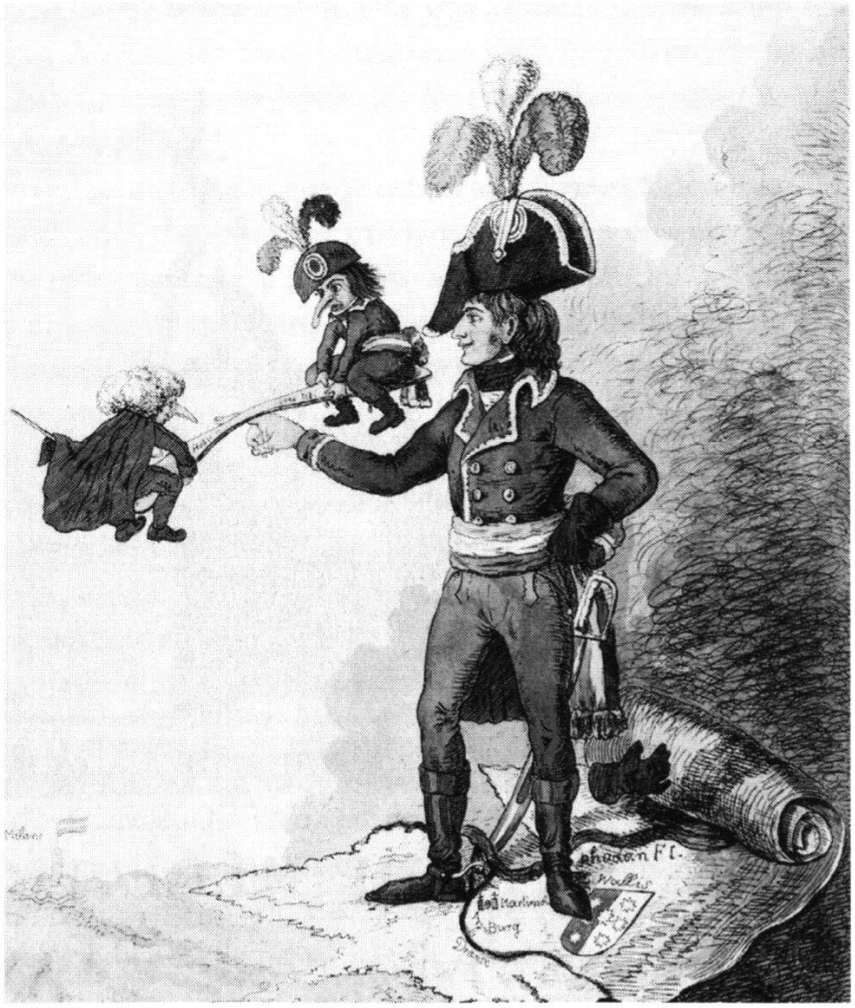
«Ce sont eux [sc. les Cantons démocratiques], c'est leur forme de gouvernement qui vous distingue dans le monde, qui vous rend intéressans aux yeux de l'Europe. Sans ces démocraties vous ne présenterez rien ce qu'on trouve ailleurs.»

Unter Einräumung gewisser Schwächen und Nachteile hob er dennoch die traditionell verwurzelte Landsgemeindedemokratie hoch über das ihm nicht genehme Repräsentativsystem hinaus. Indem er jene als «conforme au génie du lieu» pries, warf er den Unitariern Missachtung der Volkssouveränität vor:

«Vous voudriez anéantir ou restreindre les landsgemeinden; mais alors il ne faut plus parler de démocraties ni peut-être de républiques. Les peuples libres n'ont jamais souffert qu'on les privât de l'exercice immédiat de la souveraineté; ils ne connaissent ni ne goûtent ces inventions modernes du système représentatif qui détruit les attributs essentiels d'une république.»

Hierauf zu den ehemals aristokratischen Kantonen: Nach Bonaparte hätten sie den Wahlmodus für die Behörden den neuen Gegebenheiten anzupassen und zu deren Kontrolle eine Art Zensur einzuführen. Dabei eröffnete er den anwesenden patrizischen Deputierten mit Lobesworten über Rang und Würde angesehener, begüterter Magistraten günstige Zukunftsperspektiven. «Il faut que de nouvelles aristocraties se forment.» Hingegen ereiferte er sich beim Thema «Pacte fédéral» schliesslich geradezu mit seiner Absage an die liberal-republikanischen Unitarier und ihre politischen Grundsätze, wobei er auch gewollt oder ungewollt durchblicken liess, dass eine national autarke, neutrale Schweiz – Stapfers Vorstellung! – ein Störfaktor für seine Machtziele wäre. «J'ai toujours été contre le système d'unité.» Denn, so hielt er den Delegierten vor Augen, die Schweiz lasse sich nicht mit der Grossmacht Frankreich vergleichen:

«Une forme de gouvernement qui n'est pas le résultat d'une longue série d'événemens, de malheurs, d'efforts et d'entreprises d'un peuple, ne



Die politische Schaukel. Napoleon als Schiedsrichter zwischen Schweizer Aristokraten und Revolutionären. Karikatur von David Hess 1802.

> peut jamais prendre racine. Des circonstances passagères, des intérêts du moment peuvent conseiller un système opposé et même le faire adopter; mais il ne subsiste pas [...] Mais vous, vous êtes dans un cas tout-à-fait différent; la tranquillité et l'obscurité politique vous conviennent uniquement. Vous avez joué un rôle, dans le temps que vos voisins n'étaient guère plus puissans que vous. A présent, que voulez-vous opposer aux puissances de l'Europe, qui voudraient attenter à vos droits et à votre repos? [...] La Suisse a été intéressante aux yeux de l'Europe comme Etat fédératif, et elle pourra le redevenir comme telle. Plutôt que d'avoir un gouvernement central, il vous conviendrait de devenir français. C'est là qu'on va la tête levée.»

So wurde in der lang dauernden Konferenz der helvetischen Zehnerdelegation in autoritativer Rede, bei geringer Chance für Gegenrede, das Konzept der Mediationsordnung entwickelt. Diese durfte, genau entsprechend den im Voraus fixierten «règles à observer relativement à l'organisation de l'Helvétie», auf keinen

ACTE DE MÉDIATION

Fait par le PREMIER CONSUL *de la République française, entre les Partis qui divisent la Suisse.*

BONAPARTE, premier Consul de la République, Président de la République italienne, AUX SUISSES.

L'HELVÉTIE, en proie aux dissensions, était menacée de sa dissolution : elle ne pouvait trouver en elle-même les moyens de se reconstituer. L'ancienne affection de la nation française pour ce peuple recommandable, qu'elle a récemment défendu par ses armes et fait reconnaître comme puissance par ses traités; l'intérêt de la France et de la République italienne, dont la Suisse couvre les frontières; la demande du sénat, celle des cantons démocratiques, le vœu du peuple helvétique tout entier, nous ont fait un

A

Einleitung der Mediationsakte von Napoleon Bonaparte als Erstem Konsul.

Fall den Interessen Frankreichs zuwider sein. Das war nun den enttäuschten helvetischen Patrioten klar. Als Stapfer zwei Jahrzehnte nach Napoleons Sturz auf diese Episode Rückschau hielt und das Werk des Mediators kommentierte, hielt er insbesondere zwei Aspekte fest:[61]

> «Napoléon ne pouvait se dissimuler que le retour aux formes fédératives livrerait la Suisse aux anciennes familles privilégiées, c'est-à-dire aux ennemis de la France révolutionnaire. Mais il avait hâte de rendre la Suisse à ses habitudes et à son impuissance politique, c'était le moyen de pacification le plus prompt qui se présentât à sa pensée.»

Drei Wochen nach der geschilderten Konferenz Bonapartes mit dem helvetischen Zehnerausschuss versammelte er diesen am 19. Februar 1803 wieder in den Tuilerien und liess unter feierlichem Zeremoniell die von ihm, von Aussenminister Talleyrand und den Kommissaren unterschriebene und gesiegelte Mediationsakte gegenzeichnen, worauf Senator Barthélemy in der zur Schlusssitzung im Aussenministerium zusammenberufenen gesamten Consulta dem vom Ersten Konsul ernannten Landammann d'Affry die Akte offiziell überreichte.[62] Zwei Tage darauf fand für alle noch anwesenden Deputierten die Abschiedsaudienz mit einem anschliessenden Gastmahl statt. Nach dem Treffen vom 29. Januar in den Tuilerien hatten die französischen Kommissare zusammen mit der Zehnerdeputation noch die zugestandenen Retuschen am Entwurf vorgenommen, unter anderem den von Stapfer eingebrachten Antrag über die Festlegung der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit für alle Schweizer Bürger auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft.[63] Es muss zum Schluss noch recht hektisch zugegangen sein, wenn man über das Hin und Her vor dem Druck der Mediationsakte und den Schlusszeremonien Folgendes liest:

> «Quant à nous autres, membres des deux commissions, nous sommes toujours occupés, à discuter et à écrire force mémoires [...] Nous demandons aussi la nomination d'une commision de liquidation générale, et je crois que nous l'obtiendrons.»

Was er noch nicht vermutete, war, dass gerade ihm nach dem Ende der Consulta der Vorsitz bei dem heiklen Liquidationsgeschäft zufallen sollte. Nach dem Entscheid über die politischen Hauptfragen hoben nämlich kontroverse Debatten an unter Kantonsvertretern über die Entwirrung der helvetischen Finanzprobleme, namentlich die Regelung der Staatsschuld. Schon am 29. Januar hatte Bonaparte zum aufgebrochenen Disput bemerkt:

> «On m'a dit que les points principaux sur lesquels vous êtes divisés concernaient la liquidation de la dette, et ensuite plusieurs articles des organisations cantonales. Commencons par ceux-ci [...].»

Im Verlauf dieser Schlussphase legte der Erste Konsul auch die Termine fest für die Übergangsprozeduren zur Einführung der Mediationsordnung in der Schweiz. Sie sollte am 10. März in Kraft treten. Stapfer meldete zu diesem Programm am 17. und 19. Februar nach Bern:[64]

(120)

FAIT et donné à Paris, le 30 pluviôse an XI (19 février 1803.)

Bonaparte

Le Ministre des relations extérieures,

Le Secrétaire d'état,

LE PRÉSENT ACTE a été remis par les sénateurs commissaires soussignés aux dix députés Suisses soussignés. A Paris, ce 30 pluviôse an XI (19 février 1803.)

Schluss und Unterschriften unter die Mediationsakte vom 30. Pluviôse XI (19. Februar 1803).

Offizielle Postkarte der Festplakette des Aargauer Jubiläums von 1903. Philipp Albert Stapfer überreicht die Mediationsakte.

«Le premier Consul vient de faire les nominations pour la composition des 19 commissions exécutrices qui sont destinées à mettre en activité les constitutions cantonales définitivement arrêtées. Celles pour l'Argovie présentent les citoyens Dolder, Rengger, Rothpletz, Pierre Suter, Ringier-Selmatter, Dorer le médecin et Friedrich de Frickthal. Le premier Landammann de la Suisse est désigné dans la personne du citoyen d'Affry. Les pièces qui dans quelques jours seront remises aux députés, convoqués extraordinairement à cet effet et reçus en audience par le premier Consul, comprendront quatre actes de médiation distincts. Le premier n'est autre chose que les 19 constitutions cantonales, à la suite desquelles le pacte fédéral forme le 20e chapitre. Le second renferme des dispositions réglementaires pour l'exécution de ces divers actes constitutionnels. Le troisième posera les principes d'après lesquels la dette générale doit être liquidée, la séparation des biens cantonaux d'avec les biens

Louis d'Affry (1743–1810), Freiburger Aristokrat und erster Landammann der Mediationszeit. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

communaux effectuée et nommera les cinq commissaires chargés de cette opération. On les obligera probablement à finir dans cinquante jours. Le quatrième acte de médiation proclamera une amnestie générale pour le passé.»

Bei den Nominationen Bonapartes fällt auf, dass Stapfer trotz seinem persönlichen Einsatz für den Heimatkanton Aargau und trotz der massgebenden Rolle bei der Ausarbeitung von dessen Verfassung nicht in dessen Exekutivkommission berufen wurde. Stattdessen kam der zweifelhafte und frankreichhörige Senator Dolder an die Spitze, daneben immerhin der integere Rengger. Möglicherweise war in den Augen des Ersten Konsuls das Stapfer übertragene Präsidium der Liquidationskommission ebenso wichtig. Dieses Mandat bedeutete zugleich das Ende seiner Gesandtenmission und markierte den Abschluss einer wichtigen Lebensphase. Wie der Wechsel sich vollziehen würde, blieb zunächst noch offen,

was aus seinem Schreiben vom 17. Februar über die künftige diplomatische Vertretung der Schweiz in Paris hervorgeht:

> «On avait d'abord cru que nous pourrions à l'avenir soigner tous ces intérêts par le canal de la légation française en Helvétie; mais le premier Consul a reconnu la nécessité que la République helvétique conservât un agent accrédité auprès de sa personne. Il me l'a dit le 17 pluviôse [6. Februar] après le dîner diplomatique, et il faudra que je prenne à ce sujet des arrangements avec le citoyen d'Affry.»

Zwei Tage später fügte er seinem Rapport an Mohr, unmittelbar vor der oben geschilderten Übergabezeremonie der Mediationsakte, in Eile bei, er sei für die Liquidationskommission bestimmt worden, gab sich jedoch entschlossen, das Mandat abzulehnen:

> «Je n'ai que le temps de vous dire quelques mots; il est midi et demi, et à une heure je dois me rendre au Conseil d'Etat, où le premier Consul doit remettre aux dix députés nommés par toute la députation pour travailler avec les Sénateurs commissaires, l'acte de médiation. Nos travaux peuvent donc être considérés d'aujourd'hui comme achevés. Les Sénateurs commissaires assisteront aussi à cette séance solemnelle. Lundi le premier Consul recevra toute la députation, et ils pourront alors partir [...] J'ai aussi été nommé président de la commission de liquidation de la dette publique. Mais je suis très décidé à refuser. [Eigenhändig] Ma santé ne me le permet pas, et ce travail m'est absolument étranger. D'ailleurs je ne puis sans inconvénient abandonner dans ce moment la légation.»

Bonaparte und Talleyrand scheinen ihn dann allerdings umgestimmt zu haben, weil sie vermutlich sein Verhandlungsgeschick bei den kommenden Aktionen in der Schweiz benötigten. So liest man in dem eine Woche später nach Bern gehenden Bericht:[65]

> «Le premier Consul m'ayant fait témoigner par l'organe du ministre des Relations extérieures et par celui des quatre Commissaires Sénateurs, qui m'ont à cet effet écrit une lettre officielle, qu'il verrait avec plaisir que je fisse le voyage de Suisse, tant pour assister aux premières opérations de la Commission liquidatrice, que pour contribuer à convaincre tout le monde que l'acte de médiation est l'unique planche de salut encore offerte à notre pays, et que son exécution loyale et entière doit être accéleré de toutes les manières, je me suis déterminé à m'y rendre sous peu de jours, et y porterai alors tant les exemplaires de l'acte de médiation qui me seront encore remis, que les documents et papiers de la légation qu'il est convenable de déposer dans les archives de la République.»

Ungeachtet seiner während der vergangenen aufreibenden Tätigkeit zweifellos hart strapazierten labilen Gesundheit brachte also der Patriot Stapfer am Ende

seiner politischen Mission seinem Land nochmals ein beträchtliches Opfer. Doch so wie er 1800 seinen Gesandtenposten angetreten hatte, wollte er ihn auch verlassen, unter Wahrung der Form und mit geregeltem Geschäftsgang, was diesem Schlussbericht wie folgt zu entnehmen ist:

> «Je voulais attendre pour partir que j'eusse reçu vos ordres et l'autorisation du Conseil d'exécution; mais le Ministre et les Sénateurs insistent pour que je ne diffère pas si longtemps et me disent que m'absentant par congé, il n'est pas besoin que je remplisse ici les formalités qui pourront avoir lieu à mon retour. Je veux cependant encore rester le temps nécessaire, pour terminer les affaires les plus urgentes et déblayer les tables de la légation encombrées d'affaires en suspens. Le citoyen Talleyrand légalisera la signature du citoyen Boisot [Legationssekretär] en attendant.»

Ob auch er seine Entfernung vom Pariser Posten als bloss vorübergehend auffasste wie die französischen Politiker?

Er ahnte doch wohl, dass sich infolge des einschneidenden Umbaus der Staatsordnung andere politische Zustände anbahnen würden. Wenn aber *einer* zu diesem Zeitpunkt erhobenen Hauptes von der Pariser Szene abtreten durfte, dann der Gesandte der gescheiterten Helvetischen Republik. Dem versöhnlichen Grundzug seines Wesens folgend, hatte er das Seine dazu beigetragen, dass der Bürgerkrieg eingedämmt und die Streitparteien zum Gespräch an den Tisch des Vermittlers gebracht wurden. Zwar suchte er dabei auch, seinen politischen Grundsätzen getreu, fortschrittliche Ideen der Unitarier vor reaktionären Bestrebungen zu sichern und föderalistischen Zielsetzungen entgegenzuwirken, trat doch die unversöhnliche Mentalität patrizischer Standesvertreter bereits offen zutage. Als Beispiel dafür stehe der bissige Kommentar des Berners Niklaus Friedrich von Mülinen, der seinem Gesinnungsgenossen Gottlieb Thormann, ehemals als Staatssekretär Stapfers Vorgesetzter, über den Ausgang der Consulta und die Vermittlung mitteilte, einzig Berns Interessen hätten ihn bewogen «à supporter tous ces dégoûts». Und sein Fazit:

> «La médiation est finie [...] Nous y laissons furieusement de plumes; mais que faire? Le plus fort a fait la loi, et il faut chercher à ne pas trop penser au passé, à sauver le peu qui nous reste [...] D'après les propos que Bonaparte a tenus sur nos affaires, il paraît mettre de l'amour-propre à faire que sa médiation marche; il voit qu'elle ne le pourra bien à moins que les gens de notre classe s'y mettent de bonne foi, et cela fait que je suis persuadé qu'il entre dans ses idées de ne pas favoriser les jacobins dans les élections qui vont se faire [...] il faudra mettre la main à l'œuvre pour influencer les élections prochaines.»[66]

Wie anders mutet dagegen das offene Manifest von Stapfers Freund Paul Usteri an, als Mitglied der kantonal-zürcherischen Kommission bestimmt, der jetzt um des Friedens willen seine Wahlmänner dazu aufrief, in vaterländischer Gesinnung dem persönlichen Parteiinteresse zu entsagen:

«Die Gleichheit der bürgerlichen und der politischen Rechte, dieser Grundpfeiler jeder freien Verfassung, ist in der uns vorgezeichneten nicht nur aufs feierlichste anerkannt, sondern durch die verschiedenen Bestimmungen derselben aufs unzweideutigste gesichert. Wenn viele meiner Mitbürger mit mir die Überzeugung theilten, dass die Rückkehr zur Föderativverfassung der Gründung eines neuen Wohlstandes des gemeinsamen Vaterlandes grosse Hindernisse entgegensetze, so werden sie in dieser ihrer Ansicht einen Sporn erblicken, um mit Aufbietung grösserer Kräfte die grössten Hindernisse zu überwinden und um, auch unter weniger begünstigenden Verhältnissen, dennoch den Zweck zu erreichen, den sie durch die Formen der Einheit leichter und vollständiger zu erreichen gehofft hatten.»[67]

Die französischen Staatsmänner drängten jetzt auf eine möglichst rasche praktische Umsetzung der politischen Neuerungen in der Schweiz, wie sie auch Stapfer, gerade sein Mandat betreffend, zu verstehen gaben. Der von Bonaparte ernannte Landammann Louis d'Affry langte am 1. März aus Paris in Bern an, durch 50 Salutschüsse begrüsst. Vor der Weiterreise in den Vorort Freiburg ordnete er gegenüber der zur Auflösung bestimmten helvetischen Regierung die Übergangsprozeduren an. Auf Stapfers Meldung, er habe den ihm vom Ersten Konsul übertragenen Vorsitz der Liquidationskommission angenommen, antwortete er am 3. März mit verbindlichen Worten:[68]

«C'est avec une extrême satisfaction que j'apprends votre acceptation pour la Commission à laquelle le Premier Consul vous a nommé; je suis charmé que le Premier Consul soit parvenu à vous y déterminer. Comme lui je pense que vous serez d'une très grande utilité pour faire terminer l'ouvrage très difficile dont elle est chargée [...] Il est parfaitement convenable, Monsieur, que vous preniez congé du Premier Consul, dans l'audience prochaine du Corps diplomatique, comme Ministre plénipotentiaire de l'Helvétie. Le gouvernement helvétique cessera ses fonctions [...] le dix de ce mois, et à cette même époque [...] vos fonctions cesseront par la même raison [...] Je vous invite, Monsieur, à accélerer autant que possible, votre arrivée à Fribourg. Les circonstances du moment et le temps très court qui est donné à la Commission pour terminer son ouvrage, n'admettent aucun retard pour la réunion des membres qui la composent. Je me charge avec grand plaisir du logement que vous désirez trouver ici, et vous en aurez un très à portée de moi.»

Am 7. März verabschiedete sich Stapfer vom Aussenminister Talleyrand in einem Gesuch zugunsten zweier Landsleute mit dem Schlusspassus:

«Je profite avec empressement de l'occasion qui s'offre encore au moment de mon départ de vous renouveler l'assurance de mon respectueux dévouement.»[69]

Der Erwähnung wert ist schliesslich, welch ein rühmliches Zeugnis der französi-

sche Minister dem abgehenden helvetischen Gesandten in einem Brief an Landammann d'Affry ausstellte:

> «Citoyen Landammann, le citoyen Stapfer, longtemps ministre plénipotentiaire de votre République près le gouvernement français, part de Paris pour remplir les nouvelles fonctions qui lui sont confiées par l'acte de médiation du Premier Consul. Je me fais un plaisir de vous adresser un témoignage de la satisfaction constante que le gouvernement de la République a éprouvée dans tous les rapports que son ministère lui a donnés avec lui et de l'estime qu'il a inspiré à toutes les personnes avec lesquelles il a été en communication. Vous avez été à portée, pendant le séjour que vous avez fait à Paris, de vous convaincre vous-même à quel degré il porte la modération, l'esprit de conciliation et combien il sait valoir ces excellentes qualités par la douceur de son caractère et l'excellence de son jugement. Je ne doute pas qu'il ne se soit déjà d'avance concilié toute votre estime, et ce n'est que pour remplir à son égard un devoir et une justice que je me plais à le recommander à votre bienveillance et à vous exprimer tous les sentiments qu'il m'a inspiré.»[70]

So charakterisierte der vielleicht kälteste politische Rechner im inneren Machtzirkel Bonapartes die Wesensart Stapfers geradezu einfühlsam und mit Sympathie. Vergessen schienen also die bisweilen stürmischen Dispute mit ihm, etwa über das Wallis oder den Bürgerkrieg. Ahnte der Machttechniker der napoleonischen Ära etwas von der geistig-moralischen Kraft in dem unentwegten Verteidiger der Rechte eines machtlosen Kleinstaats?

VI Stapfer berührte auf der Reise von Paris nach Freiburg im März 1803, wiewohl unter Zeitdruck, zweifellos auch Bern, um nach über zweijähriger Abwesenheit seine Angehörigen wiederzusehen, mit denen er eng verbunden war. Leider fehlen auch hier Angaben über seine Privatangelegenheiten. Während seine Gattin mit den zwei jungen Söhnen in Paris verblieb, traf er in Bern gewiss seinen Vater Pfarrer Daniel Stapfer, dann den als sein Stellvertreter an der Akademie amtenden Bruder sowie die Schwester und deren Gatten Samuel Schnell, Mitglied des obersten helvetischen Gerichtshofs.[71] So vernimmt man bei seiner Rückkehr in die Heimat einzig den freudigen Zuruf des Freundes Albrecht Rengger aus Aarau.[72]

> «Mein theuerster Freund! Seien Sie herzlich willkommen in unserm Vaterlande, wo ich Sie zwar unter günstigern Umständen und angenehmern Beschäftigungen zu sehen gehofft hatte.»

Stapfer übernahm also am Sitz des Landammanns d'Affry den Vorsitz der Kommission, die nach Kapitel XX der Vermittlungsakte die Regelung der Finanzfragen der aufgelösten Helvetischen Republik vorzunehmen hatte.[73] Einen Vorgeschmack des auf ihn wartenden mühseligen Geschäfts hatte er bereits während der Schlussverhandlungen der Consulta bekommen, als das Gerangel der Kan-

tonsvertreter in Finanzfragen anhob und in einem heftigen Disput sogar während des Schlussbanketts bei Senator Barthélemy gipfelte. Zudem stand die Arbeit unter Zeitdruck, da der Erste Konsul für die Berichterstattung mit dem 10. Mai und 10. Juni allzu knappe Fristen einräumte. Stapfers Briefwechsel wirft ein paar Streiflichter auf die Abwicklung des helvetischen Schuldengeschäfts. Hätte sich seine Kommission gegenüber Säumigen und Widerspenstigen nicht auf den von Bonaparte mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestatteten Landammann d'Affry abstützen können, so wären noch grössere Verzögerungen eingetreten, als sich im Lauf der mühsamen Ermittlungen und der Beschaffung von Unterlagen dann ergaben. Die vor Stapfers Ankunft bereits zusammengetretenen Mitglieder erstatteten am 22. März dem Landammann eine erste Meldung:[74]

> «La commission établie par l'acte de médiation pour la liquidation de la dette nationale a l'honneur de vous prévenir qu'elle s'est constituée. Elle se fera un devoir sacré de remplir avec la plus scrupuleuse attention la tâche pénible qui lui est imposée.»

Die genannte Aktivität fiel zeitlich auf die kantonalen Konstituierungs- und Wahlprozeduren. So hatten es Stapfer und seine Mitarbeiter zunächst noch mit den von Bonaparte eingesetzten Regierungskommissionen, hierauf mit den neuen Kantonsregierungen zu tun, bisweilen auch noch bei Rückgriffen mit den helvetischen Verwaltungskammern, da in dem verworrenen Liquidationsgeschäft oft rückständige Abgaben zwischen 1798 und 1803 abzuklären waren. Wo schlechter Wille im Spiel war und alle Appelle nichts nützten, griff, wie gesagt, Landammann d'Affry kraft seiner Vollmachten ein, so etwa bei der Auseinandersetzung über die Bernischen Fonds in England. Er würdigte dabei die Unparteilichkeit der Liquidationskommission ausdrücklich. Es wurde allerdings bald klar, dass die vorgegebenen Fristen für die Bewältigung der Arbeitslast kaum ausreichten. Man ersuchte deshalb den Landammann im Mai um Fristerstreckung bis Juli, was d'Affry unter Bezeugung vollen Vertrauens genehmigte. Stapfer hatte allerdings nicht mit derartigen Verlängerungen gerechnet. Seiner Privatkorrespondenz entnimmt man zudem, dass er sich auf dem ihm fremden Sachgebiet nicht recht heimisch fühlte und bloss der Pflicht gehorchte. Usteri gegenüber erklärte er:

> «Renggern habe ich die Gründe gemeldet, die mich bestimmt haben, mich dem Liquidations-Geschäft zu unterziehen. Ich gestehe, dass einer der wichtigsten wegfällt: die Hoffnung, durch meine Einwilligung *Custer* [ehemaliger helvetischer Finanzminister] zur Annahme zu bewegen. Nichts glich meiner Bestürzung und meinem Verdruss, als ich denselben hier bei meiner Ankunft ersetzt fand. Ich bin übrigens der Wahrheit schuldig einzugestehen, dass ich bisher mit *Sulzers* Benehmen sehr zufrieden bin. Freilich sind die grossen Fragen über Theilung der Staats- und Gemeindegüter noch nicht zur Sprache gekommen. Hingegen hat er mich in den meisten meiner Vorschläge in betreff der englischen Fonds unterstützt.»[75]

Im nächsten Schreiben kam er eingehender auf Gang und Inhalt der Arbeiten zu sprechen:

«Unsere Liquidationsarbeiten gehen, aber nicht durch unsere Schuld, ziemlich den Schneckengang. Wir haben die Bücher der Schatzkammer um zwei Jahre zurückgesetzt gefunden; aus den schon eingesandten nicht zahlreichen Rückstandsetats der Verwaltungskammern kommen wir auch nur mit vieler Mühe, weil meistens die Belege fehlen, keine Ordnung herrscht und nicht angemerkt ist, welche Artikel der alten Etats von 1802 schon berichtiget sind. – Was die auswärtigen Schuldtitel betrifft, so haben wir noch auf wiederholte Aufforderungen von unserer Seite an die Behörden von Bern keine Antwort; und wenn jetzt nicht die neuconstituirte Regierung schleunig unsern Einladungen entspricht, so werde ich meinerseits auf ernstere Massregeln antragen. Ich muss dabei noch einmal bemerken, dass Sulzer sich sehr gerade und unpartheiisch benimmt. Er scheint auch mit den saubern Intriguen des gesammten Wahlgeschäfts in der neuen Eidgenossenschaft nicht sehr zufrieden.»

Mit dem Landammann, dem Freiburger Aristokraten d'Affry, stand der Helvetiker Stapfer offenbar auf höflich-korrektem Fuss und fand dementsprechend dessen Unterstützung sogar gegenüber den restaurierten Berner Patriziern in der Angelegenheit der umstrittenen englischen Fonds, was diese Widersacher einmal mehr gegen ihn aufbrachte, umso mehr, als es dabei noch um eine Auseinandersetzung mit dem Kanton Aargau ging:

«Über des Landammanns Grundsätze und Regierungsgang kann ich Ihnen [...] gar keine Auskunft geben. Er äussert sich, wenn man öffentliche Angelegenheiten berührt, höchst lakonisch, und scheint, wenigstens gegen mich, Unterredungen über Staatsgeschäfte geflissentlich auszuweichen. Ein paar Mal, besonders bei Gelegenheit einiger Maassregeln der Berner, die dem Aargau die Hälfte des Bezirks Aarburg entreissen wollten, habe ich geradezu mit Nachdruck mit ihm gesprochen, auch mich seiner Unpartheilichkeit zu rühmen gehabt. Allein in Sachen, wo ich nicht aufgefordert bin, mit ihm zu sprechen, mag ich nicht den zudringlichen Rathgeber machen, da es ohnehin wenig fruchten würde. Seine Verbindungen, das beständige Hin- und Herlaufen der Berner und die Denkungsart derjenigen Freiburger, die er vorzüglich zu Rathe zieht, lassen keinen Zweifel über die Richtung, die seine Operationen nehmen müssen. Doch ist man ihm, so viel ich urtheilen kann, die Gerechtigkeit schuldig, dass er gern unpartheiisch verfahren möchte, die redliche Ausführung der Mediationsacte zu wünschen, von Herzen der französischen Regierung zugethan scheint und mehr aus Geschäftsunerfahrenheit und in Folge fremder Einflüsterungen als aus eigenem Antrieb und geflissentlich sich in seinen Entscheidungen zu einer Parthei mehr als auf die andere Seite hinneigt.»

Trotz der gerecht abwägenden Beurteilung der ersten politischen Schritte des Freiburger Aristokraten durch Stapfer ist bemerkbar, wie er den sich anbahnenden Wandel des politischen Klimas realisierte. Auf seine Betrachtungen zur veränderten innenpolitischen Lage der Schweiz wird später einzugehen sein.

Auf Mitte Juni 1803, den ursprünglich gesetzten Schlusstermin für das Liquidationsgeschäft, nahm er seinen Rücktritt aus der Kommission. Der Landammann bemühte sich umgehend um Ersatz. Seine Akten verzeichnen am 17. Juni die Einladung an den Basler Leonhard Heusler (1754–1807), Deputierter an der Consulta und dort auf der Vorschlagsliste für die Kommission sowohl von Seiten der Unitarier als auch der Föderalisten:[76]

> «Des affaires de famille indispensables obligent Monsieur Stapfer, l'un des membres de la Commission de liquidation, à prendre sa retraite.»

Rascher Ersatz dränge sich auf, da fünf Mitglieder vorgeschrieben seien, was auch dem Arbeitsumfang entspreche:

> «Les plus grands intérêts de la Suisse sont liés à leur achèvement.»

Nach Heuslers Zusage ging am 20. Juni ein verbindliches Schreiben d'Affrys an Stapfer:

> «Vous m'avez fait connaître, il y a quelques jours, que les travaux de la Commission de liquidation se prolongeant au delà du terme fixé pour la clôture, vous êtiez dans la nécessité de prendre votre retraite. Les motifs de cette détermination, que vous avez bien voulu me communiquer, ne me permettent pas de chercher à vous retenir. En conséquence, Monsieur, vous êtes de ce moment libre de disposer de vous-même et de donner à la direction de vos affaires particulières tous les soins que les affaires publiques avaient réclamés jusqu'à présent [...] Recevez, Monsieur, avec les remerciments du Landammann de la Suisse pour les services que vous avez rendus à votre pays l'expression du regret que j'éprouve de cette séparation, celle de mes vœux sincères pour votre bonheur et l'assurance de ma considération distinguée.»

Stapfer, der, wie erwähnt, seine Familie in Paris zurückgelassen hatte, trat gewiss vornehmlich aus privaten Gründen zurück. Zudem erkannte er wohl, wie unabsehbar die undankbare Arbeit im Dschungel von Schulden, Ausständen und Ansprachen sich noch auswachsen mochte, zumal ihm die fachkundige Beihilfe des ehemaligen helvetischen Finanzministers versagt war. Weitere, später noch geäusserte Beweggründe kamen jedoch dazu. Kurz gesagt, resultierte dann nach dem Monate dauernden Abwicklungsprozess eine helvetische Staatsschuld von etwa zwanzig Millionen Franken, durch die Kommission auf ungefähr dreieinhalb Millionen fixiert und erst Jahre danach getilgt. Dem Zürcher Usteri hatte Stapfer bereits im Mai von der Fron mit den verwickelten und stockenden Liquidationsproblemen Folgendes berichtet:[77]

> «Meine Gesundheit ist seit sechs Wochen beinahe immer derangiert, und sobald ich sicher bin, dass Rengger mich ersetzen will und wird, so

trete ich ab. Ich muss ohnehin unabwendbar wegen Familienangelegenheiten im Julius mich in Paris einfinden. Doch dies unter uns.»

Rengger wurde allerdings nicht sein Nachfolger, sondern der Vorsitz der Liquidationskommission ging an *Johann Rudolf Sulzer* (1749–1828) aus Winterthur, einen gemässigten Exponenten der anderen Parteirichtung und bereits Kommissionsmitglied.

Zu Stapfers Aufenthalt in Freiburg wäre nachzutragen, dass die Fühlungnahme mit Land und Leuten ihn nach dem Intervall der Gesandtschaftszeit wieder unmittelbar mit den inneren Verhältnissen der Schweiz in Verbindung brachte. So registrierte er auch die ersten Auswirkungen der Föderalisierung durch die Mediationsakte. Beispielsweise hielt ihn der als Kommissar für die Konstituierung des neuen Kantons Aargau eingesetzte Rengger über den Verlauf dieser Operation daselbst auf dem Laufenden. Als Stapfer verlauten liess, er wäre allenfalls bereit, sich im Heimatkanton für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen, griff natürlich sein Freund den Gedanken eifrig auf, in der Meinung, der ihnen beiden durch Auslosung zugefallene Sitz im Grossen Rat könnte nachfolgend die Wahl in den Regierungsrat ermöglichen. Dies fiel jedoch dahin, als im April die politischen Gegner der reformerisch-unitarischen so genannten Aarauerpartei unerwartet obenauf schwangen. Der Rückschlag veranlasste den enttäuschten Rengger zum bitteren Kommentar, sie, die ehemaligen Minister der Helvetischen Republik – und er hätte zudem sagen können: die Gründerväter ihres Kantons – seien nun zu «unnützen Knechten» geworden.[78] Im Direktorialkanton Freiburg registrierte Stapfer Analoges und schrieb Usteri nach Zürich:

> «Wenn es der Zweck der französischen Regierung war, die reichsten und berühmtesten Schweizerfamilien wieder grösstentheils in den Besitz der Regierungsmacht eingesetzt zu sehen, so ist derselben zur Erreichung ihrer Absicht Glück zu wünschen. Hier im Kanton Freibunrg ist alles aufgeboten worden, um die Rathsstellen mit lauter sichern und gleichgesinnten Männern zu besetzen.»[79]

Doch resigniert rechnet er den Preis des gestillten Bürgerkriegs dagegen auf:

> «Wie dem auch sei, so glaube ich, wir müssen all' diese neuen Schöpfungen als ein Opfer betrachten, mit welchem wir die Wiederherstellung der Unabhängigkeit unsres Vaterlandes erkaufen, und dann dürfen wir keinen Augenblick anstehen, uns an die neu sich bildenden Regierungen anzuschliessen.»

Und zehn Tage später doppelte er an den gleichen Adressaten nach:

> «Da hat nun Frankreich wieder die ‹familles dont les noms ont de l'ascendant›. Ich wünsche, dass *Bonaparte* und besonders die Schweiz wohl damit fahren mögen. Wenn durch diese Wiedereinsetzung Ruhe erhalten und unsere Selbstständigkeit gesichert wird, so bin ich herzlich zufrieden. Lange habe ich schon meine Hoffnungen liberaler Fortschritte der Menschheit in unserm Lande aufgegeben. Ich fürchte aber noch im-

mer den Starrsinn und die Leidenschaftlichkeit der Ehmaligen und die Gefahren, die sie uns damit zuziehen können.»

Um den 20. Juni 1803, ziemlich genau fünf Jahre nachdem Philipp Albert Stapfer am ersten Regierungssitz Aarau als Erziehungs- und Kulturminister in den Dienst der Helvetischen Republik getreten war, legte er in Freiburg beim ersten Landammann der Mediationszeit sein letztes politisches Mandat als Präsident der Liquidationskommission nieder und reiste als Privatmann nach Paris zurück, versehen mit einem so genannten Patentbrief, einer Art Passepartout, des Landammanns d'Affry:

«Nous Louis d'Affry, Landammann de la Suisse, prions et requérons par les présentes tous officiers civils et militaires auxquels il appartiendra, de laisser librement passer le citoyen Ph. A. Stapfer, ci-devant ministre plénipotentiaire de la République helvétique à Paris, se rendant à Paris, et loin de permettre qu'il lui soit fait aucune difficulté, de lui accorder toute facilité et tous bons offices dont il pourrait avoir besoin; le tout sous offre d'une entière réciprocité dans les pays de la Confédération suisse.»[80]

Amtshandlungen Stapfers als Gesandter in Paris sind danach keine mehr aktenkundig. Hingegen liess Landammann d'Affry bereits Ende April den französischen Legationssekretär in der Schweiz wissen, da Stapfer seine Funktionen in der französischen Hauptstadt abgebrochen habe, die Schweiz aber dort zur Wahrung ihrer Interessen eines Vertreters bedürfe, so habe man als solchen den Bürger Constantin Maillardoz von Freiburg dorthin abgeordnet.[81] Ende Mai bestätigte Aussenminister Talleyrand dem Landammann die Ernennung des Freiburger Aristokraten für eine Sondermission beim Ersten Konsul mit den Worten:

«Chargé des intérêts de la Suisse et entouré de votre confiance, le citoyen Maillardoz peut compter sur l'accueil le plus favorable. Je saisirai avec plaisir toutes les occasions de le seconder dans les démarches qu'il pourra faire et qui auront pour objet la prospérité de la Suisse ou l'intimité de ses rapports avec la France.»

Er sprach zugleich seine Zufriedenheit aus über die Umsetzung der Mediationsakte unter d'Affrys Leitung. Stapfer, noch mitten in den Liquidationsplackereien, erfuhr in Freiburg natürlich von dieser Ernennung und meinte zu Usteri:

«In auswärtigen Dingen ist noch nichts geschehen oder wenigstens nichts mir Bekanntes. Constantin de Maillardoz scheint zu einer besondern Sendung nach Paris bestimmt, wo man ihm eine gute Aufnahme prophezeit, weil er den Titel ‹Marquis› führte.»[82]

So trug auch dieser Wechsel auf dem Pariser Gesandtenposten den Stempel des Neuen. Für Stapfer war damit noch ein kleines Nachspiel verknüpft. Tillier referiert darüber:

«Stapfer, dessen Stellung unter der neuen Ordnung der Dinge eigentlich bloss thatsächlich aufgehört hatte, wünschte jedoch ein förmliches Rückberufungsschreiben, um sich beim Oberkonsul in amtlicher Eigen-

schaft beurlauben zu können, was ihm der Landammann auch wie billig gewährte.»[83]

Was es in Wirklichkeit mit diesem Epilog auf sich hatte, schilderte Stapfer am 20. März 1804 Rengger wie folgt:

«Sie werden sich vielleicht gewundert haben, dass ich so spät noch mein Rekreditiv übergab. Ich dachte auch zuerst nicht daran. Allein es kam mir zu Ohren, dass Bonaparte nach mir gefragt hätte; auch dass die Berner sich verlauten liessen, der Agent einer – Regierung [sic] könne nicht auf die gewöhnlichen Rechte und Herkommen, die *rechtlichen* Gesandten zukämen, Anspruch machen. Dieses stach mir in die Nase, und ich forderte ein Rekreditiv, welches ich dann auch nach einigen Zögerungen von Seite des Landammanns erhielt. Ich glaubte es der helvetischen Regierung und meinen Freunden schuldig zu sein, auf der Nothwendigkeit und Dezenz einer ordentlichen Abschiedsaudienz zu bestehen. Bonaparte empfing mich sehr graziös und kam zum zweiten Mal auf mich zurück, fragte mich nach dem Zustand des Aargaus und nach meinen eigenen Angelegenheiten.»

Stapfer und der Médiateur Bonaparte, ein mit 1803 noch unabgeschlossenes Kapitel. Zwei Jahrzehnte später, Mitte der 1830er-Jahre, Napoleons Empire war inzwischen versunken, fasste der greise Stapfer in seinen Erinnerungen an die Mediation sein objektiv abwägendes Urteil in folgende Worte:

«Les patriciens, écartés par la révolution, furent de rechef, en grande majorité au timon des affaires. Quelque mauvais qu'ait été, au surplus le calcul de Napoléon sur ce point, son acte de médiation reste un monument de sagesse auquel on ne saurait peut-être rien comparer dans toute sa conduite politique; et la conférence qu'il eut avec les dix élus de la députation suisse réunie à Paris, mérite à un haut degré l'attention de l'homme d'état.»[84]

VII Wenn man Stapfers lebhaftes Nationalgefühl kennt, begreift man seinen immer wieder bekundeten Wunsch, aus der «babylonischen Gefangenschaft in Frankreich» wieder heimzukehren. Es war wohl kaum eine flüchtige Anwandlung, dass er von Freiburg aus erklärte, er wäre bereit, im von ihm mitkonstituierten Heimatkanton ein politisches Amt zu übernehmen. Nach den überraschend ungünstigen Wahlen fiel dies ausser Betracht, und als er Ende Juni zu seiner Familie nach Paris zurückreiste, nahm er von seinem letzten politischen Mandat bereits bestimmende Eindrücke mit von dem sich anbahnenden politischen Wandel, vom Schwinden der helvetischen Zielsetzungen. Solche Erkenntnis befreite ihn möglicherweise von einem noch quälenden Zweifel über den künftig einzuschlagenden Weg. Entsprach es doch dem innersten Wunsch seiner Gattin, materiell gesichert in ihrem Familienkreis zu leben. Stapfer konnte so in der Pariser Kulturatmosphäre auch seinen starken literarisch-wissenschaftlichen Neigungen folgen. Im Herbst

blickte er in einem Brief an Rengger nochmals auf das Liquidationsgeschäft zurück und kam auf zusätzliche Beweggründe für seinen Rücktritt zu sprechen:[85]

> «Mich freut es, theuerster Freund, dass Sie mit dem Verfahren der Liquidations-Kommission zufrieden sind und mein – von unsern Freunden der Leichtgläubigkeit verdächtigtes – Urtheil über Sulzers Geradheit und Gerechtigkeitssinn bestätigen. Ich bin jedoch mit jedem Tage froher, herausgetreten zu sein. Denn neben dem, dass ich mir mit dieser von allen meinen bisherigen Beschäftigungen so fremden Arbeit recht lächerlich vorkam, sah ich keinen vernünftigen Grund, warum ich da noch, ohne Nutzen und ohne Hülfe, als letzter Überrest der Unitarier, den boshaften und läppischen Verleumdungen der Gegenpartei zum Ziele dienen sollte.»

Dem schloss sich, als wenn er es bis jetzt in sich zurückgedrängt hätte, eine ungeschminkte, ja bittere Bilanz der vergangenen Jahre an, zugleich als unmutige Absage an das politische Tun und Treiben der Gegenwart:

> «Überhaupt bietet mir das ganze Schauspiel unserer politischen Schicksale seit fünf Jahren, das Benehmen der Führer und des Volkes ein so ekelhaftes Gemisch von Kurzsichtigkeit und kleinlichen Leidenschaften, von Bosheit und Niederträchtigkeit, von Egoismus und Heuchelei dar, dass ich jede Erinnerung daran wo möglich verhüten möchte. Das Traurigste scheint mir zu sein, dass wir eigentlich gar kein Publikum haben und nicht einmal eine öffentliche Meinung in der Schweiz existirt. Wenigstens sehe ich dazu weder Mittel noch Anstalt bei uns. Die Publika der Städte sind entweder ganz aus leidenschaftlichen Exprivilegirten zusammengesetzt, oder doch von denselben durch ihre grössern Geldkräfte und die Macht der Gewohnheit so verstimmt und terrorisirt, dass die Wahrheit nothwendig verkannt sein muss, und ich kein Organ sehe, wodurch sie sich äussern, um sich greifen und gegen das zahllose Heer ihrer Feinde erhalten könnte. Einzelne Stimmen können wohl hie und da erschallen, aber sie tönen in der Wüste und verhallen nothwendig. Diese Betrachtung gibt mir einen Widerwillen gegen schriftstellerische Versuche von jeder Art im politischen Felde, so dass eine Veranlassung von ganz besonderer Art sich ereignen muss, um denselben bei mir zu überwinden.»

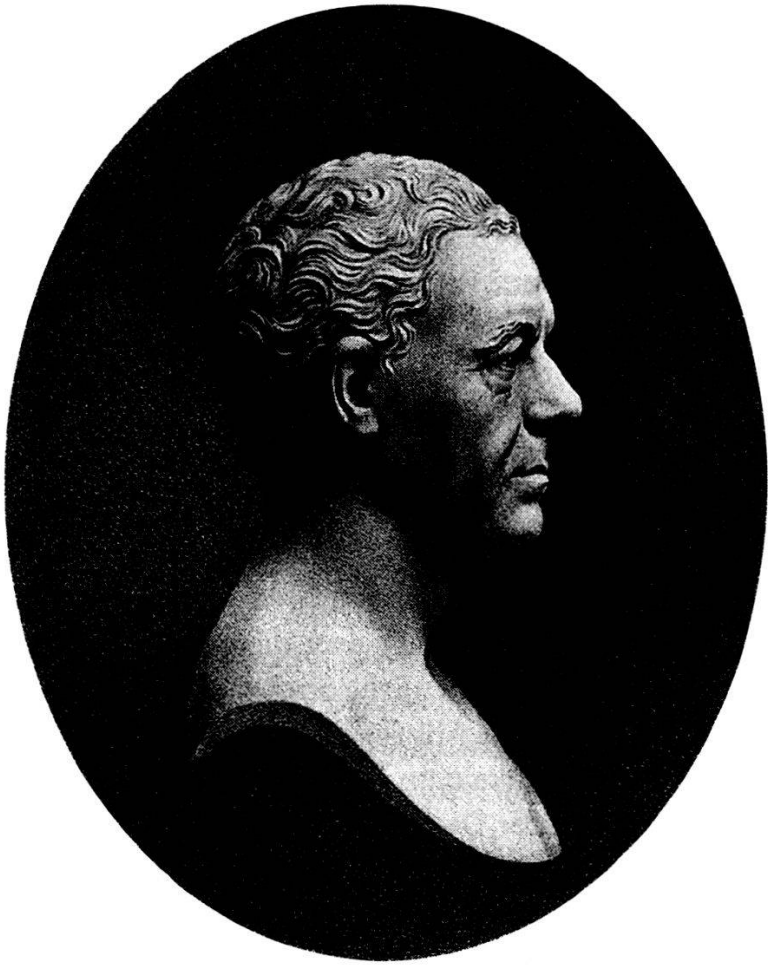
War ihm und Rengger dieser Unmut zu verdenken, dass sie beide, er mit 38, jener mit 40 Jahren, im besten Mannesalter stehend, durch die Folgen von Bonapartes Machtspruch von der politischen Mitgestaltung verwiesen waren? Stapfer wandte sich wieder dem Feld der Geisteswissenschaften zu, Rengger vorläufig dem Arztberuf. Lebenslang blieben aber die beiden ehemaligen helvetischen Minister verbunden, wie es Rengger Anfang 1804 in einem Brief nach Paris zum Ausdruck brachte, «dass die Verbindung, auf die ich so vielen Werth setze, dem Einflusse der Zeit und Entfernung nicht werde preisgegeben werden»:

«Nie werde ich die vielen Beweise von Freundschaft vergessen, die ich während unserer gemeinsamen Einschiffung auf dem Revolutionsstrome von Ihnen erhalten habe, und nie aufhören, an Allem, was Sie und Ihre Familie angeht, den herzlichsten und inigsten Antheil zu nehmen. Ich befinde mich seit drei Monaten in Lausanne und fühle erst jetzt, welches Opfer ich der Revolution gebracht habe, indem ich, aus allen meinen bisherigen Verhältnissen herausgerissen und jedem frühern Lebensplane zu entsagen genöthigt, gleichsame eine neue Existenz anfangen muss.»[86]

Für Stapfer galt ja dasselbe. Die knappe kritische Bilanz seines schöpferischen ehemaligen Kollegen als Innenminister lautete:

«In den mehrsten übrigen Kantonen [sc. nicht nur in ihrem Heimatkanton Aargau] ist man bereits wieder auf dem Punkte, wo man vor einem halben Jahrhundert war, und bald wird von dem wenigen Guten, was unter der helvetischen Republik geschah, auch keine Spur mehr übrig sein.»

Die beiden Schicksalsgenossen hielten Wort und blieben über die räumliche Distanz hinweg in regem Gedankenaustausch, was bei Stapfer vielleicht bald zur Überwindung des Widerwillens gegen das Thema «Politik» beitrug. Er nahm nämlich dann nicht nur wieder Anteil am Gang der Dinge in der Heimat, sondern beobachtete von Paris aus die umfassenden europäischen Zusammenhänge und erwies sich während der turbulenten napoleonischen Ära dank seiner persönlichen Beziehungen zu einflussreichen französischen Kreisen als wachsamer Hüter und warnender Schutzgeist für die mehrfach in ihrer Existenz gefährdete Schweiz. Überlegungen solcher Art geben Anlass zu einigen *Schlussbetrachtungen* in Stapfers Biografie, *Politik* und *Geschichte* anlangend, die über den Zeitrahmen der vorliegenden Darstellung mit dem tiefen Einschnitt von 1803 hinausweisen. Von da an lebte er nämlich als Privatgelehrter in der französischen Hauptstadt und auf ländlichen Wohnsitzen, im Familienkreis seiner begüterten Gattin. Hier erzog er seine beiden Söhne und bildete sie selber aus. Er stand in Verbindung mit führenden Schriftstellern und Gelehrten. Als Theologe widmete er sich verschiedenen evangelischen Hilfswerken und gewann im Lauf der Jahre hohes Ansehen in der protestantischen Kirche Frankreichs. Trotz der unmutigen Distanzierung von aller Politik im Zeitpunkt des Rückzugs kam sie fast zwangsläufig bald wieder zur Sprache. Erinnerungen und Gedanken kristallisierten sich allerdings bei ihm nicht zu eigentlichen politischen Memoiren, wiewohl geplant und dann doch wieder aufgeschoben. Vielmehr flossen sie in seinen gehaltvollen Briefwechsel ein, den er mit einigen engeren Gesinnungsfreunden führte. Unmittelbar nach dem Mediationsakt hielt ihn, wie schon berichtet, die Enttäuschung freilich davon ab, sich über sein vergangenes politisches Wirken und Wollen zu äussern. Vergeblich ersuchte ihn daher Heinrich Zschokke, ehemaliger Mitarbeiter beim Programmentwurf der Nationalkultur, um Angaben für seine histori-



Albrecht Rengger (1764–1835), Arzt und Naturwissenschaftler, Innenminister der Helvetischen Republik. Büste im Besitz des Kantons Aargau.

schen Denkwürdigkeiten. Er bat nämlich um Mitteilung «des Standpunkts, aus welchem *Sie* die Revolution der Schweiz und deren Fortgang zu betrachten pflegten. *Ihre* Ansichten werden für die Schweizer selbst sehr lehrreich sein und für künftige Helden auf der helvetischen Staatsbühne.»[87] Sollten doch andere darüber sprechen, wie etwa Rengger, der ihm kurz darauf dann auch die Publikation des ersten Teils seiner «Betrachtungen über die helvetische Revolution» anzeigte. Zufrieden dankte er ihm:[88]

> «Ihre Betrachtungen über die helvetische Revolution sind mir ein neuer Beweis, dass Sie zum Schriftsteller den *eminentesten Beruf* haben. Ohne Ihnen irgend ein Kompliment machen zu wollen, ich kenne keinen, auch nicht einen einzigen deutschen Skribenten, welcher so viel Würde, Adel, Simplizität und Gründlichkeit, bei aller Klarheit des Styls, im historischen Fache besässe. – Ich wünsche überhaupt, dass Sie zu schriftstellerischen Arbeiten die nöthige Musse und Freiheit des Geistes behielten, und insbesondere den angefangenen Faden unserer leidigen

Revolutionsgeschichte nicht fallen lassen. Die öffentliche Meinung ist über ihren Gang so skandalös irre geführt und verfälscht worden, dass sie nur durch ein ausgezeichnetes Talent wie das Ihrige zurückgebracht werden kann. Ich bin mir (und zwar *ohne falsche Bescheidenheit*) so wenig der dazu erforderlichen Eigenschaften bewusst, dass diese Überzeugung mich mehr noch als der grosse Ekel, der mich bei dem Zurückgehen in diese Vergangenheit allemal anwandelt, von einem ähnlichen Versuche bisher abgehalten hat. Nun, da ich die Sache in so guten Händen weiss, so finde ich meine Abgeneigtheit vollkommen gerechtfertigt. Diese ist so gross, dass ich der, schon letzten Winter durch Zschokke an mich ergangenen Aufforderung, ihm für seine Denkwürdigkeiten eine kurze, mein öffentliches Leben betreffende Skizze zuzustellen, mich nicht habe entschliessen können zu entsprechen. Was diese Stimmung bei mir noch verstärkt und bis zur entschiedenen, soll ich sagen Misanthropie oder Menschenverachtung? und daraus herrührenden Gleichgültigkeit erhebt, ist das abscheuliche Spektakel, das ich hier vor Augen habe.»

Stapfers missmutige Abkehr von aller Politik rührte also nicht nur von den Eindrücken in der Heimat im Frühjahr 1803 her, sondern sie wuchs noch mehr angesichts der Lage der Dinge in Frankreich. Er schloss nämlich in seinem Brief eine unerbittlich scharfe Verurteilung des dort unter Napoleons Militärdiktatur anwachsenden geistigen Drucks an und gab seiner Enttäuschung Ausdruck über den charakterlosen Opportunismus in den Pariser Intellektuellenkreisen:

«Die durch ihren Gelehrtenberuf zu Ansehen und Reichthum gekommenen *Grossen* des neuen Frankreichs affektiren die grösste Verachtung gegen den Gelehrtenstand und sprechen bei allen Gelegenheiten [...] von *zu grosser* Anzahl der Gelehrten, von ihrer Untauglichkeit zu allen gesellschaftlichen Verrichtungen und von den *Gefahren der Aufklärung* und ihrer zu weiten Verbreitung. Alle ausgezeichneten Köpfe sind hier gedungen und bereit, Nothwendigkeit des Despotismus, Heilsamkeit der Illusionen und Volksirrthümer u. s. w. zu behaupten und in jeder Form zu empfehlen [...] Von der abscheulichen Heuchelei, mit welcher ehemalige wilde Revolutionäre die liberalsten und heiligsten Grundsätze, ehemalige Atheisten die gemässigtste Toleranz und die besten Schriftsteller ihre ganze ehemalige Lehre verleugnen und verspotten, scheint mir besonders der Umstand fürchterlich, dass nun Bonaparte der Plan, die verdientesten und geschätztesten Männer zu Niederträchtigkeiten zu bewegen, zu kompromittiren und zu verunehren, ganz gelungen ist [...] Man kann in Wahrheit sagen, die französische Nation habe alle ihre Heilmittel, alle Werkzeuge ihrer künftigen moralischen Wiedergeburt ausgenutzt.»

Welche Aussicht also für den Jünger Kants, dessen Philosophie in Frankreich den Boden zu bereiten? Und wohin überhaupt den Blick, womöglich den Schritt wenden?

«Wenn ich nicht Hausvater und in tausend Fesseln wäre, so zöge ich nach Amerika»,

schrieb er dem Freund nach der Proklamation des Kaisertums.[89] Mit sarkastischen Bemerkungen glossierte er auch die einsetzende Kriecherei massgebender Schweizer Staatsmänner vor dem neu errichteten Thron. Doch gleichzeitig ging ihm auch durch den Kopf, was ein unvermittelter Sturz oder gar das Ableben Napoleons an zügelloser Anarchie auslösen oder eine Restauration der Bourbonen bringen könnten.

Fast zwangsläufig brachten also in der Folge die grundstürzenden Ereignisse der Epoche den im Epizentrum der Erschütterungen lebenden Beobachter wieder zu politischen Reflexionen und damit zu erneutem Überdenken der eigenen Rolle als ehemaliger Minister und Diplomat. Was daraus resultierte und für das Verständnis des helvetischen Staatsmannes relevant scheint, formte sich zwar nicht zu einem zusammenhängenden Memoirenwerk, sondern floss von Fall zu Fall, meist an aktuelle Vorkommnisse anknüpfend, in die Korrespondenz mit den Freunden. Solche Rückblenden Stapfers auf seine politische Mission von 1798 bis 1803 bezweckten nicht bloss die Rechtfertigung vor Mitlebenden und der Nachwelt, sondern entsprangen ebenso sehr kritischer Selbstbesinnung, Nachlebenden zur Lehre. Sein Freund Rengger sprach ihm zunächst mit seinen «Revolutionsbetrachtungen», wie oben gezeigt, aus dem Herzen, wenn er einleitend insbesondere ein unvoreingenommenes Urteil über die helvetischen Staatsmänner und ihre politische Motivation forderte:[90]

> «Die Geschichte der helvetischen Revolution ist theils absichtlich, theils durch die blosse Verblendung der Leidenschaft, vielfach entstellt worden. Man hat dabey Wahrheit und Falsches, innere und äussere Ursachen, Zeit und Personen so sehr durcheinander gemengt, dass ein richtiges Urtheil über dieselbe, zumal für den Ausländer, nicht wenig schwer fällt [...] Indessen ist es nicht gleichgültig, wie die Geschichte von anderthalb Millionen Menschen in ihrer merkwürdigsten Periode der Nachwelt überliefert werde; es kann besonders für diejenigen Männer nicht gleichgültig seyn, die ohne Eigennutz und aus blossem Pflichtgefühle an der öffentlichen Verwaltung dieses Zeitraums Theil nahmen; für ihre redliche Bemühung, den Schwierigkeiten der Zeit und der Umstände entgegen zu wirken, und für die Aufopferung so mancher Verhältnisse, an denen das Glück und die Ruhe des Lebens hängt, dürfen sie wenigstens verlangen, vor den Augen des unbefangenen Beurtheilers in ihrer wahren Gestalt zu erscheinen.»

Stapfer seinerseits hielt allerdings einige Zeit später nicht zurück mit dem Eingeständnis von Fehlleistungen des helvetischen Unitarismus, selbst wenn er natürlich die mit der Föderalisierung einhergehende politische Reaktion ablehnte. Während der Mediationsstaat noch unter dem napoleonischen Hegemonialdruck stand, umschrieb er im Jahr 1811 dem Zürcher Usteri aus freimütiger Selbstrefle-

xion heraus seine Haltung auf dem 1800 bezogenen Gesandtenposten, als nach dem zweiten Staatsstreich der Kampf um die Verfassung die beiden Parteien erregte und schliesslich Bonapartes Malmaison-Projekt mit der Annäherung an eine bundesstaatliche Form hervorrief. Was er sich damals nur zögernd eingestand, die Abkehr vom dogmatischen Unitarismus, dies hätte, wie er jetzt meinte, geholfen, wesentliche freiheitliche Grundsätze auf die Zukunft hin zu bewahren:[91]

> «Sie fragen mich, ob ich mich mit Memoiren über meine Unterhandlungen in den Jahren 1800–1803 beschäftige? Allerdings. Ich glaube es meinem Vaterlande, meinen Freunden und mir selbst schuldig zu sein, unsere allgemeinen und meine individuellen Verhältnisse in jener Zeit mit Freimüthigkeit auseinanderzusetzen, zur Rechtfertigung meines Betragens und zur Lehre für diejenigen, die künftig in ähnlicher Stellung und mit gleich redlichen Gesinnungen die gleichen Fehler vermeiden möchten. Der Hauptirrthum, den ich damals begieng, war, mir mit der Möglichkeit zu schmeicheln, dass Temporisiren, kluge Benutzung der Umstände und Leidenschaften und mit gelegentlichem Nachgeben in Nebendingen verbundene, beharrliche Aufmerksamkeit auf das Hauptziel, die Gründung einer auf liberalen Grundsätzen beruhenden Centralregierung, über kurz oder lang dieses Ziel zu erreichen in den Stand setzen würden. Mehr Erfahrung und Menschenkenntnis, eine richtigere Ansicht der Verhältnisse und insonderheit der Personale beider Regierungen hätten mir früh genug den Gedanken eingeben sollen, Ihnen, mein verehrter Freund, und unsern gleichgesinnten Mitarbeitern am Werke einer die Menschenrechte und den Menschenadel befreundenden Organisation die Vergeblichkeit vorzustellen, unsere Zwecke durch Erkämpfung des Einheitssystems realisiren zu wollen und zugleich die Heilsamkeit eines klugen Nachgebens gegen die Ideen der Hauptperson im Drama zu Gemüthe zu führen.»

Diese Einsicht Stapfers in die Problematik des helvetischen Einheitsstaatsmodells ging, wie hier schon früher gezeigt, auf die Zeit von Bonapartes Vorschlag in Malmaison zurück, wo sich die beiden Unterhändler Glayre und Stapfer nolens volens mit einer bundesstaatlichen Lösung befreunden mussten, ohne allerdings voll davon überzeugt zu sein. In seinem Rückblick ging er aber noch bis zum zweiten Staatsstreich im August 1800 zurück und führte dazu aus:

> «Hätten wir uns bald nach der im August 1800 vorgenommenen Reduction der Räthe, selbst an die Spitze einer Umänderung unsrer damaligen provisorischen Form nach Ideen, die, ohne Einbusse irgend eines wesentlichen politischen Veredlungsprinzips, theils die angestammten Nationalgewohnheiten, theils die Wünsche des Gewalthabers befriedigt hätten, gestellt, so hätten wir ungleich mehr Bruchstücke eines liberalen Systems in unsere neue Existenz herübergerettet und in dieselbe manchen Verbesserungskeim hineingelegt, der sich unter günstigern Um-

ständen entwickelt und schöne Früchte getragen hätte: wenigstens hätte den von uns selbst eingeleiteten Bundesverein, wenn schon sein gänzlicher Wechsel der Personale vorgegangen wäre, ein ganz anderer Geist belebt, als der jetzige zu hauchen vermag. Durch diese Reflexion breche ich freilich selbst den Stab über mein Benehmen in einer Stellung, die mich weit eher und weit heilsamer zu einem Beobachter und Rathgeber, als zum Organ einer in sich selbst entzweiten, an ihre Fortdauer ungläubigen Regierung eignete. Anstatt in Paris das unitarische System zu predigen und alles aufzubieten, um es aufrecht zu erhalten, hätte ich wenigstens vom Anfang dieses Jahres 1802 an, wo ich an der Möglichkeit, es zu behaupten, vernünftiger Weise verzweifeln musste und den unvermeidlichen Sieg der föderalistisch-antiliberalen Parthei voraussah, mit meinen Freunden Rücksprache halten sollen, wie der unausweichliche Übergang zum Föderalismus mit den geringsten Nachtheilen für die ächtrepublikanischen Grundsätze auf gute Art einzulenken wäre. In moralischer und blos persönlicher Rücksicht wünsche ich mir Glück zur Consequenz meines politischen Betragens. Denn ich kann nicht anders als die in bürgerlichen Fehden von Cicero so oft gepriesene Constantia für unerlässliche Pflicht des redlichen Mannes halten. Nur sehe ich jetzt sehr wohl ein, wie, ohne derselben zu nahe zu treten, meine Pariser Verhältnisse und Erfahrungen der von mir vertheidigten Sache und ihren edlen Freunden hätten weit nützlicher sein können, wenn ich damals nicht, theils aus Mangel an wirklichen praktischen Staatskenntnissen, theils aus zu festem Vertrauen auf die Heilsamkeit oder unfehlbare Veredlungskraft gewisser Verfassungsformen, auf einmal gefasste systematische Ideen zu viel Gewicht, zu geringes hingegen auf den Einfluss des Personals und die Macht der Angewöhnungen gelegt hätte.

Doch wozu ennuyre ich Sie mit diesen trostlosen Betrachtungen après coup?»

Aus Stapfers Selbstbesinnung spricht einmal mehr seine innerste politische Triebkraft, mittels einer «auf liberalen Grundsätzen beruhenden Centralregierung mit gleichgesinnten Mitarbeitern am Werke einer die Menschenrechte und den Menschenadel befreundenden Organisation» tätig zu wirken, «ächtrepubikanischen Grundsätzen» zu folgen, «auf die Heilsamkeit oder unfehlbare Veredlungskraft gewisser Verfassungsformen» zu setzen. Es war das unveränderte Credo des ehemaligen helvetischen Erziehungs- und Kulturministers. Die Fortsetzung des umfangreichen Schreibens an Usteri zeigt noch, dass ihm nicht zuletzt die Diffamierung durch zeitgenössische Gegner immer wieder die Feder in die Hand zwang, hatte er sich doch dagegen zu verwahren, er habe 1802 zur Beendigung des Bürgerkriegs Hand geboten zur erneuten französischen Militärintervention. Dass der Verleger Cotta von seinen Noten zur Verteidigung des Wallis gegen die französische Annexion Gebrauch zu machen gedachte und Usteri

seine Gesandtschaftskorrespondenz veröffentlichen wollte, konnte ihm nur recht sein. Denn, so fügte er hinzu:

> «Meine Memoiren sind ohnehin so ausführlich und von der Art, dass sie kaum vor meinem Tod erscheinen dürften.»

Aber gerade damit blieb es beim blossen Vorsatz, denn er vermochte sich bei seinen verschiedenartigen literarischen Beschäftigungen in Paris offenbar nicht ausdauernd auf diese Arbeit festzulegen. Noch hinderlicher dürften ihm allerdings die periodischen Schwankungen seiner Gesundheit gewesen sein. Zeitweise litt er nämlich unter Sehstörungen, und rheumatische Schmerzen machten ihm das Schreiben zur Qual. Konnte er sich, wie hier gegenüber Usteri, unbehindert so ausführlich äussern, so wies er auch in aktuellen Fragen aufgrund seiner Erfahrungen einen Weg. Etwa auf den Bericht über die Tagsatzungsverhandlungen angesichts der drohenden Annexion des Kantons Tessin und Napoleons Pressionen zur Truppenstellung mahnte er, vorerst das Land innerlich zu festigen und das Nationalgefühl zu stärken:

> «Ich fühle recht wohl, wie misslich die Lage der Tagsatzung sei, und bin weit entfernt, zu einer lächerlichen Don Quichotterie zu rathen. Hingegen halte ich für dringend, die Nationalenergie auf jede Art zu wecken und zu nähren. Wenn der Volksgeist Selbstgefühl und Abneigung gegen Sklaverei, sie drohe von aussen oder von innen, athmet, so sind die Regierungen genöthigt, mit Würde und Festigkeit zu handeln; auch giebt man ihren Vorstellungen eher Gehör.»

Wie bei der Verteidigung des Wallis rief er den Geist gegen die Macht in die Schranken, auch wenn er im äussersten Fall den Opfergang nicht ausschloss. So in einem Brief an Rengger:[92]

> «Heilsam ist es, die Idee zu verbreiten und zu nähren, dass ein Angriff auf unsere Selbstständigkeit unvermeidlich ein kleines Spanien an der Ostgrenze [sc. Frankreichs] hervorrufen würde [...] Diese Furcht ist eine unserer stärksten Garantieen.»

Seinen Einfluss dürfte Stapfer zum Schutz seines Landes über vielfältige Beziehungen in Paris eingesetzt haben. Napoleons Sturz entlastete zwar die Schweiz vom gewalttätigen, unberechenbaren Druck. Doch die darauf erfolgte Auflösung der Mediationsordnung verschärfte die endlose helvetische Übergangskrise erneut. Im Zuge der europäischen Restauration nahmen die bereits 1803 eingeleiteten reaktionär-föderalistischen Tendenzen noch zu. Diese Lage veranlasste den aus der standespolitischen Enge des bernischen Patriziats zu unabhängiger, freier Geisteskultur aufgestiegenen Karl Viktor von Bonstetten, den ihm seit den 1790er-Jahren freundschaftlich verbundenen Stapfer zur Rückkehr aus Frankreich und zur aktiven Beteiligung am Gestaltungsprozess der Schweiz aufzufordern. Er schrieb ihm aus Genf:[93]

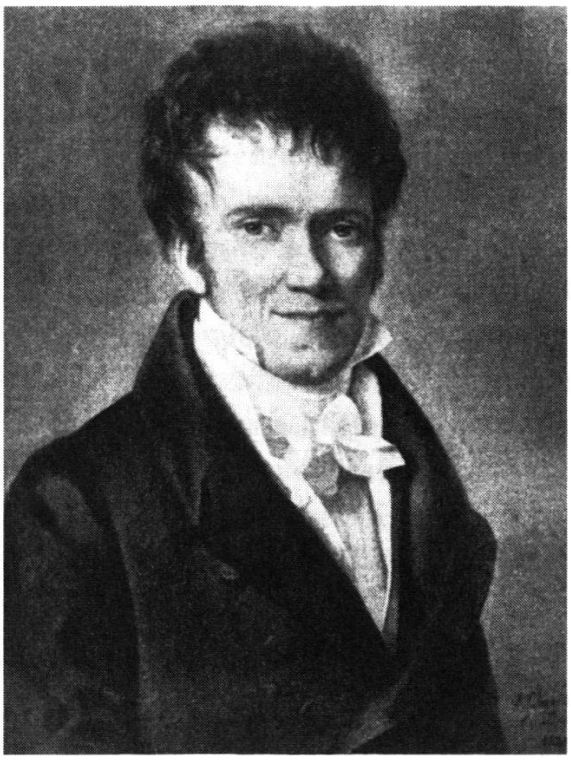
> «Rien de plus bete que ces 22 Cantons qui ne veulent pas un pouvoir central, [...] cette charrue a 22 bœufs pretend se passer de conducteur. –

Il est affreux qu'un homme éclairé come vous soit absent de la Suisse: vous devriez aumoins y faire un voyage et si vous ne voulez parler, dumoins devrez vous ecrire et parler librement sur nos interets ce que vous osez mieux faire en France qu'en Suisse.»

Was der Angesprochene dem patriotischen Kosmopoliten zur Antwort gab, war keine Zusage, sondern, zur Begründung seiner politischen Abstinenz, eine nüchterne, fast resignierte Bilanz seiner Aktivität zwischen 1798 und 1803. Man denkt an jene Absage aus dem Jahr 1804; denn enttäuscht von der mangels echter politischer Führung in den Jahren der Demütigung gesunkenen nationalen Mentalität der Schweiz, erwiderte er:

«[...] Et vous me faites, Seigneur, beaucoup trop honneur en supposant que ma plume pourrait être utile à nos compatriotes. Les seules occasions que j'aie eues de marquer mon passage dans la vie par des semailles [...] qui ne fussent ni folles ni en pure perte dès le premier instant [...] c'est d'abord mon Ministère des arts et des sciences où j'ai tâché de nationaliser l'instruction et de fortifier nos anciens liens pourris par les intérêts d'une émulation commune et le perfectionnement moral et d'une tendance administrativement dirigée vers le perfectionnement de nos institutions morales et sociales; puis ma mission diplomatique que j'ai employée à sauver – dum licuit – les débris d'une unité qui est venue expirer de sa belle mort dans le desséchement des marais de la Linth et de l'institut du bon Pestalozzi. Vous l'avouerai-je? Du moment où la défiance de Bonaparte eut fait alliance avec le projet de nos meneurs de ramener le règne des traditions et des bénéfices et des principes routiniers par l'égoisme Cantonale et les habitudes de l'ancien fédéralisme, je perdis tout espoir d'une amélioration de notre ordre social par l'action d'une autorité centrale, et il me parut, que multiplier les foyers d'un meilleur esprit par la consolidation et la bonne direction de la marche des nouveaux Cantons étoit le seul moyen de rajeunir notre Suisse énervée qui fût encore à notre disposition, puisqu'on ne pouvoit se flatter que les anciens consentissent franchement à élargir la base de leurs Gouvernemens. Comment faire un morceau de bonne poésie avec disjecti membra poetae[94] qu'aucun principe *vital* n'animoit en commun? Le Landammann étoit une espèce de *flatteur* en chef de Buonaparte, donnant l'impulsion aux flagorneries de détail: voilà tout le pouvoir qu'il avoit, et qui n'a pas été sans utilité. Mais lorsqu'une nation n'a plus ou ne croit plus avoir de moyens de salut que dans une complaisance systématique pour tous les désirs des voisins qui lui font peur, les racines de son existence ne sont plus en elle-même: c'est l'existence d'un courtisan qui tâche de se maintenir par l'intrigue et la bassesse.»

Brach also in Stapfer nochmals, wie 1804, der Unmut durch über die in der Politik gemachten Erfahrungen, sogar unterschwellig verbunden mit dem Eingeständnis



Philipp Albert Stapfer und seine Gattin Marie-Madeleine-Pierrette, nach 1800. Porträts von Robert Lefèvre, «peintre de la Famille Impériale», Privatbesitz Paris und von S. Chéradame, Schloss Talcy.

der in der Krise der Helvetischen Republik, unverschuldet, gescheiterten eigenen Mission?

Dennoch das Bild vom Sämann: Vor allem die neuen Kantone könnten sich als liberale Reduitstellung auf die Zukunft hin erweisen:

> «Il me parut, que multiplier les foyers d'un meilleur esprit par la consolidation et la bonne direction de la marche des nouveaux Cantons étoit le seul moyen de rajeunir notre Suisse énervée.»

Ihnen übertrug somit Stapfer eine hohe Verpflichtung, und folgerichtig verhinderte er beim Umbruch von 1814/15 im Zusammenwirken mit den Helvetikern Rengger und Laharpe den letzten patrizisch-bernischen Rückgliederungsversuch seines Heimatkantons Aargau. Eine Aktion von grundsätzlicher Bedeutung, wie die Korrespondenz mit Laharpe verrät:[95]

> «Si j'avais la certitude qu'ils [les Bernois] exécutassent loyalement leur décret du 3 février 1798 [Ankündigung der Rechtsgleichheit], je serais le premier à concourir à la réunion. Mais je ne puis, dans cette réunion, voir qu'un asservissement et destruction d'un nouveau foyer de vie morale et intellectuelle dans notre patrie commune.»

Über den steinigen Weg bis 1830, also bis zum Durchbruch der in der Helvetik vorgeformten liberalen Grundsätze nach der Schockwelle der französischen Juli-

revolution,[96] steht in der Stapfer-Laharpe-Korrespondenz noch manches Erhellende. Doch die Lösung der lang dauernden Schweizer Staatskrise erlebten sie beide nicht mehr. Aber es ist kein Zufall, dass einer der Wortführer der liberalen Regeneration, Ignaz Paul Vital Troxler (1780–1866), der tiefgründige Staatsdenker und ideelle Vorkämpfer des Bundesstaates von 1848, sich mehrfach auf Ideen Stapfers berief.

Der mit diesen Schlussbetrachtungen verbundene Ausblick auf Stapfers zweite Lebenshälfte, die französischen Jahre von 1803 bis 1840 umfassend, führt auf ein weites Feld. Die Abkehr von der praktischen Politik bedeutete die Rückwendung zum Gelehrtendasein, zu freier Beschäftigung mit selbst gewählten literarischen, wissenschaftlichen und theologischen Themen, und zu der von ihm betreuten Erziehung und Ausbildung zweier Söhne zu gemeinnützigem Dienst in verschiedenen evangelischen Hilfswerken. In Paris trat er in Verbindung mit bedeutenden

Château de Talcy sur Mer (Département Loir-et-Cher), der ländliche Ruhe- und Alterssitz Stapfers, Aussenansicht.

Château de Talcy sur Mer, Blick in den Innenhof.

Persönlichkeiten des Geisteslebens, wechselte bisweilen auf ländliche Wohnsitze und lebte in späteren Jahren mit Vorliebe auf Schloss Talcy in der Loiregegend, einer Erbschaft seiner Gattin, wo er eine erlesene Bücherei sammelte. Die ihn schon früh auszeichnende geistvoll-belebende Wesensart prädestinierte Stapfer zu einem oft an ihm bewunderten zwanglosen Geben und Nehmen, dies bereits während der Göttinger Studienzeit oder im Berner Freundeskreis um Karl Viktor von Bonstetten und im helvetischen Ministerialbüro. Sogar Talleyrand attestierte ihm diesen Charakterzug. Den treffenden Ausdruck dafür fand später einer seiner Waadtländer Freunde:

> «Stapfers Wissen ist für mich ein Rätsel. Ich begreife nicht, wie ein Mensch geistig so viel aufnehmen und behalten kann. Anmut und Feinheit seines Geistes waren der Kraft und Tiefe ebenbürtig, und er wirkte ebenso vornehm im Salon wie in der Studierstube. Man lernt ihn aus seinen Schriften nur ganz unvollständig kennen. Immerhin, es war eindrücklich, etwas von ihm zu lesen, aber besser, ihm zuzuhören, und seine Konversation war zweifellos der Höhepunkt.»[97]

Die zur Abrundung und Vertiefung aufgezeichneten biografischen Daten aus der nachhelvetischen Zeit sollen erkennen lassen, dass der tiefe Einschnitt im Jahr 1803 für Stapfer zunächst den Übergang in eine höchst ungewisse Lebensphase bedeutete, zumal in einer äusserst unsicheren Zeitlage. Zwar enthoben die Ver-

mögensverhältnisse seiner Schwiegereltern den 37-Jährigen mit seiner jungen Familie in Frankreich der materiellen Sorge. Sein innerster Zug richtete sich jedoch noch jahrelang auf die Rückkehr in die Heimat, wiederholt verstärkt durch das Drängen seiner Freunde. Es bereitete ihm auch Sorge, seinen beiden Söhnen könnte das heimatliche Bürgerrecht verloren gehen. Wie schwer ihn schliesslich der Verzicht ankam, mag man aus einer Briefstelle schliessen, als den entschieden liberal gesinnten Republikaner das napoleonische Paris atmosphärisch zunehmend abstiess:

> «Ich bin meines Müssiggangs überdrüssig und fühle eine ungemeine Abneigung gegen hiesige Anstellungen im Verwaltungs- oder wissenschaftlichen Fache. Neben dem, dass ich mich immer nach meinem Vaterlande zurücksehne, und eine Dienstnehmung in diesem Lande mir die meinem Herzen widerliche Farbe eines Verbannten, und meinen Kindern ein fremdes Reich zur Heimath gäbe, glaube ich fest, hier immer und in allen Verhältnissen bloss vegetiren und nur auf heimischem Boden zu irgend etwas nützlich sein zu können.»[98]

Was ihn aber zaudern liess und schliesslich zum Verzicht auf die Rückkehr bewog, war die Rücksicht auf seine ihrerseits stark mit ihrer Familie verbundene Gattin.[99] Sein «Müssiggang» ist hier keineswegs wörtlich zu nehmen, wenn man vernimmt, wie er sich nach der Rückkehr aus Freiburg nach Paris im Sommer 1803 eifrig an literarischen Publikationen zu beteiligen begann. Dazu kamen Bemühungen, Kants Philosophie und der Erziehungslehre Pestalozzis in Frankreich Eingang zu verschaffen. Zudem plante er, allen Hindernissen zum Trotz den Brückenschlag zwischen französischer und deutscher Kultur zu fördern. Einzig, dass die schon mehrfach angedeuteten, früh aufgetretenen gesundheitlichen Störungen die Diskrepanz zu seiner enormen geistigen Spannkraft ausmachten. Was Philipp Albert Stapfer in der zweiten Lebenshälfte der Heimat nicht mehr geben konnte, kam dem Gastland zugute. Doch Einsatz und Leistung während des politischen Jahrfünfts von 1798 bis 1803 sichern ihm zweifellos den Rang eines bedeutenden ideellen Wegweisers zur modernen Schweiz.